TRIUMPH DER BÜRGER!

MEHR DEMOKRATIE IN BAYERN - UND WIE ES WEITERGEHT

MICHAEL SEIPEL, THOMAS MAYER
MEHR DEMOKRATIE E.V.

Michael Seipel
und Thomas Mayer

Triumph der Bürger !

Mehr Demokratie in Bayern
und wie es weitergeht

Mehr Demokratie e.V. !

Herausgeber/Verlag:	Mehr Demokratie e.V. Fritz-Berne-Str. 1 81241 München Tel.: 089-821 17 74 Fax: 089-821 11 76
Redaktion:	Michael Seipel, Thomas Mayer
Gestaltung:	Michael Seipel, Thomas Mayer, Roman Huber
Lektorat:	Britta Kurz
Herstellung/Vertrieb:	Mehr Demokratie e.V. Fritz-Berne-Str. 1 81241 München Tel.: 089-821 17 74 Fax: 089-821 11 76

Die Einnahmen aus dem Verkauf des Buches kommen ausschließlich dem gemeinnützigen Verein „Mehr Demokratie e.V." zugute.

1. Auflage Januar 1997

© Mehr Demokratie e.V., München 1997
Alle urheberrechtlichen Verwertungsrechte liegen bei Mehr Demokratie e.V. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Nachdruck, fotomechanische Reproduktion, Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert werden.

Umschlaggestaltung: Werbeagentur Loop
Herstellung: dm druckmedien gmbh
Printed in Italy

ISBN 3-9802682-6-8

Inhalt

Kapitel	Seite
Vorwort	7
1. **Die Idee, die alles bewirkte: Mehr Demokratie**	9
Nur repräsentiert zu werden, reicht nicht in der Demokratie • Demokratie ist das Recht, mitentscheiden zu können • Die Quellen unseres Demokratieverständnisses • Die Wirkungen der Direkten Demokratie • Das Menschenbild der Direkten Demokratie • Direkte Demokratie nur von unten • Das Erfolgsprinzip: Volksabstimmung über die Volksabstimmung	
2. **Am Anfang waren es 18 Leute - der Start von „Mehr Demokratie in Bayern"**	17
Entschluß wird gefaßt • Gesetzentwürfe werden erarbeitet • Erste Unterstützer werden gewonnen • CSU nimmt uns ernst	
3. **Eiertanz der CSU-Landtagsfraktion**	27
4. Mai 1994: CSU beschließt eigenen Bürgerentscheidsentwurf • CSU will sich an die Spitze der Bewegung stellen • Massiver innerparteilicher Widerstand gegen CSU-Entwurf • 19. Mai 1994: CSU zieht ihren Entwurf wieder zurück	
4. **Vorbereitungen zu den Volksbegehren**	31
Selbstorganisierte Bürgerbefragung in Landshut • Neue Mitstreiter • Omnibus für Direkte Demokratie wieder unterwegs • Weitere Aktionen • Aktionsleitfaden wird fertig • Plakat-Aktion nach Europawahl • Bürgerumfrage in Bernau • Diskussion über Einreichungstermine • „Faire Volks-	

entscheide" wird eingereicht • Die Vorbereitungen laufen weiter • Kunstpreis für „Mehr Demokratie" • Das wichtigste ist das Vertrauen • Zweites Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" eingereicht!

5. Schwarzer November - das Bayerische Verfassungsgericht schlägt zu! 43

Volksbegehren „Faire Volksentscheide" vor dem Verfassungsgericht • Die Herzstück-Theorie • Nur eines kam durch! • Volksbegehren zur Änderung der Richterwahl? • „Jetzt erst recht!"

6. Das Unglaubliche wird Wirklichkeit - das Volksbegehren ist erfolgreich! 49

Schwarze Novemberwoche - eine große Chance • Die Mobilisierung beginnt • Weitere Aktivitäten • Neue Unterstützer • Jugend für Mehr Demokratie • Probleme mit den Öffnungszeiten • Das Volksbegehren beginnt • Jetzt eintragen! • Spannung steigt! • Die Abschlußparty

7. Gute Organisation ist alles - die Kampagne zum Volksentscheid 71

Recherche zum Volksbegehren „Das Bessere Müllkonzept" • Zustimmungsquorum - einer der Schlüssel in der kommenden Diskussion • Das Landesbüro wird neu organisiert - Regionalbüros werden eröffnet • Unsere Kampagnengrundsätze • Interne Kommunikation durch Aktionsrundbriefe, Landkreisfaxe und persönliche Kontakte • Die Argumentationsbroschüre wird fertig

8. Offen mit dem Gegner reden - unsere Kontakte mit der CSU 87

CSU-Funktionäre sind wichtige Multiplikatoren • Mitte Mai: Gespräch mit der CSU-Landtagsfraktion • CSU-Infoline eingerichtet • 120 Demokratierosen für den Landtag • Professoren zerpflükken CSU-Entwurf • Scharfe Töne von der CSU • Wir stellen CSU-Werbematerialien vor • CSU-

Mitgliederaufruf für „Mehr Demokratie in Bayern" • CSU-Politiker verweigern sich der Diskussion • Künstleraufruf zur Fairneß • Wird die CSU mürbe?

9. Geht Bayern unter? Die Angstbilder der CSU **101**

CSU mißtraut den Bürgern • Mehr Demokratie und die Wirtschaft • CSU schreibt an Vereine und wirbt an Schulen • Das Volksbegehren und die Kruzifixkampagne • Die CSU hat sich selbst geschadet

10. Aktionen von Mehr Demokratie **113**

Die heiße Phase beginnt - der Aktionsmonat September • Straßenaktionen • 16. September: Längster Infotisch der Welt • Die Referententouren • Mehr Demokratie und die Wissenschaft • 28. September: Bayernweiter Aktionstag • Der Volksentscheid steht bevor

11. Protzners Finanzskandal - oder: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein **131**

Der „Offene Brief"

12. Der 1. Oktober: Wir gewinnen den Volksentscheid **137**

Die Pressekonferenz • Gründe für unseren Erfolg

13. Ein Jahr bayerischer Bürgerentscheid **149**

Bürgerbegehren als bayerische Normalität • Bayern ist die bundesweite Lokomotive • Bürgerbegehren in Bayern als Gaspedal und Bremse • Je kleiner die Gemeinde, um so höher die Abstimmungsbeteiligung • Gleich große Chancen, zu gewinnen und zu verlieren • Bürger entscheiden sachbezogen • Die finanziellen Auswirkungen der Bürgerentscheide • Bürgerbegehren als politischer Talentschuppen • Alle Parteien initiieren Bürgerbegehren • Befürchtungen haben sich nicht bestätigt • Nürnberg: Die Stadt mit den meisten

Bürgerbegehren • Albertshofen: Soziale Selbstregulation funktioniert • Bernau: Strategen haben keinen Erfolg • München: Bürgerentscheide bringen politische Versäumnisse ans Tageslicht • Bollwerk der Bürokraten • Anwendung des Gesetzes hat sich eingespielt • Politische Kultur im Wandel! • Fazit: Bayern ist lebenswerter geworden!

14. Die Kampagne zur bundesweiten Volksabstimmung **167**

Gefahren der Machtkonzentration • Fehlentwicklungen derf repräsentativen Demokratie • Unser Ziel ist daher die bundesweite Volksabstimmung! • Mehr Demokratie durch Volksabstimmung • Warum haben wir eigentlich keine Volksabstimmung auf Bundesebene? • Die Volksabstimmung ist Sache der Bürger • Das Ziel der Kampagne: Volksabstimmung über die Volksabstimmung • Die Rechtsgrundlage dieser ersten Volksabstimmung • Die Vorbereitungsphase • Die Aufbauphase • Die heiße Phase: Ein Szenario

Anhang **179**

• Die Vorstände von „Mehr Demokratie in Bayern e.V." und Sprecher der regionalen Aktionskreise • Bürgermeister und Landräte für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" • Wissenschaftler für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" • Aufruf zur Fairneß! 35 Prominente und Künstler kritisieren Angstmache • Gesetzentwurf des Volksbegehrens Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerrentscheide in Gemeinden und Kreisen • So arbeitet „Mehr Demokratie e.V." • Unsere Ziele für 1997 • Ansprechpartner in den Bundesländern • Mehr Demokratie verbindet Menschen • Mitgliedscoupon • Investieren Sie als Unternehmer in mehr Direkte Demokratie • Firmenmitgliedschaft

Vorwort

Michael Seipel

Der Volksentscheid „Mehr Demokratie in Bayern" am 1. Oktober 1995 war ein großer Triumph. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger führten das Recht auf Bürgerentscheid in Gemeinden, Städten und Landkreisen ein. Sie haben sich selbst neue demokratische Entscheidungsrechte gegeben. Nach jahrelangen Klagen über die Politikverdrossenheit haben die Bürgerinnen und Bürger klargestellt, daß sie gar nicht so verdrossen sind. Sie sind es einfach leid, immer auf der Zuschauerbank zu sitzen. Sie wollen mehr mitreden und mitentscheiden. Die Zukunft gehört der Bürgermitbestimmung.

Der Erfolg von „Mehr Demokratie in Bayern" hat über die Landesgrenzen hinaus sehr viel Mut gemacht. „Mehr Demokratie in Bayern" hat eine Perspektive aufgezeigt für „Mehr Demokratie in Deutschland". Wir können die Zukunft mitgestalten! Wir sind nicht machtlos! Wir müssen uns nur konsequent für mehr Mitspracherechte einsetzen. „Mehr Demokratie e.V." will daher mehr Demokratie sowohl in den anderen Bundesländern als auch auf Bundesebene erreichen. Das große Ziel ist die Einführung des bundesweiten Volksentscheids.

Thomas Mayer

Der Erfolg der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" war zugleich für die CSU war die erste landesweite Abstimmungsniederlage seit 40 Jahren. Die langen Gesichter der Parteivertreter am Wahlabend waren unverkennbar. Tatsächlich hat aber auch die CSU gewonnen. Denn in den Gemeinden, wo sie in der Opposition ist, kann sie nun selbst Bürgerentscheide einleiten. Und dort, wo sie an der Regierung ist, wird sie mit sanftem Druck ermuntert, bürgernahe Politik zu machen. Die ersten Analysen zeigen: die Kommunalpolitik in Bayern hat sich verändert.

Mit diesem Buch wollen wir unser Wissen über die politischen Strukturen in Bayern offenlegen und allen interessierten Menschen zugänglich machen. Was geschah in diesen bewegten und spannenden drei Jahren, in denen der Durchbruch für „Mehr Demokratie" vorbereitet

wurde? Welche Strategien halfen zum Erfolg? Mit welchen Mitteln wurde dagegen gearbeitet?

Das Buch „Triumph der Bürger"
• erzählt die Erfolgsgeschichte des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern",
• zeigt, mit welchen Strategien wir als David den Goliath CSU beim Volksentscheid besiegt haben,
• beschreibt die Perspektive für „Mehr Demokratie in Deutschland".

Wir erzählen die Geschichte von „Mehr Demokratiein Bayern" aus der Sicht der Mitarbeiter des Landesbüros in München. Es gibt natürlich unzählige weitere Sichtweisen der vielen Menschen, die sich für „Mehr Demokratie" engagiert haben. Ohne sie hätten wir keine Chance gehabt. Einige Aktive erzählen ihre Erlebnisse als persönliche Anekdoten. Unser Buch ist deshalb auch ein Erinnerungsbuch für alle, die aktiv an dem Erfolg mitgearbeitet haben.

München, den 1. Januar 1997

Michael Seipel
Thomas Mayer

1. Die Idee, die alles bewirkte: Mehr Demokratie

Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" war erfolgreich, weil sich unzählige Menschen dafür einsetzten und zum Teil das Volksbegehren in das Zentrum ihrer Lebensgestaltung rückten. Doch warum taten wir das? - Die Antriebsfeder ist die Idee der Demokratie.

„Demokratie" heißt „Herrschaft des Volkes". Obwohl auch im Grundgesetz ganz unmißverständlich steht, daß das Volk die Staatsgewalt „in Wahlen und Abstimmungen" ausübt, wird in Deutschland unter Demokratie von offizieller Seite nur die „repräsentative Demokratie" verstanden. In einer „repräsentativen Demokratie" vertreten die Politiker das Volk. Nur diese können verbindliche Sachentscheidungen treffen.

Grundgesetz Art. 20 Abs. 2:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Eine „Herrschaft des Volkes" gerät aber zur Farce, wenn die Bürger vor allem dazu benötigt werden, die Herrschenden zu wählen (d.h. einen Blankoscheck auszustellen), dann aber keine Möglichkeiten mehr haben, deren Entscheidungen zu beeinflussen.

Nur repräsentiert zu werden, reicht nicht in der Demokratie

Das Konzept der „repräsentativen Demokratie" geht davon aus, daß der Wille des Volkes in den Jahren zwischen den Wahlen mit dem Willen der regierenden Politiker übereinstimmt. Wenn die Mandatsträger entscheiden, entscheidet eigentlich das Volk, heißt es. Wir halten das für eine Fiktion. Tatsächlich vertritt ein Politiker immer seine Partei oder seine eigene Ansicht. Für niemand ist ein Volkswille erkennbar, solange sich dieser nicht geäußert hat. Eindeutig äußert sich der Volkswille nur in Volksabstimmungen. Solange es keine Volksabstimmung

zu einer Sachfrage gegeben hat, kann auch kein Politiker wissen, was der Volkswille ist, den er zu repräsentieren vorgibt.

Interessanterweise kommt das Konzept der Repräsentation aus vordemokratischen Zeiten. Früher behaupteten Könige und Fürsten, daß sie das Volk „repräsentierten". Historisch betrachtet, entspricht die Idee der Repräsentation also nicht der Demokratie sondern der Oligarchie. Wäre es vielleicht nicht treffender, die „repräsentative Demokratie" als „parlamentarische Oligarchie" zu bezeichnen?

Demokratie ist das Recht, mitentscheiden zu können

Wir starteten das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" mit einem anderen Demokratieverständnis: Demokratie ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger, ihr politisches Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Wir wollen nicht mehr vom „Vater Staat" geleitet werden, sondern uns selbst leiten. Das Maß an Demokratie in einer Gesellschaft hängt allein davon ab, inwieweit jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger die Möglichkeit hat, an den Entscheidungen, die ihn betreffen, mitzuwirken. Der individuelle Mensch steht im Zentrum der Demokratie.

Aus diesem Demokratieverständnis heraus ist es eine Selbstverständlichkeit, daß es zusätzlich zu den Wahlen auch Direkte Demokratie, also praktikable Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden, geben muß.

Die Quellen unseres Demokratieverständnisses

Dieses Demokratieverständnis ist von verschiedenen Quellen genährt. Hier die vier wichtigsten Quellen:

1. Als Bayern haben wir die Direkte Demokratie ein wenig kennengelernt:

Der bayerische Ministerpräsident Hoegner und der Staatsrechtler Nawiasky verbrachten ihr Exil während des Naziterrors in der Schweiz - und lernten dort die Direkte Demokratie schätzen. Deshalb enthielt die 1946 verabschiedete Bayerische Verfassung das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid. So konnten wir in Bayern schon einige Erfahrungen mit Volksabstimmungen machen: 1968 zur Einführung der Gemeinschaftsschule, 1972 zur Rundfunkfreiheit und 1991 zum Besseren Müllkonzept. Auf kommunaler Ebene konnten wir in Bayern jedoch all die Jahre nicht mitentscheiden. Hoegner (SPD) verlor 1951 die Regierungsmehrheit, was seine Bemühungen zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheides in den Gemeinden zunichte machte.

2. Schweizer Freunde machten uns die Direkte Demokratie verständlich.

Nicht nur die Väter der Bayerischen Verfassung, sondern auch wir verdanken den Schweizer Freundinnen und Freunden viel. Diese zeigten uns, wie Direkte Demokratie gelebt werden kann und wie sich die politische Kultur dadurch zum Positiven hin verändert. Hier ist vor allem Andreas Gross zu nennen. Der Züricher Politologe und Nationalrat hat selbst mehrere Volksinitiativen in der Schweiz lanciert und ist in Praxis und Theorie bewandert. Seit vielen Jahren kämpft Andreas Gross für ein direktdemokratisches Europa und reist zu Vorträgen und Seminaren nach Deutschland. Viele von uns wurden durch ihn inspiriert.

3. Joseph Beuys zeigte uns Dimensionen der Direkten Demokratie

Als einer der ersten in Deutschland hat Joseph Beuys die Notwendigkeit der Direkten Demokratie thematisiert. Während andere Künstler Bilder ausstellten, eröffnete Joseph Beuys 1972 auf der documenta 5 in Kassel ein „Büro für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung". Damals war Joseph Beuys ein Rufer in der Wüste. Joseph Beuys zeigte, daß es sich bei der Direkten Demokratie nicht „nur um Politik", sondern um die Selbstbestimmung des Menschen und damit um Kunst im Sinne des „erweiterten Kunstbegriffes" handelt. Durch die Impulse von Joseph Beuys entstand der „Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland", dem „Mehr Demokratie in Bayern" gerade in der Anfangsphase viel verdankt.

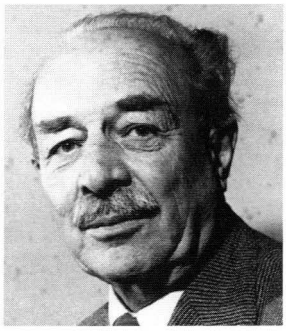
4. Die Wissenschaft machte uns sicher

In vielen Staaten gibt es, mehr oder weniger ausgeprägt, Volksabstimmungen. Einige der Aktiven von Mehr Demokratie haben an Universitäten wissenschaftliche Arbeiten zur Direkten Demokratie geschrieben. Diese wissenschaftliche Auswertung der praktischen Erfahrungen brachte uns die Sicherheit, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

„Die Einführung des Volksentscheides ist weder ein Allheilmittel noch risikolos, sondern ein Schritt politischen Erwachsenwerdens und die Chance eines demokratischen Lernprozesses."

Aus dem Aufruf von 44 Gesellschafts- und Rechtswissenschaftlern „Beendet die Zuschauerdemokratie" vom Dezember 1989.

Unsere Quellen

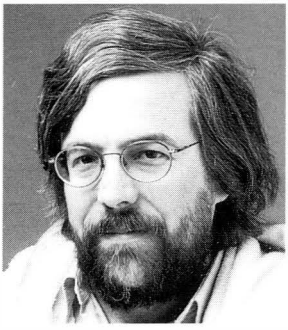


„Der Bürgerentscheid ist das Kernstück einer modernen, demokratischen Gemeindeordnung."

Wilhelm Hoegner, Bayerischer Ministerpräsident, 1950

„Merkwürdig ist noch, daß Bedenken gerade dort erhoben werden, wo man noch keine Erfahrungen gemacht hat. Wo man dagegen Erfahrungen gemacht hat, denkt man gar nicht daran, die unmittelbare Demokratie wieder abzuschaffen."

Prof. Hans Nawiasky, Staatsrechtler und „Vater" der Bayerischen Verfassung, 1952



„Es kann weniger befohlen werden, und muß mehr überzeugt werden. Das ist ein Wesenselement direktdemokratischer Politik."

Andreas Gross, Leiter des Instituts für Direkte Demokratie, Zürich

„Wenn man hier von Volksabstimmung spricht, bezieht sich ja dieser Begriff auf die Selbstverwirklichung des Menschen (...). Selbstbestimmen kann sich nur der Mensch, der nicht mehr die Autoritäten über sich gelten läßt, also Führer oder Herrschaftsgruppen (...). Das heißt: nur der Mensch wird sich erheben zu seiner Selbstbestimmung und wird auch nach einem Weg suchen, das im Bereich des Politischen zu verwirklichen, der erkannt hat, (...) daß die Selbstbestimmung heute die Kraft ist, mit der die Zukunft weitergeht."

Joseph Beuys. Aus: Clara Bodenmann-Ritter: Joseph Beuys - Jeder Mensch ein Künstler.

Die Wirkung der Direkten Demokratie

Durch die Schweizer Erfahrungen und durch viele wissenschaftliche Untersuchungen haben wir die Wirkungen der Direkten Demokratie kennengelernt. Hier eine kurze Zusammenfassung:

• Die Distanz zwischen Regierenden und Regierten wird durch die Direkte Demokratie kleiner. Die staatliche Macht unterliegt einem größeren öffentlichen Rechtfertigungszwang.

• Vor Volksabstimmungen finden lange öffentliche Sachdiskussionen statt. Die Legitimation für die staatliche Macht bedarf somit einer kommunikativen Anstrengung und Überzeugungsarbeit. Gemeinsame Lernprozesse werden ermöglicht.

• Die offizielle Sicht der Dinge kann in der Direkten Demokratie verbindlich in Frage gestellt werden. Es gibt kein Monopol auf die Wirklichkeitsdefinition. Auch scheinbare Minderheitenthemen erhalten im öffentlichen Diskurs eine Chance. So entsteht ein kreativer Wettbewerb der Ideen.

• Die Direkte Demokratie eröffnet dem Menschen mehr Handlungsspielräume. Eigeninitiative und Verantwortungsbereitschaft nehmen zu. Direkte Demokratie zeigt somit Auswege aus der Ohnmacht, die viele Menschen heute verspüren.

• Das Interesse an politischen Sachfragen steigt. Denn Bürgerinnen und Bürger, die gefragt werden, wenden sich nicht ab und werden verdrossen. Denken viele mit, so ist die Chance, eine gute Lösung zu finden, größer.

• Die Direkte Demokratie stabilisiert auch die repräsentative Demokratie, da mit Volksabstimmungen Entscheidungen des Parlaments korrigiert werden können und somit nicht die Institution als Ganzes in Frage gestellt werden muß.

Das Menschenbild der Direkten Demokratie

Das Verständnis der Demokratie hat sehr viel mit dem Menschenbild zu tun, das jede/r einzelne persönlich vertritt.

Menschbild 1:
Die Menschen
- sind potentiell freie Wesen,
  - können selbstbestimmt leben,
  - sind lernfähig, vernünftig und verantwortungsbewußt.

Menschenbild 2:
Die Menschen
  - sind zur Freiheit unfähig,

- sind unselbständig und müssen geführt werden,
- sind unvernünftig und verantwortungslos.

Das Menschenbild 1 setzt auf Vertrauen, und Vertrauen in die Menschen ist eine Grundvoraussetzung für die Direkte Demokratie.

Direkte Demokratie nur von unten

Wir haben uns zum Teil schon seit Jahren für die Direkte Demokratie eingesetzt. Seit 1982 gibt es aufgrund der Aktivitäten der damaligen „Aktion Volksentscheid" mit Sitz in Achberg in ganz Deutschland Bürgerinitiativen für Direkte Demokratie. 1982 gab es in Bayern mit der „Aktion Bürgerentscheid" schon einmal einen Versuch, durch ein landesweites Volksbegehren den kommunalen Bürgerentscheid herbeizuführen. 1986 wurden von der Aktion „Volksentscheid gegen Atomanlagen" 650.000 Unterschriften für die Einführung des bundesweiten Volksentscheides gesammelt. 1987 begann der Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland seine Fahrt. 1988 wurde in Bonn Mehr Demokratie e.V. (damals noch IDEE - Initiative DEmokratie Entwickeln e.V.) gegründet.

Das macht Mehr Demokratie e.V.

„Mehr Demokratie" (früher IDEE) wurde 1988 gegründet. Wir finanzieren uns durch Mitglieder und Spenden und sind parteienunabhängig.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Menschen in wichtigen Sachfragen selbst entscheiden können. Wir arbeiten für das Recht auf Volksentscheid in Bund, Ländern und Gemeinden und für ein demokratisches Europa.

Unsere Kampagnen

1989:	Volksentscheid FCKW-Stop
1990:	Verfassung mit Volksentscheid
´90-´96:	Kommunaler Bürgerentscheid in den Ländern
´92-´95:	Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern"
Seit ´96:	„Mehr Demokratie in Deutschland": Bundesweiter Volksentscheid!

Das machen wir:
- Pressearbeit für 1.500 Redaktionen.
- Koordination von Forschungsprojekten.
- Archiv für Direkte Demokratie.
- Seminare und Fachtagungen.
- Zeitschrift für Direkte Demokratie.
- Infomaterial und Studien.
- Beratung kommunaler Bürgerbegehren.

Ein wichtiges Ergebnis dieser vielen Aktionen für Direkte Demokratie ist, daß sich die Direkte Demokratie von oben, also über die Regierenden, nicht einführen läßt. Denn erstens wollen die Regierenden von Direkter Demokratie aufgrund ihrer Interessenlage nicht viel wissen - sie müßten ja Macht abgeben. Und zweitens macht die Direkte Demokratie auch nur dann wirklich Sinn, wenn sie in der Gesellschaft gereift ist und von den Bürgerinnen und Bürgern selbst errungen wurde. Die Frage, ob das Volk die Volksabstimmung will, kann nur das Volk beantworten.

Thomas Mayer: Mehr Demokratie ...

Bevor ich mit „Mehr Demokratie in Bayern" begann, hatte ich mich von 1990 bis 1992 vor allem um die bundesweite Volksabstimmung gekümmert. Das Grundgesetz sah ja vor, daß es mit der Deutschen Einheit eine neue Verfassung geben sollte. Mit dem „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder" haben wir sogar einen eigenen alternativen Verfassungsentwurf formuliert. Diese Verfassungsreform wäre die Chance gewesen, das Recht auf bundesweite Volksabstimmungen zu regeln.

Doch das Ganze ging aus wie das Hornberger Schießen. Im Februar 1993 wurde die Volksabstimmung endgültig abgelehnt. Es wäre eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig gewesen, die Regierungsparteien waren dagegen. Ich hatte mich im Vorfeld mit der CDU/CSU und F.D.P. durch Gespräche und Briefwechsel ziemlich intensiv auseinandergesetzt. Zum Schluß hatte ich das Gefühl: Es ist Zeitverschwendung.

Daraus habe ich gelernt, daß es falsch ist, sich an regierende Politiker zu wenden. Statt dessen muß man sich an die Bürger direkt wenden. Und das war eben in Bayern möglich. So begann ich mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern".

Im Juni 1992 präsentierten wir der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in Bonn in einer Glassäule 1,3 Millionen Unterschriften für die bundesweite Volksabstimmung.

Das Erfolgsprinzip: Volksabstimmung über die Volksabstimmung

Deshalb haben wir uns entschlossen, ein besonderes Prinzip anzuwenden: die Volksabstimmung über die Volksabstimmung. Wir wenden uns direkt an die Bürgerinnen und Bürger und fragen diese, was sie wollen. Alle werden eingeladen, mitzumachen und selbst zu entscheiden.

In der Volksabstimmung über die Volksabstimmung wird der Weg zum Ziel. Dadurch, daß wir die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar fragen, was sie wollen, werden sie schon mit der Direkten Demokratie vertraut. Das ist eines der Erfolgsgeheimnisse des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern". Da wir schon zu Beginn am Ziel waren, haben wir am Schluß den Volksentscheid gewonnen.

2. Am Anfang waren es 18 Leute - der Start von „Mehr Demokratie in Bayern"

Am 25. Oktober 1992 trafen sich in Nürnberg 18 Leute mitten in der Altstadt im Jugendzentrum für politische Bildung. Dieses Treffen war die Geburtsstunde des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern".

Aus Bonn reisten Thomas Mayer vom IDEE-Büro (Initiative DEmokratie Entwickeln) und Brigitte Krenkers, Geschäftsführerin des „Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland" an. Von der „Aktion Bürgerentscheid" kamen Dr. Theo Ebert und Ada Augustin aus Erlangen, Ewald Silberhorn aus Poing bei München, Annemarie Gfüllner aus Niederpöcking am Starnberger See, Dieter Kuhn aus Hersbruck und Sophie Rieger, Landtagsabgeordnete der Grünen. Die Aktion Bürgerentscheid hatte schon 1982 versucht, mit einem Volksbegehren den kommunalen Bürgerentscheid in Bayern einzuführen. Sie hatte damals aber nicht die Kraft, die notwendigen Unterschriften zur Beantragung des Volksbegehrens zu sammeln. Aus Nürnberg waren Dr. Lienhard Barz, Dirk Mattmüller, Christiane Köppel-Nowak, Erich Krüger, Jürgen Lohmüller und Bernd Arnold da. Aus Regensburg kam der Student Johannes Amann.

Alle Teilnehmer dieses Treffens beschäftigten sich schon lange mit der Direkten Demokratie. Einige waren auch in Parteien engagiert: SPD, Grüne, ÖDP, F.D.P. Nur die CSU war nicht vertreten.

Entschluß wird gefaßt

An diesem Nachmittag wurde der Entschluß gefaßt, zwei Volksbegehren - für die Einführung des kommunalen Bürgerentscheides und zur Erleichterung landesweiter Volksbegehren - zu starten.

Das letzte Volksbegehren, das zum Volksentscheid führte, hatte 1990 zum „Besseren Müllkonzept" stattgefunden. Die Bevölkerung hatte also einen aktuellen Bezug zu dem Instrument Volksbegehren. Man mußte nicht mehr alles von Grund auf erklären. Damit hatten wir in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ günstige Voraussetzungen. Dennoch, die Anforderung für den Erfolg eines Volksbegehrens sind in Bayern sehr hoch: innerhalb von zwei Wochen müssen sich 880.000 Bürgerinnen und Bürger in den Rathäusern eintragen!

Das ist eine Riesenhürde, die in Bayern innerhalb von 40 Jahren nur vier Mal überwunden wurde. Mit mulmigem Gefühl, ob wir uns nicht ein zu großes Projekt vorgenommen hatten, fuhren wir nach Hause.

IDEE
Initiative DEmokratie Entwickeln

IDEE · Initiative DEmokratie Entwickeln e.V. · Prinz - Albert - Str. 43 · D-5300 Bonn 1

Prinz - Albert - Str. 43
5300 Bonn 1
☎ 0228 / 21 53 18

Bonn, den 10.11.1992

Volksbegehren für kommunalen Bürgerentscheid und für die Verbesserung der landesweiten Volksgesetzgebung

Bericht vom Arbeitstreffen am 25.10.1992 in Nürnberg

Ende Oktober trafen sich in Nürnberg ca. 20 Freundinnen und Freunde der direkten Demokratie aus ganz Bayern, um den Start einer Aktion zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Kommunen und für die Verbesserung der Landesgesetze dür Volksentscheid zu beraten. Im Folgenden einige Überlegungen und Ergebnisse dieses sehr konstruktiven Treffens.

Rahmenbedingungen:

Das vor ca. zehn Jahren gestartete Volksbegehren der Aktion Bürgerentscheid hatte 13.000 Unterschriften für die Beantragung eines Volksbegehrens erbracht, schlief dann jedoch ein. Die Aktion Bürgerentscheid mußte Pionierarbeit leisten - vor zehn Jahren sprach fast niemand von Direkter Demokratie. Heute, nach kontinuierlicher Arbeit von Bürgerinitiativen, ist das anders und es sind eine Reihe Faktoren eingetreten, die zu einem neuen Anlauf ermutigen:
• Nach Schleswig-Holstein (1990) soll nun auch in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie in allen neuen Bundesländern der kommunale Bürgerentscheid eingeführt werden. Das verbessert die Argumentationsbasis in Bayern, gleichwohl die CSU sich strikt ablehnend zeigt.
• Durch den Müllvolksentscheid ist die bayrische Bevölkerung für die direkte Demokratie außerordentlich sensibilisiert worden.
• Die öffentliche Diskussion über die Parteienverdrossenheit, das tagtägliche Verhalten der Parteien und die Diskussion, ob in Deutschland eine Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag stattfinden soll, hat die Ansicht verstärkt, daß die absolute Parteiendemokratie durch einen zweiten Weg der Gesetzgebung, die Volksgesetzgebung ergänzt werden muß.
• Nach dem Zusammenbruch des Ost-Westgegensatzes kann die westdeutsche Demokratie wieder kritisiert werden, ohne daß gleich das Totschlagargument "Dann geh doch rüber" kommt. Es ist eine neuer Freiraum entstanden.

Das Ziel:

Die TeilnehmerInnen des Treffens setzten sich das Ziel, langfristig eine landesweite Volksabstimmung einzuleiten
- zur Einführung des Rechts auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Kommunen
- zur Verbesserung der Volksentscheidsregelung auf Landesebene.

Bankverbindung: Kt. 818 020 Spardabank Köln, BLZ 370 605 90

Protokoll der Gründungssitzung des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern".

Gesetzentwürfe werden erarbeitet

Das nächste Treffen fand erst wieder am 6. Februar 1993 in der Münchner „seidl-villa" statt. Dann ging es Schlag auf Schlag: In einem Arbeitskreis wurden dieGesetzentwürfe erarbeitet und von den Landesversammlungen von „Mehr Demokratie in Bayern e.V.", die monatlich tagten, begutachtet. Werbematerial und ein Aktionslogo wurden in teilweise aufreibenden Treffen erstellt. Silvia Gauss und Brigitte Krenkers vom „Omnibus für Direkte Demokratie" planten eine mehrmonatige Aktionstour durch fast alle bayerischen Städte, um die Volksbegehren bekannt zu machen und Unterschriften zu sammeln. Die erste Fahrt des Omnibusses war der Umzug der Aktenordner und Computer vom Bonner IDEE-Büro in den Keller eines Münchner Vorstadthauses. Thomas Mayer, ein gebürtiger Kemptner, zog wieder nach Bayern zurück, um die Volksbegehren vorzubereiten. Tim Weber und Ralph Kampwirth, die als Politologen eigentlich in Bonn ein Praktikum machen wollten, führten es nun in München fort. Einige biographische Entscheidungen sind in dieser Zeit gefallen - ein Volksbegehren kann man nicht nebenbei machen. Am 3. April 1993 wurde als Dach für die Volksbegehren der Verein „Mehr Demokratie in Bayern" gegründet. Tags darauf wurden die Volksbegehren auf einer ersten Pressekonferenz in München vorgestellt.

Einige weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dieser Zeit seien besonders erwähnt:

- Gerald Häfner, Landesvorsitzender der Grünen und Vorstandsmitglied von IDEE e.V., der seit 1980 mehrere Initiativen für Direkte Demokratie gestartet hat und das Gründungstreffen des Volksbegehrens mit angeregt hat.
- Dr. Klaus Hahnzog, ehemaliger Verfassungsrichter und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, der sich schon als Münchner Bürgermeister für direkte Bürgerbeteiligung eingesetzt hatte.
- Uta Philipp, Vertrauensfrau des Volksbegehrens „Das Bessere Müllkonzept".
- Dr. Syna Uenze, stellvertretende Vorsitzende des „Bund Naturschutz".
- Stefan Kisters, Doris Schneider und Andreas Lamminger von den katholischen Jugendverbänden.

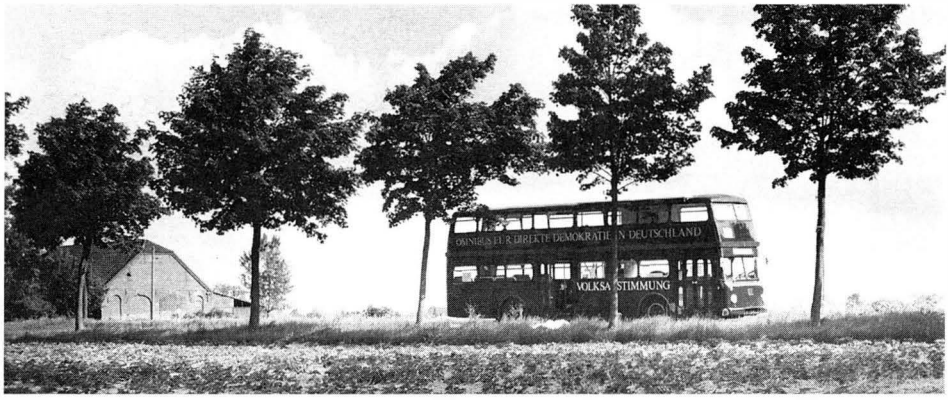
Erste Unterstützer werden gewonnen

Wir führten viele Gespräche und Briefwechsel, um Verbände und Parteien für die Unterstützung der Volksbegehren zu gewinnen. Die Resonanz war sehr gut. Bis zum 30. Juni 1993 gab es Unterstützungsbeschlüs-

Silvia Gauss: Unterwegs mit dem Omnibus für Direkte Demokratie

„Wenn Sie sich über zu wenige Mitbestimmungsrechte beklagen, haben Sie jetzt die Möglichkeit, dies zu ändern!" Diesen Satz haben wir auf ein großes Blatt geschrieben und in ein Omnibusfenster neben dem Informationstisch gehängt. Denn wie oft schon müssen wir in resigniertem oder wütendem Tonfall hören: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen!" „Das kommt nie durch. Zum Wählen sind wir gut genug, aber sonst sind wir nicht gefragt." und „Das ist keine Demokratie mehr, das ist eine Demokratur!"

Im Jahr 1993 rollt der Omnibus 13 Wochen lang durch Bayern. München, Fürstenfeldbruck, Augsburg, Mindelheim, Lindau, Traunstein, Berchtesgaden ... In jeder Stadt gibt es andere Probleme, die wir hautnah miterleben. Hier wird für eine neue Mülldeponie ein Wald gerodet, woanders sind die Müllgebühren um 500% gestiegen. In der nächsten Stadt fehlt ein Kindergarten. Wieder weiter leidet der Ort unter dem Durchgangsverkehr - Tausende von Autos, die täglich durch die Stadt donnern. Oder es fehlt am öffentlichen Nahverkehr. Oder eine Stadtsanierung wird beschlossen, die niemand will. Oder, oder, oder - die Liste läßt sich beliebig fortsetzen. Gemeinsam ist die Feststellung, daß man als Bürger und Bürgerin bei all diesen Problemen nichts zu melden hat. Es fehlt der Bürgerentscheid.



Der Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland unterwegs in Bayern.

se von Aktion Bürgerentscheid, Bayerische Strafverteidiger-Vereinigung, Bayernpartei Traunstein, BDKJ Diözesanverband München-Freising und Würzburg, Bund Naturschutz, Bund Naturschutz Jugend, Dachverband Das Bessere Müllkonzept, Dachverband der Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen AKW, Die GRÜNEN Landesverband Bayern, DGB Landesverband Bayern, Humanistische Union, IDEE - Initiative DEmokratie Entwickeln, Katholische Landjugend Bewegung Bay-

ern, Kritische Polizisten München, Mieterverein München, ÖDP Landesverband Bayern, Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland und BayernSPD.

Bei so viel Unterstützung dachten wir, daß die nötigen 25.000 Unterschriften zur Beantragung der Volksbegehren, die erste Hürde in der Volksgesetzgebung, schnell zusammenkommen müßten. Das „Bessere Müllkonzept" hatte seinerzeit nur 6 Wochen dafür gebraucht.

Die viel schwierigere Hürde von 880.000 Unterschriften beim Volksbegehren stand uns ja erst noch bevor.

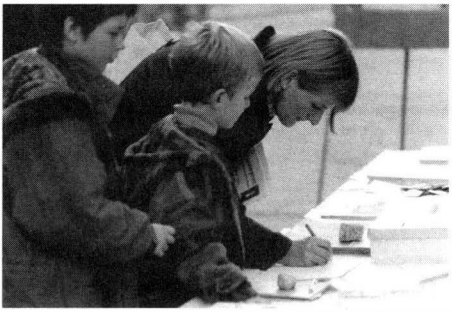
In einer mehrtägigen Versandaktion verschickten wir die Unterschriftenlisten an 8.000 Einzelpersonen. Für die Kreisverbände der unterstützenden Organisationen packten wir 200 Pakete. Zum Glück schien die Sonne, und wir konnten im Garten arbeiten. Über 50.000 Listen kamen so in Umlauf.

Die Wochen vergingen, wir warteten täglich auf den Postboten - doch es kamen kaum Unterschriftenlisten zurück. Es gab eine Ladehemmung.

Das größte Problem war wohl, daß kaum einer wirklich an den Erfolg der Volksbegehren glaubte. Auch in den unterstützenden Organi-

Thomas Mayer: Schaffen wir die 25.000 Unterschriften?

Im Oktober1993 wird es brenzlig. Die Unterschriftensammlung zur Beantragung der Volksbegehren läuft sehr schleppend. Nach 5 Monaten Sammlung haben wir erst 10.000 Unterschriften! Ziemlich viele sagen nun: „Ach, das wird doch nichts. Wenn es schon am Anfang so schleppend losgeht, dann kann es nichts werden."



Wir haben um jede einzelne Unterschrift gerungen.

Das bereitet mir schlaflose Nächte. Denn mir ist klar: wenn wir nicht bis Ende des Jahres, bis zur Winterpause, die 25.000 Unterschriften zusammenbekommen, dann geht der Glaube an die Aktion verloren. Also kaufe ich mir Pelzstiefel und mache im November und Dezember in München wochenlang Infostände. Aus beklebten Pappen bastele ich stationäre Eintragungsstellen und ziehe durch Theater und Kneipen, um die Pappen aufzuhängen und die Listen dann wieder abzuholen. Es ist ein Ringen um jede Unterschrift. Zum Glück machen es einige andere auch so, und mit „Ach und Krach" bekommen wir dann nach 7 Monaten gut 35.000 Unterschriften zusammen.

Wir sind zu dieser Zeit noch nicht die ruhmreichen Sieger, sondern eine ziemlich hausbackene Aktion mit großen Anlaufproblemen.

Das erste Volksbegehren: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen

1. Vorschlag formulieren:

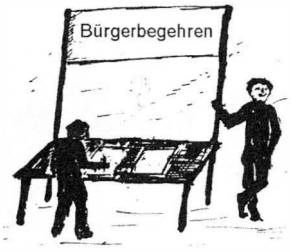
Zuerst muß jemand eine Idee haben, einen Antrag formulieren und eine Begründung schreiben. Das muß man sich gut überlegen, und die Mehrheit überzeugen will.

↓

2. Mitstreiter suchen:

Alleine kann niemand die für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften sammeln und die Werbung machen. Je größer das Bündnis, um so besser.

↓



3. Unterschriften sammeln:

10% der Stimmberechtigten müssen das Bürgerbegehren unterschreiben. In größeren Städten ist die Prozentzahl geringer.

↓

4. Gemeinde prüft:

Ein erfolgreiches Bürgerbegehren wird vom Gemeinderat formell und juristisch geprüft.

↓

5. Mehrheit überzeugen:

Nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren melden sich die Gegner zu Wort. Durch Veranstaltungen, Presseartikel, Flugblätter und Anzeigen versuchen beide Seiten, die Mehrheit zu überzeugen.

↓

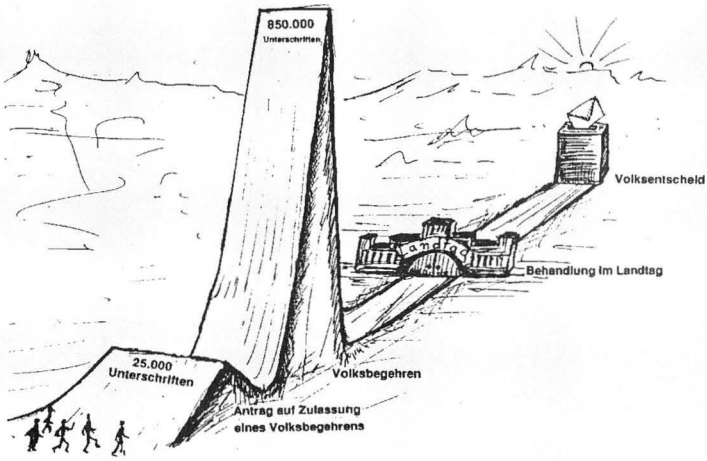
6. Bürgerentscheid:

Nach spätestens drei Monaten findet der Bürgerentscheid statt. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet.

Das zweite Volksbegehren: Faire Volksentscheide im Land

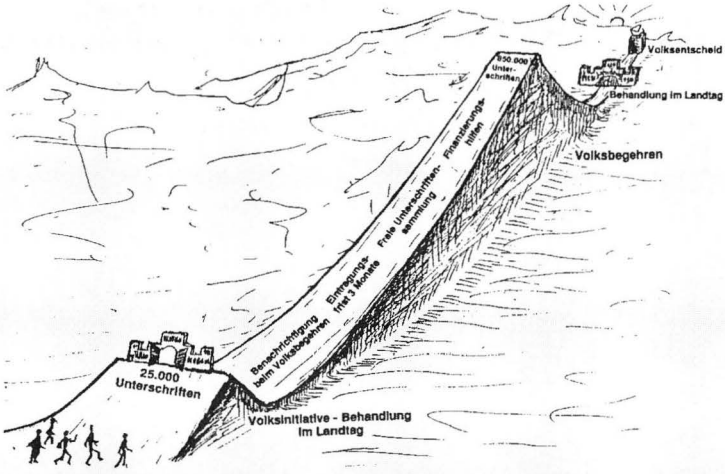
Heute:

Die Volksgesetzgebung auf Landesebene ist mit fast unüberwindlichen Hürden versehen. Beim Volksbegehren müssen sich ca. 880.000 Menschen innerhalb von 14 Tagen in die dafür vorgesehenen Listen eintragen, die nur in den Gemeinden ausliegen. Deshalb gab es in 50 Jahren nur 4 erfolgreiche Volksbegehren.



Unser Vorschlag:

Die Hürden werden überwindbarer und die Volksgesetzgebung wird praktikabler: Ein erfolgreicher Antrag auf Volksbegehren - die Volksinitiative - muß im Landtag behandelt werden. Beim Volksbegehren gibt es eine freie Unterschriftensammlung, d.h. die Unterschriften können auf der Straße gesammelt werden. Die Eintragungsfrist beim Volksbegehren beträgt drei Monate. Es gibt Finanzierungshilfen.
So wird Bürgerengagement ermöglicht und die Demokratie in Bayern lebendiger.



Mehr direkte Demokratie gefordert

Bürger wollen mitbestimmen

Initiative sammelt Unterschriften für zwei Volksbegehren

Von Anja Pülsch

München – Die Bürgerinitiative „Mehr Demokratie in Bayern" fährt in den nächsten Wochen mit einem Omnibus durch Bayern und sammelt bis 25. Juli landesweit Unterschriften für zwei Volksbegehren, die einen unmittelbaren Einfluß der Bürger auf die Politik anstreben. Der kommunale Bürgerentscheid soll eingeführt und die Bedingungen für einen Volksentscheid auf Landesebene verbessert werden, fordert die Bürgerinitiative. Sie hat entsprechende Gesetzentwürfe in den letzten Monaten ausgearbeitet.

Damit soll die Bevölkerung bei Sachentscheidungen – zum Beispiel bei Bauvorhaben, verkehrs- und schulpolitischen Projekten oder Energie- und Abfallgesetzen – aktiv mitbestimmen. „Die vorhandenen Instrumente dafür sind nicht mehr zeitgemäß", erklärte Thomas Mayer, Gründungsmitglied der Initiative, vor der Presse.

Mindestens 25 000 Unterschriften sind nötig, um beim Innenministerium die Zulassung der Volksbegehren zu beantragen. Wenn dies glückt, müssen sich entsprechend der jetzigen Regelung innerhalb von zwei Wochen zehn Prozent der Wahlberechtigten in Bayern für einen Volksentscheid über die Gesetzesänderungen aussprechen.

Angesichts der verbreiteten Politikverdrossenheit und des bevorstehenden Wahljahres 1994 rechnet der Vorstand mit einem Erfolg und der Unterstützung verschiedener Verbände und Vereine sowie der Oppositionsparteien.

„Wir sind optimistisch, ein starkes Bündnis zu schaffen, was uns die Organisation erleichtern wird", bemerkte Uta Philipp, die sich bereits bei dem 1991 durchgesetzten Volksbegehren für ein „besseres Müllkonzept" engagiert hatte. In den vergangenen 40 Jahren gab es nach Angaben der Initiative in Bayern außer diesem nur noch zwei weitere Fälle, in denen es über das Volksbegehren zu einem Volksentscheid kam. Die Hürden seien offensichtlich zu hoch.

„Mehr Demokratie in Bayern", inzwischen auch als Trägerverein gegründet, schlägt daher unter anderem vor, die Eintragungsfrist beim Volksbegehren auf Landesebene von 14 Tagen auf drei Monate zu verlängern. In dieser Zeit sollen die Unterschriftenlisten nicht nur in der Gemeindeverwaltung ausliegen, sondern durch die jeweilige Initiative mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden. Sie hätte nach dem Gesetzentwurf auch ein Anhörungsrecht vor dem Landtag, der sich mit dem Anliegen befassen müßte. Außerdem wird gefordert, daß die Medien und die Gemeinden für genügend Information sorgen und die Initiative wie die Parteien finanziell im Wahlkampf entlastet wird.

Das zweite Volksbegehren soll erreichen, daß künftig in einer Gemeinde, einer Stadt oder einem Landkreis jeweils fünf bis zehn Prozent der Wahlberechtigten – je nach Einwohnerzahl – einen Bürgerentscheid verlangen können, etwa, wenn ein großes Bauprojekt geplant ist. In anderen Bundesländern ist dieses Recht in der Kommunalverfassung bereits festgeschrieben oder im Gespräch. Baden-Württemberg hatte den kommunalen Bürgerentscheid schon 1956 als erstes Bundesland eingeführt und etwa 200 Bürgerentscheide durchgeführt. Die Erfahrungen daraus liegen dem Gesetzentwurf der bayerischen Initiative zugrunde.

Artikel in der Süddeutschen Zeitung zur Eröffnungspressekonferenz am 4. Mai 1993 in München.

sationen war die Ansicht verbreitet: „Politisch ist das schon richtig, natürlich brauchen wir den Bürgerentscheid. Aber ein Volksbegehren mit 880.000 Unterschriften zu so einem abstrakten Thema, das hat keine Chance. Beim „Besseren Müllkonzept", da wußte jeder, um was es geht. Müll, den kann man anfassen, der stinkt. Mit dem Müll konnte man Aktionen machen, in der Fußgängerzone Müllberge aufschütten. Das ist etwas Konkretes und bewegt die Menschen. Aber nur ein Bürgerentscheid um des Bürgerentscheids willen, das wird nie etwas."

Wer nicht an den Erfolg glaubt, dem geht der Elan abhanden. Und so kam die Unterschriftensammlung nicht in Schwung. Das ist der Teufelskreis von sich selbsterfüllenden Prophezeiungen.

CSU nimmt uns ernst

Interessanterweise haben uns schon im Herbst 1993 einige CSU-Vertreter viel ernster genommen als wir uns selbst. Der erste Anstoß kam von Joachim Gillessen, Landrat des Landkreises München. Er hatte aus der Zeitung erfahren, daß wir Unterschriften für zwei Volksbegehren sammeln, und ging deshalb im Dezember 1993 mit einem eigenen Gesetzentwurf zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids an die Öffentlichkeit. Er versuchte, seinen Parteifreunden in der CSU beizubringen, daß sie unbedingt selbst etwas machen müßten, um die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" zumindest bei dem Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" aufzuhalten. Wir hatten währenddessen Angst, daß wir nicht einmal die relativ niedrige Einstiegshürde von 25.000 Unterschriften schaffen würden.

Durch viel Kleinarbeit an Infoständen und ein Ringen um jede Unterschrift war es dann am Jahresende doch soweit: gut 35.000 Unterschriften kamen zusammen.

3. Eiertanz der CSU-Landtagsfraktion

Der erste Schritt war getan, die nötigen Unterschriften zur Beantragung der Volksbegehren waren gesammelt. Dennoch warteten wir mit der Einreichung der Unterschriften.

Wir haben gut daran getan. Denn so ließen wir auch der CSU-Landtagsfraktion Zeit, eine geniale Werbekampagne für uns zu starten. Durch einen Knüller am 4. Mai 1994 und am 19. Mai machte uns die CSU in der Öffentlichkeit zu einer gewichtigen Initiative.

4. Mai 1994: CSU beschließt eigenen Bürgerentscheidsentwurf

Nach jahrzehntelanger Ablehnung faßte die CSU-Landtagsfraktion am 4. Mai überraschend den Grundsatzbeschluß, den Bürgerentscheid in Gemeinden, Städten und Landkreisen einzuführen. „Ein Salto mortale", bemerkte Dr. Klaus Hahnzog, rechtspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Fraktion. CSU-Fraktionschef Alois Glück begründete den Gesinnungswandel in einer Pressemitteilung vom 6. Mai: „Kommunalpolitiker aller Parteien befürchten eine katastrophale Blockadewirkung auf das kommunalpolitische Handeln, wenn die im Volksbegehren vorgesehenen Regelungen Wirklichkeit würden."

Der schon im Dezember 1993 vorgelegte Gillessen-Gesetzentwurf wurde aus der Schublade geholt, leicht modifiziert und von der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU am 10. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt. Die CSU gab offen zu, daß sie damit auf uns reagierte.

Wir kritisierten diesen Entwurf als Mogelpackung: Durch die vorgesehene 25%-Zustimmungsklausel wären reihenweise Bürgerentscheide im Papierkorb gelandet. Diese Klausel war verfassungsrechtlich äußerst bedenklich, da sie mit dem bayerischen Verfassungsprinzip „Mehrheit entscheidet" brach. Zudem wollte die CSU wichtige Themen wie Großprojekte und Bauleitplanung von Bürgerentscheiden ausschließen.

CSU will sich an die Spitze der Bewegung stellen

Mit ihrem eigenen Gesetzentwurf wollte die CSU der Bürgeraktion „Mehr Demokratie" den Wind aus den Segeln nehmen. Das war ganz iem Stil von Franz Josef Strauß. Bei den beiden erfolgreichen Volksbegehren, die zu seiner Zeit stattfanden (1968 zur konfessionellen Ge-

meinschaftsschule und 1972 zur Rundfunkfreiheit), hatte Strauß mit großer Wendigkeit eine 180-Grad-Drehung gemacht und die Forderungen der Volksbegehren mehr oder weniger übernommen. So war Strauß zum Schluß immer auf der Gewinnerseite. Darauf hoffte jetzt wohl auch die CSU-Fraktion.

Nach ihrem Beschluß tönte es deshalb aus der Pressestelle der CSU-Landtagsfraktion, daß ihnen da ein Coup gelungen sei. Doch nach einiger Zeit war dann in der Lindauer Zeitung zu lesen: „Bürgerentscheid wird zum CSU-Krisenherd."

Massiver innerparteilicher Widerstand gegen CSU-Entwurf

Am 9. Mai beriet der CSU-Parteivorstand über den kommunalen Bürgerentscheid. CSU-Finanzminister Theo Waigel und Ministerpräsident Edmund Stoiber waren sich einig in ihrer Skepsis gegenüber dem Vorschlag der CSU-Landtagsfraktion. Es gelte, „mit Vorsicht" vorzugehen, zugleich aber durch eigene Vorschläge zu verhindern, daß die Entwicklung „aus dem Ruder" laufe.

Die deutlichste Kritik übte der Landshuter CSU-Oberbürgermeister und Städtetagschef Josef Deimer. Die CSU habe „Angst, nicht mehr gewählt zu werden", und der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf habe nur eine „Alibifunktion gegenüber dem Bürger", hieß es. Deimer, der in Landshut gerade Probleme hatte, ein in der Bevölkerung umstrittenes Tunnelprojekt durchzusetzen, fühlte sich sogar an „Weimarer Verhältnisse" erinnert.

Auch der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes Mittelfranken, Carl-Dieter Spranger, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, konnte sich mit dem CSU-Entwurf nicht anfreunden. Spranger sah darin eine Abkehr von den „bewährten Verfassungsprinzipien der repräsentativen Demokratie".

Keine Unterstützung konnte die CSU im Bayerischen Städtetag, der Vereinigung der Bürgermeister der bayerischen Städte, erreichen. Bei einer Abstimmung über den CSU-Entwurf im Vorstand des Städtetages kam es nach kontrovers geführter Debatte zu einer Pattsituation.

19. Mai 1994: CSU zieht ihren Entwurf wieder zurück

Aufgrund dieser Proteste gab die CSU-Fraktion am 19. Mai ihr Vorhaben vorerst auf, kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einzuführen. Der Fraktionssprecher der bayerischen Grünen, Dr. Manfred Fleischer, nahm den erneuten „nächtlichen Stimmungswandel" der CSU „mit Erstaunen" zur Kenntnis.

Die CSU wolle ihren Gesetzentwurf nur dann auf die Tagesordnung setzen, wenn das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" Erfolg habe, hieß es in der CSU-Landtagsfraktion. Er solle dann dem Volk als Alternative zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dieser Eiertanz der CSU sorgte für viele Schlagzeilen. „Mehr Demokratie in Bayern" wurde damit bekannt. Wir selbst konnten dem Geschehen mehr oder weniger nur zusehen und standen dennoch im Mittelpunkt des Ganzen; denn das Polittheater fand ja nur wegen unseres Volksbegehrens statt.

Auch der überraschende Rückzieher der Regierungspartei sorgt für anhaltende Unruhe

Bürgeraktion höhnt über „Eiertanz bei der CSU"

Von unserer Münchner Redaktion

München (mile) - Der CSU-Plan mit einem eigenen Gesetzentwurf das Volksbegehren zur Einführung eines kommunalen Bürgerentscheids auszuhebeln, sorgt für anhaltende Unruhe in der Regierungspartei: Nachdem die CSU-Land-tagsfraktion ihren Entwurf am Donnerstag überraschend von der Tagesordnung genommen hatte (wir berichteten), gab es gestern nicht nur in den Reihen der Opposition beißenden Spott. Die Bürgeraktion, die das Volksbegehren betreibt, amüsierte sich über den „Eiertanz bei der CSU".

„Erst hü dann hott, was will die CSU eigentlich?", fragt Thomas Mayer, der Sprecher der Bürgeraktion. Offensichtlich habe die ganze Aktion nur das Ziel gehabt, das Volksbegehren auszuhebeln: „Dies hat sich als Bumerang erwiesen. Die Bürger und Bürgerinnen haben das Spiel durchschaut." Die Bürgeraktion werde ihre beiden Volksbegehren im Juli erreichen, nachdem sich jetzt „endlich offenbart" habe, daß es „der CSU nicht um Bürgerbeteiligung, sondern um Machterhalt geht."

Nachdem die CSU-Fraktion ihren Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Landtags streichen ließ, bleibt der Regierungspartei allenfalls noch die Möglichkeit, bei der Abstimmung über das Volksbegehren einen eigenen Entwurf als Alternative vorzulegen, wie es bereits beim Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept" praktiziert wurde.

Die Abstimmung könnte womöglich zusammen mit der Landtagswahl am 25. September stattfinden. Hätte der Landtag den Gesetzentwurf verabschiedet, wäre die Bürgeraktion dadurch kaum davon abzuhalten gewesen, das Volksbegehren weiter zu betreiben, argumentierten Gegner des nun gestoppten CSU-Vorstoßes.

Offenes Geheimnis ist, daß die Mehrheitsfraktion den Rückzieher auch unter massivem Druck aus der CSU machte: Wie berichtet, gibt es in den kommunalen Spitzenverbänden massivste Bedenken auch gegen die CSU-Version des Bürgerentscheids. Städtetagspräsident Josef Deimer (CSU) hatte öffentlich davor gewarnt, daß die Bürger die Absicht der Aktion durchschauen könnten und daß das Volksbegehren womöglich so oder so Erfolg haben könnte.

Gegenüber der Süddeutschen Zeitung betonte der CSU-Landtagsabgeordnete Engelbert Kupka, daß der CSU-Gesetzentwurf noch nicht endgültig vom Tisch sei. Offensichtlich will die CSU zunächst abwarten, ob überhaupt zehn Prozent der Wahlberechtigten die Forderung nach Abhaltung eines Volksentscheids über das Bürgerbegehren unterschreiben.

Schwäbische Zeitung, 21.5.1994.

4. Vorbereitungen zu den Volksbegehren

Anfang 1994 unterstützten bereits über 30 Initiativen und Verbände die beiden Volksbegehren von „Mehr Demokratie in Bayern". Dazu gehörten insbesondere die Umweltverbände, die christlichen Jugendverbände, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die ÖDP und die Bayernpartei.

Allerdings war das Netzwerk für die Kampagne zu den Volksbegehren noch nicht aufgebaut und die Finanzierung der ganzen Aktion nicht gesichert. Also übten wir uns in Geduld und setzten auf einen kontinuierlichen internen Aufbau.

Am 22. Januar 1994 faßten die 70 Teilnehmer der 8. Landesversammlung von „Mehr Demokratie in Bayern" einen einstimmigen Beschluß. Die beiden Anträge auf Volksbegehren sollten im Zeitraum von Juni bis August beim Innenministerium eingereicht werden, und zwar in Absprache mit dem Volksbegehren „Bessere Schulen" und in Abhängigkeit von der Finanzlage der Gruppen.

Die Teilnehmer der Landesversammlung waren sich einig, daß die Volksbegehren bei der Landtagswahl im Herbst Wahlkampfthema werden sollten. Wir wollten, daß die Politiker und Parteien vor der Wahl öffentlich zu unseren Forderungen Stellung nahmen. Ein 11-Punkte-Plan zur Vorbereitung der Volksbegehren wurde vorgestellt.

11-Punkte-Plan zur Vorbereitung der Volksbegehren:

1. Aktionskreise in Landkreisen und Städten gründen
2. Bezirksweite Vernetzung aufbauen
3. Unterschriftensammlung für die Volksbegehren bis zum 1. Juni fortführen
4. Aktionstag am Samstag, dem 7. Mai, durchführen
5. Volksbegehren in anderen örtlichen Vereinen vorstellen
6. Ehrenamtliche Helfer für die zweiwöchige Eintragungszeit während des Volksbegehrens finden
7. Finanzierung für das Volksbegehren durch Privat- und Verbandsspenden sichern
8. Kontinuierliche Pressearbeit vor Ort betreiben
9. Diskussion in die Gemeinde- und Stadträte tragen
10. Sich in den Wahlkampf einmischen und Kandidaten zur Stellungnahme zu „Mehr Demokratie" bewegen
11. Plan für die Aktionen für die 14-tägige Eintragungsfrist erarbeiten

Wir standen noch ganz am Anfang mit dem Organisationsaufbau. Es gab bisher nur wenige aktive Gruppen, wir nannten sie Aktionskreise, die vor Ort für „Mehr Demokratie" Werbung machten. Erste Bezirkstreffen, z.B. in Mittelfranken und Südschwaben, hatten bereits stattgefunden. Mit Hilfe von Referentenschulungen versuchten wir, neue Multiplikatoren zu gewinnen. Diese Seminare waren zwar meist nicht gut besucht, aber wenn fünf Leute auf unsere Veranstaltungen kamen, waren wir schon sehr zufrieden. Für einen interessierten und aktiven Kreis von circa 1.000 Leuten konzipierten wir ein eigenes Informationsblatt, den Aktionsrundbrief, der regelmäßig über alle Neuigkeiten informierte.

Selbstorganisierte Bürgerbefragung in Landshut

Rückendeckung für unser Anliegen bekamen wir Anfang März aus Landshut. Denn der Landshuter Stadtrat hatte trotz massiver Proteste mit nur einer Stimme Mehrheit den Bau eines umstrittenen Tunnels beschlossen. Ausgerechnet die Stimme des Oberbürgermeisters Josef Deimer, Bayerischer Städtetagspräsident, hatte den Ausschlag gegeben.

Am Samstag, dem 12. März, veranstaltete deshalb ein Bündnis von 15 Organisationen, darunter der Bund Naturschutz, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P. und Freie Wähler, eine zweiwöchige Bürgerbefragung über den Bau des Landshuter Autotunnels. An Infoständen und in Geschäften lagen die Stimmzettel mit der Frage aus: „Sind Sie mit dem Bau des Hofbergtunnels einverstanden?"

Bei fast 60.000 Einwohnern beteiligten sich 8.360 Bürgerinnen und Bürger an der Befragung. 7.207 Bürgerinnen und Bürger (86%) sprachen sich gegen den Bau des Tunnels aus, 918 dafür. 235 Stimmzettel waren ungültig.

Diese selbstorganisierte Bürgerbefragung war eine Neuheit in der bayerischen Geschichte, sie zeigte, wie stark das Bedürfnis nach mehr Bürgerbeteiligung war. Sie ermutigte uns, auf dem richtigen Weg weiterzumachen.

Neue Mitstreiter

Gleichzeitig haben wir das Münchner Büro ausgebaut. Im Kellerbüro in Pasing arbeiteten Thomas Mayer, Brigitte Krenkers und Silvia Gauss. Tim Weber und Ralph Kampwirth hatten ihr Praktikum in der Zwischenzeit beendet, Ralph Kampwirth dafür aber die Redaktion der „Zeitschrift für Direkte Demokratie" in Bremen übernommen. Für die vielen Aufgaben, die „Mehr Demokratie" bevorstanden, brauchten wir also dringend personelle Unterstützung.

Erste Verstärkung bekamen wir durch den Politikstudenten Carsten Nemitz, der im März zu uns stieß. Carsten versuchte, Kontakte zu Stiftungen aufzubauen. Sechs Wochen später kam Michael Seipel, der seine feste Anstellung als Redakteur einer Wirtschaftszeitung aufgab und von Bonn nach München zog. Er übernahm den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und wurde Pressesprecher der Bürgeraktion.

Omnibus für Direkte Demokratie wieder unterwegs

Ein wichtiger Schritt zum Aufbau unseres Demokratienetzes war eine erneute Tour des „Omnibus für Direkte Demokratie". Ab Anfang Mai fuhr der Bus sechs Wochen lang für „Mehr Demokratie in Bayern". Dabei wurden gezielt Landkreise angefahren, in denen bisher nur wenig über die Volksbegehren zu erfahren war. „Sobald die Leute wissen, um was es geht, stoßen wir auf sehr hohe Zustimmung", berichtete Silvia Gauss von der Busbesatzung.

In jedem Landkreis fand eine Abendveranstaltung statt, um einen örtlichen Aktionskreis zu gründen. In vielen Landkreisen entstanden so neue Gruppen für „Mehr Demokratie". Zudem überreichten wir in jedem Veranstaltungsort dem Bürgermeister einen „Offenen Brief" , in dem wir zur Unterstützung der Volksbegehren aufriefen.

Weitere Aktionen

Gleichzeitig fanden weitere Aktionen für „Mehr Demokratie" statt. Am 7. Mai 1994 organisierte die Augsburger Gruppe ein Demokratiefest. Neben Infoständen zu den beiden Volksbegehren gab es ein Kinder-

Das Marathonteam von „Mehr Demokratie".

programm mit Zauberern, Theatervorstellungen und einem Jonglierworkshop. Ein Demokratie-Quiz wurde veranstaltet, bei dem diejenigen, die sich mit der direkten Demokratie in Bayern auskannten, neben vielen anderen Preisen als Hauptgewinn einen Tag im Bayerischen Landtag gewinnen konnten.

Am 15. Mai nahmen Almut Quidenius und Richard Thieme aus Bamberg für „Mehr Demokratie" beim Post-Marathonlauf in München teil. Tatkräftig unterstützt von ihrer Bamberger Gruppe gingen sie zusammen mit über 8.000 Teilnehmern auf die rund 42 Kilometer lange Strecke. Für Richard Thieme hat dies auch etwas mit „Mehr Demokratie in Bayern" zu tun: „Es wird ein Marathonlauf werden. Aber wir werden durchhalten bis zum Ziel."

Kinderwagenumzug: „Demokratie muß wachsen"!

Unter dem Motto „Demokratie muß wachsen" veranstaltete der Münchner Aktionskreis am Samstag, dem 25. Juni 1994, vom Sendlinger Tor zum Marienplatz einen Kinderwagenumzug. „Unsere Demokratie steckt noch in den Kinderschuhen", erklärte Thomas Mayer, Vertrauensmann der Initiative, die Idee des Kinderwagenumzuges.

Aktionsleitfaden wird fertig

Im Juni war unser Aktionsleitfaden fertig, eine knapp 50seitige Broschüre, die in Zusammenarbeit mit dem Medienspezialisten Peter Lokk und dem Medienbüro Herwig erstellt wurde.

Der Aktionsleitfaden sollte helfen, Aktionskreise in den Städten und Gemeinden aufzubauen. Er enthielt Tips für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Finanzierung der Arbeit vor Ort und die Zusammenarbeit mit den Vereinen, Verbänden und Initiativen. Checklisten,

Musteranträge an Gemeinderäte und Vorschläge für Briefe an den Bürgermeister und die örtlichen Mandatsträger sollten die Arbeit vor Ort unterstützen. Der Aktionsleitfaden war eine der wesentlichen Stützen für den Aufbau des Demokratie-Netzwerkes.

Plakat-Aktion nach Europawahl

Am 12. Juni 1994 fand die Europawahl statt. Einen Tag nach der Wahl warben wir, mit Einverständnis der jeweiligen Parteien, für unser Volksbegehren. Die Plakate hatten wir selbst erstellt. Es waren die ersten Plakate, die wir je produzierten.

„Einmal wählen - für Jahre entmündigt" und „Wir sind kein dummes Volk. Wir wollen mitentscheiden!" - so lauteten die Slogans, die wir vor allem in München und Nürnberg plakatierten. Allein in München wurden insgesamt 2.000 Plakate aufgehängt.

Unsere Plakate stießen in den eigenen Reihen auf Kritik. Es gebe keinen direkten Bezug zum Volksbegehren, zudem sei die Schrift zu klein, optische Elemente würden fehlen. Die unterstützenden Parteien waren verstimmt, weil wir sie durch das „entmündigt" indirekt schalten. Wir lernten daraus, daß wir uns noch mehr Mühe geben mußten. Wir gründeten einen Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der sich alle vier Wochen in München traf.

Bürgerumfrage in Bernau

Eine selbstorganisierte Bürgerbefragung im oberbayerischen Bernau machte uns Mut, daß die Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen wollten. 1.003 von rund 4.200 wahlberechtigten Bernauer Bürgern beteiligten sich an der privaten Bürgerbefragung der Bürgerinitiative „Gegen ein neues Dorfzentrum im Bereich Widholzerstraße/Kurpark". Auf die per Postwurfsendung gestellte Frage „Sind Sie mit der Verwirklichung des neuen Dorfzentrums im Bereich des jetzigen Kurgartens einverstanden?", antworteten 922 Bürger mit „Nein", 71 mit „Ja". Für Bürgermeister Lenz Stadtmüller war die Bürgerumfrage allerdings kein Anlaß, den Entschluß zum Bau des Rathauses samt Dorfzentrums zu überdenken. Die Bürgerumfrage hatte keine rechtlichen Konsequenzen.

Diskussion über Einreichungstermine

Alarmiert durch Richard Sigel, Vertrauensmann des Volksbegehrens „Bessere Schulen", begannen wir Ende Juni erneut über die Einreichungstermine zu debattieren. Das Volksbegehren „Bessere Schulen"

hatte innerhalb von sechs Wochen 130.000 Unterschriften gesammelt und schien uns daher schon wesentlich besser organisiert zu sein als „Mehr Demokratie". Ziele des Volksbegehrens „Bessere Schulen" waren:

- Mehr Betreuungsangebote nach der regulären Unterrichtszeit
- Demokratische Mitwirkungsrechte
- Schaffung von pädagogischer Freiheit für Lehrer/-innen
- Keine Klasse über 30 Schüler/-innen

Das Innenministerium, so informierte uns Sigel, wolle die Volksbegehren „Bessere Schulen" und „Faire Volksentscheide" aufgrund juristischer Spitzfindigkeiten vor das Verfassungsgericht bringen. An dem zweiten Volksbegehren von „Mehr Demokratie", „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen", hätte das Innenministerium allerdings nichts auszusetzen. Sigels Sorge war nun, daß weder unsere Organisationsstruktur noch die Finanzierung stabil genug seien, um ein Volksbegehren durchzuführen. „Mehr Demokratie" habe ohne die Unterstützung eines zeitgleichen Volksbegehrens „Bessere Schulen" keine Chance.

Ein weiterer Grund, die Einreichungstermine zu überdenken, war die anstehende Landtagswahl. Wir hatten uns verschätzt - die Volksbegehren waren kein Wahlkampfthema geworden, zudem waren viele unserer Aktiven auch im Wahlkampf eingebunden und hatten keine Zeit, das Volksbegehren zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund entschloß sich die 11. Landesversammlung Anfang Juli, die beiden Volksbegehren von „Mehr Demokratie in Bayern" getrennt einzureichen. Die Unterschriftenlisten des Volksbegehrens „Faire Volksentscheide" sollten am 23. Juli 1994, einen Tag nach dem Volksbegehren „Bessere Schulen", dem Innenministerium übergeben werden. Das Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" sollte erst im November eingereicht werden, so daß trotz der abzusehenden Gerichtsverhandlungen alle drei Volksentscheide gemeinsam im Februar stattfinden könnten. So sollten Kosten für Bürgeraktion und Verwaltung gespart werden. Dann würde auch deutlich werden, daß es sich bei „Mehr Demokratie in Bayern" um zwei Volksbegehren handelte.

„Faire Volksentscheide" wird eingereicht

Am 23. Juli 1994 war es dann soweit. Wir stellten den „Omnibus für Direkte Demokratie" auf den Odeonsplatz in München. Mit Transparenten der unterstützenden Verbände, bedruckten T-Shirts und fein gebündelten Unterschriftenlisten bauten wir eine schöne Kulisse für die Übergabe auf. 35.554 Unterschriften wurden Herrn Dr. Enno Boettcher,

Die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" reicht zusammen mit den unterstützenden Verbänden das Volksbegehren „Faire Volksentscheide" ein.

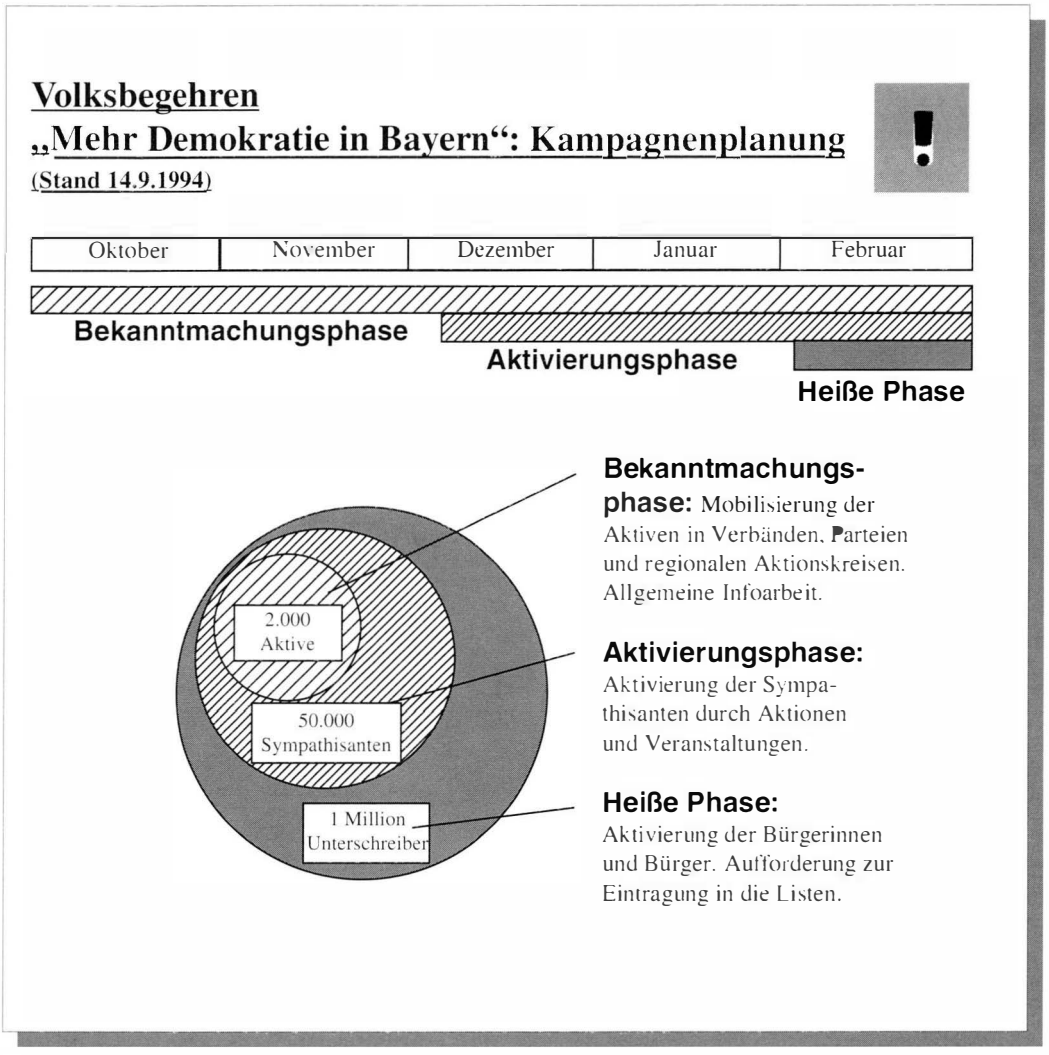
Ministerialrat aus dem Innenministerium, ausgehändigt. Wir hatten unser erstes Etappenziel auf dem Weg zu „Mehr Demokratie in Bayern" erreicht.

Schon Anfang August wurden die Volksbegehren „Faire Volksentscheide" und „Bessere Schulen" vom Innenministerium dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zur Prüfung vorgelegt (siehe Kapitel 5).

Die Vorbereitungen laufen weiter

Im September kam Tim Weber zurück zu „Mehr Demokratie". Er bekam den Titel des „Landesbeauftragten". Seine wichtigste Aufgabe war, weitere Aktionskreise aufzubauen und zu betreuen. Dazu luden wir in den Landkreisen gezielt zu Abendveranstaltungen ein. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Aktionskreisgründung war meist nur eine aktive Person, die bereit war, vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

Silvia Gauss kümmerte sich mittlerweile um die Betreuung des Aktionskreises München und Umgebung. Immer umfangreicher wurde die Arbeit für diesen riesigen Stimmbezirk. Eine Koordinierung der laufenden Aktivitäten war dringend nötig geworden.



Die Kampagnenplanung zum Volksbegehren.

Mitte September stellten wir einen detaillierten Kampagnenplan für die Volksbegehren vor. Wir unterteilten die Kampagne in drei Phasen: Bekanntmachungsphase, Aktivierungsphase, heiße Phase. Für jede Phase schlugen wir konkrete Aktionen und Maßnahmen vor.

Kunstpreis für „Mehr Demokratie“

Und wieder eine Ermutigung für unsere Initiative: Mitte September erhielten wir den Preis für Soziale Kunst, „Findling“, der mit 5.000 Mark dotiert und von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern gestiftet worden war. Die Volksbegehren seien ein hervorstechender Beitrag zur Gestaltung der Demokratie und im Sinne des „erweiterten Kunstbegriffes“

Wir erhalten den Preis für Soziale Kunst, den „Findling".

von Beuys ein Kunstwerk. Die Volksabstimmung über die Volksabstimmung - das sei eine künstlerisch äußerst interessante Form.

Wir hatten diese Ermutigung nötig, denn beim Bund Naturschutz (BN) gab es Gerüchte über unsere mangelnde Schlagkraft. Ob wir überhaupt ein Büro hätten? Der BN-Landesvorstand sehe mit Sorge, daß wir uns finanziell ruinieren würden. Diese Gerüchte waren das Ergebnis eines Spendenmailings vom April, in dem wir die Kosten zur Durchführung der Volksbegehren auf 710.000 Mark beziffert hatten. Ziel war gewesen, damit die Verbände zu motivieren, sich finanziell zu engagieren. Statt dessen hatte das Mailing zu einer großen Verunsicherung geführt: „So viel Geld bekommen die doch nie zusammen!".

Veranschlagte Kosten für Kampagne zum Volksbegehren
(Spendenmailing vom April ´94)

• Anzeigenkampagne	300.000.-
• Postwurfsendungen	150.000,-
• Rundbriefe an Interessenten	100.000,-
• Personalkosten (3 Mitarbeiter und Hilfskräfte für 7 Monate)	60.000,-
• Defizit beim Verkauf von Infomaterial	50.000,-
• Miete, Porto, Kopien, Aktionen	50.000,-
Gesamt:	710.000,-

Das wichtigste ist das Vertrauen

Wir mußten etwas unternehmen. Denn nichts war schlimmer als fehlendes Vertrauen in unser Vorhaben. Überhaupt bestand für uns der größte Kraftaufwand darin, immer wieder gegen die Zweifel anzukämpfen. Denn kaum einer traute uns zu, diese Riesenhürde - 880.000 Unterschriften innerhalb von nur zwei Wochen - zu schaffen. „Euer Vorhaben finden wir ja gut, aber ich sehe da kaum eine Chance" war ein Satz, den wir oft zu hören bekamen.

Es war daher dringend nötig, die Leistungsfähigkeit unseres Büros darzustellen, um jetzt auch intern Werbung für uns zu machen. Wir mußten zeigen, daß wir trotz geringster finanzieller Mittel schlagkräftig waren und professionell arbeiteten. Viele hielten uns auch für unerfahren - wir waren ja ein sehr junges Team, alle noch in den Zwanzigern. Und doch bestanden mittlerweile schon 50 Aktionskreise. Wir mußten jetzt systematisch auch die Untergliederungen der Verbände über unsere Aktionen informieren und den Zweifeln etwas Überzeugendes entgegensetzen.

Nach der Bundestagswahl Anfang Oktober nutzten wir erneut die aufgestellten Plakatständer, um in München und Nürnberg mit dem Plakat „Für Sie! Mehr Demokratie in Bayern" auf uns aufmerksam zu machen. Das neue Plakat war lesbarer, prägnanter und grafisch besser geworden. Wir hatten schon dazugelernt.

Plakat „Für Sie! Mehr Demokratie in Bayern".

Das wichtigste ist die innere Organisation

(Auszug aus dem Aktionsrundbrief Nr. 10 vom Oktober 1994)

Die Volksbegehren werden dann erfolgreich sein, wenn die innere Organisation genügend vorbereitet ist. Dazu gehören insbesondere:

- ein leistungsstarkes Landesbüro
- die Mobilisierung und Vernetzung der Aktiven in den unterstützenden Verbänden und Parteien.

Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Monaten muß daher der Aufbau und die Qualifizierung regionaler Aktionskreise sowie die innerverbandliche und innerparteiliche Verankerung der Volksbegehren sein.

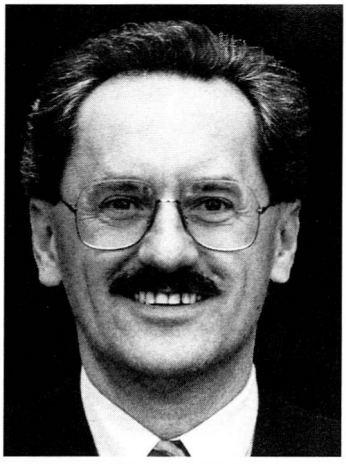
Das Landesbüro stellt seine Arbeit vor:
Mit dem Münchener Landesbüro haben wir im Rahmen der Möglichkeiten gute Voraussetzungen geschaffen, um die Volksbegehren erfolgreich durchzuführen. Das Landesbüro besteht zur Zeit aus fünf Mitarbeiter/-innen, die durch weitgehenden Lohnverzicht die laufenden Kosten denkbar gering halten.

Das leistet das Landesbüro:

1. Produktion und Versand von Infomaterialien
2. Regelmäßige Pressearbeit (ca. 800 Redaktionen)
3. Betreuung und Initiierung von Aktionskreisen
4. Koordination: z.B. Kontakt zu landesweiten Verbänden und Parteien, Referentenvermittlung, Zusammenführung von Aktiven
5. Aktionsrundbriefe an 1.000 Aktive und Gruppen
6. Spendenbriefe: Interessenten an den Volksbegehren erhalten regelmäßig Spenden- und Informationsbriefe
7. Referate und Veranstaltungen in ganz Bayern
8. Aktionen in und um München
9. Besondere Arbeiten für das Volksbegehren, z.B. Aufbereitung der Unterschriften zur Beantragung der Volksbegehren, Betreuung des Verfahrens vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof, Versand der Eintragungslisten für das Volksbegehren an die Gemeinden etc.
10. Besondere Aktionen zur Eintragungsfrist der Volksbegehren: Regionalkonferenzen, Aktionsteams machen Aktionsurlaub in Bayern und unterstützen die regionalen Aktionskreise, Pressetouren
11. Werbemaßnahmen, die sich selbst finanzieren
    - Postwurfsendung
    - Spendenbriefe
    - Beilagen/Artikel in Verbandszeitschriften
    - Kostenlose Werbefotos und Anzeigen

Zweites Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" eingereicht!

Am 31. Oktober reichten wir planmäßig unser zweites Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" mit 35.291 Unterschriften ein. Bereits 35 bayerische Bürgermeister unterstützten das Volksbegehren. Bayernweit hatten wir mittlerweile 70 Aktionskreise aufgebaut. Es wurde ernst. Wir hatten nur noch wenige Wochen Zeit, um uns auf die heiße Phase vorzubereiten. Die große Herausforderung, das eigentliche Volksbegehren, stand nun bevor.



Christian Ude, Oberbürgermeister der Stadt München, 1994:
„Ich befürworte das Volksbegehren ‚Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen', weil es dem Geist der Bayerischen Verfassung entspricht und wir in Bayern mit dem angestrebten Instrument gute Erfahrungen gemacht haben."

5. Schwarzer November - das Bayerische Verfassungsgericht schlägt zu!

Wir hatten den Text unserer Gesetzentwürfe mit Dr. Enno Boettcher, dem zuständigen Beamten des Innenministeriums, abgesprochen. Alle Korrekturempfehlungen und Hinweise waren eingearbeitet. Doch genauso wie wir hat auch Herr Boettcher eine Unstimmigkeit bei dem Gesetzentwurf „Faire Volksentscheide im Land" übersehen. Erst der Bayerische Senat, eine zweite Kammer in Bayern, die wichtige gesellschaftliche Interessen vertreten soll, ist darauf gekommen.

In Art. 71 und 74 der Bayerischen Verfassung ist das Gesetzesinitiativrecht geregelt. Unser Gesetzentwurf sah vor, daß das Volk mit 25.000 Unterschriften Gesetzentwürfe in den Landtag einbringen kann. Der Bayerische Senat vertrat nun die Ansicht, daß dafür auch die Artikel der Bayerischen Verfassung geändert werden müßten. Wir hatten aber nur eine Änderung des Landeswahlgesetzes vorgesehen. Deshalb legte das Innenministerium unser Volksbegehren dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vor. Es ging also nicht um die „Volksinitiative" selbst, sondern um eine juristische Formalität. Aber das genügte.

Volksbegehren „Faire Volksentscheide" vor dem Verfassungsgericht

Wir beauftragten Dr. Klaus Hahnzog, selbst ehemaliger Verfassungsrichter, mit der Klagevertretung. Klaus Hahnzog argumentierte, daß unsere vorgeschlagene Volksinitiative eine „Ausgestaltung des Petitionsrechtes" sei, wofür keine Verfassungsänderung nötig ist. Eine schlüssige Argumentation.

Dennoch wußten wir, daß wir keine guten Karten hatten. Denn das Bayerische Verfassungsgericht wird mit einfacher Mehrheit vom Landtag besetzt. Entsprechend ist die Auswahl der Richter. Über 80% stehen der CSU nahe. Schon seit langem wird deshalb das Verfassungsgericht als „verlängerter Arm der CSU" bezeichnet.

In einem Punkt fühlten wir uns aber sicher: Auch wenn das Gericht einen Teil unseres Gesetzentwurfes, nämlich die Volksinitiative, streichen sollte, der Rest des Volksbegehrens - die freie Unterschriftensammlung, die Kostenerstattung und Informationshilfen - würden weiter bestehen können. Auch beim Volksbegehren zum Besseren Müllkonzept 1990 hatte das Verfassungsgericht einige Punkte für unzulässig

erklärt. Die zulässigen Teile kamen trotzdem zur Volksabstimmung. Warum sollte es jetzt anders sein?
Nach einer mündlichen Verhandlung kam es am Montag, dem 14. November 1994, zur Urteilsverkündung. Wir bereiteten eine Pressemittei-

Die Bayerischen Verfassungsrichter ziehen in den Saal ein.

lung unter der Überschrift „Verfassungsgerichtshof macht Weg zum Volksbegehren frei" vor und verteilten diese an alle Journalisten. Egal, ob die Volksinitiative gestrichen wird oder nicht, das Volksbegehren kommt, war der Tenor des Textes.

Dann kamen die Richter in den Gerichtssaal. Hildegard Holzheid, die Gerichtsvorsitzende, verlas das Urteil: „Unzulässig". Wir waren völlig überrascht. Hatten wir uns verhört? Frau Holzheid las die Begründung vor. „Unzulässig". War das ein Traum? Nein, auf der Urteilskurzfassung, die verteilt wurde, stand tatsächlich „unzulässig".

Was war passiert? Das Gericht erklärte die Volksinitiative zum „Herzstück des Gesetzentwurfes". Und wenn das Herzstück eines Gesetzes unzulässig sei, dann sei das Gesetz als Ganzes unzulässig. Diese Entscheidung konnten wir nur schwer nachvollziehen. Aber wir mußten sie notgedrungen akzeptieren.

Die Herzstück-Theorie

Um zu dieser Konstruktion zu kommen, setzte das Gericht das Rechtsinstitut „Volksinitiative" (Befassungspflicht des Landtages bei 25.000 Unterschriften) mit der „Initiative" (Initiatoren eines Volksbegehrens)

gleich. Da mit der Volksinitiative auch die Initiative verfassungswidrig sei, gebe es auch niemanden mehr, der kostenlose Werbespots oder eine Kostenerstattung erhalten könne. Mit der gleichen Logik kann man auch sagen: „Wahlen" und „Parteien", „Untersuchungsausschüsse" und „Abgeordnete" oder „Petitionsrecht" und „Bürger" sind dasselbe.

Diese „Herzstück-Theorie" ist schwer zu verstehen. Auch die Journalisten verstanden sie nicht. Die Kommentare waren entsprechend.

Lag hier Irrtum oder Absicht vor? In der mündlichen Verhandlung vom 14. Oktober 1994 wurde diese Frage erörtert. Aus dem Protokoll, S. 8: „Auf Frage des Richters Knäusl erklärt Rechtsanwalt Dr. Hahnzog, mit dem Begriff ‚Initiative' in Art. 75 a Satz 2 LWG i.d.F. des Gesetzentwurfs sei die Gesamtheit der Unterstützer des Volksbegehrens, also die Initianten, gemeint."

Der Unterschied zwischen Volksinitiative und Initiative war also auch dem Gericht klar. Das Volksbegehren wurde bewußt mit einer völlig unsinnigen Begründung für verfassungswidrig erklärt. Aber der Verfassungsgerichtshof ist die letzte Instanz. Er kann sagen, was er will, man kann nichts mehr dagegen machen. Schockiert über den Zustand unserer Demokratie, trotteten wir aus dem Gerichtssaal.

Nur eines kam durch!

Nach diesem Urteil bekamen auch die Initiatoren des Volksbegehrens „Bessere Schulen" die rote Karte. Vier Tage später, am Donnerstag, dem 17. November 1994, wurde auch dieses Volksbegehren abserviert. Alle teuren Gutachter und Professoren, die Richard Sigel, der Landesvorsitzende der GEW, organisiert hatte, waren machtlos. Lehrerneueinstellungen hätten Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Es könne aber nicht sein, daß die Bürger über die Verwendung ihrer Steuergelder selbst entscheiden, meinten die Verfassungsrichter. Außerdem sei die im Volksbegehren „Bessere Schulen" geforderte Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Schüler und Eltern ein Angriff auf die staatliche Schulaufsicht. Das Herrschaftsmonopol über die Schulen will sich der zentralistische CSU-Staat nicht nehmen lassen.

Auch das Volksbegehren „Bessere Schulen" scheiterte am Bayerischen Verfassungsgericht.

Es war eine schwarze Novemberwoche. Die Volksbegehren „Bessere Schulen" und „Faire Volksentscheide" waren abgelehnt worden. Die Hoffnungen von Tausenden von Menschen waren zunichte gemacht. Richard Sigel sprach nach den Urteilen von „einem weiteren Beitrag zum Tod der Volksgesetzgebung".

Volksbegehren zur Änderung der Richterwahl?

Das Bayerische Verfassungsgericht muß den Händen der CSU entrissen werden. Deshalb faßten wir ein Volksbegehren zur Änderung der Richterwahl ins Auge. Doch damit konnten wir nicht starten. Denn jetzt mußten wir erst einmal das Volksbegehren „Bürgerentscheide" über die Runden bringen.

Martin Prem:

Im Namen des Volkes

Im Namen des Volkes: Das Volk soll schweigen! Bayerns höchste Richter haben das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" gekippt. Weil Teile davon den Maßstäben der Juristen nicht genügen, darf das Volk nicht sagen, ob es künftig etwas mehr zu sagen haben will.

Die dritte Gewalt im Staat soll Bürger vor Übergriffen von Gesetzgeber und Regierung schützen. Es entsteht nicht zum erstenmal der Eindruck, daß der Bayensche Verfassungsgerichtshof den Spieß umdreht – und sich als Bollwerk der Staatsorgane gegen das Volk versteht.

Oft hat sich dieses Volk als weitsichtig erwiesen. Es hat ein vorbildliches Müllgesetz erwirkt, hat die CSU zur Abschaffung der Bekenntnisschule gezwungen. Es hat die Parteienherrschaft im Rundfunk begrenzt und die Vereinsmeierei im Bayerischen Senat (weil ein entsprechendes Begehren durchfiel). Schade, daß dieses Volk in Bayern nicht mehr zu sagen hat.

Kommentar zum Verfassungsurteil in der TZ, 15./16.11.1994.

Hans-Peter Kastenhuber schrieb in den Nürnberger Nachrichten am 18.11.1996 in einem Kommentar: „Welche Initiative wird sich nach diesen abschreckenden Richtersprüchen noch an die Vorbereitung eines Volksbegehrens wagen? Wer die Geschichte der abgeschmetterten Schul-Gesetzentwürfe kennt, weiß, wie gründlich sie von den federführenden Verbänden vorbereitet waren. Doch auch die beste juristische Beratung kann offenbar niemanden mehr vor bösen Überraschungen durch bayerische Verfassungsrichter schützen. (...)

Noch einmal: Den Bayern wird mit solchen Richterentscheidungen die Lust auf Volksbegehren ausgetrieben. Und dieser Schaden wiegt schwerer als der erneut bestätigte Verdacht, daß es mit der Unabhängigkeit des politischen Denkens unserer - nach dem Parteienproporz berufenen - Verfassungshüter nicht so weit her ist."

„Jetzt erst recht!"

Auf uns lastete eine große Verantwortung. Wenn nun das Volksbegehren „Bürgerentscheide" auch noch scheitern würde, dann würde sich in Zukunft niemand mehr an die bayerische Volksgesetzgebung wagen.

Doch die schwarze Novemberwoche hatte letztlich auch ihre guten Seiten. Es gab ein großes Presseecho. Die 130.000 Unterzeichner des Volksbegehrens „Bessere Schulen" standen vor einem Scherbenhaufen. Viele Bürgerinnen und Bürger waren aufgerüttelt. Wir setzten darauf, daß sich diese Verärgerung in Energie umwandeln und unser Volksbegehren „Bürgerentscheide" über die 880.000 Unterschriften-Hürde tragen würde. In einer Pressemitteilung schrieben wir: „Die Wut über das unbegreifliche Urteil ist groß. Jetzt erst recht. Wir machen weiter!"

Ganz und gar unbegreiflich

Von Hans Holzhaider

Dieses war der erste Streich. Drei Volksbegehren liegen dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zur Überprüfung vor: den ersten haben die neun Richterinnen und Richter in einer Art und Weise abgeschmettert, daß sogar der Vertreter des Innenministeriums nach der Verkündung aus seiner Überraschung keinen Hehl machte.

Über die juristische Begründung, warum die Einführung einer „Volksinitiative" verfassungswidrig sein soll, läßt sich streiten. Man kann das so sehen wie der Verfassungsgerichtshof, man könnte es mit guten Gründen auch anders sehen.

Ganz und gar unbegreiflich aber ist, wie die Verfassungsrichter zu dem Ergebnis kommen konnten, die „Volksinitiative" sei das „Herzstück" dieses Volksbegehrens. Jedes Kind kann erkennen, daß es den Initiatoren des Volksbegehrens im Kern darum geht, einige bürokratische Hürden auf dem Weg zum Volksentscheid zu beseitigen; Hürden, die ein solches Unterfangen bisher zu einem unkalkulierbaren, vor allem auch finanziellen Risiko machten. Daß nach Überspringen der ersten Hürde, der Sammlung von 25 000 Unterschriften, der Landtag Gelegenheit bekommen soll, einen womöglich überflüssigen Volksentscheid durch eigenen Beschluß abzuwenden, wäre eher eine freundliche Geste gegenüber dem Parlament, eine Gelegenheit, Aufwand und Geld zu sparen. Fällt das weg, ist dem Volksbegehren nichts von seiner Substanz genommen. Die Antragsteller selbst haben das unmißverständlich zum Ausdruck gebracht; sie haben ausdrücklich beantragt, „den verbleibenden Teil zuzulassen", selbst wenn „einzelne Bestimmungen unzulässig sein sollten".

Die Verfassungsrichter in ihrem unerforschlichen Ratschluß freilich glaubten besser zu wissen, was die Antragsteller wollten, respektive nicht wollten. Es sei „nicht auszuschließen", daß „eine große Zahl der Antragsteller" zu der Überzeugung gelangen würde, dieser verbleibende Teil „rechtfertige den Aufwand eines Volksbegehrens nicht mehr". Freilich, auszuschließen ist nicht viel auf dieser Welt. Auszuschließen ist auch nicht, daß der Verfassungsgerichtshof mit der Mehrheit seiner auf CSU-Vorschlag gewählten Richter Urteile fällt, von denen er glaubt, daß sie der von der CSU geführten Staatsregierung gefallen.

Kommentar zum Verfassungsurteil in der Süddeutsche Zeitung, 15./16.11.1994.

6. Das Unglaubliche wird Wirklichkeit - das Volksbegehren ist erfolgreich!

Nach den Urteilssprüchen im November 1994 hatten wir noch drei Monate Zeit bis zum Volksbegehren. Die große Hürde von 880.000 Unterschriften innerhalb von nur zwei Wochen stand wie ein unbezwingbarer Riese vor uns. Jeder zehnte bayerische Staatsbürger mußte sich in sein Rathaus begeben und dort in die Volksbegehrenslisten eintragen. Wir hatten einen minimalen Etat, eine schwache Infrastruktur und einen geringen Bekanntheitsgrad.

Und so standen wir unter einem unheimlichen Erfolgsdruck, vor allem, weil wir immer wieder mit Zweifeln zu kämpfen hatten. Insbesondere die politisch engagierten Leute, also diejenigen, die schon viele Jahre aktiv waren, glaubten nicht an ein erfolgreiches Volksbegehren. Die vielen Frustrationen in der politischen Arbeit hatten sie sehr pessimistisch gestimmt. „Wenn wir das jetzt auch noch verlieren, dann ist die politische Kultur in Bayern auf Jahre hin gelähmt." Aber wir hatten die Verantwortung für eine wichtige politische Initiative übernommen. Und wir mußten die Sache jetzt durchziehen.

Schwarze Novemberwoche - eine große Chance

Die Unzulässigkeit des Volksbegehrens „Faire Volksentscheide" war ein großer Tiefschlag für uns (siehe Kap. 5). Und doch - im nachhinein kann man sagen - es war ideal für die Kampagne „Mehr Demokratie in Bayern". Wir hatten ja schon Probleme, die Einführung des Bürgerentscheids auf kommunaler Ebene zu erklären. Es gab ständig eine Konfusion zwischen den Begriffen „Bürgerentscheid" und „Volksentscheid". Hätten wir jetzt noch ein zweites Volksbegehren „Faire Volksentscheide" erklären müssen, mit dem wir die bestehende Volksgesetzgebung auf Landesebene verbessern woll-

Hat das Verfassungsgericht der Bürgeraktion einen Dienst erwiesen?

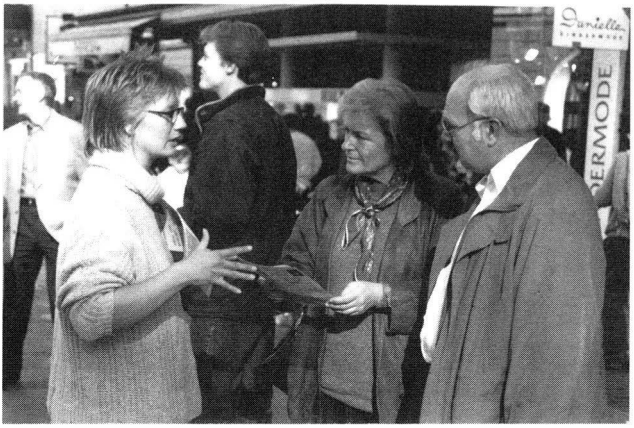
ten, dann wäre die Verwirrung komplett gewesen. Und Verwirrung ist immer eine Quelle von Angst (siehe auch Kapitel 8).

Insofern war die Unzulässigkeit des Volksbegehrens eine für uns günstige werbestrategische Entscheidung. Wir konnten uns jetzt voll auf die Vermittlung des Volksbegehrens „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" konzentrieren. Als erstes mußten wir unsere Informationsmaterialien auf den neuesten Stand bringen.

Die Mobilisierung beginnt

Im Dezember war es dann soweit - unsere Informationsmaterialien waren weitgehend erstellt - alle in Eigenproduktion von Thomas Mayer und Michael Seipel mit tatkräftiger Unterstützung der anderen Büromitarbeiter. Zu den Infomaterialien gehörten das Eintragungsflugblatt, die Benachrichtigung zum Volksbegehren, Druckvorlagen für Anzeigen, Innenraum- und Straßenplakate, Veranstaltungsplakate, Aufkleber, Dias für die Kinowerbung sowie eine 12seitige Informationsbroschüre. Zudem mußten wir die 14.000 Volksbegehrenslisten drukken lassen und auf eigene Kosten an alle Landratsämter verschicken.

In unserem Aktionsrundbrief Nr. 11, der flächendeckend an 4.000 Adressen verschickt wurde, haben wir dann sämtliche Infomaterialien vorgestellt. Sie konnten per Bestelliste zum Selbstkostenpreis angefordert werden. Nur wer die Materialien absolut nicht finanzieren konn-



Silvia Gauss im Gespräch mit Bürgern auf der Straße.

te, mußte nicht bezahlen! Im Gegensatz zu den Parteien in Wahlkämpfen hatten wir nicht die finanziellen Ressourcen, um unsere Leute mit kostenlosen Materialien zu versorgen.

Für den Vertrieb der Informationsmaterialien richteten wir ein Büro in der Münchner Hofenfelsstraße ein, wo sich Steffi Dreßen, eine neue

Unsere Infomaterialien zum Volksbegehren

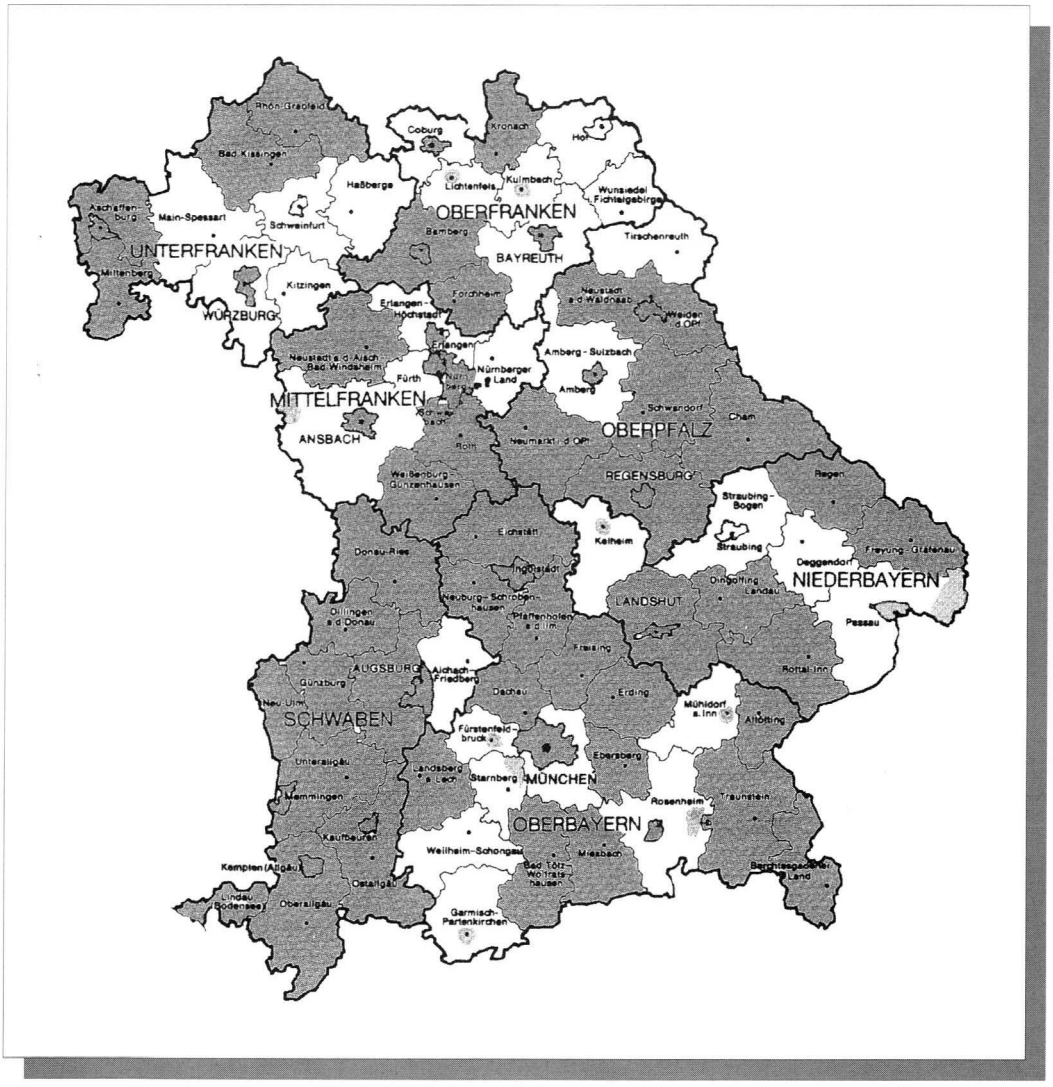
Flugblatt (Vorder- und Rückseite)

Plakate

Postkarte

Anzeige

Mitarbeiterin, sechs Wochen lang nur um den Versand kümmerte. Mittlerweile gab es über 80 Aktionskreise, allein im November hatten ca. 40 Abendveranstaltungen stattgefunden. Wir waren jetzt in allen wichtigen Städten präsent, wenn es auch noch viele weiße Flecken auf der bayerischen Landkarte gab.



Aktionsrundbrief Nr. 11, 6. Dezember 1994: Es gibt noch weiße Flecken ohne Aktionskreise.

Carsten Nemitz: Hofenfelsstraße - ein Kellerapartment bringt München auf Trab

Carsten Nemitz bei einer Straßenaktion in München: Befreit den mündigen Bürger!

Das Büro in der Münchner Hofenfelsstraße wird eingerichtet, als es in der Fritz-Berne-Straße keinen Platz mehr für die Infomaterialien gibt. Durch einen Vorflur kommt man in eine kleine Küche und ein ebenso kleines Bad. Im einzigen Raum sind zwei Schreibtische mit PCs, ein langer Packtisch und etliche Materialberge untergebracht. Zwei Aufgabenbereiche laufen hier zusammen: die Koordination des Aktionskreises München und der bayernweite Versand von Materialien. In dem Büro arbeiten Silvia Gauss, Steffi Dreßen und ich, außerdem gehen viele freiwillige Helfer ein und aus.

Von hier aus versuchen Silvia Gauss und ich, die Münchner Unterstützerverbände zu einer aktiven Mitarbeit zu bewegen. Wir tingeln durch Versammlungen, informieren, versuchen zu überzeugen, und reden manchmal mit Engelszungen auf Skeptiker ein. Steffi Dreßen ist für den bayernweiten Materialversand verantwortlich, organisiert die immer zahlreicher einlaufenden Bestellungen, beschwichtigt ungeduldig auf ihr Material Wartende „draußen" im Land und packt unzählige Pakete.

Auch in der Hofenfelsstraße droht irgendwann der Lagerraum nicht mehr auszureichen, bis knapp unter die Decke stapeln sich die Kartons. Selbst die Badewanne muß als Lagerraum herhalten. Das Büro ist nur über eine schmale, steil abfallende Hofzufahrt erreichbar. Im Januar liegt Schnee, der mit einer Materiallieferung ankommende LKW-Fahrer weigert sich, die Zufahrt zu benutzen. Also bleibt er auf der Straße stehen, und wir tragen die Pakete einzeln in das Büro.

Silvia Gauss organisiert eine Verteilaktion in der Stadt München, die ausschließlich von ehrenamtlichen Austrägern durchgeführt wird. Die Haushalte werden mit Informationen zum Volksbegehren versorgt.

Dann beginnt die Eintragungsfrist für das Volksbegehren, und die Stimmung ist eine Mischung aus Erleichterung und Unsicherheit. Erleichterung, weil die nächsten vierzehn Tage nun Klarheit bringen werden. Aus demselben Grund aber auch große Unsicherheit.

Einen bleibenden Eindruck dürfte das „Mehr Demokratie in Bayern"-Büro bei unseren Nachbarn in der Hofenfelsstraße hinterlassen haben – schon wegen der vierwöchigen Lautsprecherbeschallung, mit der die Münchner Bürger zur Eintragung für das Volksbegehren motiviert werden sollten. Zwei Fahrzeuge fahren in zwei Schichten, von morgens bis abends, und Start und Ziel ist stets die Hofenfelsstraße. Wir haben nie erfahren, ob dies zu einer besonders hohen Eintragungsquote geführt hat – oder vielleicht zu einer besonders niedrigen...

In Nürnberg hatten Christoph Ernst und Jutta Maria Betz ein neues Büro eröffnet. Vor allem Unterfranken und Oberpfalz, aber auch Niederbayern bereiteten uns einige Kopfschmerzen. Wir appellierten daher an alle Aktiven, in die Nachbargemeinden zu gehen und dort Bekannte und Freunde anzusprechen, sie sollten sich engagieren. Gerne hätten wir auch landesweite Postwurfsendungen verschickt, um so die Bevölkerung flächendeckend über das Volksbegehren zu informieren. Doch das war für uns unbezahlbar.

Weitere Aktivitäten

Die bayernweiten Aktivitäten für die heiße Phase zum Volksbegehren mußten jetzt geplant werden. Dafür mußten wir weitere aktive Menschen finden, die sich vor Ort für „Mehr Demokratie" verantwortlich fühlten. Immer mehr Menschen kamen auch von sich aus auf uns zu und wollten mitarbeiten.

Oft aber standen die Aktiven in den Aktionskreisen allein auf weiter Flur. Wir versuchten daher, die Aktiven vor Ort mit Aktionen zu unterstützen. Wir organisierten Referententouren mit Schweizer Politikern und Direktdemokraten, die über ihre Erfahrungen in der Schweiz berichteten. Viele Menschen wurden durch die anschaulichen Berichte von Martin Bühler, Jürgen Schulz, Margit Stähli oder Adrian Schmid motiviert. Manche Referenten waren bis zu zwei Wochen unterwegs - auf ehrenamtlicher Basis und mit drei Terminen pro Tag.

Tommy Nube, ein Straßenclown und Kabarettist aus Ulm, zog in der heißen Phase drei Wochen lang als Clown für „Mehr Demokratie" durch Bayerns Städte und warb so für das Volksbegehren. Außerdem waren die Mitarbeiter des Landesbüros dauernd unterwegs, um auf Abendveranstaltungen und Podiumsdiskussionen vor Ort mitzureden.

Tommy Nube macht Faxen in der Fußgängerzone und Werbung für das Volksbegehren.

Neue Unterstützer

Am 23. Oktober beschloß die Delegiertenkonferenz des Landesbundes für Vogelschutz - übrigens gegen die Empfehlung des Vorstands - die Unterstützung des Volksbegehrens. Am 13. November zog der Landesvorstand der Freien Wähler nach. Die Freien Wähler sind in Bayern eine sehr wichtige Gruppe in den kommunalen Parlamenten. Sie stellen dort über ein Drittel aller Bürgermeister.

Anfang Dezember beschloß auch der F.D.P.-Vorstand, sich hinter das Volksbegehren zu stellen. Somit war die CSU die einzige Partei, die sich gegen mehr Bürgerbeteiligung stemmte.

Wir machten weiter mobil mit einer Demonstration am 16. Dezember in München „Gegen den Abbau der Volksgesetzgebung", die wir zusammen mit GEW Bayern, DGB, SPD, und Bündnis 90/Die Grünen als Protest gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes organisierten.

Auf einer Pressekonferenz verkündeten der Bund Naturschutz und der Landesbund für Vogelschutz gemeinsam: „Mehr Umweltschutz durch Mehr Demokratie".

Unerwartet entzog uns allerdings der DGB-Vorstand Bayern bald wieder seine Unterstützung.

Jugend für Mehr Demokratie

Auffallend war, daß sich die Jugendverbände sehr für uns stark machten. In den Aktionskreisen haben sich sehr viele junge Leute engagiert, zum Teil waren sie sogar unter 18 Jahre alt. So sprachen sich die katholischen und evangelischen Jugendverbände, die Jusos, die Julis, der Bund Naturschutz Jugend, die Jungen Ökologen, die Naturschutzjugend und auch die Junge Presse Bayern offiziell für das Volksbegehren aus. Ihre Motivation für die Unterstützung formulierten sie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz:

„Durch mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten, zum Beispiel in Gemeinden und Kreisen, wächst auch die Mitverantwortlichkeit für das, was politisch vor Ort geschieht. Die überschaubaren und unmittelbaren Konsequenzen von politischen Entscheidungen führen bei den meisten jungen Menschen zu mehr Lust auf Demokratie und wirken der Politikverdrossenheit entgegen. Gerade junge Leute können so in Städten neue Ideen mit Hilfe der Bürger leichter umsetzen."

Probleme mit den Öffnungszeiten

Nur zwei Wochen hatten die bayerischen Bürgerinnen und Bürger Zeit, um sich in das Volksbegehren einzutragen. Dafür mußten sie zu bestimmten Öffnungszeiten in einen Raum der Gemeinde gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Öffnung des Eintragungsraums mindestens während der Dienststunden, an einem Abend und an einem Samstag oder Sonntag. Wir appellierten an die Gemeinden, die Räume gut auszuschildern und bürgerfreundliche Eintragungszeiten zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen zu ermöglichen.

Nicht alle Gemeinden halten sich an die gesetzlich vorgeschriebenen Öffnungszeiten.

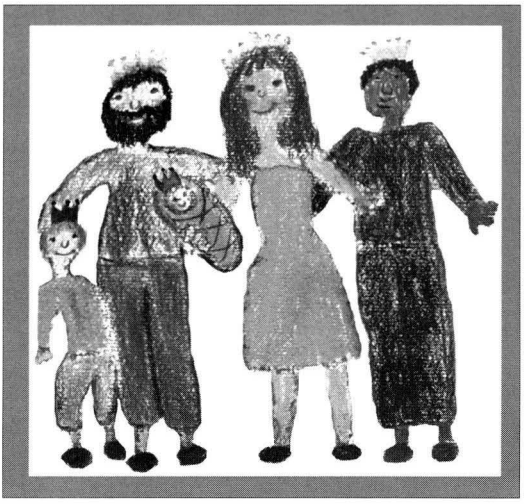
Ende Dezember ergab eine Umfrage im Landkreis Miesbach, daß sieben der befragten Gemeinden noch nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestöffnungszeiten einhalten wollten. Auf unseren Protest hin reagierte das Innenministerium und schickte einen Rundbrief an die Gemeinden.

Ende Januar führten wir eine weitere, umfassendere Umfrage durch, die ergab, daß 108 von 920 Gemeinden sich nicht an die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestöffnungszeiten hielten. Wir informierten in den 108 Gemeinden die lokale Presse und protestierten erneut: „Gemeinden behindern Volksbegehren" - mit einigem Erfolg. Leider hatten wir dabei einigen Gemeinden irrtümlich Vorwürfe gemacht, da uns falsche Angaben vorlagen.

Letztendlich waren die Öffnungszeiten in jeder Gemeinde anders geregelt. Da gab es z.B. Gemeinden, die am letzten Wochenende überhaupt nicht geöffnet hatten. Es herrschte oft ein ziemliches Chaos, und manche Leute haben den richtigen Eintragungsort nie gefunden.

Anfang Januar geht alles Schlag auf Schlag

4.1.94 Wir starten die Kampagne zum Dreikönigstag mit einer halbseitigen Anzeige in der Süddeutschen Zeitung: Der Bürger wird König.
9.1.94 In einem umfassenden Pressepaket informieren wir 1.400 Redaktionen mit Hintergrundmaterial.
11.1.94 Pressekonferenz: Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in der Schweiz (mit Andreas Gross)
17.1.94 Pressemitteilung: „Urlauber haben kein Recht auf Volksbegehren." Wir legen Protest beim Innenministerium ein, daß Urlauber sich nicht in die Volksbegehrenslisten eintragen können, da es keine „Briefwahl" gibt.
19.1.94 Pressemitteilung: CSU-Infodienst schreibt: Unser Ziel muß es sein, daß sich weniger als 10% der Stimmberechtigten in die Volksbegehrenslisten eintragen.
20.1.94 Pressekonferenz: Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in Baden-Württemberg
25.1.94 Münchner und Nürnberger Stadtrat unterstützen Volksbegehren. Oberbürgermeister Ude hält Bürgerentscheide für ein geeignetes Mittel, um „interessierte Bürgerinnen und Bürger zu aktiver Teilnahme an der Diskussion gemeindlicher und stadtteilbezogener Fragen zu bewegen" und „aus ihrer bloßen Zuschauerrolle" herauszuholen.
31.1.94: Pressekonferenz: Keine Angst vor Bürgerentscheiden. SPD, ÖDP, Grüne und F.D.P. sind sich einig.



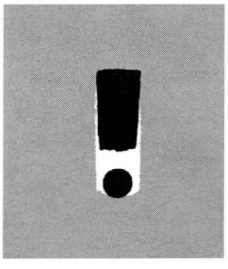
Der Bürger wird König. Mit diesem Motiv warben wir durch eine Anzeige in der Süddeutschen Zeitung und auf Postkarten.

Das Volksbegehren beginnt

Ein Volksbegehren finden in Bayern durchschnittlich alle zehn Jahre statt. Es ist ein politisches Ausnahmeereignis, das man nur verstehen kann, wenn man sich klarmacht, daß es innerhalb von zwei Wochen stattfindet.

Durch die Begrenzung auf zwei Wochen entsteht von heute auf morgen eine große Medienaufmerksamkeit. Viele Journalisten, die wir seit über einem Jahr über unsere Aktivitäten informiert hatten, wurden erst Anfang Februar auf das Volksbegehren aufmerksam und begannen dann, intensiv zu berichten. Trotz aller Vorbereitung waren wir von dem plötzlichen Interesse der Medien überfordert.

Lienhard Barz: Es tritt eine Verdichtung der Zeit ein. Ausschnitt aus seiner Rede auf der 15. Landesversammlung am 22.1.94 in Nürnberg:



Es tritt eine Verdichtung der Zeit ein, das Datum 6.-19. Februar rückt unerbittlich näher. In Nürnberg müssen noch 240.000 Menschen mit Informationen versorgt werden, es soll noch Großanzeigen in Zeitungen geben und jeden Tag Infostände. Der Tag reicht nicht mehr aus, in der Münchner Zentrale wird jeden Tag 15-16 Stunden gearbeitet. Wie sehen die Chancen real betrachtet aus? Ich bin felsenfest überzeugt, daß mehr als 10% unterzeichnungswillig sind. Aber wir müssen eine ganz bestimmte Person finden: Der oder die letzte, die noch nicht wußte, daß sie zu den Willigen gehört. Aber sie versteckt sich, daher sind alle Kräfte nötig. Das Logo ist der Weg dazu, der Strich ist Bewegung von oben nach unten, unten beult sich etwas, die geballte Willenskraft.

Das Volksbegehren ist die Hauptsache des Lebens geworden. Die Seherin im Faust sagt: „Den lieb' ich, der Unmögliches begehrt." So empfinde ich uns.

Wir können nicht verlieren, wir haben schon gewonnen. Wir können die Abstimmung verlieren, aber wir haben einen Keim in den Strom der Zeitgeschichte gelegt bzw. weitergetragen (Wilhelm Hoegner, Joseph Beuys, Aktion Bürgerentscheid, Mehr Demokratie in Bayern). Der Hauptstrom der Geschichte, der manchmal unsichtbar wird, aber immer wieder hervorbricht. Darum können wir am 19. Februar 1994 feiern.

Vor dem Ereignis „Volksbegehren" wurden noch einmal alle Kräfte mobilisiert. Örtliche Aktionskreise schossen wie Pilze aus dem Boden. Ende Januar gab es bereits über 160 Aktionskreise. Viele ehrenamtliche Helfer verbrachten nun ihre gesamte Freizeit damit, sich für „Mehr Demokratie" einzusetzen. Trotz Kälte versuchten wir so viel wie möglich auf der Straße präsent zu sein.

Unterstützung erhielten wir von unseren „Aktionsteams", Freundinnen und Freunde der direkten Demokratie aus anderen Bundesländern, die während der Eintragungsfrist für ein bis zwei Wochen nach Bayern kamen, um mit anzupacken. Die Aktionsteams bestanden aus 3-5 Personen, sie halfen beim Plakatieren, Flugblattverteilen, bei Infoständen und sonstigen Aktionen.

Die Bürgerin wird Königin! Der Bürger wird König!

Jetzt eintragen!

Montag, 6. Februar, es war soweit. Um 9 Uhr öffneten in München die Eintragungslokale. Wir waren unter den ersten zehn Personen, die sich frühmorgens in die Reihe stellten, und wir waren ganz aufgeregt. So lange hatten wir auf diese zwei Wochen hingearbeitet. Bald würden wir wissen, ob wir das Volksbegehren schafften.

Die Erfahrungen des Volksbegehrens „Das bessere Müllkonzept" zeigten, daß zum Ende hin eine ganz besondere Dynamik entsteht. Damals kam es zu einem regelrechten Ansturm auf die Eintragungslokale.

Michael Seipel: Wir haben die neuesten Eintragungsergebnisse

Michael Seipel anaylsiert die neuesten Eintragungsergebnisse.

10. Februar 96: Freitag morgen, 7.00 Uhr. Seit vier Tagen läuft das Volksbegehren. Die Stimmung ist extrem angespannt, wir sind übermüdet und genervt. Die Computermaske wartet auf weitere Daten. Über hundert Gemeinden haben bereits ihre Ergebnisse durchgefaxt. Erste Zahlen: ca. 2,9% der Wahlberechtigten haben sich ins Volksbegehren eingetragen.

Jetzt geht es richtig los. Piep. Piep. Piep. Auf drei Faxgeräten prasseln die Informationen gleichzeitig herein. Ein Radiosender will erste Trendmeldungen. Wir verweisen ihn auf die Pressekonferenz um 11.00 Uhr. Wir geben die neuen Daten - zu dritt und so schnell wir können - in drei Computer ein.

Eigentlich wollten wir ein bekanntes statistisches Institut mit der Datenerhebung beauftragen. Allerdings hatte dieses die Minimalkosten auf 50.000 Mark veranschlagt. Da machten wir es lieber selbst. Wir haben alle 2.200 bayerischen Gemeinden angeschrieben, Faxcoupons beigelegt und um Mitarbeit gebeten. Es ist klar: Wer Zahlen bringt, macht auch die Trends. Und die zwei Wochen Volksbegehren sind von einer besonderen Eintragungsdynamik begleitet. Ein guter Überblick über die Zahlen ist daher von zentraler Bedeutung.

8.15 Uhr. Das Innenministerium am Telefon: Wie es denn aussehe. Ob wir schon etwas wüßten. Man sitze auf heißen Kohlen.

9.30 Uhr: Wir beginnen mit der Auswertung. Auf der Basis von 605 Gemeinden haben sich 3,0% der Wahlberechtigten eingetragen, das sind 264.000 Menschen innerhalb von vier Tagen. Weitere Trends: Niederbayern ist mit 20% schwächster Bezirk, Fürth ist die beste Stadt.

Jetzt noch schnell die Pressemitteilung schreiben. Schlagzeile: „Es fehlen noch Unterschriften. Fast ein Drittel der nötigen Unterschriften aber schon erreicht."

Per Faxmodem senden wir die Pressemitteilung an 800 bayerische Redaktionen. Und dann geht es auf zur Pressekonferenz. Die Journalisten warten schon.

Wir hatten versucht, eine Dramaturgie zu entwickeln, um die öffentliche Aufmerksamkeit von Tag zu Tag weiter zu erhöhen. Einer der Schlüssel für diese Dramaturgie war unsere statistische Datenerhebung zu den Eintragungen. Mehr als 700 Gemeinden hatten sich dankenswerterweise bereit erklärt, uns die Zwischenergebnisse zuzufaxen. Auf

diese Weise waren wir als Bürgeraktion immer am besten über den Verlauf des Volksbegehrens informiert. Wir haben regelmäßig die Presse mit den Zahlen versorgt. Es trat fast eine Wettkampfatmosphäre ein: „Halbzeit - erst 3% eingetragen - wird´s noch was?" „Schon zehn Tage - schaffen wir es noch?" Wir versuchten, jeden Tag eine Meldung in die Presse zu bekommen. Dafür hatten wir einen Pressefahrplan erstellt.

Wir telefonierten auch regelmäßig mit allen bayerischen Radiosendern und boten ihnen „Original-Töne" mit den neuesten Ergebnissen. Oft hörten wir uns schon frühmorgens im Radio, z.B. in den 7-Uhr-Nachrichten. Wir wußten dann, daß wir so schnell wie möglich ins Büro fahren mußten, um die vielen Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten.

In den regionalen Aktionskreisen wurde genausohart gearbeitet. Intensive Pressearbeit führte auch auf regionaler Ebene dazu, daß wir gut in den Lokalteilen vertreten waren.

Spannung steigt!

Die Erfahrungen mit dem Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept" zeigen, daß erst in den letzten Tagen die nötige Anzahl von Unterschriften zusammengekommen ist. Während z.B. in München die Eintragung zu Beginn bei ca. 1.000 Personen lag, trugen sich am vorletzten Tag 16.700 Menschen und am letzten Tag sogar 31.999 Stimmberechtigte in die Volksbegehrenslisten ein. In anderen Städten verlief die Kurve ähnlich. Wir hatten unsere Aktiven auf diesen Anstieg in den letzten Tagen vorbereitet.

In Bayern wurden jetzt ca. drei Millionen Flugblätter und Volksbegehrensbenachrichtigungen verteilt. Auf Wunsch erstellten wir für die Aktionskreise eigenes Material mit regionalen Eintragungsstellen. Allein in München und in Nürnberg wurden etliche hunderttausend Haushalte versorgt. Wir mußten für diese Aktionen eine komplizierte Logistik aufbauen, um die ehrenamtlichen Helfer zu koordinieren.

Lautsprecherwagen fuhren durch die Städte und Dörfer. Die Aktiven waren auf den Straßen und verteilten Flugblätter. Unzählige Menschen machten Mund-zu-Mund-Propaganda und forderten ihre Bekannten auf, sich einzutragen.

Im Münchner Büro klingelten die Telefone ununterbrochen auf mehreren Leitungen. Die meisten Anrufer wollten wissen, wo sie sich eintragen konnten. In einigen Orten war es sehr schwierig die Eintragungslokale zu finden. In München z.B. wußte kaum einer, wo die sogenannten Bezirksinspektionen waren. So herrschte ein regelrechtes Verwirrspiel: „Wo sind die Bezirksinspektionen? Münchner wissen nicht wo

Presseerklärungen zum Volksbegehren

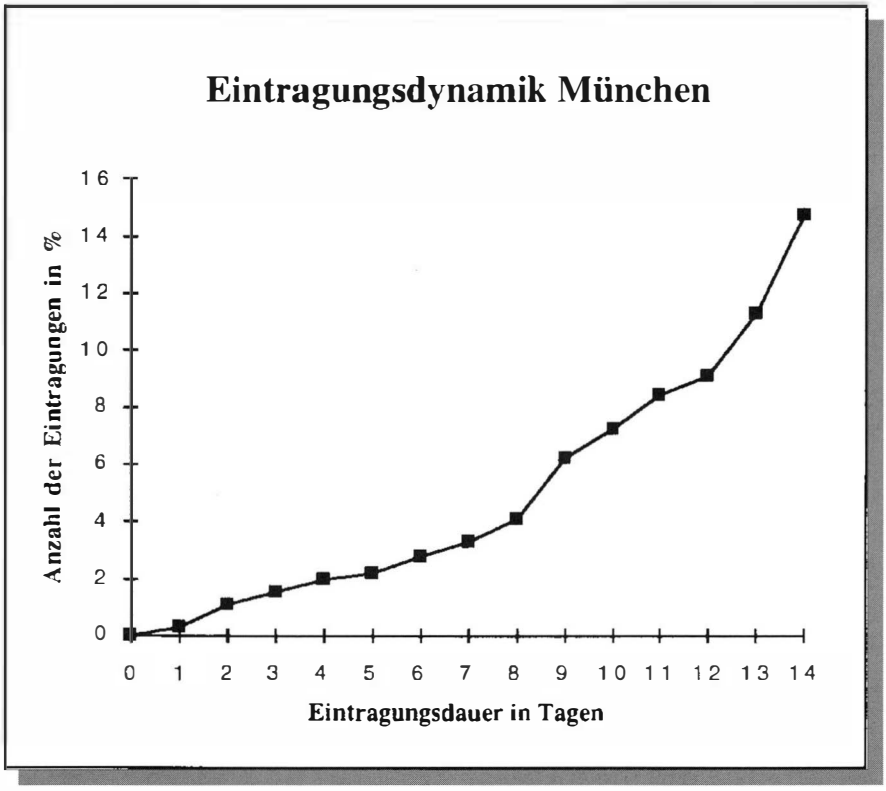
7.2.95: Pressekonferenz: Bayernweit 39.000 Eintragungen am ersten Tag.
9.2.95: Pressemitteilung: Wir müssen noch zulegen. Fürth ist beste Stadt.
10.2.95: Pressekonferenz: Es fehlen noch Unterschriften. Fast ein Drittel der Unterschriften aber schon erreicht.
13.2.95 Pressemitteilung: Allmählich wird es knapp. Auf die letzten Tage kommt es an.
13.2.95 Pressemitteilung: Künstler für Mehr Demokratie!
14.2.95 Pressemitteilung: Ansturm in den letzten Tagen erwartet.
16.2.95 Pressekonferenz: Jetzt kommt es auf jede Stimme an. Bayernweit müssen noch 250.000 Bürger unterschreiben. Bisher haben 7.2% der Stimmberechtigten unterschrieben.
16.2.94 Pressemitteilung: Christen für Mehr Demokratie. Theologen rufen zur Unterstützung des Volksbegehrens auf.
17.2.95 Pressemitteilung: Ganz Bayern schaut auf München (Donnerstag abend erst 8,4% der Stimmberechtigten!)
18.2.95 Pressemitteilung: Viele stehen vor verschlossenen Türen. Einige Gemeinden haben am letzten Wochenende schon geschlossen.

Das Münchner Kindl überspringt schon die Zehn-Prozent-Hürde. Werden wir das Volksbegehren schaffen?

sie sich eintragen können." titelten wir daher eine Pressemitteilung für die Münchner Medien.

Oft war unsere Telefonanlage völlig überlastet. Keiner kam mehr durch. Damit wir für die Presse erreichbar blieben, richteten wir unter einer Geheimnummer ein rotes Telefon ein.

Jeden Tag fieberten wir, wenn wir neue Eintragungszahlen bekamen. Je länger die Eintragungsfrist andauerte, desto mehr nahm die Dynamik zu. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger begannen zu verstehen, daß sie sich auf jeden Fall bis Sonntag in die Volksbegehrenslisten eintragen mußten, wenn sie in Zukunft mehr mitentscheiden wollten. In den letzten Tagen gab es deshalb oft lange Schlangen vor den Eintragungslokalen. Manche mußten über eine Stunde warten, bis sie unterschreiben konnten. Den Bürgern wohlgesonnene Gemeinden verlängerten deshalb die Öffnungszeiten.



Die Eintragungsdynamik nahm sowohl in München als auch in anderen Städten an den letzten Tagen stark zu. Es bildeten sich zum Teil Schlangen vor den Eintragungslokalen.

Peter Häusl: Im Bürgerbus durch Niederbayern

Zwei Wochen soll unser Bürgerbus durch den Landkreis Rottal-Inn rollen, beklebt mit Volksbegehrensplakaten und versehen mit einer Lautsprecheranlage. Jeder Winkel soll angefahren werden, um, möglichst nah am Bürger, über die Ziele des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern" informieren zu können.

Die Region Niederbayern gilt als schwieriges Pflaster für Volksbegehren. Die Bereitschaft der Bürger, sich in die Unterschriftenlisten bei den Gemeinden einzutragen, ist deutlich geringer als in Nordbayern oder den bayerischen Städten. Ein schlechtes Eintragungsergebnis kann den Gesamterfolg des Volksbegehrens gefährden. Immerhin wohnen in Niederbayern knapp zehn Prozent aller bayerischen Wahlberechtigten.

Die Busaktion läuft planmäßig an. Wir stoßen auf eine freundliche und interessierte Resonanz bei den Bürgern. Diese Erfahrung machen wir auch an den Infoständen. „Kann ich mich auch eintragen lassen, oder ist das nur was für die Jungen", fragt eine ältere Dame in Eggenfelden.

Das Informationsdefizit ist groß. Am häufigsten müssen wir die Frage beantworten, wann und wo man sich in die Unterschriftenlisten zum Volksbegehren eintragen kann. Das nutzen wir und fahren nur Orte an, die gerade „Eintragungszeit haben". In Bayerbach bringen wir Bürger direkt zum Eintragungsort. In Niederbayern haben sich nach zehn Tagen erst knapp 5% aller Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen, hören wir auf dem Weg durch die kleine Gemeinde.

Nachmittags sind wir in Vilshofen. Das Klima wird deutlich rauher. Bei unserer vierten Rundtour durch die Innenstadt stürzt ein Mann aus dem Rathaus und beschimpft uns. Wir werden der Stadt verwiesen, notfalls mit Polizeigewalt, droht er uns. Wir stehen aber gerade im Stau. Zeit genug, um Flugblätter zu verteilen und Plakate zu kleben. Der Ansagetext hallt weiter durch die enge Häuserschlucht.

In Dingolfing verhindert der Bürgermeister, daß ein Foto des Landtagsabgeordneten bei der Unterzeichung des Volksbegehrens in der örtlichen Presse erscheint. Bayernweite Schlagzeilen sind die Konsequenz.

In Passau erfahren wir großen Anklang. Ein Taxifahrer ist vom Demokratiegedanken so begeistert, daß er über Funk seine Kollegen auffordert, sich einzutragen.

Niederbayern schafft die Zehn-Prozent-Hürde nicht ganz. 9,6% aller Wahlberechtigten haben sich am Ende in die Unterschriftenlisten eingetragen. Für den Gesamterfolg reicht es aus.

Die Abschlußparty

Am Sonntagabend, dem 19. Februar, war alles vorbei. Noch wußten wir nicht sicher, ob wir das Volksbegehren geschafft hatten. Doch, die ersten Ergebnisse, die uns erreichten, waren sehr ermutigend. Zum Beispiel war München auf über 14% gekommen, obwohl wir hier in den ersten zehn Tagen sehr schlechte Eintragungsergebnisse erzielt hatten. Das stimmte uns sehr zuversichtlich.

Wir hatten einen Saal in einem griechischen Restaurant gemietet, eine Anlage aufgebaut und einen Diskjockey bestellt. Viele Aktive waren aus ganz Bayern angereist, um mit uns zu feiern. Tag und Nacht hatten sie gearbeitet, um mehr Demokratie zu ermöglichen. Sie waren mal frustriert und mal euphorisch gewesen, oft hatten sie bei uns im Landesbüro angerufen, um wieder Mut zu schöpfen, wenn etwas nicht funktioniert hatte. Und jetzt waren sie alle erschöpft und freudig gespannt.

In einer Pressemitteilung bedankten wir uns bei denjenigen Verwaltungen, die bürgerfreundliche Eintragungsregelungen ermöglicht hatten. Am nächsten Morgen wußten wir es dann genauer. Knapp 1,2 Millionen Menschen, das sind 13,7% der bayerischen Wahlberechtigten, hatten sich in die Volksbegehrenslisten eingetragen.

Fazit ist: Ein Volksbegehren, wie wir es auf die Beine gestellt haben, würden wir auch in Bayern nicht jedes Jahr schaffen. Es ist nicht nur ein politisches sondern auch ein persönliches Ausnahmeereignis, das mit ungeheurem psychischen und physischen Streß verbunden ist. Der bayerische Volksentscheid ist immer noch mit viel zu hohen Hürden versehen und daher kein Modell zum Nachahmen. Nicht umsonst hat es innerhalb von 40 Jahren erst fünf erfolgreiche Volksbegehren in Bayern gegeben.

Pressemitteilung von „Mehr Demokratie", 20.2.1995:

Überraschend hohe Beteiligung beim Volksbegehren
1,2 Millionen wollen vor Ort mitbestimmen
In sechs Monaten kommt der Volksentscheid

Das Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen" hat sein nächstes Etappenziel erreicht. Nach Angaben des Landeswahlleiters des Freistaates Bayern hat das Volksbegehren die Zehn-Prozent-Hürde deutlich übersprungen. Danach haben ca. 1,2 Millionen Stimmberechtigte, also 13,7%, das Volksbegehren unterschrieben (Niederbayern 9,6%, Oberbayern 14,4%, Schwaben 16,2%, Unterfranken 12,5%, Mittelfranken 15,7%, Oberfranken 12,9%, Oberpfalz 10,9%). Angesichts der zum Teil widrigen Umstände - viele Bürgerinnen und Bürger wußten nicht, wann und wo sie ihre Unterschrift leisten konnten - sei dies ein „phantastisches Ergebnis", so Silvia Gauss, Vorstandsmitglied von „Mehr Demokratie in Bayern".

„Bürgerentscheid ist ein Recht für alle Bürgerinnen und Bürger"

In spätestens sechs Monaten wird es zum Volksentscheid kommen. Vorher muß der Landtag noch über den Gesetzentwurf beraten. Beim Volksentscheid können die Bürgerinnen und Bürger dann entscheiden, ob sie in Zukunft vor Ort mitentscheiden wollen. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens sieht vor, daß das Recht auf Bürgerentscheid in Bayerns Gemeinden, Städten und Landkreisen eingeführt wird. Thomas Mayer, Vertrauensmann des Volksbegehrens: „Der Bürgerentscheid wird - genauso wie das Wahlrecht - ein Mitbestimmungsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger sein."

Von Politikverdrossenheit kein Spur

Die überraschend hohe Beteiligung am Volksbegehren zeige, daß die Bürger direkt an politischen Sachentscheidungen beteiligt sein wollen. „Sie wollen nicht nur ihr Wahlkreuzchen machen, zuschauen und sich dann über die Politik beschweren, sondern ein Großteil der Bürger will selbst Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen." Das Volksbegehren sei ein wichtiges Signal, „Von der vielbeschworenen Politikverdrossenheit ist keine Spur zu finden. Man muß die Menschen nur fragen und ernst nehmen, dann sind sie dabei."

Gesellschaftlicher Dialog ist entstanden

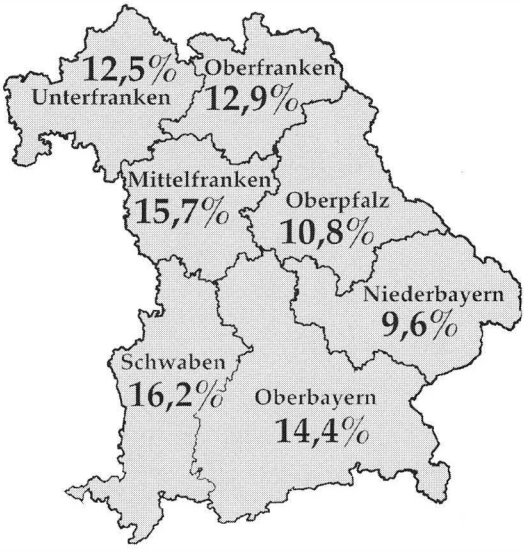
Das Volksbegehren wird von einem einmaligen Bündnis getragen. Alle Parteien außer der CSU, viele Umwelt- und Jugendverbände, Bürgerinitiativen und christliche Verbände, wie z.B. der katholische Frauenbund, haben einen Dialog begonnen. „Das Spannende bei dem Volksbegehren ist die Tatsache, daß viele Bürgerinnen und Bürger miteinander ins Gespräch kommen", meint Thomas Mayer.

Gespräch mit Kommunalpolitikern gesucht

Die Bürgeraktion kündigt an, nun verstärkt das Gespräch mit der CSU und dem Gemeinde-, Städte- und Landkreistag zu suchen. Thomas Mayer: „Es gibt einige Kom-

munalpolitiker, die Zweifel an unserem Gesetzentwurf haben. Ich denke aber, daß wir diese Zweifel nach intensiven Gesprächen ausräumen können." Geplant sind Veranstaltungen mit Kommunalpolitikern, Wissenschaftlern und Praktikern aus Baden-Württemberg und der Schweiz. Mayer: „Wir werden eine Sachdiskussion anbieten. Wir hoffen, daß die CSU dieses Gesprächsangebot annehmen wird."

Volksbegehren 6.-19. Februar 1995: Bayernweit 13,7 Prozent für Mehr Demokratie



Die Ergebnisse vom Volksbegehren nach Bezirken.

Schubladenentwurf der CSU - nur alle 200 Jahre ein Bürgerentscheid?

CSU-Landtagsfraktionschef Glück hatte im Dezember 1994 angekündigt, daß seine Fraktion bei einem Erfolg des Volksbegehrens einen eigenen Bürgerentscheids-Gesetzentwurf beschließen und dem Volk mit vorlegen will. Der CSU-Entwurf hat die gesetzliche Regelung von Baden-Württemberg zum Vorbild. Dort gab es aufgrund vieler bürokratischer Hürden innerhalb von 40 Jahren in 1.100 Gemeinden nur 210 Bürgerentscheide. Pro Gemeinde findet in Baden-Württemberg nur alle 200 Jahre ein Bürgerentscheid statt. „Alle 200 Jahre ein Bürgerentscheid? Wir meinen, das ist ein schlechtes Angebot an die Bürgerinnen und Bürger", so Mayer.

Zustimmungsquorum ist ein Verhinderungsquorum

Einige Kommunalpolitiker können sich den Bürgerentscheid zwar vorstellen, verlangen aber ein Zustimmungsquorum von 30% wie in Baden-Württemberg. Das heißt: Eine Mehrheitsentscheidung beim Bürgerentscheid soll nur dann gültig sein, wenn diese Mehrheit mindestens 30% aller Stimmberechtigten beträgt. Im Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist kein Zustimmungsquorum vorgesehen. Hier entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, genauso wie bei bayernweiten Volksentscheiden und wie bei jeder Wahl.

Ein Zustimmungsquorum führt dazu, daß Mehrheitsentscheidungen nachträglich verhindert werden und sich somit eine Minderheit gegen eine Mehrheit durchsetzen kann. Thomas Mayer: „In Baden-Württemberg hat man mit dem Zustimmungsquorum schlechte Erfahrungen gemacht. Warum sollten wir es dann in Bayern einführen?"

Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...

Aichacher Zeitung, 20.2.1995

Don´t worry, liebe CSU

Im Landkreis Aichach-Friedberg haben die Bürger ein deutliches Zeichen gesetzt. In einem fulminanten Endspurt stürmten sie die Rathäuser und spuckten der CSU ausgerechnet zu deren 50. Geburtstag kräftig in die Suppe. Das vielzitierte „Volk" will mehr mitreden, als ihr die Mächtigen des weiß-blauen Landes bislang zugestehen wollen. (...)

Münchner Merkur, 21.2.1995

Vor der Haustür

Jubelgeschrei darüber, daß das Volksbegehren der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern e.V." zur Einführung von Bürgerentscheiden in Gemeinden und Landkreisen erfolgreich war, wäre fehl am Platz. Im Prinzip herrschen auch in Bayern längst demokratische Zustände. Jeder Bürger kann einem Stadtrat oder einer Stadtratsfraktion bei der nächsten Kommunalwahl per Stimmzettel das Wohlwollen entziehen, sollten ihm die Rathaus-Entschlüsse nicht mehr behagen. ...

Süddeutsche Zeitung, 21.2.1996

Mehr Demokratie in Bayern

Die Bayern haben es geschafft: Im größten Bundesland wird es künftig „mehr Demokratie" geben. (...) Die genialfreche Scheinoffensive der CSU nach dem Muster „Mehr Demokratie gefährdet die Demokratie" hat nicht verfangen. Das Horrorgemälde vom drohenden Chaos in der Kommunalpolitik hat die Bayern nicht beeindruckt. (...) Im übrigen ist es ja so: Die CSU hat an ihre eigenen Argumente nicht geglaubt: ansonsten hätte sie nicht längst einen eigenen Gesetzentwurf zum Bürgerbegehren vorbereitet, um ihn nun als konkurrierendes (und entkräftetes) Modell in den weiteren Gang der Gesetzgebung zum Bürgerentscheid einzubringen.

tz München, 21.2.1996

Souveräner Bürger

So mancher selbstherrliche Bürgermeister muß ganz schön zusammengezuckt sein: Bald dürfen die Bayern in ihren Gemeinden tatsächlich darüber mitentscheiden, ob eine übergroße Stadthalle die Bürger in Millionenschulden stürzt oder doch lieber ein neuer Kindergarten gebaut wird; ob ein protziger Rathausneubau kommt oder besser das alte renoviert wird. ...

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth, 21.2.1995

Deutliches Bürgervotum

(...) Verrückte Zeiten. In Hessen gehen so wenig Stimmberechtigte wie seit 45 Jahren nicht mehr zu einer Landtagswahl. Zur gleichen Zeit bilden sich in Bayern vielerorts lange Warteschlangen vor den wenigen Eintragungslokalen. Alles ist kom-

Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...

plizierter als bei einer normalen Wahl; niemand hat eine amtliche Benachrichtigung erhalten. Dennoch kommen stolze 1,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger, um sich in die Listen einzutragen.

Von Politikverdrossenheit also keine Spur. Weil der einzelne weiß, wofür er sich einsetzt....

Nürnberger Nachrichten, 21.2.1995

Ein großes Angebot

(...) Die hohe Zustimmung zum Volksbegehren ist ein großes Angebot der Bürger an ihre Vertreter. Und - genauso wichtig - es zeigt die Bereitschaft der Menschen, sich selbst mehr in die Pflicht zu nehmen.(...)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.2.1995

Mitmach-Demokratie

Das Prinzip der repräsentativen Demokratie ist in Bayern neuerlich angenagt worden. (...) Die CSU muß versuchen, mit einem Gegenentwurf den Schaden zu begrenzen.

Augsburger Allgemeine, 21.2.1995

Gewinner sind die Bürger

Wer hätte das erwartet: Fast 14 Prozent der Bayern haben das Volksbegehren für die kommunalen Bürgerentscheide unterstützt. Das ist ein großer Erfolg für die Initiative „Mehr Demokratie", die damit sogar die Quote des „Besseren Müllkonzeptes" von vor fünf Jahren übertroffen hat. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als im Vergleich zum Müll-Volksbegehren eine breite Bewegung fehlte.

Frankenpost, Hof, 21.2.1996

Bayerns Bürger reden mit

(...) Natürlich schwächt jeder Bürgerentscheid das Wesen der repräsentativen Demokratie, aber (wie CSU-Chef Waigel gestern) schon ihr Ende zu beschwören, ist fehl am Platz. Das Gerede von Blockade und Lähmung der Kommunalpolitik widerspiegelt ein tiefes Mißtrauen den eigenen Wählern gegenüber. Die Bürger wollen mitreden. (...)

Main-Post, Würzburg, 21.2.1995

Mit Hilfe des Bürgers aufs Pferd

... Nach dem erfolgreichen Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" wird die CSU eine sattsam bekannte Taktik anwenden: Man schreibt sich das Anliegen der Bürgerbewegung selbst aufs Panier, gestaltet den alternativen Gesetzentwurf jedoch so, daß sich de facto wenig ändert, also aus der Sicht der staatstragenden Partei nichts anbrennen kann. Auch wenn es nicht allzu elegant aussieht, sich immer wieder von anderen aufs Pferd heben zu lassen, scheint die CSU-Oberen wenig zu stören. (...)

7. Gute Organisation ist alles - die Kampagne zum Volksentscheid

Nach dem erfolgreichen Volksbegehren herrschte Katerstimmung im Landesbüro der Fritz-Berne-Straße. Wir waren körperlich und psychisch erschöpft. Das galt auch für die vielen Aktionskreise vor Ort, die sich unermüdlich für „Mehr Demokratie" eingesetzt hatten. Und doch wollten wir uns keine große Erholungspause gönnen. Denn Alois Glück, Fraktionsvorsitzender der Landtags-CSU, hatte direkt nach dem Erfolg des Volksbegehrens angekündigt, doch einen eigenen Gesetzentwurf zur Abstimmung zu stellen. Und davor hatten wir gehörigen Respekt, war doch die CSU seit 40 Jahren aus jedem politischen Wahl- oder Abstimmungskampf siegreich hervorgegangen.

Es wurde uns klar, daß der Abstimmungskampf zum Volksentscheid eine ganz andere Qualität haben würde. Hier ging es nicht mehr darum zu belegen, daß es uns gibt und daß wir für ein sinnvolles Projekt stehen. Vielmehr mußten wir zeigen, daß unser Gesetzentwurf besser und bürgerfreundlicher war. Und wir mußten Kompetenz und Glaubwürdigkeit ausstrahlen.

Gegenüber der CSU hatten wir entscheidende wichtige Vorteile: wir waren hoch motiviert und im Thema „Bürgerentscheide" tief verwurzelt. Zudem hatten wir ein gutes Archiv und informierte Mitstreiter. Die CSU hingegen hatte noch keinen eigenen Gesetzentwurf. Es fehlte ihr eine klare inhaltliche Linie. Denn eigentlich wollte sie den Bürgerentscheid ja gar nicht. Unsere finanzielle Ausgangsbasis war allerdings nicht sehr rosig. Wir hatten alle noch zur Verfügung stehenden Gelder in die Kampagne zum Volksbegehren gesteckt und standen mit ca. 20.000 Mark Schulden da. Wir mußten daher noch einmal die unterstützenden Verbände und Parteien wegen Geld ansprechen.

Recherche zum Volksbegehren „Das Bessere Müllkonzept"

Innerlich begannen wir uns immer intensiver mit dem politischen Gegner, der CSU, zu beschäftigen. Was war das Erfolgsrezept der CSU? Wie hatte sie es geschafft, über so viele Jahrzehnte hinweg erfolgreich zu sein? Wir durften die CSU auf keinen Fall unterschätzen. Viele unserer Mitstreiter glaubten nicht an einen möglichen Sieg gegen die CSU.

Die CSU hatte sich bisher noch in jedem Wahlkampf etwas einfallen lassen.

Wir mußten uns also auf alle Eventualitäten vorbereiten. Wir taten etwas Naheliegendes: wir beschäftigten uns mit dem Volksbegehren „Das Bessere Müllkonzept", um aus den Erfahrungen zu lernen. 1991 hatte ja der CSU-Gegenentwurf ganz knapp gegen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens gewonnen, nachdem die ersten Meldungen im Bayerischen Rundfunk schon das Volksbegehren als Sieger gemeldet hatten.

Die eingeschnürte Mülltonne - das Logo vom „Besseren Müllkonzept".

Wir studierten die Akten mit den Zeitungsartikeln und den Kampagnenmaterialien. Nach langen Gesprächen mit der Vertrauensfrau des damaligen Volksbegehrens, Uta Philipp, wurde uns klar: Die Initiatoren des „Besseren Müllkonzepts" waren völlig unvorbereitet von der PR-Maschinerie, der Öffentlichkeitsarbeit der CSU, überrollt worden. Sie waren ständig gezwungen, zu reagieren - ohne noch eigene Botschaften transportieren zu können. Wir untersuchten daher sehr genau die Informationsmaterialien der CSU, ihre interne Kommunikation und Pressearbeit, um zu verstehen, wie die CSU ihre Kampagnen konzipierte und durchführte.

Wir lernten, daß der Wahlkampf der CSU vor allem auf einem Prinzip beruhte, nämlich den Menschen Angst zu machen. Zum Feindbildaufbau schien die CSU auch vor Gemeinheiten gegenüber einzelnen Personen nicht zurückzuschrecken, wie uns einige Aktive des „Besseren Müllkonzepts" berichteten. Und wir lernten noch eines: Das Müllvolksbegehren hatte die Abstimmung auf dem Land verloren. Wir mußten also vor allem auf dem Land präsent sein. Wir wußten nun, daß wir uns auf einiges gefaßt machen mußten.

Uta Philipp: Bayerische Seilschaften beim Müllvolksbegehren

Uta Philipp war Vertrauensfrau des Volksbegehrens „Das bessere Müll-

Erinnern wir uns an die Historie des „Müll-Volksentscheides". Die Hürde des Volksbegehrens wird mit 12,8% geschafft (notwendig sind 10%). Die CSU begreift, wie ernst die Lage ist. Alle müll-politischen Techtelmechtel mit der SPD werden abgebrochen, ein F.D.P.-Gesetz niedergestimmt, das Volksbegehren im Landtag abgelehnt und die CSU-Vorlage als „parlamentarischer" Konkurrenzentwurf in den Verfahrensablauf eingebracht.

Fast zeitgleich läuft bayernweit eine von der CSU generalstabsmäßig geplante „Informationskampagne" an, die sowohl vom „Verteiler" als auch von den Inhalten mehr als ungewöhnlich ist.

Zum Verteiler: Über die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU erhalten so gut wie alle 2.000 bayerischen Gemeinde- und Stadtverwaltungen ein „Aktionspaket zum Volksentscheid" am 17.2.91.

Zum Inhalt: Das Aktionspaket enthält verschiedenste Anregungen und Vorlagen. In einer 18seitigen Broschüre mit „Musterreden" für jeden Anwendungsfall geht es z.B. in einer Passage um die getrennte Erfassung von Wertstoffen im Haushalt: „Wenn Sie keinen Platz für 6 Mülltonnen in Ihrer Küche haben, können sie schon jetzt damit anfangen, die halbe Küchenzeile abzubauen." Einige Seiten weiter geht man davon aus, daß diese Wertstoffe sowieso keiner will, und „so müßten wir in unserer Gemeinde teure Zwischenlager einrichten. Eine schöne Bescherung mit Gestank, Bränden, giftigen Sickerwässern und Tausenden von Ratten." Darüber hinaus werden horrende Gebührenrechnungen aufgemacht, die den Bürgern die Haare zu Berge stehen lassen.

Vor dem Volksentscheid erscheinen in fast allen Gemeinden Anzeigen, in denen sich die CSU-Politiker für den „Landtagsentwurf" aussprechen. In einer Gemeinde wird ein CSU-Politiker namentlich aufgeführt, der bereits verstorben war.

Obwohl wir zum damaligen Zeitpunkt von dieser Kampagne völlig unvorbereitet überrollt werden, haben wir den Volksentscheid „erfolgreich verloren". Bei einer Beteiligung von 43,8% votieren für den CSU-Entwurf 51,0% und für „Das bessere Müllkonzept" 43,5%. „Das Bessere Müllkonzept" verliert, da der CSU-Entwurf mehr Ja-Stimmen als „Das Bessere Müllkonzept" hat.

Wer sich einmal mit direkter Demokratie beschäftigt hat, kann die Finger nicht mehr davon lassen. Und damit ist klar, daß wir mit der Initiative „Mehr Demokratie in Bayern" von Anfang an zusammenarbeiten und unser Know-how zur Verfügung stellen. Der Erfolg der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" hat gezeigt, daß auch die bayerischen Seilschaften zu „knacken" sind.

Die 25%-Klausel - einer der Schlüssel in der kommenden Diskussion

Die CSU hatte immer wieder betont, daß sie eine 25%-Klausel für unbedingt notwendig hält, damit sich „Minderheiten nicht gegen Mehrheiten durchsetzen können". Tatsächlich macht die 25%-Klausel Mehrheitsentscheidungen ungültig, wenn die Mehrheit nicht gleichzeitig 25% aller Stimmberechtigten ausmacht. Die Angst vor „lautstarken Minderheiten" - obwohl von den empirischen Erfahrungen her unbegründet - ist uns aber in den Diskussionen auch immer wieder entgegengekommen. Wir mußten uns daher mit dem Thema 25%-Klausel befassen. Im März 1995 verschickten wir umfassende Informationen zur 25%-Klausel an die Presse und an Aktive.

Das Landesbüro wird neu organisiert - Regionalbüros werden eröffnet

Für die Kampagne zum Volksentscheid erwartete uns viel Arbeit. Wir mußten dafür die technischen und personellen Voraussetzungen schaffen. Mit Britta Kurz aus Tübingen, Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt „Direkte Demokratie", und Manuel Berger, Student der Politikwissenschaft in Bonn, gewannen wir zwei wertvolle Mitstreiter. Manuel Berger wollte Michael Seipel bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, während Britta Kurz sich um die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern kümmerte. Neue Computer und eine neue Telefonanlage wurden angeschafft, das Computernetzwerk ausgebaut. Sieben hochmotivierte junge Leute mit einer guten technischen Ausstattung arbeiteten jetzt gemeinsam auf engstem Raum und bereiteten sich auf die kommende Volksentscheidskampagne vor.

Schon bald war uns klar, daß wir trotz der guten Besetzung mit der Betreuung der einzelnen Aktionskreise überfordert sein würden. Es war daher nun unser Ziel, in den einzelnen Bezirken Ansprechpartner zu finden, die sich um ihre Bezirke kümmerten. Die Ansprechpartner sollten vor Ort Pressearbeit machen, Materialien vertreiben sowie in Vorträgen und Seminaren Aufklärungsarbeit leisten

In Nürnberg hatten Christoph Ernst und Jutta Maria Betz schon während des Volksbegehrens ganz Mittelfranken versorgt, sie wollten auch beim Volksentscheid wieder mithelfen. In Augsburg eröffneten Uli Lüttringhaus, Susanne Hofmann und weitere schwäbische Freunde in der Bund Naturschutz-Geschäftsstelle ein Büro.In Bamberg übernahm Christian Ruppert die Organisation für die Region und eröffnete am 21. August das Aktionsbüro Oberfranken.

Die 25%-Klausel des Landtags-CSU-Entwurfs

25%-Klausel führt zur Minderheitenherrschaft!
Ein Beispiel aus Baden-Württemberg:

Der Reutlinger Stadtrat wollte einen Bunker bauen. Beim Bürgerentscheid 1986 waren 69.932 Bürger/innen stimmberechtigt.

16.784 stimmten gegen den Bunker = 24% der Stimmberechtigten

2.126 stimmten für den Bunker = 3% der Stimmberechtigten

Die Klausel wurde nicht erreicht. Der Bürgerentscheid war ungültig. Der Bunker wurde gebaut. Das kostete den Steuerzahler 5 Mio. DM! 3% der Stimmberechtigten haben sich durchgesetzt!

25%-Klausel macht Bürgerentscheide ungültig!

Im Landtags-CSU-Entwurf ist die Mehrheitsentscheidung ungültig, wenn die Mehrheit nicht gleichzeitig 25% aller Stimmberechtigten ausmacht. Dann setzt sich die Minderheit durch. Dafür gibt es viele Beispiele aus anderen Bundesländern.

Fazit: Nein zur 25%-Klausel, damit Mehrheit Mehrheit bleibt. Eine 25%-Klausel gibt es in Bayern weder bei Wahlen noch beim landesweiten Volksentscheid. Wir in Bayern machen nicht die Fehler anderer Bundesländer nach!

Landtags-CSU-Entwurf verhindert Bürgerentscheide:
Die Erfahrungen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen, daß es mit dem CSU-Entwurf in Bayerns Städten und Landkreisen keine gültigen Bürgerentscheide geben wird.

~~München~~ ~~Nürnberg~~ ~~Augsburg~~ ~~Passau~~
~~Regensburg~~ ~~Rosenheim~~ ~~Kempten~~
~~Landshut~~ ~~Ingolstadt~~ ~~Aschaffenburg~~
~~Würzburg~~ ~~Schweinfurt~~ ~~Bamberg~~ ~~Hof~~
~~Bayreuth~~ ~~Fürth~~ ~~Erlangen~~ ~~Neu-Ulm~~
~~Coburg~~ ~~Amberg~~ ~~Straubing~~ ~~Weiden~~

alle ~~Landkreise~~ alle ~~Landkreise~~

Keine Bürgerentscheide in Städten und Landkreisen!

In Schleswig-Holstein ist bisher jeder Bürgerentscheid in größeren Städten an der 25%-Klausel gescheitert. In Baden-Württemberg gab es in 40 Jahren nur in einer einzigen Großstadt (Ulm) einen gültigen Bürgerentscheid. Mit dem CSU-Entwurf würde es in Bayerns Städten und Landkreisen keine gültigen Bürgerentscheide geben.

Fazit: Der Landtags-CSU-Entwurf verhindert Bürgerentscheide in der Praxis.

Unsere Kampagnengrundsätze

Die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" war durch das erfolgreiche Volksbegehren eine ernstzunehmende politische Kraft geworden. Wir hatten einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht. Jetzt war es wichtig, daß wir bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der CSU gewinnen würden.

Wir mußten daher eine Kampagne zum Volksentscheid konzipieren, die in sich schlüssig war und konsequent zum Ziel führte. Wir begannen, Kampagnengrundsätze zu entwickeln, mit denen wir dann an die Öffentlichkeit treten wollten. Diese Kampagnengrundsätze bildeten das Gerüst für unsere gesamte Kommunikation mit der Öffentlichkeit:

1. Grundsatz: Von innen nach außen
Die erste und wichtigste Leitlinie war: Der interne Aufbau und die interne Festigkeit sind das wichtigste. Um vielen Menschen einen Einstieg in die Mitarbeit zu ermöglichen, brauchten wir einen stabilen Kern, in dem die Kommunikation gut und möglichst reibungsfrei funktionierte. Das hieß: alle Aktiven müssen gut informiert sein und über aktuelle Entwicklungen Bescheid wissen.

2. Grundsatz: Verschiedene Informationsebenen versorgen
Der zweite wichtige Grundsatz war: Wir müssen auf verschiedenen Informationsebenen kommunizieren. Wir wählten die Einteilung: „Aktive", „Interessierte" und „Breite Öffentlichkeit". Die „Aktiven" waren die Multiplikatoren, die „Interessierten" sympathisierten mit unserem Anliegen, und die „Breite Öffentlichkeit" bestand aus allen Bürgerinnen und Bürgern, die schließlich zur Abstimmung aufgerufen wurden.

Für jede dieser Informationsebenen erstellten wir spezielle Informationsmaterialien, die dem jeweiligen Informationsbedürfnis entgegenkamen. Entsprechend dieser Informationshierarchie ergab sich eine Zeitschiene. Wir mußten zuerst eine Informationsbroschüre für die Aktiven erstellen, damit sie als Multiplikatoren an die Interessierten herantreten konnten. Dann mußten wir Materialien für die Interessierten produzieren, die dann bei der Arbeit auf der Straße eingesetzt werden konnten. Und zum Schluß brauchten wir Materialien, um die „Breite Öffentlichkeit" zu erreichen.

3. Grundsatz: Klare, einfache Slogans mit Tiefgang und Zusammenhang!
Der dritte wichtige Grundsatz war: Wir brauchen klare, einfache, verständliche und wiedererkennbare Slogans. Die Slogans mußten in allen Informationsmaterialien wiederholt werden. Unsere wichtigsten

Plakate von „Mehr Demokratie" zum Volksentscheid.

Plakate von „Mehr Demokratie" zum Volksentscheid.

Slogans waren: „Für Mehr Demokratie in Bayern", „Bei uns entscheidet die Mehrheit", „Von Bürgern für Bürger", „Gemeinsam für den Bürgerentscheid", und „Machen Sie bitte Ihr Kreuz in der Mitte". Diese Slogans standen auf den Plakaten, auf unserer Infozeitung und auf dem Flugblatt. Sie erzählten eine zusammenhängende Geschichte:

„Wir wollen mehr Demokratie für Bayern erreichen und zwar durch das Volksbegehren zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids. Beim Bürgerentscheid entscheidet die Mehrheit der Wähler über wichtige kommunale Themen. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist von Bürgern für Bürger gemacht und bürgerfreundlich. Viele Verbände und Parteien setzen sich deshalb gemeinsam für den Bürgerentscheid ein. Wer ‚Mehr Demokratie in Bayern' will, der muß beim Volksentscheid sein Kreuz in der Mitte machen." (Auf dem Stimmzettel für den Volksentscheid konnte man an drei Stellen ein Kreuz machen. Das „Kreuz in der Mitte" war für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern".)

4. Grundsatz: Bürger direkt ansprechen

Ein vierter wichtiger Grundsatz war, die Bürgerin oder den Bürger während eines Interviews im Radio oder im Fernsehen immer wieder direkt anzusprechen, z.B..: „Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Sie können beim Volksentscheid jetzt selbst entscheiden, ob Sie sich für mündig halten." Wir haben auch immer wieder versucht, den Bürgerentscheid an lokalen Problemen oder an lokalen Begebenheiten (Marktplatz, Rathaus etc.) zu veranschaulichen.

5. Grundsatz: Klare Aufgabenverteilung. Wir sind Dienstleister.

Ein fünfter wichtiger Grundsatz war eine klare Aufgabenverteilung. Unserer Ansicht nach macht Arbeit dann Spaß, wenn die Verantwortlichkeiten klar definiert sind. Wir haben uns als ein Dienstleistungsunternehmen verstanden, das den Rahmen für eine erfolgreiche Kampagne zum Volksentscheid organisierte. Konkret hieß das, daß wir gutes Werbematerial produzieren mußten. Darüber hinaus haben wir Seminare durchgeführt, Aktionsvorschläge erarbeitet, Referententouren angeboten, Mustertexte zur Verfügung gestellt und die Aktiven rund um die Uhr beraten und psychologisch unterstützt. Die Aktionskreise vor Ort haben sich jedoch selbst organisiert und waren völlig autonom.

6. Grundsatz: Kontinuierliche und zuverlässige Pressearbeit

Ein sechster Grundsatz war die kontinuierliche Pressearbeit. Denn wichtiger als Flugblätter oder sonstige Werbematerialien ist eine kontinuierliche Berichterstattung in den Medien. Pressearbeit war somit ein ganz wichtiger Kernbereich, den wir intensiv pflegten. Rund 800 baye-

Eva K.: Mein erster Eindruck vom Landesbüro in München

Im Sommer '94 sehe ich politische Plakate auf den Straßen, die meine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Da wird für eine Kinderwagen-Demo geworben mit der Zeile : „Demokratie muß wachsen".

Die alte Polarität in der Pädagogik : „Erziehen oder wachsen lassen" fällt mir ein. Der eine Ansatz, der glaubt, nur durch Bekämpfung der „Unarten" Fehlentwicklungen verhindern zu können, und der andere, der auf Selbstbestimmung und eine natürliche Entwicklungsfähigkeit vertraut, solange nur das Klima dafür günstig ist.

Die Arbeit für „Mehr Demokratie" hat viel Spaß gemacht.

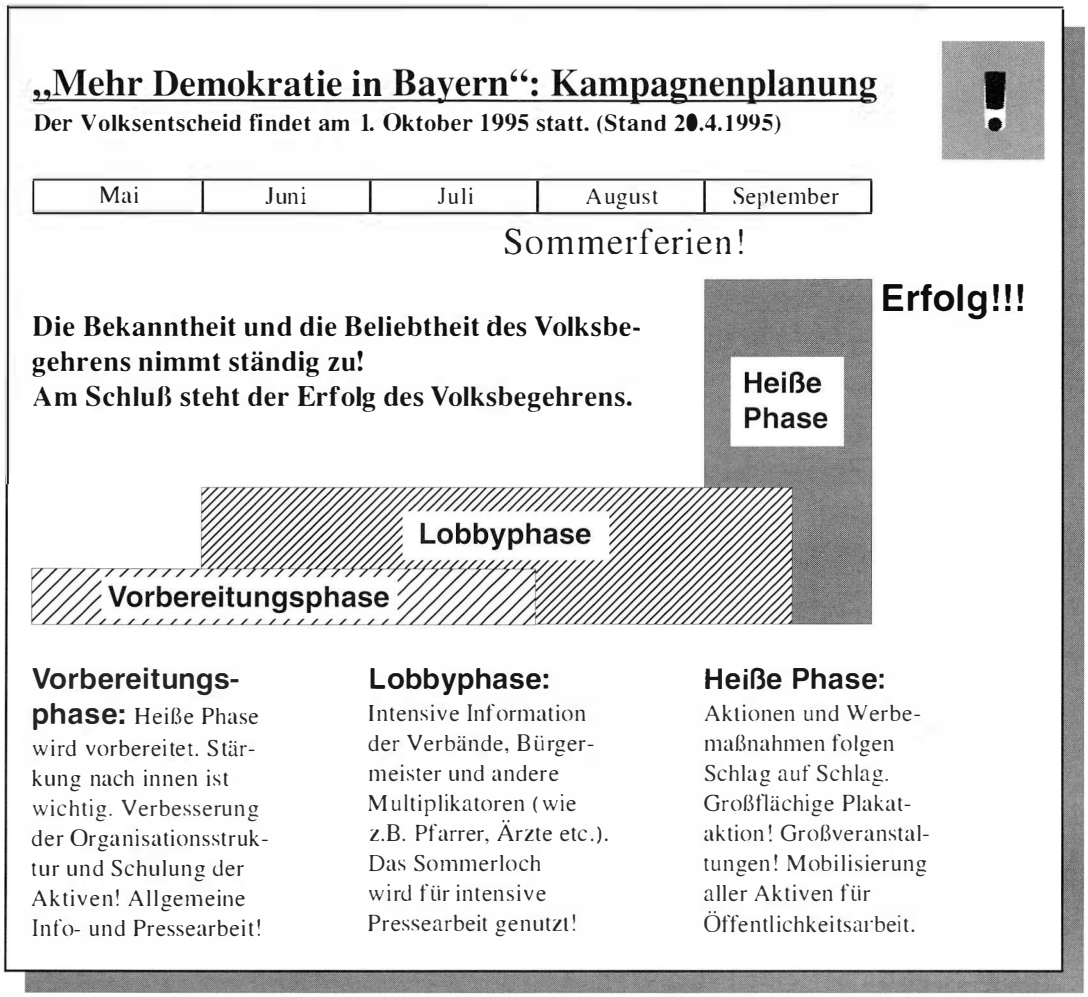
Mein Eindruck ist, daß hier eine Initiative am Werk ist, die einen anderen, mir äußerst sympathischen politischen Stil pflegt und die es nicht nötig hat, mit den üblichen Feindbildern zu arbeiten. Vielleicht bahnt sich hier etwas Neues, Hoffnungsvolles an?

Auch die anderen Plakate, wie zum Beispiel: „Wir sind kein dummes Volk!", sprechen mich mehr an als alle Wahlkampfsprüche der vergangenen Jahre zusammen. Diese ersten Eindrücke sind entscheidend dafür, daß ich mich schließlich für die Initiative engagiere.

Als erster Eindruck von meiner Mitarbeit ist mir dann folgende Episode unvergeßlich. Vor dem Haus in der Fritz-Berne-Straße sind die großen Plakate angekommen, mit denen in den nächsten Wochen in ganz Bayern für den Gesetzentwurf der Initiative geworben werden soll. Es sind Paletten mit vielleicht acht Zentnern Plakaten.

Wir sind ganz begeistert, daß es jetzt so richtig losgeht. Alle kommen und helfen, die Plakate in den „Omnibus" umzuladen. Im Nu hat sich eine Kette von sieben Leuten gebildet. Die einen drehen stapelweise Plakate zu handlichen Rollen, die nächsten tragen sie dann im Laufschritt zum Bus, und wir setzen in dem Doppeldecker die Kette bis in den oberen Stock fort.

Die ganze Aktion findet unter flapsigen Kommentaren wie „Anordnung von oben: sorgfältiger rollen!" statt. Die Männer, die im Laufschritt arbeiten und verschwitzt sind wie Marathonläufer, motivieren sich mit rhythmischen Anfeuerungsrufen, die wohl die halbe Straße entlang zu hören sind. In den Ohren seriöser Leute, die nicht unmittelbar am Geschehen teilnehmen, klingt das offenbar wie seltsame Urlaute. Brigitte Krenkers kommt jedenfalls einigermaßen alarmiert aus dem Haus und fragt ganz besorgt, was um Gottes willen denn hier los sei, ob vielleicht jemand den Verstand verloren habe.



Kampagnenplan zum Volksentscheid im Aktionsrundbrief Nr. 14.

rische Redaktionen, auch kleine Werbeblätter, wurden von uns regelmäßig informiert.

Auch gegenüber den Redaktionen stand für uns der Dienstleistungsgedanke im Vordergrund. Wir haben alle Anfragen und Recherchewünsche rund um die Uhr so schnell und so zuverlässig wie möglich bearbeitet.

7. Grundsatz: Wichtiger als Geld sind gute und durchdachte Aktionen sowie informierte und begeisterte Menschen

Ein siebter Grundsatz war unser Bestreben, gute und kreative Aktionen zu konzipieren. Von Anfang an war uns klar, daß wir finanziell mit der CSU nicht mithalten konnten. Das finanzielle Übergewicht der CSU mußten wir durch Intelligenz und Kreativität wettmachen. Unser In-

Uli Lüttringhaus: Das Schwabenbüro - oder: Der Beginn einer schwäbischen Identität

„Prost Susanne und Martina!" „Prost Uli!"

„Einen richtigen Knaller bräuchten wir. Etwas, was die Leut' motiviert."

„Ein Büro wär' genau das richtige. Da hätten wir beim Schwabentreffen was vorzuweisen. Wir könnten das ganze Material verteilen, Touren organisieren, Referenten verteilen, und die in München wären entlastet."

„Also! Was müssen wir machen:
1. Hannes anrufen. (Hannes Grönninger hatte die Idee zu einem Büro.)
2. Den Mann vom BN anrufen und fragen, ob wir das Bund-Naturschutz-Büro für zwei Monate bekommen."

Das Schwabenbüro in Augsburg hat „Mehr Demokratie" in Schwaben organisiert.

„Und wer soll im Büro arbeiten?"
„Ganz einfach, Leut' die Zeit haben."
....grübel, „Ja, halt Lehrer und Studenten ...."

„Ja, und wer kann nach den Ferien im Büro arbeiten?" ... grübel .... „Vielleicht der Dietmar, und da kenn' ich noch so einen aus der Gegend von Neu-Ulm -Roland heißt er - der studiert sogar Politik in Augsburg. Vielleicht will er sogar ein Praktikum machen:

„Was müssen wir noch machen:
3. Dietmar anrufen
4. Roland anrufen.

„Hey, da is er ja!" „Wer?" „Der Dietmar!" „ Hey, grias di, mir sprechen grad von dir." „Soso, und was?" „Hasch Luscht im Schwabenbüro von Mehaffehr Demokratie zum schaffe." „Woooo?" „Ja, wir machen ein Schwabenbüro in Augsburg." „Mmmh, (Pause) ja, kann ich mir schon vorstellen."

Nach einer Viertelstunde Palaver und drei sehr kurzen Telefonaten mit Hannes Grönninger, Paul Reisbacher und Roland Eichmann ist die Sache geritzt. Wir haben ein Schwabenbüro für „Mehr Demokratie".

teresse bestand darin, Aktionen zu entwickeln, die große Aufmerksamkeit erzeugten und die auf die Thematik „Bürgerbeteiligung" hinwiesen. Wichtig war dabei auch, daß wir mit seriösen und anerkannten Gruppen und Persönlichkeiten zusammenarbeiteten.

8. Grundsatz: Die letzten beiden Wochen entscheiden

Der letzte Grundsatz war: Wir konzentrieren unsere Aktivitäten auf die letzten zwei Wochen. Wir erwarteten die größte Medienaufmerksamkeit kurz vor dem Volksentscheid. Unsere Parole war daher: Jeden Tag vor dem Volksentscheid muß eine Aktion stattfinden - gerade auch auf dem Land.

Interne Kommunikation durch Aktionsrundbriefe, Landkreisfaxe und persönliche Kontakte

Einer der wichtigsten internen Kommunikationswege waren unsere Aktionsrundbriefe. Sie sollten die Aktiven über die neuesten politischen Entwicklungen aufklären und Handlungsanregungen für Aktionen vor Ort liefern. Vor allem aber sollten sie motivieren und Mut machen. Wir wollten zeigen, daß keiner bei seiner Arbeit vor Ort alleine war. Die Kontakte zu den Aktiven wurden vertieft durch eine kontinuierliche telefonische Betreuung, die vor allem von Tim Weber als Landesbeauftragtem durchgeführt wurde. Darüber hinaus haben wir Seminare und Vorträge angeboten. Außerdem waren natürlich auch die regelmäßigen Landesversammlungen ungemein wichtig, um sich gegenseitig kennenzulernen. Für eilige Nachrichten bauten wir einen Verteiler für Faxrundsendungen an die Aktionskreise auf.

Aktionsbeiträge der einzelnen Verbände zum Volksentscheid:

Initiative DEmokratie Entwickeln (IDEE):	60.000 Mark
Bayern SPD:	50.000 Mark
Ökofonds/Bündnis 90 /Die Grünen:	30.000 Mark
Landtagsabgeordnete der SPD:	25.000 Mark
Bund Naturschutz, Landesverband Bayern:	30.000 Mark
Bündnis 90/Die Grünen Landesverband:	10.000 Mark
Dachverband Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen AKW:	10.000 Mark
Naturfreunde Landesverband:	5.000 Mark
Das Bessere Müllkonzept Neumarkt:	1.500 Mark
Humanistische Union:	1.000 Mark

Die erfolgreiche Kampagne zum Volksbegehren hatte zu einem großen Vertrauen in unsere Arbeit geführt. Das erleichterte uns das Durchhalten sehr. Mittlerweile wurden 220.000 Mark an Aktionsbeiträgen zugesagt, zum Teil hatten wir sie auch schon erhalten, so daß wir die Kampagne starten konnten.

Im Mai 1995 machten wir den Aktiven mit einem Aktionsrundbrief Mut, daß wir auch den Volksentscheid gewinnen würden.

Sechs gute Gründe, warum „Mehr Demokratie in Bayern" den Volksentscheid gewinnen wird (Aktionsrundbrief Nr. 14, Mai 1995)

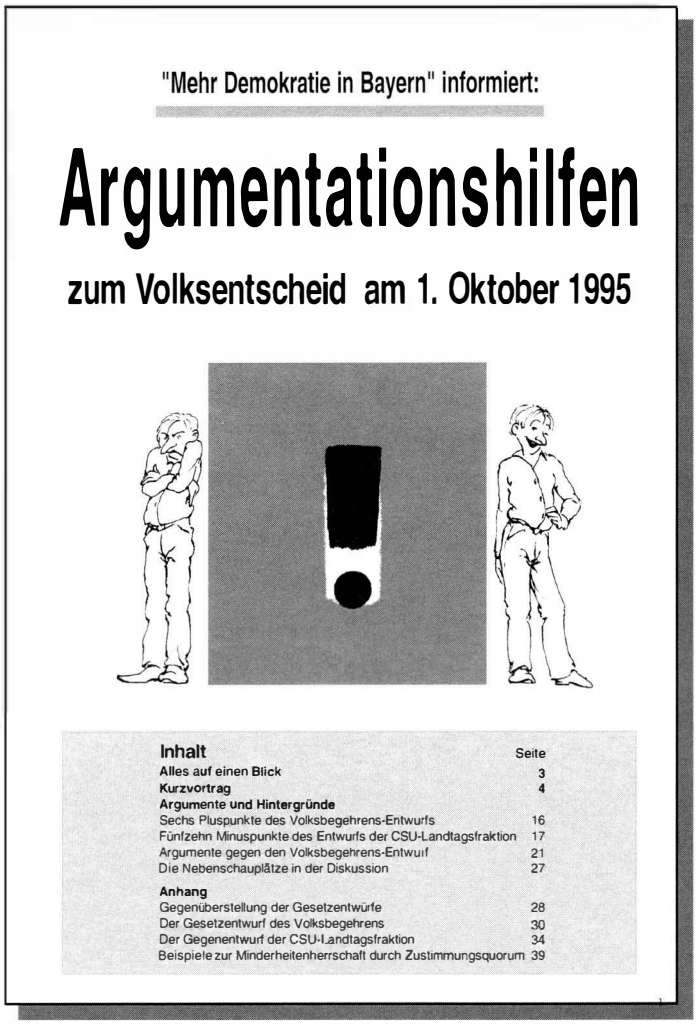
• „Mehr Demokratie" hat die besseren Argumente. Nur der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ermöglicht echte Bürgerbeteiligung.
• Die Initiative verfügt über thematisches Fachwissen und Erfahrung, wie eine Kampagne geführt wird.
• Die professionelle Pressearbeit gewährleistet einen hohen Informationsgrad vieler Journalisten.
• „Mehr Demokratie" hat die Kampagnenfehler der Bürgeraktion „Das Bessere Müllkonzept" beim Volksentscheid analysiert und von ihnen gelernt.
• Es besteht ein flächendeckendes Netz von Aktionskreisen in Bayern. Die Aktiven vor Ort arbeiten mit der Landesgeschäftsstelle eng zusammen.
• Es bestehen Kontakte zu Politikern und Wissenschaftlern aus anderen Bundesländern und der Schweiz, die ihre Bereitschaft erklärt haben, bei der Kampagne zu helfen.

Die Argumentationsbroschüre wird fertig

Emsig hatten wir nun an unserer Argumentationsbroschüre gearbeitet und auch in anderen Bundesländern recherchiert, um uns für die bevorstehende Diskussion zu rüsten. Es dauerte drei Monate bis wir fertig waren. Unser gesamtes Know-how zum Bürgerentscheid wurde in der Broschüre offengelegt. Wir wollten mit dieser Argumentationsbroschüre in die Offensive gehen, um unseren politischen Stil zu verankern. Aus diesem Grund haben wir die Broschüren nicht nur an die

Aktiven, an Parteivertreter von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und ÖDP, sondern auch an die CSU verschickt. Ziel war es, eine inhaltliche Diskussion auf hohem Niveau in Gang zu setzen.

In einer ersten flächendeckenden Pressetour zogen die Mitarbeiter des Landesbüros durch ganz Bayern, um die Broschüre vorzustellen. Wir führten fast fünfzig regionale Pressekonferenzen in ganz Bayern durch - mit großer Resonanz.



"Mehr Demokratie in Bayern" informiert:

Argumentationshilfen

zum Volksentscheid am 1. Oktober 1995

Inhalt

	Seite
Alles auf einen Blick	3
Kurzvortrag	4
Argumente und Hintergründe	
Sechs Pluspunkte des Volksbegehrens-Entwurfs	16
Fünfzehn Minuspunkte des Entwurfs der CSU-Landtagsfraktion	17
Argumente gegen den Volksbegehrens-Entwurf	21
Die Nebenschauplätze in der Diskussion	27
Anhang	
Gegenüberstellung der Gesetzentwürfe	28
Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens	30
Der Gegenentwurf der CSU-Landtagsfraktion	34
Beispiele zur Minderheitenherrschaft durch Zustimmungsquorum	39

Die Argumentationsbroschüre mit unserem Wissen über die Gesetzgebung zum Bürgerentscheid.

Das Profil der Aktionskreisleiter

Norman Zurke, Diplom-Politologe, hat im August 1995 für seine Diplomarbeit die Aktionskreisleiter von „Mehr Demokratie in Bayern" befragt. Hier ist das Ergebnis der Auswertung von 91 Fragebogen, die von den Leitern der Aktionskreise beantwortet wurden:

Politische Aktivität:

Zum ersten Mal politisch aktiv waren:	8	(8,8%)
Vorher schon politisch aktiv waren:	83	(91,2%)

Parteizugehörigkeit:

F.D.P.:	1	(1,1%)
Freie Wähler:	1	(1,1%)
ÖDP:	7	(7,7%)
SPD:	14	(15,4%)
B 90/Grüne:	31	(34,0%)
Keine Partei:	37	(40,7%)

Aktiv in Umweltschutzgruppen:

Bereits aktiv beim Besseren Müllkonzept:	58	(61,5%)
Mitglied oder aktiv beim Bund Naturschutz:	51	(56,0%)

Geschlecht:

weiblich:	35	(38,5%)
männlich:	56	(61,5%)

Konfessionszugehörigkeit:

konfessionslos:	17	(18,7%)
evangelisch:	30	(33,0%)
katholisch:	44	(48,3%)

In Bayern geboren?

Ja:	67	(73,6%)
Nein:	24	(26,4%)

Durchschnittsalter der Aktionskreisleiter: 38,8 Jahre

Ein Viertel der Leiter war 30 Jahre oder jünger. Der jüngste war 18 Jahre, der älteste 67 Jahre alt.

Durchschnittliches Arbeitspensum im August 1995: 9,4 h/Woche

8. Offen mit dem Gegner reden - unsere Kontakte mit der CSU

Ein wichtiges Fazit aus dem Gespräch mit den Initiatoren des Müllvolksbegehrens war, daß wir uns nicht auf die Spielregeln der CSU einlassen durften. Der zu erwartenden Verwirrungstaktik wollten wir Klarheit, der Angst eine Vision entgegensetzen. Sehr bald begannen wir daher, uns Gedanken über den Umgang mit dem politischen Gegner zu machen. Wir wollten nicht nur den Volksentscheid gewinnen, wir wollten auch zeigen, daß ein anderer politischer Stil möglich ist. Wir haben daher für den Umgang mit der CSU Leitlinien erarbeitet.

1. Inhalt und Form müssen übereinstimmen

Unser Ziel war die Einführung eines bürgerfreundlichen Bürgerentscheids. Wir versprachen uns davon Sachdiskussionen über wichtige regionale politische Themen. Deshalb wollten wir zeigen, daß schon auf Landesebene, also beim bayernweiten Volksentscheid, eine sachliche und inhaltliche Diskussion stattfindet.

2. Wir fordern die faire und sachliche Diskussion von der CSU

Wir bemühten uns, freundlich aufzutreten, ohne Polemik und ohne einzelne Politiker persönlich anzugreifen. Zwar kritisierten wir den CSU-Entwurf in der Sache scharf, aber wir setzten uns mit ihm auf einer argumentativen Ebene auseinander und machten keine Angriffe auf Personen. Wir forderten von der CSU immer wieder eine faire und sachliche Diskussion. So ermutigten wir auch die Unterstützer von „Mehr Demokratie" einen anderen politischen Umgang zu pflegen.

3 . Immer in der Offensive bleiben - Agieren anstatt Reagieren!

Vom Müllvolksbegehren hatten wir gelernt, daß man sich vom politischen Gegner nicht in die Defensive drängen lassen darf. Einmal in der Defensive gefangen, ist man gezwungen, immer wieder die Argumente der Gegner zu wiederholen, um sich zu verteidigen. Die eigentlichen positiven Aussagen für das Volksbegehren gehen dabei verloren. Wir versuchten daher, immer in der Offensive zu bleiben, um die CSU zu Reaktionen zu bewegen und unsere Inhalte an die Öffentlichkeit transportieren zu können.

4. Feindbildabbau durch Offenheit

Wir suchten die offene Diskussion mit den CSU-Funktionären. Wir waren überzeugt, die besseren und fundierteren Argumente zu haben und

Carsten Nemitz: Zu Gast beim CSU-Ortsverband

Im Mai 1995 macht sich eine fünfköpfige „Mehr Demokratie in Bayern"-Delegation auf den Weg nach Wolfratshausen im Landkreis Bad Tölz: Britta Kurz, Silvia Gauss, Tim Weber, Michael Seipel und ich. Dort wird im CSU-Ortsverband Herbert Singer erwartet, der kommunalpolitische Referent der Partei. Die Hinfahrt nutzen wir, um noch Absprachen zu treffen. Jeder von uns soll es übernehmen, auf bestimmte Schwachpunkte des CSU-Entwurfes einzugehen.

Der Saal ist mit rund 30 Zuhörern gut gefüllt. Die Veranstaltung beginnt dann ganz anders, als wir es erwartet haben. Singer erkennt Michael Seipel unter den Zuhörern und geht in die Offensive: bevor er mit seinem Vortrag beginnt, begrüßt Singer freundlich den „Mehr Demokratie in Bayern"-Pressesprecher und bittet ihn um eine Stellungnahme. Seipel, sichtlich überrascht, versucht das Wort an Singer zurückzugeben, kommt aber um ein Statement nicht herum.

Der Vortrag von Singer verfolgt dann die übliche Linie: Bürgerentscheid – die CSU sagt von Herzen „Ja", aber: bitte in vernünftigen Bahnen, also nach dem Landtagsentwurf. Die daran anschließende Diskussion verläuft fair und sachlich. Immer wieder setzen wir nach, machen auf Mängel des CSU-Entwurfs aufmerksam. Singer versucht, die Vorwürfe zu widerlegen, kann aber häufig nur ausweichend antworten. Höhepunkt des Abends: Von einem CSU-Mitglied kommt schließlich der Einwand, zwar stehe er selbstverständlich zum Entwurf der CSU, aber um im Volksentscheid bestehen zu können, müsse doch an einigen Stellen noch nachgebessert werden.

Als wir schließlich zurück nach München fahren, tun wir das in ausgelassener Stimmung und mit dem guten Gefühl, immerhin einen ersten CSU-Ortsverband erreicht und uns selbst motiviert zu haben.

fühlten uns in der politischen Diskussion sicher. Wir wußten, daß die CSU ihre Aktiven und Parteimitglieder vor allem durch das Feindbild „Rot-Grün" mobilisierte. Diese Art der Mobilisierung wollten wir zumindest erschweren. Unsere wichtigste Maßnahme war daher, daß wir die CSU regelmäßig als erste mit wichtigen Informationen versorgten. In regelmäßigen Gesprächen mit den CSU-Funktionären und -Kampagneleitern versuchten wir, einen persönlichen Kontakt aufzubauen.

5. Wir besuchen alle CSU-Veranstaltungen

Wir versuchten immer wieder, gemeinsame Veranstaltungen mit der CSU z.B. Podiumsdiskussionen, zu organisieren. Meist scheiterte dies an den CSU-Politikern, die sich entschuldigen ließen und an den Veranstaltungen nicht teilnahmen. Allerdings führte die CSU eigene Veranstaltungen durch, um ihre Leute zu informieren und um damit an

die Presse treten zu können. Unsere Leitlinie war: „Wir dürfen Sie nicht allein lassen. Wenn Sie nicht zu uns kommen, gehen wir zu Ihnen." Es war erstaunlich, wie sehr sich die Diskussionskultur veränderte, sobald auch nur eine Person von „Mehr Demokratie" bei den CSU-Veranstaltungen anwesend war.

CSU-Funktionäre sind wichtige Multiplikatoren

Wir wollten, daß die CSU-Funktionäre sich mit unseren Argumenten auseinandersetzten - und daß sich unsere Argumente in ihren Köpfen verankerten. Wir sahen in den CSU-Aktiven sehr wichtige Multiplikatoren für unsere Ziele. Es war nötig die Diskussion über die Bürgerbeteiligung in die CSU hineinzutragen.

Daß kaum eine interne Diskussion stattgefunden hatte, zeigte z.B. die Tatsache, daß der CSU-Parteitag im September 1995 den Gesetzentwurf der CSU-Landtagsfraktion in einem Wahlaufruf einstimmig empfahl, ohne daß sich kritische Stimmen zu Wort meldeten. Im folgenden sollen die einzelnen Aktionen und Maßnahmen beschrieben werden, mit denen wir versucht haben, die CSU zu erreichen:

Mitte Mai: Gespräch mit der CSU-Landtagsfraktion

Unmittelbar nach dem erfolgreichen Volksbegehren hatten wir der CSU-Landtagsfraktion ein Gespräch über den Gesetzentwurf zum Bürgerentscheid angeboten. Anfang Mai ergriff dann die CSU-Landtagsfraktion ihrerseits die Initiative, um sich mit uns zu treffen. Am 18. Mai war es dann soweit. Gegenstand des Gespräches sollte ein Austausch über die Gesetzentwürfe zum Bürgerentscheid sein. Die CSU-Landtagsfraktion hatte den Gesetzentwurf der Kommunalpolitischen Vereinigung vom Mai 1994 noch einmal überarbeitet und war unserem Entwurf in einigen Punkten entgegengekommen.

Wir hatten uns auf das Gespräch gut vorbereitet. In einem Punkt waren wir hin und hergerissen: War es sinnvoll, alle unsere Karten auf den Tisch zu legen? Wir entschieden uns, der CSU-Landtagsfraktion alle Schwachpunkte ihres Gesetzentwurfes im Detail darzustellen - einerseits, um der Landtagsfraktion die Möglichkeit zur Verbesserung zu geben, andererseits aber auch, um unsere Position der Kompetenz und Stärke zu demonstrieren. So war unsere Motivation eine idealistische und eine strategische zugleich.

Bei dem Treffen waren von der Bürgeraktion Tim Weber (Landesbeauftragter), Thomas Mayer (Vertrauensmann des Volksbegehrens), Michael Seipel (Pressesprecher) und Manuel Berger (Pressereferent) anwesend. Von der CSU waren die Landtagsabgeordneten Dr. Herbert

Der Entwurf des Volksbegehrens ist einfach und bürgerfreundlich:

Der Entwurf der CSU- Landtagsfraktion ist umständlich und bürokratisch:

1. Hürde
Themenausschluß:
Haushaltssatzung

2. Hürde
Bürgerbegehren:
3-10% der Wahlberechtigten

3. Hürde
Bürgerentscheid:
Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

1. Hürde
Zulassungsantrag:
1% der Bürger

2. Hürde
Themenausschluß:
Gemeindehaushalt, Großprojekte, Bauleitpläne, Stellungnahmen zu überregionalen Straßenbauten.

3. Hürde
Bürgerbegehren:
5-10% der Wahlberechtigten

4. Hürde
Unfreie Sammlung:
Unterschriften können nur in Amtsräumen geleistet werden.

5. Hürde
Ein Monats - Frist:
Für das Bürgerbegehren sind nur vier Wochen Zeit.

6. Hürde
Bürgerentscheid:
Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

7. Hürde
Zustimmungsquorum:
Bürgerentscheid nur gültig, wenn Mehrheit 25% aller Stimmberechtigten ausmacht.

Gegenüber dem Volksbegehrensentwurf enthält der CSU-Entwurf erhebliche Hürden!

Kempfler, Franz Brosch, und Christa Stewens sowie der Kommunalreferent Hans-Wilhelm Hüttinger dabei. Wir diskutierten fast ausschließlich über den Gesetzentwurf der CSU-Abgeordneten. Wir warnten vor einer Fülle von Rechtslücken, die sie selbst noch nicht kannten. Die Abgeordneten wurden zunehmend unruhiger, je länger unsere Ausführungen andauerten.

Durch das Gespräch wurde uns klar, daß die CSU nicht bereit war, ihren Gesetzentwurf zu überarbeiten. In einer Pressemitteilung appellierten wir daher noch einmal an die Fraktion, den Entwurf zu korrigieren.

CSU-Infoline eingerichtet

Anfang Juni hatten wir unsere umfassende Argumentationsbroschüre fertiggestellt. Diese Broschüre verschickten wir auch an 3.000 CSU-Funktionsträger. Auf der Rückseite warben wir mit der CSU-Infoline, um „inhaltliche Unklarheiten zu den beiden Gesetzeentwürfen auszuräumen". Es war unser Eindruck, daß die CSU-Landesleitung ihre Basis nicht ausreichend informierte, denn in verschiedenen Statements von CSU-Kommunalpolitikern wurden falsche Tatsachen behauptet. Es bestanden offenbar noch grundlegende Informationsdefizite.

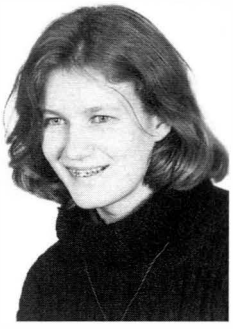
Zwei unserer Mitarbeiter - Britta Kurz und Carsten Nemitz - standen für die CSU-Basis zur Verfügung und boten:

- Beratung bei inhaltlichen Fragen und Unklarheiten mit den Gesetzestexten
- Hintergrundinformationen und Literaturhilfen
- Vermittlung von Referenten: Kommunalpolitiker der Christlich-Demokratischen Volkspartei aus der Schweiz, Professoren, Vertreter von „Mehr Demokratie in Bayern" etc.
- Vermittlung von Schulungsseminaren

Die Infoline wurde jedoch von der CSU-Basis kaum genutzt. Allerdings riefen eine ganze Reihe von CSU-Politikern bei uns an, weil sie glaubten, die Broschüre sei von der CSU selbst verschickt worden. Trotz klarer Kennzeichnung der Broschüre, trotz des Mehr-Demokratie-Logos, trotz eines eindeutigen Impressums und trotz CSU-untypischer Farbe führte die Broschüre bei der CSU zu einer Reihe von Mißverständnissen. Wir wurden daher von der CSU-Landesleitung unter Androhung rechtlicher Schritte aufgefordert, keine weiteren Broschüren mehr an CSU-Funktionsträger zu verschicken sowie die angeschriebenen CSU-ler über die CSU-Infoline aufzuklären. Wir kamen dieser Forderung gerne mit einem Rundfax nach. Unser Hauptziel war schon erreicht -

Martina Wolff, Thommy Prudlo: Mehr Demokratie mit der CSU in Würzburg

August '95 - seit Monaten mühen wir uns mit Infoständen, Podiumsveranstaltungen, ja sogar Hürdenspielen und Big-Band-Konzerten ab, um der Öffentlichkeit die Ideen des Volksbegehrens näherzubringen. Obwohl die Reaktionen im allgemeinen wohlwollend sind, bleiben wir lange Zeit skeptisch. Schließlich bildet die hiesige CSU in der eher konservativen Bischofsstadt Würzburg seit Jahrzehnten die letzte Instanz. Und diese argumentiert heftigst und wenig seriös gegen das Bürgerbegehren.



Martina Wolff vom Würzburger Aktionskreis.

Doch dann kommt die Wende. Erich Felgenhauer, seit Jahrzehnten CSU-Stadtrat und als Volkstribun bekannt, hat in der Vergangenheit mehr als einmal seine Unabhängigkeit als Politiker deutlich gemacht. Immer wieder stimmt Erich Felgenhauer im Stadtrat gegen die CSU-Fraktion. Und immer wieder belohnen die Würzburger seine Courage. Mit ca. 60.000 Stimmen hat er bei der Kommunalwahl 1990 fast doppelt so viele Stimmen erhalten wie der Zweitplazierte. Warum also sollen wir diesen Querdenker nicht überzeugen können?

Thommy Prudlo vom Würzburger Aktionskreis.

Unser engagierter Mitstreiter Helmut Försch nutzt seinen guten Kontakt zu Erich Felgenhauer und kann ihn prompt für unser Anliegen gewinnen: „Ich wähle den Vorschlag des Bündnisses, weil es kein Quorum gibt und die wirkliche Mehrheit entscheidet", verkündet der bestgewählte Würzburger Stadtrat schließlich auf einem flächendeckend verteilten Flugblatt klar und deutlich, wie wir es schon die ganze Zeit gepredigt haben.

Dies zeigt Wirkung: Auf einer Pressekonferenz der Jugendverbände lassen sich die Zweifel der Pressevertreter erst durch dieses Flugblatt beschwichtigen. „Ein CSU-Stadtrat... tatsächlich?" Und prompt bekommt Felgenhauer am nächsten Tag eine ganze Spalte des Artikels. Die Union ist sichtlich irritiert, kann kaum etwas entgegensetzen und muß sich beim Volksentscheid auch in Würzburg klar geschlagen geben.

Noch ganz am Rande: Hatte sich der CSU-Fraktionsvorsitzende über Felgenhauers Bekenntnis zu „Mehr Demokratie" noch gewundert, so ist er von Felgenhauers nächstem Schritt „in jeder Hinsicht überrascht". Der erklärt nämlich kurz vor der Kommunalwahl, daß er nicht mehr für die CSU kandidieren will. Schließlich tritt er sogar als eigener OB-Kandidat an und schafft es beinahe auch noch, den Würzburger OB-Sessel zu besteigen, während der CSU-Kandidat weit abgeschlagen in der Vorrunde ausscheidet.

viele CSU-Funktionäre lasen unsere Broschüre. Sie hatten jetzt unsere Argumente im Kopf und wurden damit Multiplikatoren für unsere Botschaften. Je mehr sie sich inhaltlich mit dem Thema beschäftigten, um so schwerer wurde es, die von der CSU-Landesleitung herausgegebenen Angstsprüche einfach zu wiederholen. Von der CSU-Landesleitung erhielten die CSU-Funktionäre erst Wochen später ausführliche Infomrationen.

120 Demokratierosen für den Landtag

Am 1. Juli 1995 schickten wir einen Brief an alle Landtagsabgeordneten der CSU und machten sie erneut auf die Schwachstellen des Gesetzentwurfes aufmerksam. Unsere Kritik bei dem Gespräch im Mai war in den Ausschüssen nicht mehr berücksichtigt worden. Am 4. Juli wurde dann der Gesetzentwurf der CSU-Landtagsfraktion verabschiedet. Wir nutzten diesen Tag, um an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Grüne und CSU, also Renate Schmidt, Manfred Fleischer und Alois Glück, 120 Demokratierosen zu überreichen. Alois Glück erschien allerdings nicht zur Übergabe. Er behauptete, er sei von uns nicht eingeladen worden und habe erst in der Presse von den Rosen erfahren. Michael Seipel, Pressesprecher von „Mehr Demokratie in Bayern" hatte allerdings das Fax an ihn eigenhändig abgeschickt.

Silvia Gauss, Manuel Berger und Britta Kurz von „Mehr Demokratie" überreichen die Demokratierosen an Albert Schmid, Renate Schmidt (SPD), und Manfred Fleischer (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Demokratierosen sollten die Abgeordneten daran erinnern, daß sie bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf die bayerischen Bürgerinnen und Bürger vertreten. Viele Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hielten die Rosen während der Abstimmung im Landtagsplenum in ihrer Hand.

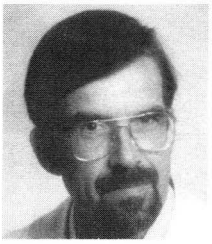
Professoren zerpflücken CSU-Entwurf

Ein paar Tage später präsentierten wir auf einer Pressekonferenz in München die Stellungnahmen von vier Wissenschaftlern.

In den Stellungnahmen wurde der Gesetzentwurf des Volksbegehrens mit dem der CSU-Landtagsfraktion verglichen. Eine Fülle von Nachteilen fanden Prof. Roland Geitmann, Prof. Theo Schiller, Prof. Hans-Georg Wehling und der Schweizer Politikwissenschaftler Andreas Gross beim CSU-Entwurf. Sie kritisierten vor allem die 25%-Klausel, den Themenausschlußkatalog und die Beschränkung der Unterschriftensammlung auf Amtsräume. Wehling nannte den CSU-Gesetzentwurf einen „kleinmütigen Alleingang Bayerns" und betonte, daß die Angst der CSU vor dem Bürger unbegründet sei. Die Münchner Abendzeitung sprach gar von einer „Schlappe für die CSU".

Stellungnahmen zum Volksentscheid:

Kultur
Helmut Fischer, Schauspieler:
Beim Bürgerentscheid spielen die Bürgerinnen und Bürger die Hauptrolle. Das geht nur mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern".



Wissenschaft
Roland Geitmann, Professor für Verwaltungsrecht, ehem. Oberbürgermeister:
Der Entwurf der Landtags-CSU ist ein ausgestopfter Hund. Er schaut zwar aus wie ein Hund, läuft aber nicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist jedoch uneingeschränkt zu emfehlen.

Stellungnahmen für „Mehr Demokratie in Bayern".

Scharfe Töne von der CSU

Der Tonfall der CSU begann sich nun zu ändern. CSU-Generalsekretär Bernd Protzner sprach von einer Gefahr für die Demokratie, die von dem Volksbegehren ausgehe. Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, sah gleich Arbeitsplätze gefährdet und glaubte, daß die Bürgerinnen und Bürger Kinderspielplätze, Kindergärten, Pflegeheime und Altenheime verhindern würden. Im Bayernkurier, der CSU-Zeitung, wurde die Bürgeraktion

„Mehr Demokratie" als demokratiefeindlich und demokratieschädlich bezeichnet. Rot-grüne Ideologen hätten einen verantwortungslosen Entwurf eingebracht, um jedweder Manipulation den Weg zu ebnen. Wichtige Zukunftsinvestitionen würden mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens blockiert, durch den Gesetzentwurf des Volksbegehrens würde sich eine Minderheit gegen die Mehrheit durchsetzen. Es war klar, daß diese Slogans spätestens nach der Sommerpause von allen CSU-Landtagsabgeordneten wiederholt würden.

Wir sahen uns also gezwungen, vorab einzuschreiten. In offenen Briefen an alle CSU-Landtagsabgeordneten forderten wir sie auf, keine falschen Aussagen mehr zu verbreiten. Denn im Gesetzentwurf des Volksbegehrens entscheide immer die Mehrheit. Warum vertrauten die CSU-Politiker nicht ihren eigenen Wählern? Wir appellierten an die CSU, eine faire und sachliche Diskussion zu führen. Die Lokalzeitungen berichteten gut darüber. Wir waren wieder in der Offensive.

Wir stellen CSU-Werbematerialien vor

Ende August starteten wir eine neue Aktion. In einer flächendeckenden Pressetour mit über 40 Pressekonferenzen stellten wir die Werbematerialien der CSU vor. Die Parteizentrale hatte, wenn auch recht spät, Infomaterialien an alle CSU-Funktionsträger verschickt. Die Mappe enthielt Musterreden und -briefe, Argumentationslinien, Grafiken, Mu-

Mit einer Bierdame auf einem Schieber warb die CSU für den Volksentscheid.

steranzeigen, Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit etc. Wir waren empört über diese Werbematerialien, weil sie in unseren Augen unsachlich und mit falschen Aussagen gespickt waren. Zudem versuchte die CSU, den Bürgern mit ihren Parolen Angst zu machen. Wir stellten die Materialien der Öffentlichkeit vor, noch bevor sie überhaupt zum Einsatz gekommen waren. Auf diese Art und Weise versuchten wir, den Angstparolen allen Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir kritisierten insbesondere, daß die Argumentation die vielen praktischen Beispiele von Bürgerentscheiden in anderen Bundesländern, in der Schweiz und den USA nicht berücksichtigten.

CSU-Mitgliederaufruf für „Mehr Demokratie in Bayern"

Wir erfuhren von mehreren CSU-Mitgliedern, daß sie mit dem Diskussionsstil ihrer Partei nicht einverstanden waren und eigentlich den Gesetzentwurf der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" befürworteten. Es entstand die Idee, einen CSU-Mitgliederaufruf zu starten, den wir wie folgt formulierten:

CSU-Mitgliederaufruf:

„Wir sind CSU-Mitglieder und stehen zur CSU. In einer Demokratie gibt es aber immer auch innerhalb einer Partei verschiedene inhaltliche Positionen. Ein Volksentscheid bietet die Chance, über die Parteigrenzen hinweg zu entscheiden. Beim Volksentscheid am 1. Oktober unterstützen wir deshalb den Gesetzentwurf des Volksbegehrens, weil er der bessere der beiden Entwürfe ist."

Ziel des Aufrufes war es, die interne Diskussion innerhalb der CSU anzuregen. Als wir zehn Unterzeichner zusammen hatten, machten wir erneut eine Rundfax an 3.000 CSU-Funktionäre und forderten sie auf, sich für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens auszusprechen. Das führte zu Irritationen der CSU auf allen Ebenen. Allerdings hatten die Unterzeichner innerhalb der Partei sehr viel Ärger bekommen - sie wurden sogar von der CSU-Landesleitung angerufen, ob sie nicht ihre Unterschrift wieder zurückziehen wollten.

CSU-Politiker verweigen sich der Diskussion

Auf der 18. Landesversammlung der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" stellten die Anwesenden eine fehlende Diskussionsbereitschaft der CSU-Politiker fest. Praktisch alle Aktionskreise berichteten von großen Schwierigkeiten, CSU-Diskussionspartner zu finden. In

Silvia Gauss: Auf einer CSU-Veranstaltung

In München versuchen wir vor dem Volksentscheid, jede CSU-Veranstaltung zu besuchen, um falschen Aussagen Einhalt gebieten zu können. Dies funktioniert ganz gut. Kaum stellen wir uns vor, wird der Ton meist etwas moderater, und manche Unwahrheit kommt spürbar schwerer über die Lippen. Unser Ziel ist es, durch Sachlichkeit und Freundlichkeit die Feindbilder abzubauen und Informationen zu liefern, was zugegebenermaßen nicht immer gelingt. Aber als Chaoten und rot-grüne Querulanten werden wir - persönlich anwesend - nicht mehr hingestellt. Nach einer solchen, ganz gelungenen Veranstaltung in Pasing bitte ich einen der anwesenden CSUler, ob ich nicht ein an der Wand hängendes CSU-Plakat - sozusagen als Geschenk - mitnehmen darf: „Ja zum Entwurf des Bayerischen Landtags, damit wenige nicht alles blockieren."

Der CSUler kann das alleine nicht entscheiden, so werde ich durch mehrere Instanzen geschickt, bis ich schließlich bei einem Landtagsabgeordneten lande, der mir das Versprechen abnimmt, das Plakat nicht zu mißbrauchen, und es mir daraufhin schenkt. Und außerdem meint er noch, daß er sich jeden Abend ärgert: Geht er doch täglich um Mitternacht in Pasing mit seinem Hund spazieren, und im Keller des Büros in der Fritz-Berne-Straße, an dem er immer vorbeikommt, brennt jeden Abend noch Licht. Alle Mitarbeiter bei „Mehr Demokratie" arbeiten noch.

Plakatständer der CSU: Ja zum Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags.

Silvia Gauss: Auf dem Odeonsplatz in München

Silvia Gauss

Gegen Ende der Kampagne - im letzten Monat vor dem Volksentscheid - lassen wir keine Möglichkeit mehr ungenutzt verstreichen, um die Leute über „Mehr Demokratie in Bayern" zu informieren. Ein solcher Anlaß ist die große Kruzifixdemo*, die die CSU organisiert hatte. Die Abschlußkundgebung findet auf dem Odeonsplatz statt, wo wir mit einer größeren Schar von Helfern unseren „Theologenaufruf für Mehr Demokratie in Bayern" verteilen. Die Reaktionen sind geteilt. Von offen und nett bis aggressiv. Um so mehr freut uns jedes freundliche Wort.

Zum Schluß hin verteile ich noch Flugblätter beim U-Bahn-Eingang. Ein Mann kommt mir entgegen und lächelt mir zu - ich lächele zurück und weiß: irgendwoher kenne ich ihn. Ich kann ihn jedoch nicht zuordnen. Er nähert sich mir und spricht mich an: „Solche engagierten jungen Leuten mit Idealen wie Sie könnten wir in der CSU wirklich gebrauchen. Wollen Sie nicht bei uns mitarbeiten? Die CSU glaubt, alles mit Geld machen zu können - aber das funktioniert nicht. Deswegen glaube ich auch, daß Sie den Volksentscheid gewinnen."

Er verabschiedet sich, und ich erinnere mich wieder: ist er doch neulich auf einer CSU-Veranstaltung als lautstarker Gegner von uns aufgetreten!

* Demonstration gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, zum Thema „Kreuze in bayerischen Klassenzimmern"!

Nürnberg z.B. versuchte der dortige Aktionskreis seit mehreren Monaten eine gemeinsame Veranstaltung zu organisieren. Es „hagelte" aber nur Absagen. Wie sollten sich denn die Bürgerinnen und Bürger informieren, wenn sich die Gegenseite der Diskussion entzog?

Offensichtlich war es eine gezielte Taktik der CSU, die Diskussion zu vermeiden. Auf einer Pressekonferenz in Nürnberg betonte Innenminister Dr. Günter Beckstein, daß es keine gemeinsamen Diskussionsauftritte geben werde.

Künstleraufruf zur Fairneß

Angesichts der laufenden Kampagne zum Volksentscheid am 1. Oktober wandten sich auch 35 Künstler und bekannte Persönlichkeiten an die Öffentlichkeit. Prominente Schauspieler (Senta Berger, Lisa Kreuzer und Jutta Speidel) und Schriftsteller (Carl Amery, Walter Jens und Günter Grass), bekannte Kabarettisten (Dieter Hildebrandt und Eisi Gulp) und Musiker (Hugo Strasser und Peter Maffay) sowie der Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim appellierten mit dem „Aufruf

zur Fairneß" an die politisch Aktiven, „mit einer fairen und sachlichen Diskussion den Bürgerinnen und Bürgern wieder Mut zu machen, sich politisch zu engagieren." In dem Aufruf hieß es weiter: „Es geht beim Volksentscheid um ein wichtiges Bürgeranliegen. Deshalb besteht die große Chance, einen fairen und sachlichen Stil in der politischen Auseinandersetzung zu prägen. Fair und sachlich heißt nicht, daß man versucht, den Bürgerinnen und Bürgern Angst vor sich selbst, Angst vor ihren eigenen Entscheidungen zu machen."

Wird die CSU mürbe?

Die Anzeichen häuften sich, daß bei den CSU-Mitgliedern die Motivation, sich für den Landtagsentwurf einzusetzen, auf einem Tiefpunkt angelangt war. Eigentlich wollte man ja gar keinen Bürgerentscheid, vielen ging schon der Landtagsentwurf zu weit, und die Auseinandersetzung mit den inhaltlich besser vorbereiteten Mitgliedern der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" war mühselig. Viele CSUler sahen sich zudem in der Zwickmühle: Wie läßt sich der Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie" kritisieren, ohne den Bürgerinnen und Bürgern das Mißtrauen auszusprechen. Je mehr wir spürten, daß die CSU unserer Argumentation nichts entgegenzusetzen wußte, desto zuversichtlicher wurden wir, den Volksentscheid auch tatsächlich zu gewinnen.

9. Geht Bayern unter? Die Angstbilder der CSU

Wenn die CSU-Landesleitung vom Bürgerentscheid des Volksbegehrens „Mehr Demokratie" sprach, dann schien Bayern im Kern bedroht. Die CSU malte Angstbilder in den schillerndsten Farben. Schon im Dezember 1994 hieß es im CSU-Infodienst Nr. 9:

„Mehr Demokratie" ist Etikettenschwindel.
Der angestrebte „Bürgerentscheid" untergräbt die freie Gewissensentscheidung der vom Volk gewählten Mandatsträger sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Prinzipien der repräsentativen Demokratie. Der „Bürgerentscheid" hätte schwerwiegende Folgen:

- Lange und aufwendige Entscheidungsprozesse
- Keine Planungssicherheit für die Bürger
- Langzeitplanungen unmöglich: Plan- und Konzeptionslosigkeit, Abhängigkeit von Zufallsentscheidungen
- Handlungsunfähigkeit der Kommunen
- Verunsicherung durch permanente Wahlkämpfe
- „Stimmungsdemokratie" würde Spielwiese für Volksverführer und Demagogen. Einfluß aktionistischer Minderheiten
- „Betroffenheitsentscheide" mit fehlender Verantwortlichkeit
- Blockade aller unpopulären, aber zwingend notwendiger Maßnahmen
- Blockade aller Handlungen, damit Gefährdung der Wirtschaftsstandorte und Arbeitsplätze
- Unberechenbare Politik mit Gefahr für politische Stabilität
- Insgesamt weniger Demokratie

CSU mißtraut den Bürgern

Die CSU hatte den Bürgern gegenüber eine harte Position eingenommen. Am Ende sollte sich zeigen, daß die Bürgerinnen und Bürger es nicht mögen, wenn Politiker über sie mit Vokabeln wie dumm und unverantwortlich reden. Der Mißerfolg der CSU-Kampagne war damit vorprogrammiert.

Die CSU führte ihre Angstkampagne bis zum Volksentscheid am 1. Oktober 1996 konsequent fort. Mit dem Bürgerentscheid nach dem Modell von „Mehr Demokratie" seien der Wirtschaftsstandort Bayern, die Arbeitsplätze, die sozialen Einrichtungen, die kommunalen Finanzen und vieles weitere bedroht. Die Argumentation verlief immer nach dem gleichen Strickmuster: Die egoistischen Anlieger organisieren ein Bürgerbegehren. Die restlichen Bürger sind Schlafmützen, die nichts

mitbekommen und sich um nichts kümmern. Zum Bürgerentscheid gehen dann nur ganz wenige. Radikale Minderheiten setzen sich so durch. In den CSU-Materialien wurde von Abstimmungsbeteiligungen unter 1% gesprochen!

Von diesen CSU-Aussagen ging eine sehr düstere Stimmung aus. Sie waren erfüllt von einem tiefen Mißtrauen gegenüber den Bürgern. Die CSU-Politiker ließen sich dabei nicht dadurch irritieren, daß ihre Behauptungen durch die Länder, die Erfahrungen mit Bürgerentscheiden gemacht haben, widerlegt waren. Die CSU versuchte nicht einmal ansatzweise, ihre Argumentation empirisch zu untermauern. Für die CSU schienen Wahrheit und Wissenschaftlichkeit keine Werte zu sein.

Mehr Demokratie und die Wirtschaft

Existenzängste und Ängste um Arbeitsplätze sind in den 90er Jahren ein großes Thema. Von daher war klar, daß die CSU diese Ängste mit dem Volksbegehren in Verbindung bringen würde. Sie sah in dem Entwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern" ein „unkalkulierbares Risiko für den Wirtschaftsstandort Bayern" und befürchtete die Blockade neuer Arbeitsplätze. Flächendeckend begannen im September 1995 die Arbeitgeberverbände vor Ort wegen „der Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern" den Gesetzentwurf der CSU zu unterstützen. Die CSU hatte es geschafft, sämtliche Arbeitgeberverbände hinter sich zu bringen.

Das kam für uns nun doch etwas überraschend, denn noch am 24. August 1995 hatte uns die „Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern", also der Dachverband aller Arbeitgeberverbände, „um Verständnis dafür" gebeten, daß sie sich „als sozialpolitischer Verbändeverband möglichst aus parteipolitischen Diskussionen heraushalten wollen." Es gebe „keinerlei statistisches Material", das beweise, daß der Bürgerentscheid den Wirtschaftsstandort gefährde oder zu vermehrter Arbeitslosigkeit führe. Der Arbeitgeberverband könne aus seiner Sicht „derartige Auswirkungen weder annehmen noch ausschließen".

Innerhalb von wenigen Wochen änderte sich die Meinung des Verbandes um 180 Grad.

Wir hatten aber auch den Rat von Wirtschaftsexperten eingeholt. Einige Experten bezogen auf gemeinsamen Pressekonferenzen öffentlich für uns Stellung:

• Carl-Dieter Ostermann, Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), lobte den Gesetzentwurf des Volks-

Sieben Thesen über den Zusammenhang zwischen direkter Demokratie und Wirtschaft von Dr. Reiner Eichenberger, Wirtschaftsexperte der Uni Zürich (Auszug) :

1. Die direkte Demokratie in der Schweiz geht viel weiter als die Vorschläge in Bayern.
Beim Bürgerentscheid in der Schweiz sind die Eingangshürden wesentlich geringer als die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" es vorschlägt. Zudem kann auch über Steuern abgestimmt werden. Ein Zustimmungsquorum gibt es grundsätzlich nicht.

2. Trotz oder wegen der direkten Demokratie funktioniert die Schweiz.
Obwohl die direktdemokratischen Instrumente sehr ausgeprägt sind, bricht in der Schweiz kein blankes Chaos aus. Im Gegenteil: Die neueste Untersuchung der MBA-Schule in Lausanne über die internationale Wettbewerbsfähigkeit belegt, daß die Schweiz in Europa führend ist.

3. Die Bürger sind zu vernünftigen Entscheidungen fähig.
Bürger können politische Entscheidungen treffen, genauso wie sie z.B. auch fähig sind, schwierige Kaufentscheidungen zu fällen. Außerdem ist eine Wahl viel komplexer als eine Sachentscheidung. Bei der Wahl muß man über ein umfassendes Parteiprogramm, über eine Persönlichkeit sowie über die Glaubwürdigkeit der Person und des Programms abstimmen.

4. Der positive Zusammenhang zwischen direkter Demokratie und guter (Wirtschafts-)Politik ist wissenschaftlich belegt.
Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß der Selbstfinanzierungsgrad der Kommunen steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Verschuldung abnimmt, je ausgeprägter die direktdemokratischen Instrumente sind.

5. Für einem negativen Zusammenhang gibt es kein Anzeichen.
Es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, die belegt, daß direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten negative wirtschaftliche Folgen haben.

6. Es gibt gute Argumente für positive Wirkungen der direkten Demokratie.
Die direkte Demokratie führt zu mehr Wettbewerb in der Politik. Damit haben die besseren Vorschläge und Ideen eine Chance sich durchzusetzen.

7. Die starken Parteien und viele Politiker haben aber gute Gründe gegenüber mehr direkter Demokratie mißtrauisch zu sein.
Es kann passieren, daß eine Regierung oder ein Gemeinderat in einer einzelnen Sachfrage überstimmt werden. Aus diesem Grunde sind die regierenden Politiker fast immer gegen mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten - egal von welcher Partei sie kommen.

begehrens: „Erstmals in Deutschland besteht die Chance, ein wirklich wirksames Instrument auf kommunaler Ebene zu institutionalisieren."
• Dr. Reiner Eichenberger, Wirtschaftsexperte, ermittelte aufgrund von empirischen Untersuchungen in der Schweiz: „Bürgerentscheide stärken den Wirtschaftsstandort" (siehe auch S. 103).
• John Horman, ehemaliger IBM-Manager, rief zur Unterstützung des Gesetzentwurfes des Volksbegehrens auf: „Bürgerentscheide sind eine gute Möglichkeit, um den politischen Standort für die Wirtschaft zu verbessern."

CSU schreibt an Vereine und wirbt in Schulen

Viel Geld hatte die CSU-Landesleitung mit einem Brief an alle bayerischen Vereine ausgegeben. Die Vorsitzenden der freiwilligen Feuerwehren, Gesangs- und Sportvereine erhielten einen Brief, in dem angedroht wurde, daß bei einem Erfolg von „Mehr Demokratie" egoistische Nachbarn jedes neue Vereinsheim verhindern könnten.

Auch die Bayerische Staatskanzlei unter CSU-Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beteiligte sich kräftig an der Diskussion. An manchen Schulen wurden z.B. Plakate der Bayerischen Staatskanzlei aufgehängt, die einseitig Werbung für den Gesetzentwurf des Landtages machten obwohl Regierung und Verwaltung theoretisch der politischen Neutralität verpflichtet sind. Überhaupt waren alle Werbemaßnahmen der CSU-Landesleitung mit den Werbemaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung erstaunlich gut abgestimmt.

Wir wehrten uns, so gut wir konnten, indem wir diese Mißstände an die Öffentlichkeit weitergaben. Tatkräftige Unterstützung bekamen wir auch von Bündnis 90 / Die Grünen, der SPD und der ÖDP, die ebenfalls verstärkt an die Presse traten.

Das Volksbegehren und die Kruzifixkampagne

Im Sommer 1995 wurde der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts gefällt, der besagte: „Kruzifixe in Schulen müssen abgehängt werden, wenn sich Schüler durch dieses Kreuz in ihrer Glaubensfreiheit beeinträchtigt sehen." Die CSU griff dieses Urteil vehement und mit großer Emotionalität an und startete eine Kampagne „Ja zum Kruzifix". Ein wichtiger inhaltlicher Baustein dieser Kampagne war: Minderheiten dürfen sich nicht gegen Mehrheiten durchsetzen. Das war aber auch das Hauptargument in der Bekämpfung des Volksbegehrens. In psychologisch raffinierter Weise versuchte die CSU, ihre Kruzifixkampagne mit der Kampagne zum Volksentscheid zu koppeln. Die durch

Maria Scharl: Frauen dürfen in gemeindlichen Räumen nicht über den Volksentscheid reden!

Maria Scharl aus Weiden

Ich habe - da vier Kinder - recht gute Kontakte zu den Familien in Mantel (in der Nähe von Weiden in der Oberpfalz, 3.000 Einwohner, CSU-Bürgermeister).

Kurz vor dem Volksentscheid fragt mich die Mutter-Kind-Gruppenleiterin, ob ich nicht einmal in die Gruppenstunde kommen kann, um den Frauen zu erklären, worum es beim Volksentscheid überhaupt geht und wo die Unterschiede zwischen den Entwürfen von CSU und „Mehr Demokratie" liegen.

Kein Problem, wir machen einen Termin aus. Die Mutter-Kind-Gruppenleiterin setzt in die Zeitung, daß ich beim nächsten Treffen Fragen zum Volksentscheid mit den Frauen diskutiere.

Zur Erklärung: Die Mutter-Kind-Gruppenräume befinden sich im alten Schulgebäude von Mantel und werden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Träger dieser Einrichtung ist das Katholische Erwachsenenbildungswerk im Landkreis. Die Mutter-Kind-Gruppen arbeiten völlig selbständig und bieten regelmäßig Veranstaltungen zu verschiedenen Themen an.

Als der Bürgermeister die Vorankündigung gelesen hat, setzt er sich sofort mit der Leiterin in Verbindung und untersagt, mich einzuladen. Zitat: „Die Frauen sollen sich um die Kinder kümmern und nicht über Politik reden". Er verbietet, daß ich in den Gruppenräumen über das Volksbegehren spreche.

Interessanterweise hat kurz zuvor die Junge Union, d.h. die Jugendorganisation der CSU, in Mantel einen Raum für ihr Gruppentreffen im gleichen Gebäude bewilligt bekommen. (Spielt die Junge Union Monopoly oder macht sie nur Bastelabende?)

Die Mutter-Kind-Gruppenleiterin beratschlagt sich mit ihren Frauen und beschließt, sich dem Verbot des Bürgermeisters nicht zu beugen. Die Frauen sind ziemlich empört über diesen Maulkorberlaß. Andererseits hat der Bürgermeister natürlich das Hausrecht. Kurz entschlossen verlegen die Frauen das Mutter-Kind-Treffen in die Privatwohnung der Gruppenleiterin und setzen in die Zeitung:

Da die Gemeinde dagegen ist, daß in den Gruppenräumen über den Volksentscheid gesprochen wird, trifft sich die Mutter-Kind-Gruppe heute um 10 Uhr ....

Das Treffen findet in guter Atmosphäre statt. Und die Zeitungsnotiz sorgt für viel Wirbel....

Presseerklärung Bündnis 90/Die Grünen, 21.9.1995

In panischer Angst vor einem Erfolg der Bürgeraktion „Mehr Demokratie“: CSU schreibt an Pfarrämter und sieht Kindergärten, Jugendzentren und Altenheime in Gefahr - Grüne: Dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück sind alle Sicherungen durchgebrannt.

Der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Kurt Haymann, und die grüne Landtagsabgeordnete Irene Maria Sturm haben dem CSU-Fraktionsvorsitzenden einen „schäbigen Stil“ in der Auseinandersetzung um das Volksbegehren für „Mehr Demokratie in Bayern“ vorgeworfen. Anlaß der Grünen-Kritik ist ein Schreiben des CSU-Fraktionsvorsitzenden an bayerische Pfarrämter, in dem Alois Glück den Eindruck suggeriere, bei einem Erfolg des Gesetzentwurfes des Volksbegehrens drohe eine flächendeckende Verhinderung von sozialen Einrichtungen wie „Kindergärten“, „Jugendzentren“ und „Altenheimen“. „Kleine Minderheiten können gute soziale Investitionen blockieren und verhindern”, so wörtlich in dem CSU-Brief an die Pfarrämter. Haymann und Sturm warfen dem CSU-Fraktionsvorsitzenden daraufhin vor, daß ihm in seiner panischen Angst vor einem Erfolg der Bürgeraktion scheinbar alle Sicherungen durchgebrannt seien. Beim Entwurf des Volksbegehrens setzten sich, auch wenn die CSU dies gebetsmühlenhaft wiederhole, nicht Minderheiten durch, sondern die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheide. „Und Projekte, die zukünftig unter Umständen durch Bürgerentscheide verhindert würden, sind wohl eher im Bereich größenwahnsinniger Beton- und Prestigebauten zu suchen als ausgerechnet im sozialen Bereich, wo die Bürgerinnen und Bürger nicht einen Verhinderungs-, sondern einen großen Handlungsbedarf sehen“, erklärten die Grünen. „Ein Ausbau von Kindergärten, Jugendzentren oder Altenheimen wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung nachdrücklich befürwortet, während hier viele Politiker seit Jahren auf Tauchstation gehen. Bürgerentscheide bieten deshalb gerade im sozialen Bereich die Möglichkeit, gegenüber einer Minderheit von untätigen Politikern die Meinung der Mehrheit zur Geltung zu bringen, so Sturm und Haymann.

Bündnis 90/Die Grünen forderte die CSU auf, endlich ihre „unsäglichen Horror- und Diffamierungskampagnen zu beenden und sich einer sachlichen Diskussion zu stellen.”

Presseerklärung der SPD, 22.9.1995

SPD-Abgeordneter Nentwig deckt Indoktrinations- und Gleichschaltungsversuch auf: Staatsregierung wirbt in Schulen für CSU-Entwurf zum Volksentscheid

Jetzt werden anscheinend auch die bayerischen Schulen parteipolitisch für den CSU-„Entwurf des Landtags" zum Bürgerentscheid indoktriniert. Wie der Amberger SPD-Landtagsabgeordnete Armin Nentwig mitteilt, wurden in dieser Woche Plakate der Staatskanzlei an Schulen verschickt, die einseitig für den CSU-Entwurf werben. Als Herausgeber der Plakate (DIN A1, 84*59 cm) zeichnet die Bayerische Staatskanzlei, als Absender wird auf den Briefumschlägen ein ostbayerischer Verlag genannt.

Die SPD fordert die Bayerische Staatsregierung auf, dafür zu sorgen, daß diese „unzulässige parteipolitische Werbung in den Schulen auf Kosten der Steuerzahler sofort eingestellt wird." Nach Ansicht von Armin Nentwig handelt es sich bei diesem Plakat „nicht um Information, sondern um eine die Tatsachen verdrehende übliche Stimmungsmache zugunsten des CSU-Entwurfs gegen mehr echte Bürgerbeteiligung."

Nentwig fordert darüber hinaus „Aufklärung, wieviel diese üble CSU-Propaganda den bayerischen Steuerzahler kostet und wer für den Versuch zur politischen Gleichschaltung der Schulen hinter der CSU verantwortlich zeichnet."

das Kruzifixurteil ausgelöste Emotionen sollte gegen uns gerichtet werden. So benutzte die CSU für das Plakat „Ja zum Kruzifix" exakt die gleichen Schriften und grafischen Elemente wie für das Plakat „Ja zum Gesetzentwurf des Landtags". Darüber hinaus wurde der bayernweite Aktionstag der CSU gegen das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" auf den gleichen Tag angesetzt wie die groß angekündigte Kruzifixdemo („Das Kreuz bleibt: Gestern, Heute, Morgen"). Diese Koppelung der beiden Kampagnen bereitete uns einige Sorgen. Zudem war es der CSU auch gelungen, den Katholischen Frauenbund zurück zur Neutralität zu zwingen. Obwohl der Katholische Frauenbund per Delegiertenbeschluß das Volksbegehren offiziell unterstützte, untersagte

JA zum Kreuz in Bayerns Schulen. JA zum Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags. Die Parallelen sind unverkennbar.

uns der Vorstand im September 1995, diese Unterstützung zum Volksentscheid weiterhin zu veröffentlichen.

Wir waren jedoch gewappnet und veröffentlichten einen Theologenaufruf, in dem sich Pfarrer, Theologen und Religionslehrer öffentlich für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens aussprachen. Glaubwürdige Politik sei die bestmögliche politische Verwirklichung des christlichen Auftrages zur geschwisterlichen Mitverantwortung aller Menschen, hieß es in dem Aufruf.

Das Volksbegehren wurde zudem aktiv von den christlichen Jugendverbänden BDKJ Bayern, Evangelische Jugend in Bayern, Evangelische Landjugend, Kolpingjugend, Katholische Landjugend und Katholische Junge Gemeinde unterstützt. In der letzten Woche vor dem Volksentscheid kombinierten wir den Theologenaufruf mit der Unterstützung der christlichen Jugendverbände und schalteten mehrere Anzeigen in bayerischen Tageszeitungen unter dem Titel „Pfarrer und Theologen für Mehr Demokratie in Bayern". In der Anzeige veröffentlichten wir einen Ausschnitt aus dem Theologenaufruf.

CSU-Generalsekretär Protzner reagierte heftig und ohne Fingerspitzengefühl auf diese Anzeigen. Die CSU sei empört über die Werbung kirchlicher Jugendorganisationen zum Volksentscheid. Die Jugendverbände beschwerten sich lautstark und öffentlich über diese Einmischung, und die Presse feixte über Protzners Fauxpas.

Folgende christlichen Verbände unterstützen das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern":

BDKJ BAYERN · Evang. Jugend in Bayern – Landesjugendkonvent · Evangelische Landjugend · Katholische Landjugend Kolpingjugend · KLJB · Katholische Junge Gemeinde KjG

Pfarrer und Theologen für "Mehr Demokratie in Bayern"

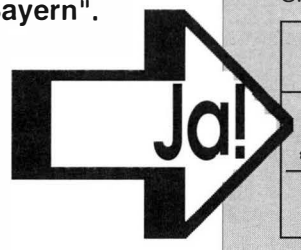
Aufruf von und an Christen zur Mitverantwortung für das Gemeinwesen

"Wir alle sind für die politischen Entscheidungen unseres Gemeinwesens mitverantwortlich - auch wenn wir diese anderen überlassen. Viele bedrohlichen Probleme erfordern aber die unmittelbare Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten Sie daher bitten und ermutigen:
Unterstützen Sie die Initiativen, die mehr demokratische Bürgerrechte erstreben - zum Beispiel das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern" zur Einführung kommunaler Bürgerentscheide! Glaubwürdige Demokratie ist die bestmögliche politische Verwirklichung des christlichen Auftrages zur geschwisterlichen Mitverantwortung aller Menschen."

Unterzeichner: Robert Auberger, kath. Religionslehrer, Fürstenzell; **Helmut Bär**, Pfarrer, Wechingen; **Martin Bauer**, Pfarrer, Hof; **Heiko-Uwe Beuerle**, Pfarrer, Schauenstein; **Eberhard Bibelriether**, Pfarrer, Nürnberg; **Dr. Reinhard Böttcher**, Pfarrer, Fürth; **Günter Buhl**, Pfarrer, München; **Franz Deffner**, kath. Pfarrer, Wallersdorf; **Friedrich Eras**, Pfarrer, Markt Schwaben; **Siegfried Felber**, Pfarrer, Bad Abbach; **Ulrich Fink**, kath. Pfarrer, Wildpoldsried; **Siegfried Fleiner**, kath. Pfarrer, Augsburg; **Wolfgang Hann**, Kaplan, Griesbach; **Hans-Ulrich Hartnik**, Memmingen; **Bernhard Heitz**, Dekan der Alt-Kath. Kirche in Bayern, Rosenheim; **Ernst Herbert**, Pfarrer, Hersbruck; **Friedrich Hofmann**, Pfarrer, Hof; **Michael Hütter**, Jugendpfarrer, Passau; **Dr. Hartmut Hövelmann**, Pfarrer, Nürnberg; **Dieter Hühnlein**, Pfarrer, Trogen; **Richard Hurzlmeier**, kath. Religionspädagoge, Weiden/Obf.; **Frieder Käb**, Diakon, Rummelsberg; **Uwe Kraus**, kath. Religionslehrer, Scheyern; **Prof. Dr. Godwin Lämmermann**, Prof. der Theologie, Uni Augsburg; **Konrad Liebler**, em. Dekan der Alt-Kath. Kirche in Bayern, Nürnberg; **Thomas Lichteneber**, Vikar, Nürnberg; **Hartmut Lindenmeyer**, Pfarrer, Passau; **Karlheinz Lipp**, ev. Pfarrer, Untersiemau; **Johannes Lösche**, Pfarrer, Pommelsbrunn, **Hans Gerhard Maser**, Studentenpfarrer, Erlangen; **Prof. Dr. Jürgen Moltmann**, Prof. der Theologie, Universität Tübingen; **Dr. Gerhard Münderlein**, Pfarrer, Nürnberg; **Christian Müssig**, Pfarrer, Miltenberg; **Bernhard Nikitka**, Pfarrer, Hof; **Peter Nauhauser**, Pfarrer, Tiefenbach; **Matthias Oursin**, Pfarrer, Lauf a. d. Pegnitz; **Dr. Karl-Heinz Röhlin**, Landjugendpfarrer, Pappenheim; **Georg Salzbrenner**, Pfarrer, Hof; **Hans Schiermeier**, Pfarrer, Kößlarn; **Andreas Schlagenhaufer**, kath. Pfarrer, Kohlberg; **Michael Schlosser**, Jugendpfarrer, München; **Rainer J. Schunk**, ev. Pfarrer, Memmingen; **Martin Seitz**, Pfarrer, München; **Gerhard Steiner**, Pfarrer, Neuburg; **Uwe Steinbach**, Dozent an der Diakonenschule Rummelsberg; **Wilfried Stepp**, Pfarrer, Aichach; **Hans Trimpl**, kath. Dekan, Ihrlerstein; **Johannes Treml**, Weiden; **Joh. Tröbs**, Pfarrer, Petersaurach; **Gernot Ueberschär**, Pfarrer, Ingolstadt; **Bernhard Wanner**, Pfarrer, Hof; **Hartmut Wenzel**, Präses der Ev.-Reform. Kirche in Bayern, Nürnberg; **Jörg Wienecke**, Pfarrer, Feucht.

Bitte stimmen Sie am 1. Oktober für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens "Mehr Demokratie in Bayern".

So führen Sie den Bürgerentscheid ein!



Stimmzettel zum Volksentscheid am 1. Oktober 1995

Sie haben eine Stimme

- ○ Ich stimme dem Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags zu
- ☒ **Ich stimme dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu**
- ○ Ich lehne beide Gesetzentwürfe ab

Beim Gesetzentwurf des Volksbegehrens entscheidet die Mehrheit der Wähler!

V.i.S.d.P.: Thomas Mayer, IDEE e.V., Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München

Unsere Antwort auf die Kruzifixkampagne.

Pressemitteilung der CSU, 27.9.1995

CSU empört über Werbung kirchlicher Jugendorganisationen zum Volksentscheid

„Befremdlich und unverständlich" hat CSU-Generalsekretär Bernd Protzner die offene Werbung verschiedener kirchlicher Jugendorganisationen, darunter BDKJ, Katholische sowie evangelische Landjugend, für den Entwurf der Bürgerinitiative genannt. Er könne sich vorstellen, so Protzner, daß kirchliche Jugendgruppen wichtigere und dringendere Aufgaben zu bewältigen hätten, wie zum Beispiel den allgemeinen Glaubensverfall oder den Erhalt der Kreuze in bayerischen Klassenzimmern. „Wo sind die Großinserate in den Tageszeitungen geblieben, als wir uns mit dem Karlsruher Kruzifixurteil auseinandergesetzt haben? Auch als die CSU bei der Neugestaltung des Paragraphen 218 als einzige Partei für das Lebensrecht Ungeborener gekämpft hat, wären Unterstützungsanzeigen hilfreich gewesen. Doch hier hat man uns schmählich im Stich gelassen", erklärte der CSU-Generalsekretär. Es sei empörend, wie sich Organisationen, die vorgäben, Sammlungsbewegung junger Christen zu sein, vor den politischen Karren von Rot-Grün spannen ließen.

Die CSU hat sich selbst geschadet

Wahrscheinlich hat sich die CSU mit ihrer Weltuntergangs-Argumentation vor allem selbst geschadet. Sie brachte viele Bürger und Journalisten gegen sich auf. Die meisten Zeitungen haben sich bis zum September 1995 neutral verhalten und pflichtgemäß über beide Seiten berichtet. Als die CSU im September 1995 ihre Angstkampagne verschärfte, bezogen zunehmend auch die Journalisten in Kommentaren oder Berichten Stellung. Die CSU hatte mit ihrer Angstkampagne übertriebe, und das konnte nicht gutgehen.

Damit nicht wenige alles blockieren- ein Werbeplakat der CSU zum Volksentscheid.

10. Aktionen von Mehr Demokratie

Pünktlich zur Eröffnung der internationalen Funkausstellung (IFA) Ende August in Berlin war „Mehr Demokratie in Bayern" online vertreten. Im neuen Dienst „Telekom Online", BTX/Datex-J, konnten nun die Bürgerinnen und Bürger per PC und Modem die wichtigsten Informationen zum anstehenden bayerischen Volksentscheid abrufen. Damit begann für uns die heiße Phase der Kampagne.

Die heiße Phase beginnt - der Aktionsmonat September

In Bayern sind in den Monaten August und September Sommerferien. Während dieser Zeit erlischt in der Regel jede politische Aktivität, und es ist schwer, die Menschen zu mobilisieren. Wir verschickten daher schon im Juli den Aktionsrundbrief Nr. 15, in dem wir unsere Informa-

Manuel Berger moderiert das Münchner Straßenfest für „Mehr Demokratie".

tionsmaterialien vorstellten und auf den Aktionsmonat September aufmerksam machten. Wir hatten uns das Ziel gesetzt, vor allem in den letzten beiden Septemberwochen in ganz Bayern täglich präsent zu sein - mit Aktionen, Vorträgen, intensiver Pressearbeit und öffentlichen Aufrufen.

Wir mußten jetzt eine breite Öffentlichkeit ansprechen und dafür unsere Kampagne weiter zuspitzen. Die Aktiven und die Interessierten waren bereits informiert. Der Öffentlichkeit mußten wir klarmachen, daß es am 1. Oktober nicht um zwei Varianten des Bürgerentscheids ging, sondern um die Frage: Bürgerentscheid ja oder nein? Mit dem Gegenentwurf der CSU-Landtagsfraktion würde es durch die vielen Hürden nur alle 200 Jahre einen Bürgerentscheid geben. In größeren Städten wären Bürgerentscheide ganz unmöglich.

Beim CSU-Landtagsentwurf fällt man von einem Paragraphenloch zum nächsten und kommt nicht zum Bürgerentscheid.

Aus einer Presseerklärung von „Mehr Demokratie", 5.9.96:

„Die Frage am 1. Oktober lautet: Bürgerentscheid ja oder nein? Wir sagen ja zum Bürgerentscheid", faßt Thomas Mayer, Vertrauensmann des Volksbegehrens, zusammen. „Nur mit dem Bürgerentscheid des Volksbegehrens können wir unsere unmittelbare Umgebung mitgestalten und bewahren, wenn es z.B. um den Bau von neuen Kindergärten, die Verkehrsberuhigung oder die Ortsgestaltung geht."

Straßenaktionen

Wir wollten so viel wie möglich auf der Straße vertreten sein. Der Straßenclown Tommy Nube zog für die Kampagne zum Volksentscheid im September erneut durch Bayerns Städte, spielte in den Fußgängerzonen und verteilte Flugblätter.

Tino Dinev reiste drei Wochen lang durch ganz Bayern, um mit Hilfe zweier Leitern die praktischen Auswirkungen der beiden Gesetzentwürfe zum Volksentscheid darzustellen. Jede Hürde wurde auf einem Brett, das auf den Stufen der Leitern befestigt war, erklärt. Weil die Hürden die Stufen versperrten, war es nicht leicht, über die Leitern zu steigen. Die „CSU-Leiter", vollgepflastert mit Einzelhürden, stellte ein unüberwindbares Hindernis dar. So zeigte sich, daß nur der Gesetzentwurf des Volksbegehrens Bürgerentscheide ermöglichte.

Mit zwei Hürdenleitern stellen wir die Unterscheide der beiden Gesetzentwürfe vor.

In einer Straßenaktion in München machten wir auf „Mehr Demokratie" aufmerksam. Wir bauten in der Fußgängerzone einen goldenen Käfig auf, der auf ein blau-weißes Podest gestellt wurde. In den Käfig sperrten wir einen Bürger. Ein Transparent mit dem Spruch „Befreit den mündigen Bürger aus dem goldenen Käfig - Volksbegehren 'Mehr Demokratie in Bayern'" lud Passanten zur Diskussion am nebenstehenden Infotisch ein. Die Aktion stieß auf große Resonanz und wurde in vielen Aktionskreisen zum Publikumsrenner.

Die erfolgreiche Straßenaktion: Befreit den mündigen Bürger aus dem goldenen Käfig.

Gaby Vetter: 750 Jahre Stadtfreiheit in Regensburg

Das war ein Anlaß für den Regensburger Aktionskreis von „Mehr Demokratie in Bayern", sich in das Jubiläum und Bürgerfest einzumischen und unsere Botschaft in einen historischen Rahmen zu packen.

Befreit den Edelmann von seiner Eisenkugel.

Mittelalterliche Kostüme wurden besorgt, Flugblätter gedruckt. Aktivisten mußten nicht lange gesucht werden, die meisten Mitglieder unseres Arbeitskreises waren sofort dabei.

Teilweise liefen wir zu zehnt in unseren Kostümen durch die Altstadt, begleitet von wohlwollenden Blicken und Lächeln der Passanten, die gerne unsere Flugblätter entgegennahmen. Auch für Touristen mußten wir uns postieren - klick, unsere Volksbegehrensschilder durften nicht fehlen, damit auch die Touristen die Idee der Direkten Demokratie auf Fotos nach Hause tragen. Regensburgs mittelalterliche Altstadt mit der Steinernen Brücke aus dem 12. Jahrhundert bot eine wunderschöne Kulisse. Massenweise Flugblätter wurden verteilt, in denen wir unser Anliegen in ein Preisausschreiben verpackten:

Auf der Rückseite des Preisausschreibens befanden sich nähere Informationen zum Volksentscheid und eine Liste der Regensburger Organisationen, die das Volksbegehren unterstützten.

Großes Jubiläums-Preisausschreiben:

750 Jahre Stadtfreiheit - Ein Jubiläum für Regensburg

Im Jahre 1245 erhielt die einstige Hauptstadt Bayerns vom damaligen Kaiser Friedrich II. das Privileg der Reichsfreiheit, eine Freiheit, die allerdings nur einer betuchten Minderheit der Bevölkerung zugute kam. Und wie ist es heute - 750 Jahre später?

Hierzu nun die Preisfrage: Ist der Bürger wirklich frei?

Abgabetermin der richtigen Antwort (in Ihrem Wahllokal) am 1. Oktober 1995.

1. Preis: Mehr Demokratie in Bayern

Großes Aufsehen erregte unser Edelmann, der eine Eisenkugel - mit einer Kette am Bein befestigt - hinter sich herzog und Handketten trug. Alle Leute wollten wissen, warum er eine Eisenkugel am Bein trägt. Die Kugel wurde hochgehoben, ob sie auch wirklich aus Eisen sei. Unser Edelmann schrie: „Befreit mich aus meiner Ohnmacht! Schenkt mir mehr Mitbestimmung, stimmt am 1. Oktober für den Gesetzentwurf von ‚Mehr Demokratie in Bayern!'" und sammelte obendrein für den Aktionskreis Spenden. Presse, Funk und Fernsehen rissen sich geradezu um eine Berichterstattung über unsere historische Aktion.

Maria Scharl: Allein mit einer dreistöckigen Torte in der Weidener Fußgängerzone

In den letzten Wochen vor dem Volksentscheid haben wir die Idee, eine dreistöckige „Mehr-Demokratie-Torte" zu verteilen. Von einer der unterstützenden Parteien erklärt sich gleich jemand bereit: „Wir führen die Aktion in der Weidener Fußgängerzone durch. Die Torte macht unser Konditormeister. Sie brauchen sich um nichts zu kümmern." Fein, denke ich, dann brauche ich die anderen „Mehr Demokratie-Aktiven" einmal nicht zu fragen. Die sind eh' so fleißig.

Maria Scharl in Aktion.

Nun ist es soweit. Der lange Donnerstag vor dem Volksentscheid. Es ist kühl und einfach ungemütlich. Ich fahre mit dem Auto in die Fußgängerzone, hieve meinen Tapeziertisch und die Flugblätter aus dem Auto. Eine Frau kommt mit einer dreistöckigen Torte auf mich zu: „Frau Scharl?" „Ja." Sie stellt die Torte auf den Boden und sagt: „Schöne Grüße von Herrn ..., ihm ist etwas dazwischengekommen." Ich: „Ja, aber die anderen?" „Ja, davon weiß ich nichts."

Da stehe ich nun. Ich baue den Tapeziertisch auf. Einen Schüler, den ich kenne, bitte ich, schnell aufzupassen, damit ich das Auto wegfahren kann. Als ich abgehetzt zurückkomme, ist immer noch kein Helfer in Sicht.

„Da mußt Du jetzt durch", denke ich. Der Wind bläst mir Servietten und Flugblätter weg - schnell Steine drauflegen. Die ersten Passanten bleiben stehen - es gibt schließlich eine kostenlose Demokratietorte.

Irgendwie finde ich dann den Rhythmus - ein Stück Torte abschneiden, lächeln, „...ist ganz umsonst, mit freundlichen Grüßen von ... Darf's noch ein Infoblatt zum Volksentscheid sein?" - Torte in Serviette packen, Flugblatt unterm Stein wegziehen und rüberreichen, Torte abschneiden und immer wieder den Blick zum Himmel - fängt's gleich zu regnen an?

Nach eineinhalb Stunden ist von der köstlichen Torte kein Krümel mehr übrig, wieder finde ich einen hilfsbereiten Passanten, der auf den Stand aufpaßt, hole das Auto, packe, total erfroren, alles zusammen und fahre ziemlich wütend in das Café des Konditormeisters. Beim Einschmeißen in die Parkuhr bleibe ich an einem vorstehenden Eisenstift hängen, zerreiße meine Jacke und bringe dann, völlig demoralisiert, das leere Tortengestell in das Café.

Fast fahre ich aus der Haut, als ich, an die Bar gelehnt, gemütlich im Warmen einen Cappucino trinkend, einen der Spitzenkandidaten der Partei stehen sehe. Aber dann die Vorstellung: ein Stück Torte - eine Serviette - ein Flugblatt - ein Lächeln und viel naßkalter Wind. Und das alles für „Mehr Demokratie" ... eigentlich doch ganz lustig.

16. September: Längster Infotisch der Welt

Am 16. September wollten wir in München den längsten Infotisch der Welt aufbauen und so noch einmal viele Aktive zusammenbringen. 1033 Meter lang mußte er werden. Über 700 Menschen und 350 Infotische aus ganz Bayern sollten sich am 16. September in der Münchner Innenstadt treffen, damit wir den Weltrekord schaffen und einen Eintrag ins Guinnessbuch der Rekorde bekommen würden.

Nach langem Gezeter mit dem CSU-treuen Münchner Kreisverwaltungsreferat wurde uns der Infotisch in München aber kurzerhand untersagt. Wir waren frustriert und wußten nicht, ob wir aufgeben sollten. Die Aktionskreise in Regensburg, Augsburg und Nürnberg ermutigten uns weiterzumachen. Die Nürnberger Verwaltung zeigte sich sehr hilfsbereit und unbürokratisch und genehmigte den Infotisch. Wir hatten zwar erheblichen zusätzlichen Organisationsaufwand, doch gelang es uns, viele Aktive nach Nürnberg zu bewegen.

Der Infotisch des Aktionskreises Rottal-Inn beim längsten Infotisch der Welt.

Die Nürnberger Stadtverwaltung hatte eine Genehmigung für die Gesamtlänge von einem Kilometer erteilt. In vier Himmelsrichtungen durch Nürnbergs Fußgängerzone wurde der Infotisch aufgebaut und um 12.00 Uhr wurden die Tischreihen für einige Minuten geschlossen. Vier Demokratierosen wanderten von den vier Enden bis zur Mitte, wo Thomas Mayer die Rosen in Empfang nahm. Wir schafften zwar nicht die 1.033 Meter, doch war es eine sehr gute Aktion, die einmal mehr bewies, daß uns Hindernisse nicht aufhalten können.

Die Referententouren

Für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bürgerentscheid organisierten wir Referententouren. Die Professoren Roland Geitmann, Hans-Georg Wehling und Theo Schiller berichteten von ihren wissenschaftlichen Untersuchungen. Ralph Kremp erzählte vom baden-württembergischen Bürgerentscheid in Schönau, bei dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Stromversorgung in die eigenen Hände nahmen.

Aus der Schweiz hatten wir 15 Referenten, mit verschiedenen politischen Hintergründen, eingeladen. Referenten aus der Schweizer Demokratiebewegung gaben ihre Erfahrungen mit Bürgerentscheiden wieder, genauso wie konservative Schweizer Politiker von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP). Denn in Sachen Direkter Demokratie waren sich „konservative" wie „progressive" Schweizer Politiker einig: Bürgerentscheide blockieren die Kommunalpolitik nicht. Eine 25%-Klausel ist überflüssig. Alle wichtigen Themen müssen zum Bürgerentscheid zugelassen sein.

Gerade die Vorträge der konservativen Schweizer Politiker stießen auf einige Resonanz in der Öffentlichkeit, da diese Politiker von ihrem Auftreten und ihren Werten her den CSU-Politikern sehr nahestehen. Es handelte sich dabei um erfahrene Politiker wie Adalbert Durrer, Regierungspräsident (Landamann) des Kantons Obwalden, Dr. Eugen Kaufmann, Baujurist und Gemeinderat (CVP), Marius Baschung, Direktor des Bundesamtes für Raumplanung a.D. (CVP), Dr. Pius Guthauser, Verwaltungsjurist (CVP) und Dr. Alfred Wyser, Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung a.D. (Freisinnige Demokratische Partei).

Übrigens: Alle Referenten bereisten Bayern ohne Honorare. Lediglich die Fahrtkosten wurden von den Aktionskreisen, die die Referenten anforderten, ersetzt.

Oliver Hinz: Schweizer Politiker in Bad Tölz

Einen wichtigen Anteil an dem Erfolg von „Mehr Demokratie" am 1. Oktober haben sicherlich die Schweizer Referenten, die vor dem Volksentscheid bei Veranstaltungen Vorbehalte gegen die Bürgermitbestimmung zerstreuten. Unvergeßlich bleibt mir eine Gruppe von Fachleuten der Christlichdemokratischen Volkspartei, sozusagen der Schweizer Schwesterpartei der CSU, die quer durch die bayerischen Lande zog und von ihren Erfahrungen mit Bürgerentscheiden berichtete.

Eingestimmt auf ihre Tour durch Bayern werden die fünf Referenten bei einer Podiumsdiskussion am 11. September in Bad Tölz. Zwar sind sie schon durch das Studium des CSU-Entwurfs auf einiges vorbereitet, aber erst das leibhaftige Kennenlernen der Argumentation der bayerischen Konservativen macht die Notwendigkeit ihrer Informationsarbeit so richtig klar. In der oberbayerischen Kreisstadt spricht nämlich die örtliche Vorsitzende der Frauen-Union, Anne-Marie von Hassel, der Bevölkerung gewissermaßen die Befähigung für Bürgerentscheide ab. Der frühere Direktor des Bundesamtes für Raumplanung im Kanton Solothurn, Marius Baschung, stellt sogleich fest: „Politiker, die sich so äußern, würden in der Schweiz nicht gewählt werden."

Die CSU-Vertreterin weist im Gegenzug genüßlich darauf hin, daß in der Schweiz das Frauenwahlrecht ja erst vor kurzem eingeführt wurde. Spätestens jetzt haben die Schweizer Gäste ihre Scheu verloren, auch offen den Konfrontationskurs zu den CSU-Thesen einzuschlagen.

Marius Baschung,
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz,
Direktor des Bundesamtes für Raumplanung a.D.:
Wir Schweizer haben den heutigen Bürgerentscheid seit rund 150 Jahren. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist im Vergleich zur Schweiz eher zurückhaltend.

Ihre Sympathie für den Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie" verdecken die CVP-Politiker dann auch nicht mehr. Sie schildern eindrucksvoll die Vorteile der Bürgerbeteiligung. Die Schweiz sei der lebende Beweis, daß ein Land durch Volksabstimmungen nicht zusammenbricht.

Mehr Demokratie und die Wissenschaft

Während des Volksbegehrens führten wir ein wissenschaftliches Hearing in Nürnberg und ein wissenschaftliches Symposium in München durch. Wir blieben damit einer Grundlinie unserer Arbeit treu: „Mehr Demokratie" zieht die Erkenntnisse der Wissenschaft zu Rate und berücksichtigt deren Erkenntnisse.

95 Professoren aus der ganzen Bundesrepublik lobten in einem „Münchner Manifest" den Gesetzentwurf des Volksbegehrens als „vorbildlich". Die Fehler anderer Bundesländer seien vermieden worden.

Ausschnitt aus dem Münchener Manifest

Wir, die Unterzeichner, haben uns wissenschaftlich mit Demokratie und Bürgerbeteiligung beschäftigt. Wir halten den Bürgerentscheid für ein wichtiges Instrument in der Kommunalpolitik und begrüßen, daß der Bürgerentscheid in Bayern per Volksentscheid eingeführt werden soll. (...)

Schirmherrin des Symposiums war Dr. Hildegard Hamm-Brücher.

Britta Kurz: Um ein Haar obdachlos - das Symposium „Der Bürgerentscheid für Bayern"

Britta Kurz organisierte das Münchner Symposium.

Im Mai 1995 begann ich mit der Konzeption und Organisation eines Symposiums, das einerseits ein wissenschaftliches Forum bieten und unsere interne Kompetenz durch die Meinung der Fachwelt untermauern sollte, andererseits war es gedacht als öffentliche Informationsveranstaltung und Auftakt zur heißen Phase vor dem Volksentscheid.

Die Schwierigkeiten, mit denen ich konfrontiert wurde, waren nicht die naheliegendsten: die angefragten Referenten und die Schirmherrin Dr. Hildegard Hamm-Brücher zeigten eine selbstlose (sprich: nahezu honorarfreie) Bereitschaft zur Unterstützung, die Kosten waren mit Stiftungsgeldern des Bayerischen Seminars für Politik und der Friedrich-Ebert-Stiftung abgedeckt - allein die Raumfrage blieb ungeklärt. Das knappe Budget verlangte eine kostenfreie Lösung - was lag näher, als sich um Räume an der Universität zu bemühen.

Der Zugang zu Hörsälen gestaltet sich für jeden „externen" Personenkreis schwierig; einer politischen Initiative bleibt er, zumal im Abstimmungskampf, von vornherein verwehrt. Über ein Gremium der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität (LMU) bot sich dann doch ein Weg: der Studentische Sprecherrat stellte einen Antrag auf Raumnutzung. Nun hieß es also, auf die Bearbeitung des Antrags warten und die Zeit für Organisatorisches nutzen. Der Münchner Aktionskreis übernahm die Funktion der dienstbaren Geister im Hintergrund, ohne die keine Veranstaltung dieser Größe über die Bühne gehen kann (Danke!). Im Endstadium der gesamten Planung fehlte nichts mehr - außer der Raumzusage .... Als auch diese schließlich eintraf, schien jedes Problem gelöst.

Ein reichlich naiver Gedanke, denn ein LMU-Verwaltungsleiter wurde auf den politischen Träger des Symposiums und auf eine kleingedruckte „Verbeugung" an den Sprecherrat aufmerksam: die Plakate trugen statt der offiziellen Bezeichnung „Ludwig-Maximilian-Universität" die inoffizielle Titulierung „Geschwister-Scholl-Universität". Beides bot der Verwaltung Anlaß, den Raumentzug anzukündigen - und dies 48 Stunden vor Veranstaltungsbeginn.

Dank zäher Verhandlungen und der Fürsprache eines Hausmeisters (seitdem ist mir bewußt: nichts ist so wichtig wie die wohlwollende Haltung des eigentlichen „Hausregenten") konnte diese Zitterpartie doch noch beendet werden: das Symposium fand, mit einigen Verwaltungsauflagen versehen, statt und wurde zu einer interessanten und motivierenden Veranstaltung.

28. September: Bayernweiter Aktionstag

Am Donnerstag, dem 28. September, starteten wir den bayernweiten Aktionstag. In einer flächendeckenden Straßenaktion wurde bayernweit der „Gutschein für Direkte Demokratie - einzulösen am 1. Oktober" verteilt. Drei Tage vor dem Volksentscheid sollten noch einmal alle Aktiven mobilisiert werden.

In der Presse stellten wir unsere ganze bisherige Kampagne vor und forderten „mehr Partnerschaft in der Politik".

Aus der Presseerklärung von „Mehr Demokratie", 28.9.95

Thomas Mayer: „Es geht uns um mehr Partnerschaft in der Politik. Wir wollen mit dem Bürgerentscheid das Gespräch zwischen den Bürgern und Politikern verbessern. Das geht nur, wenn die Politiker den Bürger ernster nehmen. Der Bürger ist mündig. Er kann in kommunalen Bürgerentscheiden genauso vernünftig entscheiden wie bei Wahlen oder bayernweiten Volksentscheiden. 103 bayerische Bürgermeister sehen diese Chance für die Kommunalpolitik und haben sich offen für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ausgesprochen."

Der Volksentscheid steht bevor

Vor drei Jahren hatte sich die überparteiliche Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" gegründet. Mittlerweile gab es rund 200 Aktionskreise, die vor Ort über das Volksbegehren informierten. Schätzungsweise 10.000 bayerische Bürgerinnen und Bürger arbeiteten aktiv an den Werbeaktionen für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens mit. Bayernweit hatten bis zum 1. Oktober schätzungsweise 3.000 Veranstaltungen stattgefunden. Die Bürgeraktion lebte von dem ehrenamtlichen Engagement vieler aktiver Bürgerinnen und Bürger.

50 bayerische Verbände - alternative und konservative - hatten sich nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" ausgesprochen. Zuletzt hatte auch der Landesverband der Freien Wähler dazu aufgerufen, für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu stimmen. Darüber hinaus unterstützten über 80 Pfarrer und Theologen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens. 102 Landräte und Bürgermeister hatten sich im Bürgermeisteraufruf offiziell für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ausgesprochen. Wir waren bereit.

Roman Huber: „ErVOLKsstimmung" - Benefizkonzert mit Gerhard Polt und der Biermösl Blosn

Die bayerische Gruppe Biermösl Blosn.

Demokrazy, Ladies and Gentleman ... Demokrazy means ... Jetzt ist es also tatsächlich soweit. Gerhard Polt steht auf der Bühne in einer prallgefüllten Halle mit über 1.000 Besuchern, und alle lachen sich schlapp.

Noch besser ist die Szene aus dem Gemeinderat, wie das Baugrundstück am See verschachert wird. Treffender kann überhaupt nicht beschrieben werden, warum wir einen kommunalen Bürgerentscheid brauchen. Die Musikgruppe Biermösl Blosn hat sogar eine eigene Gstanzl-Strophe für uns gedichtet.

Angefangen hat es, wie schon so oft, am Abend in der Kneipe: „Wir brauchen auch mal was Unpolitisches, wir sind viel zu verkopft. Ein Fest mit Künstlern wär doch ein Riesenspaß." Das ist die Idee, und Christian Waggershauser, der Chef der Münchner Muffathalle, meint dazu: „Wenn du mir gescheite Künstler bringst, dann kannst du die Halle haben."

Aber wie kommt man eigentlich an „gescheite" Künstler ran, denk' ich mir? Na ja, einfach mal ein paar Faxe schicken, und prompt ruft der Hans Well von der Biermösl Blosn zurück: „Ja, mir würden des scho' machen."

Ab da ist eigentlich alles ganz einfach. Am wichtigsten sind zu Beginn die Vereinbarungen mit der Biermösl Blosn / Gerhard Polt und der Muffathalle: beide Seiten kommen uns ziemlich entgegen, so daß „Mehr Demokratie in Bayern" als Veranstalter einen guten Verdienst macht, aber auch die Künstler nicht für einen feuchten Händedruck arbeiten müssen.

Als die Verträge im Frühsommer unter Dach und Fach sind, gibt es die nächsten Monate nichts mehr zu tun. Erst im Herbst, bei der eigentlichen Vorbereitung des Konzertes. Da geht's noch mal rund.

Am spannendsten ist natürlich der Kartenvorverkauf. Das ist ja die eigentlich brenzlige Frage, kriegen wir die Halle voll, kommen wir auf unsere Fixkosten? Denn Hallenmiete, Technik, Ordner, GEMA usw. müssen auch bezahlt werden, wenn die Halle nur halb voll ist. Die Karten sind schon ausverkauft, bevor die Werbung überhaupt richtig begonnen hat. Wir hätten doppelt so viele verkaufen können. Bei Gerhard Polt und der Biermösl Blosn ist das auch kein Wunder. Und so entsteht wirklich eine ErVOLKsstimmung im Saal, schon eine Woche vor dem Volksentscheid am 1. Oktober.

Impressionen der Straßenarbeit

Samba für „Mehr Demokratie".

Sackhüpfen für „Mehr Demokratie".

Bauchtanz für „Mehr Demokratie".

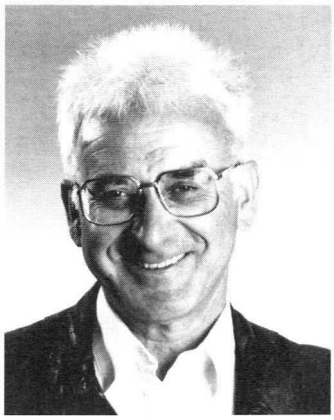
Impressionen der Straßenarbeit

Flohmarkt für „Mehr Demokratie".

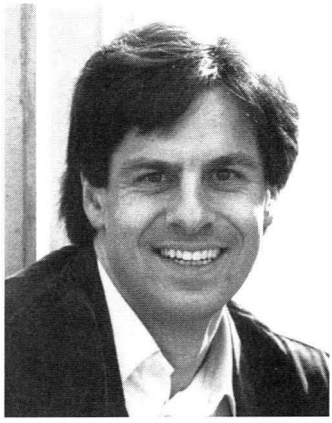
Infostand für „Mehr Demokratie".

Straßenfest für „Mehr Demokratie".

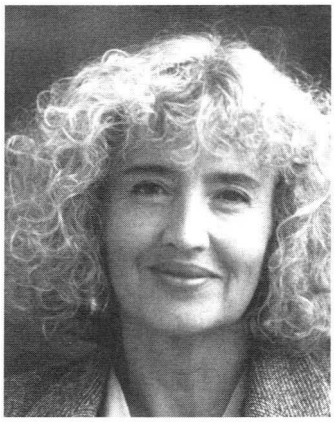
Politiker und Prominente, die sich für „Mehr Demokratie in Bayern" eingesetzt haben:



Dr. Klaus Hahnzog, SPD



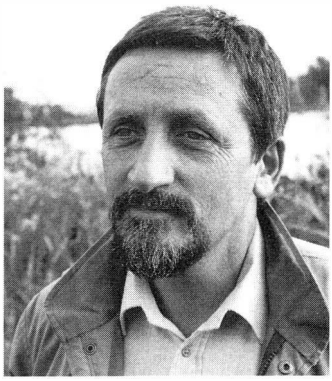
Gerald Häfner, Bündnis 90/ Die Grünen



Renate Schmidt, SPD

Dr. Manfred Fleischer, Bündnis 90/Die Grünen

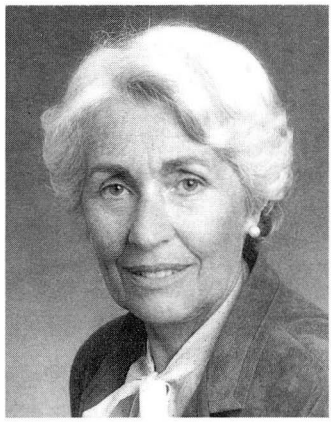
Mechthild von Walter, ÖDP



Hubert Weinzierl, Bund Naturschutz

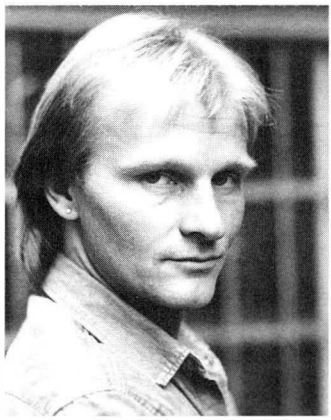
Politiker und Prominente, die sich für „Mehr Demokratie in Bayern" eingesetzt haben:

Dr. Hans-Jochen Vogel, SPD



Dr. Hildegard Hamm-Brücher, F.D.P.

Dr. Thea Bauriedl



Eisi Gulp, Kabaretist

Helmut Fischer , Schauspieler

Katja Epstein, Sängerin

11. Protzners Finanzskandal - oder: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein

Ein Journalist rief an. Ob wir irgendwelche finanziellen „Unregelmäßigkeiten" hätten? Die CSU hätte einen „ganz dicken Hund" angekündigt und etwas von dubiosen Spendenkonten von „Mehr Demokratie" in Nordrhein-Westfalen angedeutet.

Wir waren alarmiert. Wir wußten zwar nicht, was man uns vorwarf, aber wir waren überzeugt, daß Gerüchte über finanzielle Unregelmäßigkeiten höchste Brisanz hatten. Wir beschlossen daher, unsere Buchführung auf den neuesten Stand zu bringen. Und da gab es viel zu tun, denn aufgrund des immensen Arbeitspensums hatten wir die Buchführung in den letzten Monaten vernachlässigt. Thomas Mayer arbeitete an einem anstrengenden Wochenende 30 Stunden, um die Zahlen zu aktualisieren.Wir bereiteten ein detailliertes Papier vor, in dem wir sämtliche Ein- und Ausgaben auflisteten. Sobald die Anschuldigung konkreter würde, wollten wir unsere sämtlichen Finanzen offenlegen.

Am Montag, den 18. September, veranstaltete die CSU-Landtagsfraktion eine Pressekonferenz, die aufgrund des verbreiteten Gerüchts gut besucht war. Auch Thomas Mayer, Tim Weber und Michael Seipel waren anwesend, um schnell einschreiten zu können, für den Fall, daß es zu einer Anschuldigung kommen sollte.

Es kam nicht zu einer Anschuldigung. Statt dessen wurden alte Parolen, alte Slogans und alte Argumente wiederholt. Auf Anfrage murmelte der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück etwas von „dubiosen Spendenkonten", ohne mehr dazu sagen zu können. Denn das sei ein Projekt von Protzner, von dem er im Moment nichts Genaues wüßte. Die Journalisten fühlten sich an der Nase herumgeführt, sind sie doch vor allem wegen dem angeblich„dicken Hund" gekommen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb einen bissigen Kommentar: „Dicke Hunde leben kurz". Wir waren froh und dachten, die Attacke der CSU sei vorüber.

Der „Offene Brief"

Am nächsten Morgen sollte Thomas Mayer, stellvertretend für die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern", der Josef-Felder-Preis für Gemeinwohl und Zivilcourage überreicht werden. Josef Felder, SPD, ist der letzte noch lebende Reichtagsabgeordnete der Weimarer Republik.

Offensichtlich war diese Preisverleihung der CSU ein Dorn im Auge. 10.30 Uhr: Thomas Mayer und Michael Seipel waren schon auf dem Weg zur Tür, als Britta Kurz mit einem „Offenen Brief" der CSU aus dem Keller hochgestürmt kam. Ein Journalist der Presseagentur ddp hatte ihn uns zugefaxt und bat um Stellungnahme. Wir selbst hatten - im Gegensatz zur gesamten Presse - den Brief noch gar nicht erhalten - obwohl wir doch die „offiziellen" Adressaten waren. Der Zeitpunkt für den „Offenen Brief" war gut gewählt. Wir waren überrascht.

Thomas Mayer ging also allein zur Preisverleihung, Michael Seipel blieb, um die skeptischen Journalisten zu betreuen. In dem „Offenen Brief" warf Dr. Bernd R. Protzner uns vor, daß wir bayerische Spendengelder nach Nordrhein-Westfalen transferieren würden, da auf unseren Spendenüberweisungsträgern eine Kölner Bankleitzahl stand. Tatsache war aber, daß es sich lediglich um ein multifunktionales Kontosystem handelte, das in der Lage war, elektronische Buchungen auszuführen. Diese elektronischen Buchungen konnten bankintern nur in Köln vorgenommen werden. Die Gelder flossen aber auf ein Münchner Konto. Außerdem forderte uns Protzner auf, die Finanzen offenzulegen.

Wir legten unsere Finanzen sofort offen und faxten sie an die Presseagenturen. In einer kurzen Pressemitteilung nahmen wir Stellung zu dem „Offenen Brief", den wir von der CSU offiziell immer noch nicht erhalten hatten. Die Zeit drängte, denn jeder Artikel, in dem auch nur ansatzweise über einen möglichen Finanzskandal berichtet wurde, konnte Schaden anrichten. Wir mußten diese Schlagzeile verhindern, denn es war uns klar, daß wir eine falsche Schlagzeile nur schwer würden korrigieren können. Und das war wohl auch die Absicht des „Offenen Briefes". Wahrscheinlich überschätzte uns die CSU auch finanziell. Wir hatten nur einen sehr geringen Finanzetat. Für die Kampagne zum Volksentscheid betrug der gesamte Umsatz bis Mitte September 1995 ca. 500.000 Mark. Davon standen ca. 200.000 Mark für die Werbung zur Verfügung. Der CSU hatte nach eigenen Angaben einen Aktionsetat von 800.000 Mark für die Werbung zum Volksentscheid. Darüber hinaus besaß sie eine gute Infrastruktur mit vielen hauptamtlichen Mitarbeitern.

Stellvertretend für die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern" erhält Thomas Mayer den Josef-Felder-Preis für Gemeinwohl und Zivilcourage.

Der „Offene Brief" von CSU-Generalsekreätr Dr. Bernd R. Protzner

Sehr geehrter Herr Mayer,
in Ihrer Eigenschaft als Vertrauensmann des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern" stelle ich Ihnen einige Fragen, welche für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit Sicherheit von Interesse sind.

Weshalb nennen Sie in Ihrem Anschreiben zum Spendenaufruf ein Konto in München, während auf dem Überweisungsträger ein Konto in Köln eingedruckt ist? Und weshalb fließen bayerische Spendengelder nach Nordrhein-Westfalen?
Daß es sich um ein Konto in Köln handelt, ist allerdings nur aufgrund der Bankleitzahl herauszubekommen. Als Empfänger wird eine Organisation „IDEE" genannt, welche für diejenigen, von denen Sie Spenden haben wollen, sicherlich kein Begriff ist.

Weshalb ist die Dachorganisation IDEE beim Amtsgericht Bonn registriert und war bis vor kurzem dort ansässig?
Wie aus dem Belegabschnitt des Überweisungsträgers hervorgeht, ist der Gemeinnützigkeitsbescheid vom dortigen Finanzamt erteilt worden. Parteien müssen ihre Finanzen offenlegen. Deshalb auch die Frage:
Wieviel gibt Ihre Organisation für den Wahlkampf im Zusammenhang mit dem 1. Oktober aus, woher kommt das Geld dafür und wie viele Spenden sind bislang eingegangen?

Ich stelle diese Frage deshalb, weil Sie einerseits von „mehr Demokratie" sprechen, diesen Begriff sogar im Titel führen, und andererseits den Bürgerinnen und Bürgern bislang verschwiegen haben, daß es eine Dachorganisation in Nordrhein-Westfalen gibt. Ausgerechnet in einem Bundesland, in welchem die Direktwahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister eben erst eingeführt wird. In Bayern ist dies jahrzehntelange demokratische Tradition.

Nach unserer Auffassung haben die Menschen ein Recht darauf, zu erfahren, wer sich letztendlich hinter den Initiativen auch organisatorisch verbirgt.
Das verstehen wir unter Demokratie und nur so kann Demokratie praktiziert werden. Falls Sie zu einer Offenlegung nicht bereit sind, könnte sehr schnell der Eindruck entstehen, Sie bzw. Ihre Organisation/en hätten etwas zu verbergen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bernd R. Protzner, MdB

Investigatives von Protzner

Wie der CSU-General einmal einen Verdacht hatte

Von Alexander Gorkow

München – Zwei Wochen vor dem Bürgerentscheid über die beiden Entwürfe der CSU und der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie in Bayern" hat sich nach einer Recherche der CSU-Generalsekretär Bernd Protzner zu Wort gemeldet. Bescheinigte der CSU-Landtagschef Alois Glück seiner Partei gerade noch, daß sie in der Debatte „die Auseinandersetzung mit sachlichen Argumenten" suche, hat Protzner nun beim Akten-Studium ein schlimmer Verdacht ereilt.

In einem Offenen Brief an die Bürgerinitiative will der Generalsekretär deshalb geklärt wissen, wonach er zu seinem eigenen Schutze besser erst einmal im Stillen gefragt hätte: „Weshalb nennen Sie in ihrem Anschreiben zum Spendenaufruf ein Konto in München, während auf dem Überweisungsträger ein Konto in Köln eingedruckt ist? Und weshalb fließen bayerische Spendengelder nach Nordrhein-Westfalen?" Devisen in das Land von Johannes Rau? Wirken rheinische Mächte am Untergang des Freistaats?

Es kommt noch dicker: Als Empfänger der Spendengelder hat Protzner, und da muß die Spur für seine Verhältnisse schon siedend heiß gewesen sein, eine dubiose Dachorganisation IDEE ausgemacht, die beim Amtsgericht Bonn registriert ist. In Bonn!

Nun, die Offene Antwort der Bürgerinitiative ließ nur kurz auf sich warten. Und überhaupt nicht ausschließen läßt sich danach, daß Protzners investigative Übungen in der Landesleitung für alles mögliche gut waren, aber wieder einmal nicht für die CSU: Die "Initiative Demokratie Entwickeln" (IDEE e.V.) ist ein Verband mit Hauptbüros in Bonn, Bremen und München, der schon 1988 gegründet wurde und durch Zeitschriften und technische Unterstützung für die direkte Demokratie in Deutschland wirbt.

Der Verband hat 115 Mitglieder, von denen übrigens – die SZ fragte einfach mal nach – keines Scientology-Mitglied ist. Die Spendengelder gehen nach München, doch hat die Bank für Sozialwirtschaft, wie die Bürgerinitiative Protzner erklärt, ein multifunktionales Kontosystem, das sich nun mal in Köln befindet. Auch nicht so sehr skandalös: Auf drei Seiten aufgelistet die Ein- und Ausgaben der Initiative. Von Porto über Miete bis zur Werbung eine Kassenchronik, die jedem Pfarramt zur Ehre gereichen würde. Neben der IDEE-Spende von 60 000 Mark fällt dabei der auch nicht verwunderliche SPD-Zuschuß von 50 000 Mark auf. Werbekosten insgesamt rund 200 000 Mark.

Zu den beiden Entwürfen mag man stehen wie man will und dies am 1. Oktober kundtun. Die CSU wird deshalb ab heute wieder mit einem Seriositätsquorum von mindestens 25 Prozent und einem Werbeaufwand von 800 000 Mark nach sachlichen Argumenten suchen müssen.

Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 20.9.1995.

Der „Offene Brief " entwickelte sich immer mehr zum Bumerang. In der Presse hagelte es Spott. Sehr bald hatte sich herumgesprochen, daß sich Protzner einen groben Schnitzer geleistet hatte und richtig ins Fettnäpfchen getreten war. Es war so, als ob sich die Presse ehrlich freute. Und wir hatten ihre Sympathie auf unserer Seite. Vor allem, weil wir ohne Zögern den Blick auf unsere Finanzen freigaben.

AZ politik

Politiker der Woche

Bernd Protzner (CSU): Einer ganz heißen Sache glaubte sich der CSU-General da auf der Spur. Die Bürgerinitiative „Mehr Demokratie in Bayern" sei ferngesteuert, wollte er recherchiert haben – und zwar ausgerechnet aus Nordrhein-Westfalen. Die Bombe, die Protzner hochgehen lassen wollte, existierte gar nicht, die peinliche Aktion fiel auf ihn und seine CSU zurück. Und machte deutlich, daß es ihnen nicht um die sachliche Auseinandersetzung mit der Bürgerinitiative geht. Sind die Argumente der CSU denn so schwach? Jedenfalls offenbarte das Manöver des CSU-Generals einen politischen Stil, der selbst den eigenen Leuten peinlich ist. Das macht ihn für uns zum Minus-Mann der Woche.

★

Jede Woche stellt die AZ hier eine Politikerin oder einen Politiker heraus – Daumen nach oben für gute Arbeit, Daumen nach unten für schlechte.

Bernd Protzner: Minusmann der Woche in der Münchner Abendzeitung, 23./24.9.1995.

Gutschein

für Mehr Demokratie in Bayern!

Einzulösen am 1. Oktober!

Sie bekommen Bürgerentscheide!

Damit können Sie in Ihrer Gemeinde, Stadt oder Landkreis in wichtigen Fragen mitentscheiden!

Einlösebedingung auf der Rückseite!

Machen Sie bitte Ihr Kreuz in der Mitte!

Stimmzettel zum Volksentscheid am 1. Oktober 1995

Sie haben eine Stimme

○	Ich stimme dem Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags zu
✗	**Ich stimme dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu**
○	Ich lehne beide Gesetzentwürfe ab

Ja!

Mehr Demokratie in Bayern,
Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München
V.i.S.d.P.: Thomas Mayer

Bürgerentscheide gibt´s nur mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens!

Ein paar Tage vor dem Volksentscheid verteilen wir den Gutschein für „Mehr Demokratie".

12. Der 1. Oktober: Wir gewinnen den Volksentscheid

Es war der 1. Oktober 1995, und für uns der erste ruhige Tag seit Monaten. Allerdings war es nur die Ruhe vor dem Sturm. Denn abends fand die Abstimmungsparty im Münchner Schlachthof statt. Für uns war dieser Abend Zitterpartie und Premiere zugleich. Wir wußten noch nicht so genau, was uns erwartete.

Stimmzettel
zum Volksentscheid am 1. Oktober 1995

Sie haben **1** Stimme

○	Ich stimme dem Gesetzentwurf des **Bayerischen Landtags** zu.
○	Ich stimme dem Gesetzentwurf des **Volksbegehrens** zu.
○	Ich lehne beide Gesetzentwürfe ab.

Der Stimmzettel zum Volksentscheid.

Wir verteilten die Aufgaben: Britta Kurz ging ins Landesamt für Statistik, also zur Sammelstelle der Stimmenauszählungen, Carsten Nemitz ging abends ins Bayerische Fernsehen zur „Elefantenrunde" mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück und dem CSU-Städtetagspräsidenten Josef Deimer. Michael Seipel koordinierte die Interviews und war Ansprechpartner für Britta Kurz im Landesamt für Statistik. Thomas Mayer, Silvia Gauss, Manuel Berger und Tim Weber standen für Interviews zur Verfügung.

Es war noch früh am Abend, als wir im „Schlachthof" ankamen. Die Fernsehteams waren allerdings schon vor uns da und stritten sich um die besten Plätze. Es herrschte hektische Aufregung, und wir standen im Mittelpunkt des Geschehens.

Langsam füllten sich die Räumlichkeiten und die Anspannung nahm zu. Um kurz nach sechs kamen die ersten Ergebnisse von Britta Kurz aus dem Landesamt für Statistik. Es sah gut aus. Die Journalisten drängten uns, Stellung zu beziehen. Wir gaben die Devise aus, daß die Zahlen noch nicht repräsentativ und daher alle Prognosen zu früh seien.

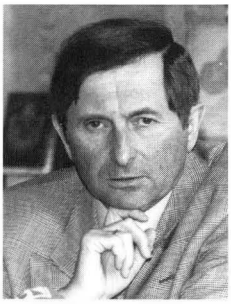
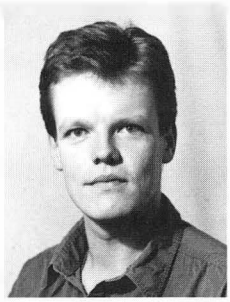
Zu sehr hatten wir noch das Trauma der Bürgeraktion „Das Bessere Müllkonzept" in Erinnerung. Beim Müllvolksentscheid 1991 hatte der Bayerische Rundfunk bereits eine Siegesmeldung für das Volksbegehren ausgegeben, später hatte sich der Trend dann aber doch noch ins Gegenteil umgekehrt. Und das Müllvolksbegehren hatte letztendlich verloren.

Immer neue Zahlen kamen herein. Bisher hatten wir noch in keiner Stadt, in keinem Landkreis den Volksentscheid verloren. Die Spannung nahm weiter zu. Wir gaben Fernsehinterviews: „Die ersten Zahlen sind ermutigend. Aber es läßt sich noch nichts Abschließendes sagen." Wir hatten fast drei Jahre auf diesen Moment gewartet. Und jetzt hatten wir auch noch diese eine Stunde länger Geduld.

Die Spannung nahm weiter zu, wurde fast schon euphorisch. Irgendwann fragten nun auch die eigenen Leute, ob wir nicht langsam den Sieg verkünden wollten. Noch traute sich keiner aufzuatmen. Das Zauberwort, das Erleichterung bringt, war noch nicht gesprochen.

Nach über zwei Stunden war fast die Hälfte der Stimmkreise ausgezählt. Das Ergebnis war weiterhin eindeutig. Wir beratschlagten kurz. Und unter dem Jubel des ganzen Saales verkündeten wir den Sieg von „Mehr Demokratie in Bayern". Gleich darauf schauten wir gebannt auf

Der Jubel nach Verkündung unseres Sieges ist groß!

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück, Carsten Nemitz von „Mehr Demokratie" und der Präsident des Bayerischen Städtetages, Josef Deimer.

Carsten Nemitz: Die Elefantenrunde - Abstimmungsabend im Bayerischen Fernsehen

Der 1. Oktober 1995 ist ein endlos langer Tag. Zu tun gibt es nichts mehr, statt dessen: warten, warten, warten. Am Abend soll ich im Bayerischen Fernsehen an einer Diskussion über das Ergebnis des Volksentscheids teilnehmen, zusammen mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück und dem Oberbürgermeister von Landshut, Josef Deimer, ebenfalls CSU. Die angemessene Kleidung, möglichst seriös, muß ich noch finden, und die nachmittägliche Kleiderprobe in der Fritz-Berne-Straße ist bei all der Warterei eine willkommene Abwechslung.

Zunächst fahre ich dann zum Abstimmungsfest in den Münchner „Schlachthof". Als dort die ersten Abstimmungsergebnisse einlaufen, droht für einen Moment Euphorie auszubrechen: der Gesetzentwurf des Volksbegehrens verzeichnet deutliche Vorsprünge.

Dann die Taxifahrt nach München-Freimann zum Studio des Bayerischen Fernsehens. Ich bitte den Taxifahrer, im Radio nach Nachrichten zu suchen. Dort hören wir die übliche Meldung: deutlicher Vorsprung für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens, aber immer noch nicht das endgültige Ergebnis.

Ich bin schließlich viel zu früh beim Bayerischen Fernsehen. Eine Redakteurin nimmt mich in Empfang, bringt Kaffee und gratuliert mir zum Erfolg. Ich wiegele ab, verweise auf die noch nicht ausgezählten Stimmen – und merke selbst, daß ich eine Niederlage längst nicht mehr für möglich halte. Zum ersten Mal bin ich mir ganz sicher, daß wir gewonnen haben.

Mit diesem Gefühl bin ich allein, zum ersten Mal an diesem Tag bin ich allein. Lange halte ich das nicht aus, also rufe ich ein weiteres Mal im Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung an und erkundige mich nach dem aktuellen Stand. Dort sitzt Britta Kurz und sagt mir, daß es sehr, sehr gut aussieht.

Dann kommt Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und leidenschaftlicher Bürgerentscheidsgegner. Wir begrüßen uns höflich und schweigen danach. Weil mir nichts Klügeres einfällt, erkundige

ich mich nach dem Ergebnis des Volksentscheids in Landshut. Auch dort hat der Entwurf des Volksbegehrens mit deutlichem Vorsprung die Oberhand behalten, wie Deimer schmallippig berichtet. Ansonsten gibt er sich beinahe altväterlich; empfiehlt mir, vor dem Auftritt noch eine Scheibe Brot zu essen, damit ich im Studio keinen trockenen Mund bekomme. Wenige Minuten vor Beginn der Sendung erscheint dann auch Alois Glück, der mir – äußerlich ungerührt – höflich zum Erfolg gratuliert.

Dann beginnt die Sendung. „Es gibt an diesem Tag keine Sieger und keine Verlierer. Gewonnen haben alle Bürger Bayerns, denn sie bekommen einen sehr guten Bürgerentscheid." Das sage ich sinngemäß in meinem Eingangsstatement. Ich sage es verabredungsgemäß und auch aus Überzeugung. Dennoch ist die Versuchung groß, wenigstens ein bißchen Schadenfreude zu zeigen, die Niederlage der CSU deutlicher beim Namen zu nennen. Meine Gedanken springen für einige kurze Momente zurück zu unzähligen Veranstaltungen im Vorfeld des Volksentscheids, zu manchen selbstgefälligen CSU-Kommunalpolitiker und auch zu den vielen Zweiflern und Skeptikern in den eigenen Reihen.

Ich halte dennoch meine Linie durch, bleibe sachlich und sage kein böses Wort über die CSU. Als der Moderator fragt, ob der Bayerische Landtag das verabschiedete Gesetz möglicherweise „nachbessern" könnte, verschiebt sich unversehens die Konfliktlinie. Glück lehnt eine Nachbesserung entschieden ab, Deimer hält sie für dringend geboten, und in diesem Augenblick kippt das Gespräch. Hier Josef Deimer, ein erbitterter Kämpfer gegen den kommunalen Bürgerentscheid aus Überzeugung. Dort Alois Glück, der nicht daran denkt, am Votum der Bürger öffentlich Kritik zu üben. Nicht mehr gemeinsam gegen mich geht es, sondern der „Senator" Deimer steht jetzt gegen den „Fraktionsvorsitzenden" Glück.

Nach der Diskussionsrunde verlassen Deimer und Glück eilig das Studio. Ich nehme das Glas Wein, das mir angeboten wird, noch gerne an und muß erst einmal „durchatmen". Dann verlasse auch ich eilig das Studio: zurück in den Schlachthof zum Abstimmungsfest, das jetzt endgültig zum Siegesfest geworden ist.

den Fernseher, denn der 25jährige Carsten Nemitz, der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück und der Landshuter Oberbürgermeister Josef Deimer trafen sich zur „Elefantenrunde" im Bayerischen Fernsehen. Wir hatten uns vorher darauf geeinigt, nicht ein einziges Wort der Schadenfreude aufkommen zu lassen. Auch im Sieg wollten wir zeigen, daß ein anderer Umgang mit dem politischen Gegner möglich ist. Nach diesem „Fernsehstück" feierten wir noch bis spät in die Nacht. Die Zitterpatie war beendet, die Anspannung ließ nach und wir waren ausgelassen und fröhlich.

Die Pressekonferenz

Am 1. Oktober 1995 votierten fast 57,8%der Abstimmenden für den Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie in Bayern" und führten damit den kommunalen Bürgerentscheid ein. In Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen können die Menschen jetzt in wichtigen Sachfragen selbst entscheiden, und zwar mit dem bundesweit bürgerfreundlichsten Beteiligungsverfahren. Der Gesetzentwurf der CSU-Landtags-

Volksentscheid am 1. Oktober 1995:
In 86 Landkreisen gewinnt „Mehr Demokratie in Bayern"

	Anzahl	Prozent
Stimmberechtigte	8.769.945	
Abstimmende/ Beteiligung	3.230.353	36,9
Ja zu Mehr Demokratie	1.857.919	57,8
Ja zu CSU-Landtagsentwurf	1.244.886	38,7
Ablehnung beider Entwürfe	110.462	3,4
Ungültige Stimmen	17.086	0,5

Die Abstimmungsergebnisse beim Volksentscheid.

fraktion wurde hingegen klar abgelehnt. Damit hat die CSU innerhalb von 40 Jahren zum ersten Mal eine Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen.

Bei der Pressekonferenz am nächsten Morgen war das Landesbüro von „Mehr Demokratie in Bayern" komplett anwesend. Britta Kurz,

CSU-Schreck mit Bubencharme

Thomas Mayer, Gründer der Bürgeraktion „Mehr Demokratie"

Von Christiane Schlötzer-Scotland

MÜNCHEN – Wie kommt ein 30jähriger Buchhalter ohne Parteibuch dazu, der CSU landesweit das Fürchten zu lehren? Thomas Mayer, der Gründer der Bürgeraktion für „Mehr Demokratie", lächelt und wirkt mit seinem Bubencharme selbst vor TV-Kameras so bescheiden, daß er schon deshalb kaum zum Berufspolitiker taugt. Auch am Dienstag hütet Thomas Mayer, wie in den letzten eineinhalb Jahren, das Telephon der Bürgeraktion in München. „Wir machen weiter", sagt er allen Anrufern. Angefangen hat alles im Allgäu, zu Beginn der 80er Jahre. Damals sollte bei Kempten, wo Mayer geboren ist, eine Autobahnschneise durch ein stilles Alpental gezogen werden. Das Projekt wurde gestoppt, doch die Behörden beharrten auf einer überflüssigen Anschlußstrecke – und bauten sie. Der Schildbürgerstreich hat Mayer politisiert. „Wir standen da wie die Hampelmänner."

Der Bürger, sagt der Bürgeraktivist, „ist doch bloß ein Bittsteller". Eigentlich aber müsse sich der Bürger in der Demokratie als der „Inhaber des Staates, als dessen eigentlicher Chef" fühlen. Also dachten sich Mayer und eine paar Freunde, die auch heute noch „alle unter 30" sind, „was tun?" 1988 gründeten die Politikunverdrossenen die IDEE, ausgeschrieben: „Intitiave DEmokratie Entwickeln". Die IDEE verfaßte eher komplizierte Konzeptpapiere. 1993 folgte die Gründung der Bürgeraktion.

Mitreden wollte Thomas Mayer schon immer, als Schülersprecher am Gymnasium, später machte er seinen Mund in der Friedensbewegung auf und sprach in christlichen Gruppen für die Dritte Welt. Aber ein Vorlauter ist er nicht. Selbst im Augenblick des größten Triumphes mag er nicht, und sei es

THOMAS MAYER Photo: dpa

nur mit Worten, auf die unterlegene CSU dreinschlagen. Nur „irre" findet er den Sieg dann doch. Mayer packt sich am liebsten die Argumente seiner Gegner und dreht sie einfach um. So sagt er, Bayern sei nun „nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei der Bürgerbeteiligung Lokomotive in ganz Deutschland".

Daß der Lok zuletzt nicht der Dampf ausging, lag an etwa 200 ehrenamtlichen Helfern. Auch Mayer arbeitete als „Vertrauensmann" der Bürgeraktion ohne Geld. Zu seinem Brotjob als freiberuflicher Buchhalter kam er in den letzten Monaten kaum. „Am schlimmsten war die Selbstblockade", sagt er, als im Winter vor dem Volksbegehren viele dachten, „es reicht nicht". Mayer hat auch damals an den Erfolg geglaubt. „Sonst hätte ich es ja nicht gemacht." Die SPD hat Thomas Mayer im September ihren neuen Josef-Felder-Preis für Zivilcourage verliehen. Jetzt will er erst einmal „im Büro aufräumen, durchatmen" und mit seiner Frau und den beiden Buben Lukas und Konrad Urlaub machen.

Porträt von Thomas Mayer in der Süddeutschen Zeitung.

Thomas Mayer, Tim Weber, Carsten Nemitz, Silvia Gauss, Michael Seipel und Manuel Berger. Wir stellten uns als Twens vor - der Älteste war gerade 30 Jahre alt und hatten viel Spaß mit den Journalisten. Uns war folgende Nachricht wichtig: Junge Menschen setzen sich für die Demokratie in Bayern ein und geben damit ein Signal für die Demokratie in ganz Deutschland. Und mit uns als jungen Menschen muß man in Zukunft noch rechnen.

Wir hatten einen großen Sieg errungen. In 86 von 94 Landkreisen und kreisfreien Städten gewann „Mehr Demokratie" den Volksentscheid. Die Wahlbeteiligung betrug 36,9% und lag somit im Schnitt der bayerischen Volksentscheide (Rundfunkfreiheit: 23,3%, Das Bessere Müllkonzept: 43,8%). Die Abstimmungsbeteiligungen in den Landkreisen lagen zwischen 24% und 43%. Die Beteiligung hatte übrigens keine Auswirkung auf das Ergebnis.

Uns erreichten mehrere hundert Gratulationsfaxe. Der Volksentscheid wurde weit über die Grenzen Bayerns hinaus beachtet. Uns wurde klar, daß wir mit unserer Aktion „Mehr Demokratie in Bayern" vielen Men-

Die Mehrheit am Schlawittchen gepackt

Eine Gruppe junger Unbeugsamer in Bayern hat die CSU das Fürchten und Verlieren gelehrt

Von Alexander Gorkow

Im Kern waren es sieben junge Leute, nur wenige davon über 30 Jahre alt, die als überparteiliche „Bürgerinitiative" der bayerischen Mehrheitspartei am vergangenen Sonntag eine phänomenale Lehrstunde in Demokratie erteilt haben. Um sich das Ausmaß der Peinlichkeit für die CSU beim Volksentscheid zu vergegenwärtigen, sollte man sich der Phrasen erinnern, mit der die Partei zuvor ihren Wahlkampf geführt hatte.

Widerspricht es auch allem, was schon Schüler über Demokratie lernen, so tönte die CSU in einem fort, daß auch in Zukunft „die schweigende Mehrheit vor der lautstarken Minderheit" geschützt werden müsse. Die ironische Konsequenz dieser undemokratischen Panikmache sah so aus, daß die „schweigende Mehrheit" nicht für den hürdenvollen CSU-Gegenentwurf stimmte, sondern nun ausgerechnet dieser Wahl fern blieb.

So haben also rund sechs Millionen Bayern überhaupt nicht abgestimmt und sich vom größten Teil der restlichen drei Millionen überstimmen lassen. Dabei gab es nicht wenige CSU-Wähler, die erschüttert darüber waren, von ihrer eigenen Partei dem Haufen der schutzbedürftigen „schweigenden Mehrheit" zugerechnet zu werden: Diesmal schwiegen sie wirklich, und zwar auch aus Trotz. Den anderen Teil ihrer Wähler vergraulte die CSU mit einer vollendeten Symbiose aus anfänglicher Zurückhaltung und späterem Zorn.

Natürlich reicht es nicht, im letzten Moment zwei sonnige Ablichtungen Edmund Stoibers und Theo Waigels bis nach Grafenaschau zu plakatieren, wenn die beiden Oberen zuvor versuchen, in die heikle Angelegenheit möglichst nicht hineingezogen zu werden. Und natürlich hat der Generalsekretär Bernd Protzner seinen Leuten wieder einmal einen Bärendienst erwiesen, als er in der Endphase des teuren Wahlkampfes auf komplett alles schlug, was auch nur leise für den Gesetzentwurf der Bürgerinitiative geworben hatte. Auch auf die christlichen Jugendgruppen, auf deren Unterstützung die CSU in der Kruzifix-Debatte noch zählen konnte.

Die ersten Folgen des Sieges der überhaupt nicht politikverdrossenen Twens von „Mehr Demokratie in Bayern" sind jetzt schon absehbar. Eine Gruppe von Basisdemokraten hat dem Volk etwas Neues in die Hand gegeben, und das gilt es nun erst einmal auszuprobieren: Tempo-30-Zone in einer Gemeinde, Schließung einer umweltschädlichen Enten-Mästerei, eine Freibad-Renovierung anstelle eines geplanten „Erlebnisparks": Das sind nur einige Beispiele für schon angekündigte Bürgerbegehren.

Und für eine prima Sache hält das plötzlich auch die CSU-Prominenz. Innenminister Günther Beckstein vertraut nun doch auf die Mehrheit und will mit Bürgerbegehren gegen die „ideologische Anti-Auto-Politik" zu Felde ziehen. Es gebe nun mal rot-grüne Politik in den Kommunen, die immer wieder gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit agiere. Ebenfalls in der ersten Reihe jubelt einer, der als Landtagsabgeordneter von seiner Partei einst auf die hinteren Bänke geschickt worden war: Peter Gauweiler, Münchner CSU-Chef, der im Frühjahr die Landtagsfraktion vergeblich darum gebeten hatte, einen Volksentscheid völlig abzulehnen und auf einen eigenen CSU-Entwurf zu verzichten. Gauweiler will die „siegreiche Idee" nun aber beim Wort nehmen und Bürgerbegehren zur Münchner Stadtautobahn, auch zur Drogen- sowie Sicherheitspolitik anmelden. Von einer „Gefahr für den Standort Bayern" und der gefährlichen „schweigenden Mehrheit" spricht in der CSU also gar keiner mehr.

Dafür zeigt sich, was zu beweisen war. Konkrete Ideen für Bürgerbegehren kommen jetzt schon aus allen politischen und gesellschaftlichen Richtungen. Der recht idealistische Entwurf der Bürgerinitiative, der als einziger in Deutschland den Bürgerentscheid so einfach macht, hat den Weg zur politischen Realität gefunden: Alle sollen jetzt können dürfen. In Zukunft wird den Bayern nichts mehr anderes übrig bleiben als sich mit den Problemen in ihren Städten und Gemeinden auseinanderzusetzen. Mit der Gemütlichkeit in den Dörfern, die ein Bauer kürzlich als „demokratischen Notstand" bezeichnete, ist es vorbei.

Süddeutsche Zeitung vom 4.10.1995.

schen Mut gemacht hatten. Denn mit uns gemeinsam hatten sich viele Bürgerinnen und Bürger mehr demokratische Rechte gegeben. Das Prinzip „Volksabstimmung über die Volksabstimmung" hatte sich als äußerst erfolgreich erwiesen.

Gründe für unseren Erfolg

Auf einer Vorstandssitzung von „Mehr Demokratie in Bayern" am 11. Oktober analysierten wir die Gründe für unseren Erfolg. Mit dabei waren die Vorstandsmitglieder Lienhard Barz, Thomas Mayer, Silvia Gauss, Dirk Mattmüller und Rolf-Dieter Kuhn. Außerdem war Michael Seipel anwesend.

„Mehr Demokratie in Bayern" hatte Erfolg aus den folgenden Gründen:

- lange Vorarbeit
- Festigung der Thematik und der Initiative „Mehr Demokratie in Bayern" in den unterstützenden-Verbänden
- klare positive Botschaft
- „Mehr Demokratie" war immer in der Offensive
- keine internen Konflikte bei „Mehr Demokratie", statt dessen Atmosphäre des Vertrauens
- „Mehr Demokratie" brachte die Frage auf den Punkt: Bürgerentscheid ja oder nein?

CSU hatte keinen Erfolg aus den folgenden Gründen:

- Der CSU-Entwurf verschreckte die Bürger durch zu hohe Hürden
- Die Ausgestaltung, die Kompliziertheit und die hohen Hürden machten den CSU-Entwurf auch für potentielle, der CSU nahestehende Unterstützer inakzeptabel
- CSU-Botschaft war unklar
- CSU hatte keine positive Aussage, nur Gegenposition
- Kampagne der CSU war zu kurzfristig
- Kardinalfehler der CSU: die reine Angstkampagne
- Am Schluß: CSU hat resigniert

Wir nahmen uns vor, die kommenden Entwicklungen und ersten Erfahrungen mit den Bürgerbegehren genau zu beobachten. Wir wollten Verantwortung übernehmen für das Gesetz, das wir erwirkt hatten.

Eine Studententruppe wirbelt das System auf

Nach dem Volksentscheid können Bayerns Bürger mehr kommunale Demokratie wagen

Von Peter Fahrenholz (München)

Nur gut, daß CSU-Generalsekretär Bernd Protzner nicht dabei ist, als sich am Morgen nach dem Volksentscheid die siegreiche Truppe der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern« zur Pressekonferenz versammelt. Protzner hätte nämlich frustriert konstatieren müssen, daß die übermächtige CSU von unbekümmerten Youngstern aufs Kreuz gelegt worden ist. Der jüngste der sechs, die da ohne jede Spur von Häme auf die geschlagene Konkurrenz ihren Sieg feiern, ist gerade 23, der älteste 30 Jahre alt. „Gewonnen haben alle bayerischen Bürger", feixt Tim Weber, Landesbeauftrager der Initiative. Der 24jährige will jetzt erst mal sein unterbrochenes Studium beenden.

Vielleicht ist das sogar die wichtigste Botschaft am Volksentscheid in Bayern: Daß es eine Gruppe engagierter Bürger mit geduldiger Arbeit geschafft hat, von außen frischen Wind ins politische System zu bringen. Es war ein Marathonlauf für die jungen Idealisten, die sich vor rund drei Jahren im Verein „Mehr Demokratie in Bayern" zusammengefunden hatten, um mehr Elemente direkter Demokratie durchzusetzen und damit der politischen Verdrossenheit der Bürger entgegenzuwirken. Der Weg zum Volksentscheid, den die Landesverfassung vorsieht, ist mit hohen Hürden gepflastert.

Da müssen erst Unterschriften für den Antrag auf ein Volksbegehren gesammelt werden, dann wird dieser Antrag auf seine rechtliche Zulässigkeit geprüft, es folgt das Volksbegehren, dem innerhalb von zwei Wochen zehn Prozent aller Wahlberechtigten per Unterschrift zustimmen müssen, und erst danach kommt es zum Volksentscheid, für den die Regierung auch noch eine Alternative zur Abstimmung stellen kann. Mittendrin mußte die Bürgeraktion einen herben Rückschlag verkraften. Da wurde nämlich ihr zweiter Vorstoß, auch den landesweiten Volksentscheid zu reformieren, mit einer sehr haarspalterischen Begründung vom Verfassungsgerichtshof kassiert.

Aber mit der Initiative für den kommunalen Bürgerentscheid hat sich die Studenten-Crew am Ende durchgesetzt. „Wir haben gewonnen, weil wir die besseren Argumente hatten", freut sich Carsten Nemitz, einer ihrer Sprecher. In Bayern haben die Bürger in den Gemeinden künftig weit mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten als in allen anderen Bundesländern. Für die entscheidende Abstimmung beim Bürgerentscheid gibt es eben kein sogenanntes Zustimmungsquorum, es entscheiden die Leute, die zur Wahl gehen. Bayern sei damit „vom Schlußlicht zur Lokomotive" geworden, hatte Thomas Mayer (30), der Vertrauensmann der Bürgeraktion, schon in der Wahlnacht gejubelt. Manuel Berger, der 23jährige Benjamin der Gruppe, ist „sicher", daß in ein paar Jahren alle Politiker stolz auf die Regelung sein würden. Und woanders „werden die Leute sagen, das wollen wir auch".

Fürs erste hat der Erfolg der Bürgeraktion die Opposition in Bayern beflügelt und die CSU düpiert. Für die Kommunalwahlen in sechs Monaten ist das vor allem ein psychologisches Signal. Die CSU, zuletzt vor allem wegen des katastrophalen Zustands der SPD schon wieder selbstsicher bis zur Selbstgefälligkeit, ist ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit los. In der Wahlnacht herrschte auf der Siegerparty denn auch überschäumende Euphorie. „Des is wunderbar gelaufen", jubelte Grünen-Fraktionschef Manfred Fleischer, für die Kommunalwahl sei das „a ganz a guter Schub". Auch die SPD, bei der eine ganze Reihe von Kommunalpolitikern mit dem restriktiveren CSU-Entwurf sympathisiert hatte, genoß das ungewohnte Erfolgserlebnis in vollen Zügen. „Für mich persönlich eine Wonne", strahlte der SPD-Rechtsexperte Klaus Hahnzog, der die Unterstützung des Entwurfs der Bürgeraktion gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchgeboxt hatte.

Die CSU ist hingegen durch die Niederlage härter getroffen, als es die Parteistrategen nach außen zugeben. Die alte Rechnung, wonach das Stammpublikum auf dem Land für die CSU die Kohlen aus dem Feuer holt, ist diesmal nicht aufgegangen. In 86 von 96 Landkreisen lag die Bürgeraktion vorn, und die Ausrede auf die Wahlbeteiligung von knapp 37 Prozent taugt nicht viel. Erstens liegt die so ziemlich im Schnitt aller Volksentscheide in Bayern, und zweitens bedeutet sie eben auch, daß die CSU-Kampagne bei den eigenen Anhängern nicht gezündet hat.

Entsprechend depressiv war schon die CSU-Wahlparty verlaufen. Eine Handvoll Journalisten verlor sich in der CSU-Zentrale, und wo sich sonst die zweite und dritte Garnitur möglichst früh vor die Kameras drängt, bis die Prominenz erscheint, mußten diesmal Generalsekretär Bernd Protzner und Fraktionschef Alois Glück mutterseelenallein die Niederlage kommentieren. Protzner setzte die Kampagne auch in der Stunde der Niederlage noch fort und prognostizierte, daß jetzt der Standort Bayern in Bedrängnis geraten könnte. Alois Glück nannte den siegreichen Gesetzentwurf ein „bundesweit einmaliges Blokkadeinstrument".

Das hält die Bürgeraktion für völlig übertriebene Panikmache. In den anderen Ländern mit Bürgerentscheid habe es noch nie Anträge von radikalen Minderheiten gegeben, wie die CSU immer befürchte. In Bayern, glaubt Carsten Nemitz, würden jetzt eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, denn es gebe in den Kommunen einen „Themenstau". Die Bürgeraktion will sich deshalb nach ihrem Erfolg nicht auflösen, sondern in der Praxis mithelfen und beraten, wenn Bürger das neue Instrument einsetzen wollen. Die ersten kommen möglicherweise ausgerechnet aus der CSU. Im Büro der Bürgeraktion ging jedenfalls einen Tag nach dem Volksentscheid die schöne Meldung ein, daß die CSU in Weyarn im Landkreis Miesbach ein Bürgerbegehren gegen den SPD-Bürgermeister zur Einführung von Tempo-30-Zonen plane. Ob Bernd Protzner, falls es dazu wirklich kommen sollte, dann wohl seinen örtlichen Parteifreunden erklären wird, daß sie damit den Standort Bayern gefährden?

Frankfurter Rundschau, 4.10.1995.

Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...

die tageszeitung, Berlin, 4.10.95
„Am 1. November bricht sich das Chaos im Freistaat Bayern Bahn. Gefälligkeitspolitiker regieren fortan das Land, Sport- und Bolzplätze verschwinden, verunsicherte Firmenchefs ziehen reihum ihre Unternehmen ab, Müllverbrennungs- und Kläranlagen werden verschrottet, die Diktatur der Minderheit bläst der schweigenden Mehrheit erbarmungslos den Marsch. Wochenlang hatte die CSU mit Millionenaufwand den Teufel an die Wand gemalt - es hat nichts genutzt. Das bayerische Volk, das bisher nahezu unverrückbar mit den Christlich-Sozialen verbandelt war, entschloß sich am 1. Oktober fremdzugehen, ...".

Tages-Anzeiger, Zürich, 3.10.95
„Bayern ist Spitze. Was auf dem Fußballfeld schon fast selbstverständlich ist, dürfen nun alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaats für sich in Anspruch nehmen: Mit ihrem Ja zur Volksinitiative haben sie auch auf Gemeindeebene die direkte Demokratie eingeführt und sich ein Maß an demokratischer Mitsprache gegeben, das in Deutschland seinesgleichen sucht. ... Bayern als Vorreiter eines sich demokratisch verschweizernden Deutschland? Das bleibt denn doch zweifelhaft, auch wenn die Initianten des erfolgreichen Volksbegehrens hoffen, ihr Signal werde nun in die anderen 15 Bundesländer hinausstrahlen."

Nürnberger Nachrichten, 2.10.95
„Vor allem aber kam die CSU aus einem Dilemma nicht heraus: Sie mußte der eindeutigen Haltung der Bürgeraktion 'Mehr Demokratie - Mehrheit entscheidet' ein schwer nachvollziehbares ‚Ja, aber ...' entgegensetzen. (...) Auch wenn ihnen Obrigkeitshörigkeit unterstellt wird - eines wollen sich die Altbayern, die Schwaben und die Franken nicht gerne sagen lassen: Daß sie nämlich, wenn es bei einem Bürgerentscheid wirklich darauf ankommt, zu dumm und zu träge wären, sich zu einer vernünftigen Entscheidung aufzuraffen. (...) Dem Volk, soweit es abgestimmt hat, steht ein Kompliment zu. Die Bürger Bayerns haben eine Option gezogen, die sie nicht ausüben müssen, aber dann einlösen können, wenn sich die Mühe lohnt. Denn eine Mühe bleibt es auch künftig, einen Bürgerentscheid wirklich zustande zu bringen, ein paar Querulanten genügen eben nicht. (...) Die Kommunalpolitik wird in jedem Fall spannender und anspruchsvoller (nicht nur für die Mandatsträger), und sie kann damit auch besser werden."

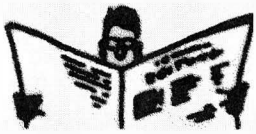
Abendzeitung, München, 2.10.95
„Die Bürger haben also durchschaut, wer wirklich will, daß sie mehr zu sagen haben. Daß das nicht die CSU ist, das haben viele von ihnen vor Ort

Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...Pressestimmen...

nur allzu oft erfahren. Hätte die CSU den Menschen wirklich mehr Mitbestimmungsrechte einräumen wollen, hätte sie dazu jahrzehntelang Zeit gehabt. Das wußten die Wähler - und deswegen haben die meisten von ihnen für das Konzept von 'Mehr Demokratie' votiert."

Münchner Merkur, 2.10.95

„Das ist ein demokratisches Lehrstück: Die Mehrheit der wahlberechtigten Bayern bleibt mangels Interesse beim Volksentscheid apathisch daheim in der warmen Stube oder am Biertisch und läßt eine entschlossene Minderheit über sich bestimmen. (...) Der Überraschungssieg der gerissenen Wenigen gegen die schlafmützigen ‚Mehreren' dürfte das beschauliche Leben in manchen Gemeinden drastisch verändern. Interessengruppen und schlaue einzelne werden es leicht haben, mit Bürgerbegehren und späteren Entscheiden Vorhaben der Kommunen zu blockieren. (...) Da auch bei noch so geringer Beteiligung an kommenden Bürgerentscheiden die jeweilige Mehrheit siegt, muß mit zahllosen Zufallsergebnissen gerechnet werden."



Augsburger Allgemeine, 2.10.95

„Die Regierungspartei hat gestern die Quittung erhalten für ihren Zickzackkurs in der Frage des kommunalen Bürgerentscheids. (...) Auch nach dem Erfolg der Bürgeraktion wird die Kommunalpolitik in unserem Land nicht aus den Fugen geraten. Die Möglichkeit des Bürgerentscheids wird da und dort vielleicht sogar belebend auf die Arbeit in den Gemeinde- und Stadträten wirken. Und es mag durchaus sein, daß mancherorts verkrustete Strukturen aufgebrochen werden. (...) Enttäuschend war die schlechte Wahlbeteiligung. Haben Bayerns Bürger kein gesteigertes Interesse an mehr Mitbestimmung vor Ort, sind sie ganz einfach zufrieden mit der Arbeit ihrer gewählten Repräsentanten, oder haben sie sich von den komplizierten Gesetzentwürfen abschrecken lassen?"

Passauer Neue Presse, 2.10.95

„‚Mehr Demokratie in Bayern' - diese verführerische Mogelpackung wird sich in der Praxis schnell als Bumerang für eine kalkulierbare kommunale Entwicklung, für Investitionen und Arbeitsplätze erweisen."

Donaukurier, 2.10.95

„Erstmals in ihrer fast fünfzigjährigen Geschichte hat die erfolgsverwöhnte bayerische Staatspartei eine schallende Ohrfeige einstecken müssen. Ihre durch nichts begründete Kampagne, eine Stimme für die Bürgerinitiative sei gleichzeitig eine Stimme gegen die Zukunft Bayerns, hat nur wenige überzeugt."

13. Ein Jahr bayerischer Bürgerentscheid

Schon am Abend des Volksentscheids am 1. Oktober 1995 wurden bei uns per Fax und Telefon die ersten Bürgerbegehren angekündigt. Offensichtlich gab es einen Themenstau.

Mit Bürgerbegehren tat sich auch die CSU hervor. In Weyarn bereiteten zwei CSU-Mitglieder ein Bürgerbegehren für Tempo-30-Zonen vor. Der Münchner CSU-Chef Peter Gauweiler kündigte ein Bürgerbegehren zur Untertunnelung des Mittleren Ringes an. Noch im Mai 1995 hatte Gauweiler in der CSU-Landtagsfraktion dafür gekämpft, daß die CSU dem Volk noch nicht einmal einen Gegenentwurf zur Entscheidung vorlegen und nur eine Nein-Kampagne starten sollte. Gauweiler war gegen jede Art von Bürgerentscheid. Doch schon bald konnte er in München sein Tunnelbegehren einleiten.

Eine unserer Hauptbotschaften am Abstimmungsabend war, daß es keine Verlierer, sondern nur Sieger gibt. Auch die CSU konnte jetzt Bürgerbegehren starten. Die CSU ließ nicht lange auf sich warten.

Bürgerbegehren als bayerische Normalität

Um zu erkennen, was wir bewirkt haben, dokumentierten wir die bayerischen Bürgerbegehren. So wollten wir prüfen, ob diese neue Form der Direkten Demokratie für andere Bundesländer und für die Bundesrepublik tauglich ist. Jeder Fall wurde in einer EDV-Datenbank und in Ordnern erfaßt. Den Initiatoren von Bürgerbegehren und den Ge-

Jahresbilanz: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern

	Anzahl	Prozent
a. Ausgang des Verfahrens ist noch offen bzw. unbekannt:	80	23,7%
b. Initiative hat das Bürgerbegehren zwar angekündigt, dann aber doch nicht eingereicht:	34	10,0%
c. Der Gemeinderat hat das Anliegen des Begehrens selbst beschlossen:	32	9,5%
d. Das Bürgerbegehren wurde als rechtlich unzulässig erklärt:	65	19,2%
e. Die Initiative hat das Bürgerbegehren nach Einreichung wieder zurückgezogen:	14	4,2%
f. Der Bürgerentscheid fand/findet statt:	113	33,4%
Gesamt:	338	100%

Auswertungsbasis: Alle Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern, Stand 1. November 1996

meinden sandten wir zudem einen umfangreichen Fragebogen zu. In der folgenden Zusammenstellung bezieht sich die Auswertungsbasis auf die jeweils vorhandene Datenmenge, wobei nicht alle Fragen vollständig beantwortet wurden. Detailliertere Untersuchungen folgen.

Eine stattliche Jahresbilanz kam zustande. Das neue Recht wird gut angenommen. Bürgerbegehren sind bayerische Normalität geworden.

Die Themen der bayerischen Bürgerbegehren

Themenbereich	Anzahl	Prozent
Bauleitpläne	51	15,1%
Verkehrsprojekte	106	31,4%
Öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen	82	24,2%
Entsorgungsprojekte (Müll, Wasser)	36	10,7%
Einzelne private Bauprojekte	25	7,4%
Sonstige	21	6,2%
Gebühren, Abgaben	17	5,0%
Gesamt	338	100,0%

Auswertungsbasis: Alle bayerischen Bürgerbegehren, Stand 13.September 1996

Diese Zahlen können natürlich nur einen summarischen Eindruck der neuen kommunalpolitischen Lebendigkeit vermitteln. Tatsächlich ist jedes Bürgerbegehren ein Kosmos für sich mit vielen Geschichten und Verflechtungen.

Bayern ist die bundesweite Lokomotive

Soviele Bürgerbegehren wie in Bayern gibt es in keinem anderen Bundesland. Bayern ist jetzt die Lokomotive in Sachen Bürgermitbestim-

Häufigkeit von Bürgerbegehren

Durchschnittlich wird in einer Gemeinde ein Bürgerentscheid beantragt alle

9 Jahre	in Bayern
19 Jahre	in Nordrhein-Westfalen
21 Jahre	in Hessen
55 Jahre	in Schleswig-Holstein
73 Jahre	in Sachsen
126 Jahre	in Baden-Württemberg
128 Jahre	in Brandenburg
225 Jahre	inMecklenburg-Vorpom.
338 Jahre	in Rheinland-Pfalz
757 Jahre	in Sachsen-Anhalt
2.123 Jahre	in Thüringen

Stand: Mai 1996

Häufigkeit von Bürgerentscheiden

Durchschnittlich findet in einer Gemeinde ein Bürgerentscheid statt alle

20 Jahre	in Bayern
40 Jahre	in Hessen
200 Jahre	in Baden-Württemberg

Stand: November 1996

mung. Das zeigen die beiden untenstehenden Tabellen, bei denen das statistische Mittel pro Gemeinde für beantragte und tatsächlich durchgeführte Bürgerentscheide berechnet wurde.

Während in Bayern nach der Statistik jeder Bürger mehrmals in seinem Leben Bürgerbegehren miterleben kann, erlebt in anderen Bundesländern der „statistische Bürger" in seinem Leben keines, es sei denn, er ist ein Methusalem.

Die großen Anwendungsunterschiede erklären sich durch die sehr verschiedenen gesetzlichen Regelungen. Durch den Ausschluß von vielen Themen bei Bürgerbegehren, die 25%-Klausel bei Bürgerentscheiden und weitere Hürden sind die Regelungen in den meisten Bundesländern einfach unpraktikabel.

Anwendbarkeit der Bürgerentscheidsregelungen

Von allen eingereichten Bürgerbegehren ...

	waren unzulässig bzw. der Bürgerentscheid war ungültig	führten zu einem gültigen Bürgerentscheid oder wurden auf andere Art im Sinne des Begehrens erledigt (1)
Bayern	33%	67%
Hessen	43%	57%
Schleswig-Holstein	55%	45%
Baden-Württemberg	65%	35%
Nordrhein-Westfalen	76%	24%

(1) Entweder hat der Gemeinderat das Anliegen des Bürgerbegehrens selbst beschlossen oder das Begehren wurde von den Initiatoren wieder zurückgezogen.

Stand 1. November 1996

Die Führungsrolle Bayerns in Sachen Bürgermitbestimmung wird noch klarer, wenn man sich anschaut, wie viele der eingereichten Bürgerbegehren ihr Ziel erreichten und wie viele an Klauseln und Hürden scheiterten.

In Bayern wurden immerhin 33% der Begehren für unzulässig erklärt. Das ist schon viel. Doch in Baden-Württemberg z.B. waren es 65% der Begehren, die an juristischen Fallstricken oder an der 30%-Klausel beim Bürgerentscheid scheiterten.

Bürgerbegehren in Bayern als Gaspedal und Bremse

Mit Bürgerbegehren können eigene Vorschläge eingebracht (Gaspedal) oder Planungen des Gemeinderates zur Disposition gestellt werden (Bremse). Diese beiden Spielarten der Direkten Demokratie werden in Bayern je

Gaspedal und Bremse

	Anzahl	Prozent
Gaspedal:		
a. Begehren schlägt eine eigene Planung vor.	100	32,3%
b. Begehren lehnt andere Planung ab und schlägt eine alternative Planung vor.	64	20,6%
Bremse:		
c. Begehren lehnt eine andere Planung ab, ohne einen alternativen Planungsvorschlag zu machen.	146	47,1%
Gesamt:	310	100%

Auswertungsbasis: alle bayerischen Bürgerbegehren, Stand: 1. November1996

zur Hälfte gebraucht. Bürgerbegehren sind also in gleichem Umfang ein Instrument für „Ja-Sager" wie für „Nein-Sager".

Je kleiner die Gemeinde, um so höher die Abstimmungsbeteiligung

Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung bei Bürgerentscheiden liegt bei 48%. In Baden-Württemberg beträgt der Durchschnitt 53%, in Schleswig-Holstein und Hessen jeweils 49% und in der Schweiz bei 44%.

In kleinen Gemeinden steigt die Beteiligung über den Durchschnitt, in größeren Städten und Landkreisen sinkt sie darunter. Der Umschlagpunkt liegt bei 20.000 Einwohner/-innen.

Für diesen Effekt gibt es zwei Gründe: Erstens sind in einer größeren Stadt nie alle Bürger/-innen gleich von einer Maßnahme betroffen und motiviert, sich eine eigene Meinung zu bilden und zur Abstimmung zu gehen. Es ist verständlich, wenn jemand, der in einem Nürnberger Vorort wohnt und nur alle paar Monate in die Nürnberger Altstadt kommt, die Entscheidung über den Bau einer Einkaufspassage in

Beteiligung bei Bürgerentscheiden

Einwohner der Gemeinde/ der Stadt / des Landkreises	Anzahl der Bürgerent-scheide	Durchschn. Beteiligung in Prozent
bis 1.999	8	61,4 %
von 2.000 bis 4.999	39	55,9 %
von 5.000 bis 9.999	26	51,8 %
von 10.000 bis 49.999	22	36,3 %
von 50.000 bis 99.999	4	33,3 %
von 100.000 bis 499.999	8	26,3 %
größer als 500.000	2	32,0 %
Gesamt:	109	47,9 %

Auswertungsbasis: 109 Bürgerentscheide, Stand: 1. November 1996

der Altstadt seinen Mitbürger/-innen überläßt. Zweitens ist in großen Städten und Landkreisen der Kommunikations- und Organisationsaufwand um ein Vielfaches größer als in kleineren Gemeinden. Dort ist es einfacher, alle Mitbürger/-innen zu erreichen und zur Stimmabgabe zu motivieren.

Gleich große Chancen, zu gewinnen und zu verlieren

Wer ein Bürgerbegehren einleitet, hat Erfolgschancen, aber keine Erfolgsgarantie. Die Hälfte der Begehren konnte die Mehrheit der Bürger überzeugen und wurde angenommen. Die andere Hälfte wurde abgelehnt.

Erfolg der Begehren im Bürgerentscheid

Ergebnis:	Anzahl	Prozent
Abgelehnt:	51	51%
Angenommen:	49	49%

Auswertungsbasis: 100 bayerische Bürgerentscheide, Stand: 1. November

Damit ist die von der CSU und den kommunalen Spitzenverbänden verbreitete These widerlegt, zu Bürgerentscheiden würden nur die Sympathisanten eines Begehrens gehen, während die Gegner zu Hause blieben. Tatsächlich gehen alle zum Bürgerentscheid, Befürworter wie Gegner. Kampagnen gegen Bürgerbegehren sind genauso erfolgreich wie Kampagnen dafür.

Bei den Ergebnissen der Bürgerentscheide gibt es keine generelle Tendenz, vielmehr ist jeder Fall einzeln zu erklären. Mal gewinnt z.B. der Bund Naturschutz, und die Bürger lehnen im unterfränkischen Estenfeld eine Umgehungsstraße, in Vilshofen an der Donau einen Motorboothafen ab oder sprechen sich für eine dezentrale Wasserversorgung in Wallerfing aus. Auf der anderen Seite hat der Bund Naturschutz auch einige Begehren verloren, z.B. in Dingolfing gegen eine Straße oder in Füssen für den Bau einer Musicalhalle.

Bürger entscheiden sachbezogen

In 41% der Bürgerentscheide widersprachen die Bürgerinnen und Bürger den Parteien, die sie bei der Kommunalwahl selbst mehrheitlich gewählt hatten. Die Bürger sind also weitgehend emanzipiert von den Regierenden und entscheiden sach- und nicht parteibezogen.

Bürgerentscheide quer zu Mehrheitsparteien

	Anzahl	Prozent
a. Die Position der regierenden Parteien wurde im Bürgerentscheid bestätigt.	64	60%
b. Die Position der regierenden Parteien wurde im Bürgerentscheid abgelehnt.	42	40%
Gesamt	106	100%

Auswertungsbasis: 109 Bürgerentscheide bis November 1996

Die finanziellen Auswirkungen der Bürgerentscheide

Die Bürger entschieden in den allermeisten Fällen kostenbewußt. 60 Bürgerentscheide hatten im Vergleich zu den bisher von der Gemeinde vorgesehenen Ausgaben keine Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. In 13 Bürgerentscheiden sparten die Bürgerinnen und Bürger zusammen 113 Millionen DM ein. Nur vier Bürgerentscheide führten zu Mehrausgaben.

Finanzielle Auswirkungen der Bürgerentscheide

Die Bürgerentscheide wirkten sich wie folgt aus:	+ = Einsparungen - = Mehrausgaben	Bürgerentscheide Anzahl	Prozent
a. Einsparungen für die öffentlichen Haushalte:	+ 113.360.000 DM	13	17%
b. Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte:	- 1.638.740.000 DM	4	5%
c. Keine finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte:		60	78%
Gesamt:	- 1.525.380.000 DM	77	100%

Auswertungsbasis: 77 Bürgerentscheide, Stand: September 1996

Durch die beiden CSU-Begehren, Untertunnelung des Münchner Mittleren Ringes (1.600 Millionen DM) und S-Bahn-Tunnel in Unterföhring (31 Millionen DM) überstiegen die im letzten Jahr durch Bürgerentscheide verursachten Mehrausgaben jedoch bei weitem die Einsparungen. Aktuell besteht eine Negativbilanz von ca. 1.500 Millionen DM.

Die CSU lag in allen Vorhersagen über das Verhalten der Bürger in Bürgerentscheiden völlig daneben. So schlecht die CSU die Bürger kannte, so gut kannte sie sich selbst, als sie davon sprach, daß Bürgerentscheide die öffentlichen Haushalte belasten würden.

Bürgerbegehren als politischer Talentschuppen

Bürgerbegehren sind eine zusätzliche Einstiegsmöglichkeit für politisches Engagement. Es zeigt sich, daß bei zwei Drittel der Bürgerbegehren neue Akteure auftreten (neugegründete Bürgerinitiativen und unorganisierte Bürger/-innen). Bürgerbegehren sind also nicht nur ein Instrument für bestehende Organisationen und Funktionäre, sondern tatsächlich ein attraktives Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger.
Professor Hans-Georg Wehling aus Tübingen stellte einmal fest, daß in Baden-Württemberg Bürgerbegehren „Talentschuppen" für zukünf-

tigeKommunalpolitiker sind. Denn wer sich einmal in einem Bürgerbegehren engagiert und den Mut gefaßt hat, öffentlich mit der eigenen Meinung aufzutreten, der hat oft Neigungen, sich weiterhin um die Fragen des Gemeinwesens zu kümmern - auch im Gemeinderat.

Wer initiierte Bürgerbegehren?

	Anzahl	Prozent
a. Parteien	32	27%
b. Vereine/Verbände	26	22%
c. vorhandene Bürgerinitiativen	24	19%
d. neugegründete Bürgerinitiativen	23	20%
e. unorganisierte Bürger/-innen	52	45%

Mehrfachnennungen möglich!
Auswertungsbasis: 115 bayerische Bürgerbegehren, Stand: November 1996

In Bayern ist das nicht anders. Zum Beispiel haben sich in Landsberg die Initiatoren des dortigen Bürgerbegehrens gegen den Umbau des Hauptplatzes in einer freien Liste zur Wahl gestellt und zwei Stadtratssitze erhalten.

Alle Parteien initiieren Bürgerbegehren

Bei 32 der untersuchten 115 Bürgerbegehren waren Parteien unter den Initiatoren. Dabei benutzten alle vorhandenen Parteien dieses neue Instrument. Bürgerbegehren sind inzwischen von allen Seiten als demokratisches Mittel aktzeptiert. Hervorstechend ist das hohe Engagement der Grünen in Bürgerbegehren. Aber auch die CSU benutzt das Instrument häufig. Insgesamt dürfte die CSU zwischen 20 bis 30 Bürgerbegehren in Bayern gestartet haben, obwohl sie in den meisten Gemeinderäten die Mehrheit stellt und deshalb nur selten Veranlassung hat, selbst Bürgerbegehren einzuleiten.

Welche Parteien initiieren Bürgerbegehren?

Von 115 untersuchten Begehren waren bei 32 Begehren Parteien unter den Initiatoren:

		Anzahl
a.	CSU	7
b.	SPD	6
c.	B 90 / Die Grünen	17
d.	Freie Wähler	5
e.	F.D.P.	4
f.	ÖDP	3
g.	Sonstige	6

Mehrfachnennungen möglich!
Auswertungsbasis: 115 Bürgerbegehren
Stand 1. November 1996

Befürchtungen haben sich nicht bestätigt

Inzwischen hat man schon beinahe vergessen, mit welchen Horrorszenarien die CSU-Politiker und die kommunalen Spitzenverbände dem Bürgerentscheid nach dem Modell von „Mehr Demokratie" entgegengesehen haben. Vergleicht man die Vorhersagen mit der Realität nach einem Jahr Erfahrung, so stellt man fest: Nichts von alldem ist eingetreten!

Genau deshalb war die Einführung des Bürgerentscheides an der Zeit. Denn unsere Regierenden kennen die Bürgerinnen und Bürger gar nicht, sie haben sich von den Bürgern entfernt. Diese Kluft kann und muß mit dem Recht auf Bürgerentscheid wieder geschlossen werden.

Interessant ist, daß die Regierenden völlig falsche Voraussagen treffen können - und dann einfach weitermachen wie bisher. Das geht in keinem Bereich - außer eben in der Politik. Was würde passieren, wenn in einem Unternehmen der Verkaufsleiter bei den erwarteten Verkaufszahlen eines Produktes so gründlich danebenliegen würde, oder wenn sich ein Elektriker in seinen Vorstellungen über die Stromflüsse so irren würde?

Nachdem wir die Ergebnisse der Bürgerbegehren statistisch betrachtet haben, sollen jetzt einzelne Fallbeispiele konkret vorgestellt werden. So kann das Instrument „Bürgerentscheid" weiter veranschaulicht werden.

Nürnberg: Die Stadt mit den meisten Bürgerbegehren

Nürnberg ist bislang die begehrensfreudigste Stadt in Bayern. Am 14. Januar 1996 entschieden sich die Nürnberger gegen eine moderne, gläserne Einkaufspassage in der Altstadt (Augustinerhof). Dieser Bürgerentscheid wurde vom Nürnberger Stadtrat eingeleitet, der damit einem abzusehenden Bürgerbegehren zuvorkam.

Noch während des Abstimmungskampfes zu diesem Bürgerentscheid kündigte die Nürnberger CSU ein Bürgerbegehren gegen das selbstverwaltete Jugendzentrum KOMM an. Doch die CSU wartete die Kommunalwahl im März 1996 ab.

Anfang 1996 sammelten ehemalige und aktuelle Schüler des Sigena-Gymnasiums die notwendigen 18.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Sie forderten den Erhalt ihrere Schule. Die Stadt Nürnberg wollte das Sigena aus Kostengründen aufgeben. Zum Bürgerentscheid kam es dann doch nicht, da bei der Kommunalwahl die SPD-Mehrheit von der CSU abgelöst wurde. Und die CSU beschloß, die Schule nicht zu schließen.

Über 6.000 Unterschriften wurden für ein Begehren zum Erhalt des Volksbades gesammelt. Nach Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wurde dieses Begehren dann nicht mehr weiterverfolgt.

Da die Jugendlichen des KOMM nach dem Machtwechsel im Rathaus befürchteten, daß die Stadtrats-CSU die Selbstverwaltung des Jugendzentrums nun beschneiden werde, gingen sie in die Offensive und starteten ein Bürgerbegehren für den Erhalt des KOMM. Die Unterschriften kamen zusammen. Doch der Bürgerentscheid folgte dennoch

Die Vorhersagen vor dem Volksentscheid 1995:		Die Realität nach einem Jahr Erfahrung:
CSU-Landtagsfraktion: Der Entwurf der Bürgeraktion ist ein unkalkulierbares Risiko		
• für den Wirtschaftsstandort Bayern. Die Blockade neuer Arbeitsplätze droht.	➡	Bislang sind keine Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort erkennbar.
• für neue soziale Einrichtungen wie Kinderspielplätze, Behindertenein-richtungen, Altenheime, Kindergärten oder Pflegeheime an unerwünschten Standorten!	➡	Es gab keine Bürgerbegehren gegen diese Einrichtungen. Es gab Bürgerbegehren für den Bau von Kindergärten, z.B. in Aystetten, Attenhofen, Affing und Vohenstrauß.
• für gesunde Kommunalfinanzen. (Zentrale Slogans, Presse-Informationspaket)	➡	60 Entscheide hatten keine finanziellen Auswirkungen. 13 Entscheide führten zu Einsparungen (113 Mio. DM). 4 Entscheide führten zu Mehrausgaben (1.638 Mio. DM), darunter die CSU-Begehren in München (1.600 Mio.) und Unterföhring (31 Mio.).
CSU-Fraktionschef Alois Glück Neue Vereinsheime sind durch Bürgerbegehren gefährdet. (Brief an alle bayerischen Vereinsvorsitzenden)	➡	Es gab kein einziges Bürgerbegehren gegen ein Vereinsheim, jedoch drei Bürgerbegehren für die Einrichtung von Bürgerhäusern: Lindau, Peißenberg, Burgkirchen.
Ministerpräsident Stoiber: Das Oktoberfest ist durch Bürgerentscheide gefährdet. (Abendzeitung vom 23.9.1995)	➡	Es hat kein Bürgerbegehren gegen das Oktoberfest stattgefunden.
CSU-Gerneralsekretär Bernd Protzner: Das Aufstellen von Maibäumen und das Läuten von Kirchenglocken ist gefährdet. (Süddeutsche Zeitung vom 1.9.1995)	➡	Es haben keine Bürgerbegehren gegen die Aufstellung von Maibäumen oder das Läuten von Kirchenglocken stattgefunden.
CSU-Landesleitung: Lautstarke Minderheiten könnten sich gegen den Willen der Mehrheit durchsetzen, wenn sich z.B. nur 1% der Wähler am Bürgerentscheid beteiligen. (Abstimmungskampf-Zeitung Die Stimme)	➡	Die durchschnittliche Beteiligung bei Bürgerentscheiden liegt bei 47,9 %.
Bayerischer Gemeindetag: Durch die aufschiebende Wirkung von unzulässigen Bürgerbegehren in Klageverfahren kann die Handlungsfähigkeit der Gemeinden über Jahre blockiert werden.	➡	Dieser Fall ist nirgends eingetreten. Unzulässige Bürgerbegehren haben keine aufschiebende Wirkung, es sei denn, diese wird vom Verwaltungsgericht extra beschlossen.
Kommunale Mandatsträger werden demotiviert. Es gibt Probleme bei der Kandidatengewinnung. (Stellungnahme des Bayer. Gemeindetages vom 21.7.1995)	➡	Bei der Kommunalwahl im März 1996 wurden alle Plätze belegt.

nicht, da es aufgrund des erfolgreichen Bürgerbegehrens zu einem Konsens zwischen allen Parteien kam. Dieser Kompromiß wurde innerhalb des KOMM kontrovers diskutiert und Ende November schließlich für nicht tragbar befunden. Die CSU-Stadtratsfraktion kündigte daraufhin die Verträge mit dem KOMM. Für das Jugendzentrum bedeutet dies die Schließung - sofern nicht doch noch eine Einigung erzielt wird.

Gleichzeitig mit dem KOMM-Begehren begannen der Bund Naturschutz, die SPD und die Grünen für ein weiteres Bürgerbegehren Unterschriften zu sammeln: Gegen den Weiterbau der Bundesstraße 2a im Rednitztal. Hier läuft die Unterschriftensammlung zäher; ob die notwendigen 18.000 Unterschriften zusammenkommen, ist bei Redaktionsschluß noch ungewiß.

Ein weiteres Bürgerbegehren ist schon in Planung: für einen Stopp des Flughafenausbaus.

Albertshofen: Soziale Selbstregulation funktioniert

Am 17. Dezember 1995 entschieden sich die Bürger im unterfränkischen Albertshofen gegen den Bau einer 6 Millionen Mark teuren Main-Brücke. Die Mehrheit war mit nur 10 Stimmen hauchdünn. Die Verlierer, die örtliche CSU, wollten das nicht akzeptieren und begannen sofort, Unterschriften für ein neues Bürgerbegehren zu sammeln. Vielleicht würden sie ja das nächste Mal 10 Stimmen mehr erhalten. Die Unterschriften kamen zusammen und wurden bei der Gemeinde eingereicht.

Damit war die Verunsicherung perfekt. Wie viele Bürgerentscheide würden auf diese Weise nacheinander stattfinden? Sollte das jetzt bei jedem Bürgerentscheid so ablaufen? Ein Albertshofener Bürger sagte uns am Telefon, daß er nach dem zehnten Brücken-Bürgerentscheid UNO-Blauhelme einfliegen lassen wolle.

Es ging aber ganz anders aus. Die schlechten Verlierer, die das Ergebnis nicht akzeptieren wollten, bekamen in ihrer Gemeinde solchen moralischen Druck, daß sie letztendlich das Begehren wieder zurückzogen. In diesem Punkt kann man sich also auf die soziale Selbstregulation der Gesellschaft verlassen. Zusätzliche Klauseln im Gesetz, die einen nochmaligen Bürgerentscheid verhindern, sind unnötig.

Im übrigen gab es nie wieder ein Bürgerbegehren nach einem verlorenen Bürgerentscheid. Dies war nur eine Anfangsepisode des bayerischen Bürgerentscheids, die ohne Nachahmung blieb.

Bernau: Strategen haben keinen Erfolg

Im Kampf um den Wählerwillen traten auch Strategen auf, die glaubten, sich durch Verfahrenstricks einen Vorteil verschaffen zu können. Besonders erfolgreich waren diese Versuche bislang nicht.
Im oberbayerischen Bernau wandte sich ein Bürgerbegehren gegen den Neubau eines Dorfzentrums samt Rathaus. Der Bürgermeister befürchtete, daß die Mehrheit der Bernauer diesem Bürgerbegehren zustimmen würde. Also brachte er den Gemeinderat dazu, ein eigenes Anliegen mit zur Abstimmung vorzulegen. Hierbei ging es nun nicht mehr nur um das Dorfzentrum, sondern gleichzeitig um andere Baumaßnahmen, gegen die niemand Einwände hatte. Er versuchte also, die Bürger zu erpressen: Wenn Ihr gegen das Dorfzentrum stimmt, dann machen wir auch nichts mit dem Friedhof! Beides hatte miteinander nichts zu tun. Die Bürger gingen aber auf diesen Erpressungsversuch nicht ein und lehnten das Ratsbegehren am 21. April 1996 mit 56% ab.

München: Bürgerentscheide bringen politische Versäumnisse ans Tageslicht

Mit einem hauchdünnen Vorsprung (50,4%) setzten sich am 23. Juni 1996 die Befürworter von drei Auto-Tunnels am Mittleren Ring durch.

Anfang 1996 waren nach Meinungsumfragen fast 65% der Münchner für die Tunnelbauten. Nach wochenlangen Diskussionen schrumpfte der Vorsprung drastisch zusammen.

Zum Meinungswandel in der Bevölkerung trug sicherlich bei, daß die Tunnelgegner ankündigten, wegen der teuren Tunnels müßte bei Kindergärten, Seniorenheimen und beim öffentlichen Nahverkehr gekürzt werden. Letztlich ist das nicht eingetreten, da der Münchner Stadtrat zur Tunnelfinanzierung die Gewerbesteuer erhöht hat.

Der Münchner Tunnel-Bürgerentscheid war kein Triumph der Autofahrer, sondern brachte vor allem ans Licht, daß die rot-grüne Stadtratsmehrheit versäumt hatte, eine alternative Verkehrspolitik zu entwickeln. Die Tunnelbefürworter agierten schon seit Jahrzehnten. Eine öffentliche Gegenposition war nicht zu finden. Das rot-grüne Stadtratsbündnis hatte zwar den Bau des Petuel-Tunnels 1990 noch in letzter Minute gestoppt, in der Bevölkerung aber kaum dafür geworben. Selbst die SPD-Basis ist noch heute gespalten. Eine plausible Lösung, wie der Autoverkehr reduziert oder wie mit ihm umgegangen werden kann, wurde von Rot-Grün nur ungenügend entwickelt.
Das Ergebnis des Bürgerentscheids war also hausgemacht. Und das ist das Gute an der Direkten Demokratie: politische Versäumnisse kommen ans Tageslicht.

Bollwerk der Bürokraten

Im ersten Jahr des bayerischen Bürgerentscheids wurden 65 Bürgerbegehren von Gemeinderäten für rechtlich unzulässig erklärt, in ungefähr der Hälfte der Fälle aus zweifelhaften Gründen. Die Rechtsprüfung wurde leider von einigen Gemeinderäten zu politischen Zwekken mißbraucht. Aus Angst vor der öffentlichen Diskussion vor einem Bürgerentscheid erklärten sie das Bürgerbegehren lieber für unzulässig - in der Hoffnung, daß die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht mehr die Energie hätten, die Unterschriften neu zu sammeln oder das finanzielle Risiko eines Gerichtsverfahrens einzugehen.

Eine unrühmliche Rolle spielte hierbei der Bayerische Gemeindetag, die Vereinigung der Bürgermeister der kleineren Gemeinden. Der Gemeindetagsjurist, Dr. Johann Keller, beantwortete im ersten Jahr des Bürgerentscheids über 50 Anfragen. In zwei Dritteln der Fälle wurde „Unzulässigkeit" bescheinigt. Dabei legte er das Bürgerentscheidsgesetz zum Teil willkürlich zur Verhinderung von Bürgerentscheiden aus.

Zum Beispiel wurde in Forstern im Landkreis Erding, einer Gemeinde mit 2262 Einwohnern, mit Hilfe des Gemeindetages ein Begehren gekippt. Die drei Vertreter der Initiative waren auf dem Flugblatt nur namentlich, nicht jedoch mit ihren Adressen aufgeführt. Es könne nicht unbedingt angenommen werden, daß die drei mit den in der Gemeinde wohnenden Personen gleichen Namens identisch seien, begründete der Bayerische Gemeindetag.

Keller vertritt zudem die Meinung, daß Bürgerbegehren nicht durch Änderungen „geheilt", also zulässig werden können. Dies führt zu der Ansicht, daß ein teilweise unzulässiges Begehren ganz unzulässig ist, auch wenn der zulässige Teil sinnvoll fortgeführt werden könnte.

Etwa die Hälfte der unzulässigen Bürgerbegehren hätte durch kleine Änderungen oder Präzisierungen geheilt werden können. Ein Beispiel: In Bad Berneck im Fichtelgebirge wurde im Oktober 1996 ein Bürgerbegehren mit folgender Fragestellung für unzulässig erklärt: „Sind Sie für die Aufhebung des Bebauungsplans, der vorsieht, die Bundesstraße 303 auf das ehemalige Bahnhofsgelände in Bad Berneck zu verlegen?" Der Gemeinderat wies zu Recht darauf hin, daß vor der Aufhebung eines Bebauungsplanes nach dem Baugesetzbuch ein Anhörungs- und Abwägungsverfahren stattfinden muß. Deshalb hätte er das Bürgerbegehren aber nicht für unzulässig erklären müssen, sondern der Gemeinderat hätte eine Änderung vorschlagen können. Zum Beispiel: „Sind Sie für die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans ...?" Die Initiatoren des Begehrens wären damit sicherlich einverstanden gewesen.

Die Bürger sind keine Verwaltungsjuristen, und die Verwaltung ist dazu da, den Bürgern zu helfen. Der Jurist Bayerische Gemeindetag sieht das anders. Eine „Heilungsmöglichkeit" gäbe es nicht einmal dann, wenn auf der Unterschriftenliste die Vertreter des Begehrens zu einer Änderung ermächtigt werden!

Das alles sei natürlich nur „objektive Rechtsberatung", wie der Gemeindetagsjursit Keller auf einer Anhörung zum einjährigen Jubiläum des bayerischen Bürgerentscheids im Münchner Landtag sagte.

Dieses Bollwerk der Bürokraten zeigt aber nur die eine Seite der Wirklichkeit. In vielen Gemeinden läuft es freundlicher ab. Zunehmend wird das Recht auf Bürgerbegehren als normales demokratisches Recht angesehen. Die Initiatoren von Bürgerbegehren sind auch nicht machtlos. Man kann sich im Vorfeld beraten lassen (z.B. von „Mehr Demokratie e.V.") und dadurch Fehler vermeiden, man kann ein unzulässiges Begehren neu formulieren, und man kann vor das Verwaltungsgericht gehen. Vor Gericht haben die Initiatoren von Bürgerbegehren schon einige Erfolge erstritten.

Anwendung des Gesetzes hat sich eingespielt

Nachdem am 1. November 1995 das neue Gesetz inKraft getreten war, riefen unzählige Bürgerinitiativen bei uns an und wollten wissen, was sie jetzt konkret tun müßten: Wie formuliert man eine Fragestellung? Wie muß die Unterschriftenliste aussehen? etc. Auch auf seiten der Gemeindeverwaltungen und Landratsämter ergaben sich eine Reihe von Fragen. Die Verwaltungen hatten sich bislang mit dem neuen Gesetz im Detail kaum beschäftigt.

Wir erstellten ein „Merkblatt zur Durchführung von Bürgerbegehren", das weit verbreitet wurde. Durch individuelle Beratung konnten wir innerhalb von einem Jahr rund 150 Bürgerbegehren helfen.

Der Nürnberger Rechtsreferent Frommer gab den Gemeindeverwaltungen das Tempo an, indem er schon im November 1995 eine kommunale Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren vorlegte. In dieser wurden verwaltungstechnische Fragen geregelt, die unser Bürgerentscheidsgesetz offenließ. Da wir die Gemeindeautonomie sehr schätzen, hatten wir im Bürgerentscheidsgesetz keine Ermächtigung des Innenministeriums zum Erlaß einer Durchführungsverordnung aufgenommen. Die konkrete Durchführung kann vor Ort besser geregelt werden. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Satzungsentwürfen, auch wir haben zwei erstellt. Manche Gemeinden suchen sich nun aus den verschiedenen Entwürfen das in ihren Augen Sinnvolle heraus. Andere Gemeinden regeln gar nichts, sondern führen den Bürger-

entscheid einfach durch. Durch diesen Freiraum wurde ein gewisses Maß an Kreativität freigesetzt. In Nürnberg werden z.B. zur Kostensenkung die Unterschriften von eingereichten Bürgerbegehren ab einer bestimmten Menge nur noch in Stichproben geprüft.

Im Dezember 1995 fand ein Spitzengespräch zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, dem Innenministerium und uns statt. Ziel des Gespräches war, sich über die Feinheiten des Gesetzes anhand eines umfangreichen Fragenkataloges zu verständigen. Erfreulicherweise konnte bei über 90% der angesprochenen Fragen Einigkeit erzielt werden. Die meisten Konflikte hatten wir mit dem Bayerischen Gemeindetag, der das Gesetz sehr restriktiv auslegen wollte. Das Innenministerium koordinierte das Gespräch. Die zuständigen Beamten in der dortigen Kommunalabteilung sind sachorientiert und aufgeschlossen. Hier ist besonders Dr. Cornelius Thum zu erwähnen, der 1996 auch einen Kommentar zum bayerischen Bürgerentscheid herausgegeben hat.

Etwas unfair verhielten sich der Staatssekretär Regensburger und die Pressestelle des Innenministeriums. Die Besprechung mit uns verlief freundlich, gemeinsam hatten wir alle offenen Fragen geklärt. Gegenüber der Presse stellte das Innenministerium das Gespräch ganz anders dar. Es gebe über 140 ungeklärte Fragen, Lücken im Gesetz etc. Wir waren etwas irritiert.

Politische Kultur im Wandel!

Die Früchte des Erfolgs von „Mehr Demokratie in Bayern" werden wir noch über Jahrzehnte ernten können. Und die Ernte wird immer größer werden. Dies bedeutet eine Umwandlung unserer politischen Kultur, unseres Zusammenlebens als Bürger. Wir bewegen uns weg von einer passiven Zuschauer- und Motzdemokratie, hin zur einer verantworteten Teilnehmerdemokratie.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern gibt es jetzt weniger Ohnmachtsgefühle, das kann man überall in Bayern spüren. Denn mit dem Bürgerentscheid läßt sich tatsächlich etwas bewegen, auch wenn man die Gemeinderatsmehrheit nicht hinter sich hat. Mit jedem Bürgerentscheid wird das bürgerliche Selbstbewußtsein gestärkt, die Empfindung, als Bürger ein Akteur der Politik und nicht nur Objekt und Zuschauer zu sein, kann wachsen.

Durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wird der Ort der Politik aus den Gemeinderäten in die Bevölkerung verlagert. Vor den Bürgerentscheiden finden in den Gemeinden breite Diskussionen statt. Zum Beispiel nahmen an manchen Bürgerversammlungen im Vorfeld einer Abstimmung bis zu 500 Personen teil.

Auch bei den Kommunalpolitikern ist ein Wandel zu einem kommunikativeren politischen Stil sichtbar. Es reicht jetzt nicht mehr, die Mehrheit im Gemeinderat zu haben. Man muß auch die Bürgerinnen und Bürger von den eigenen Vorschlägen überzeugen. Wer nicht überzeugt, muß damit rechnen, durch ein Bürgerbegehren korrigiert zu werden. Statt bloßer Machtausübung ist jetzt von den Politikern Überzeugungsarbeit und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gefordert.

Fazit: Bayern ist lebenswerter geworden!

Bayern ist durch den Bürgerentscheid lebenswerter geworden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein großes Stück politischer Freiheit hinzugewonnen. Der Freistaat ist ein Stück freier geworden.

Bürgerentscheide in Bayern (1.11.1995-1.11.1996)

Datum	Ort	Gegenstand	Ja	Nein	Beteil. (in%)	Ergebnis
10.12.95	Gde. Waldsassen, Lkr TIR	Für Ortsverbindungsstraße	41	59	59,5	Abgelehnt
10.12.95	Gde. Waldsassen, Lkr TIR	Für Umgehungsstraße	62	38	59	Angenommen
17.12.95	Gde. Albertshofen, Lkr KT	Gegen Bau einer Brücke zum Nachbarort	50,2	49,2	75	Angenommen
07.01.96	Gde. Fichtelberg, Lkr BT	Für ehrenamtlichen statt hauptamtlichen Bürgermeister	51,9	48,1	66,6	Angenommen
14.01.96	Kr.fr. Stadt Nürnberg	Gegen Bebauung Augustinerhof	68,7	31,3	26,9	Angenommen
28.01.96	Kr.fr. Stadt Augsburg	Für Bau der Walter-(Park-) Garage	37,3	62,8	36,3	Abgelehnt
28.01.96	Gde. Landsberg, Lkr LL	Gegen Hauptplatzumbau	70,1	29,9	50,3	Angenommen
28.01.96	Gde. Eisingen, Lkr WÜ	Gegen Westumgehung (Stellungnahme der Gde.)	90,6	9,4	53,7	Angenommen
28.01.96	Gde. Oberbergkirchen, Lkr MÜH	Für dezentrale Wasserversorgung	96,3	3,7	56,0	Angenommen
28.01.96	Gde. Wallerfing, Lkr DEG	Gegen Fernwasseranschluß - für eigenes Wasser	62,2	37,8	80,7	Angenommen
28.01.96	Gde. Straßlach-Dinghart, Lkr M	Für Kanalbau	30,0	70,0	65,5	Abgelehnt
11.02.96	Gde. Icking, Lkr TÖL	Gegen Bau eines Sportplatzes	55.8	44,2	68,1	Angenommen
11.02.96	Gde. Bad Endorf, Lkr RO	Gegen Ferienprojekt Hapimag in Bad Endorf	70,4	29,6	64,4	Angenommen
11.02.96	Gde. Füssen, Lkr OAL	Gegen neue Musicalhalle „Dream King"	45,2	54,8	54,6	Abgelehnt
11.02.96	Kr.fr. Stadt Passau	Für Erhaltung von zwei Traditions-Schwimmbäder	42,5	57,5	35,6	Abgelehnt
11.02.96	Gde. Schondorf, Lkr LL	Gegen Gewerbegebiet am Hühnerbüchel	62,8	37,3	55,3	Angenommen
25.02.96	Gde. Waltenhausen, Lkr GZ	Gegen geplante Abwasserentsorgung (da zu teuer)	43,3	56,7	54,4	Abgelehnt
25.02.96	Gde. Mauerstetten, Lkr OAL	Gegen Bebauung einer Grünanlage	13	87	65	Abgelehnt
25.02.96	Gde. Schöngeising, LkrFFB	Für Tunnellösung bei Auffahrt B 471	66.8	33,2	71,4	Angenommen
24.03.96	Gde. Hausham, Lkr MB	Offenhaltung eines Bahnübergangs	64,6	35,4	55,7	Angenommen
24.03.96	Gde. Hausham, Lkr MB	Gegen-BE: Schließung Bahnübergang für KFZ-Verkehr	39,6	60,4	55,7	Abgelehnt
24.03.96	Gde. Nagel, Lkr WUN	Gegen Dammbau am Nageler See	43,1	56,9	56,6	Abgelehnt
31.03.96	Gde. Adelsried, Lkr AU	Gewerbegebiet aus Flächennutzungsplan nehmen	44,7	55,3	53,2	Abgelehnt
31.03.96	Gde. Hattenhofen, LkrFFB	Gegen geplanten Standort für Feuerwehrhaus	63,4	36,6	58,9	Angenommen
14.04.96	Gde. Burgkirchen, Lkr AÖ	Alte Schule soll als Bürgerhaus erhalten werden	69,6	30,4	22,0	Angenommen
14.04.96	Gde. Burgkirchen, Lkr AÖ	Alte Schule für Wohnungen und Gewerbe	46,2	53,8	22,0	Abgelehnt
14.04.96	Gde. Röslau, Lkr WUN	Gegen Straßenausbaubeitrag	84,8	15,2	58,5	Angenommen
21.04.96	Gde. Berchtesgaden, Lkr BGL	Für Änderung des Bebauungsplanes Milchkurgarten	38	62	48,8	Abgelehnt
21.04.96	Gde. Bernau/Chiemsee, Lkr RO	Gegen neues Dorfzentrum in Bernau mit Rathaus	59,1	40,9	58	Angenommen
21.04.96	Gde. Bernau, Lkr RO	Für Dorfsanierung	43,7	56,3	58	Abgelehnt
21.04.96	Gde. Estenfeld, Lkr WÜ	Stopp der Planung „Entlastungsstraße-West Teil I und II"	69,3	30,7	57,2	Angenommen
21.04.96	Gde. Nersingen, Lkr NU	Umgehungsstraße	18	81	50,9	Abgelehnt
21.04.96	Gde. Obernburg, Lkr MIL	Gegen Bau der Abfahrt Nord	69,3	30,7	52,3	Angenommen
21.04.96	Gde. Strullendorf, Lkr BA	Gegen Schulhausneubau, für Sanierung + Erweiterung	68,1	31,9	39,3	Angenommen
21.04.96	Gde. Oberammergau, Lkr GAP	Text/Musik-Konzept für Passionsspiele	74,3	25,7	49,9	Angenommen
21.04.96	Gde. Stephanskirchen, Lkr RO	Gegen Straßensperrung	64	36	42	Angenommen
21.04.96	Gde. Bellenberg, Lkr NU	Gegen Rathausbau	72,8	26,2	61,8	Angenommen
21.04.96	Gde. Estenfeld, Lkr WÜ	Gegen-BE: Für Entlastungsstraße West	36,2	63,0	57,2	Abgelehnt
21.04.96	Gde. Burglengenfeld, Lkr SAD	Gegen Schulhausauslagerung	32,2	67,8	31,3	Angenommen
21.04.96	Gde. Attenhofen, Lkr MÜH	Kindergartenbau	15,9	84,1	59,4	Abgelehnt
21.04.96	Gde.Frauenau, Lkr REG	Gegen Erweiterung Nationalpark Bayerischer Wald	73	27	48,8	Angenommen
28.04.96	Landkreis Nürnberg-Land	Für Erhalt der dezentralen Geburtenstationen	52,6	47,4	25,3	Angenommen
28.04.96	Gde. Hersbruck, Lkr LAU	Gegen Bau eines Managerzentrums mit Hotel	43,1	56,9	41,8	Abgelehnt
28.04.96	Gde. Krailling, Lkr M	Gegen Gewerbegebiet auf ehem. Kasernengelände	43,2	56,8	53,8	Abgelehnt
28.04.96	Gde. Krailling, Lkr M	Für Gewerbegebiet auf ehemaligem Kasernengelände	57,5	42,5	53,8	Angenommen
12.05.96	Gde. Mühldorf am Inn, Lkr MÜH	Gegen Bebauungsplan für Globus-Einkaufszentrum	19,2	80,8	56,0	Abgelehnt
12.05.96	Kr.fr. Stadt Fürth	Stopp Privatisierung und Müllimport nach Fürth	46,3	53,7	28,2	Abgelehnt
12.05.96	Gde. Zell, Lkr WÜ	Gegen Bebauungsplan „Eli-Süd/Küsterberg"	50,0	50,0	48,9	Abgelehnt
12.05.96	Gde. Erkheim, Lkr UA	Für Erstellung einer Verkehrsplanungskonzepts	Angaben fehlen			Angenommen
19.05.96	Gde. Bernbeuren, Lkr WM	Verkehrsberuhigung	16,7	83,3	39,6	Abgelehnt
19.05.96	Gde. Unterföhring, Lkr MÜ N	Für Tunnel bei Ausbau der S-Bahn statt „tiefer Trog"	56	44	51	Angenommen
09.06.96	Gde. Lindberg, Lkr REG	Gegen Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald	83,7	16,3	51,5	Angenommen
16.06.96	Landkreis Donau-Ries	Für gewichtsbezogene Berechnung der Müllgebühren	27,9	72,1	29,4	Abgelehnt
16.06.96	Landkreis Donau-Ries	Für 40-Liter-Mülltonne, Müllgebühren nach Gefäßgröße	70,3	29,7	29,41	Angenommen
16.06.96	Landkreis Dillingen	Für gewichtsbezogene Berechnung der Müllgebühren	16,1	83,9	34,8	Abgelehnt

Datum	Ort	Gegenstand	Ja	Nein	Beteil. (in%)	Ergebnis
23.06.96	Kr.fr. Stadt München	Für 3 Tunnels am Petuelring	55,0	44,0	32,0	Ja in Stichfrage
23.06.96	Kr.fr. Stadt München	Gegen 3 neue Tunnels, für soziale Maßnahmen	59,7	40,3	32,0	Nein in Stichfrage
23.06.96	Gde. Buckenhof, Lkr ERL	Eckwerte für Bebauungsplan festlegen	56,9	43,1	57,8	Angenommen
23.06.96	Gde. Marktredwitz, Lkr WUN	Für Einrichtung einer Fußgängerzone	54,2	45,8	37,8	Angenommen
23.06.96	Gde. Kienberg, Lkr TS	Für Aufhebung der Bauplanänderung „Unterwirt"	47,0	53,0	45,8	Abgelehnt
30.06.96	Landkreis Unterallgäu	Bürgerbegehren: Für mehrere dezentrale Biogasanlagen	36,7	63,3	17,3	Abgelehnt
30.06.96	Landkreis Unterallgäu	Ratsbegehren: Für eine Vergärungsanlage	69,3	30,7	17,3	Angenommen
30.06.96	Gde. Blaichach, Lkr OAG	Gegen Bebauungsplan	44,2	55,8	37,7	Abgelehnt
07.07.96	Gde. Amerang, Lkr RO	Gegen die Bebauung des Schloßfeldes	32,7	67,3	66,0	Abgelehnt
07.07.96	Gde. Vohenstrauß, Lkr WEN	Neuer Kindergarten soll gebaut werden	16,2	83,8	46,6	Abgelehnt
14.07.96	Gde. Niedernberg Lkr MIL	Verhinderung eines Hotels am See	44,7	55,3	50,8	Abgelehnt
14.07.96	Gde. Baierbrunn, Lkr MÜN	Stopp der Bauarbeiten des Regenwasserkanals	48,3	51,7	56,8	Abgelehnt
14.07.96	Gde. Baierbrunn, Lkr MÜN	Sicherer Schulweg	42,3	57,7	56,8	Abgelehnt
14.07.96	Gde. Vilshofen, Lkr PAS	Gegen Motorboothafen an der Donau	55,7	44,3	42,5	Angenommen
14.07.96	Gde. Bad Neustadt, Lkr NES	Gegen Parkhaus an der Roßmarktstr.	50,5	49,5	32	Nein in Stichfrage
14.07.96	Gde. Bad Neustadt, Lkr NES	Pro Büro mit Parkgarage Roßmarktstr.	61,1	38,9	32	Ja in Stichfrage
21.07.96	Gde. Büchenbach, Lkr RH	Gegen Nordumfahrung	64,8	35,2	50,8	Angenommen
21.07.96	Gde. Aystetten, Lkr AU	Für Kindergartenneubau	51,8	48,2	49,9	Angenommen
21.07.96	Gde. Dingolfing, Lkr DGF	Keine Kostenbeteiligung für Kreisstraße	31,0	69,0	41,8	Abgelehnt
21.07.96	Gde. Aystetten, Lkr AU	Für Erhalt des Biotop Mösle	28,7	71,3	50,0	Abgelehnt
21.07.96	Gde. Aystetten, Lkr AU	Gegen Bebauungsplan	47,8	52,2	50,0	Abgelehnt
21.07.96	Gde. Herzogenaurach, Lkr ERH	Für Erhalt eines alten Freibades	72,4	27,6	38,0	Angenommen
21.07.96	Gde. Edelsfeld, Lkr AM	Austritt der Gemeinde aus Verwaltungsgemeinschaft	85,2	14,8	64,6	Angenommen
27.07.96	Gde. Uffing, Lkr GAP	Für Bau einer Tauchkörper-Kläranlage	76,4	23,6	58,2	Angenommen
28.07.96	Gde. Piding, Lkr BGL	Gegen den Bau einer Straßenunterführung	45,1	55,9	48,0	Abgelehnt
28.07.96	Gde. Feucht, Lkr LAU	Nein zur Nordumgehung	35,9	64,1	40,2	Abgelehnt
28.07.96	Gde. Feucht, Lkr LAU	Heumann-Areal als Gewerbe-, nicht als Industriegebiet	19,7	80,4	40,3	Abgelehnt
28.07.96	Gde. Feucht, Lkr LAU	Koppelung von zwei Straßenbauten	68,2	31,8	40	Angenommen
28.07.96	Gde. Schonungen, Lkr SW	Gegen Verlängerung des Steinbruchbetriebs	24,3	75,7	47,2	Abgelehnt
28.07.96	Gde. Schonungen, Lkr SW	Für beschränkte Verlängerung des Schotterabbau	67,4	32,6	47,2	Angenommen
28.07.96	Gde. Lindau, Lkr LIN	Für 3-Generationen-Haus	30,9	69,1	29,7	Abgelehnt
28.07.96	Gde. Lindau, Lkr LIN	Für neue Spielbank am alten Ort	54,0	46,0	29,7	Angenommen
06.08.96	Gde. Fridolfing, Lkr TS	Gegen Verbreiterung einer Gde.straße von 3 auf 4,5 m	49	51	42	Abgelehnt
11.08.96	Gde. Grabenstätt, Lkr TS	Gegen Bebauungsplan Birkenhain	41,2	56,8	28,8	Abgelehnt
15.09.96	Gde. Selb, Lkr WUN	Gegen Neubau eines Feuerwehrgerätehauses	35,4	64,6	33,5	Abgelehnt
22.09.96	Gde. Oberstaufen, Lkr OA	Gegen Bau einer Lagerhalle am Standtrand	80,1	19,9	45,9	Angenommen
22.09.96	Gde. Oberstaufen, Lkr OA	Pro Bau einer Lagerhalle am Standtrand	26,9	73,1	45,9	Abgelehnt
29.09.96	Kr.fr. Stadt Kempten	Bahnhofstraße soll Fußgängerzone bleiben	50,5	49,5	31,3	Angenommen
29.09.96	Kr.fr. Stadt Kempten	Gegen Bahnhofstraße als Fußgängerzone	57,6	42,4	31,3	Angenommen
29.09.96	Gde. Oberammergau, Lkr GAP	Spielleiter der Passionsspiele	45,9	54,1	65,6	Abgelehnt
29.09.96	Gde. Offingen, Lkr GZ	Gegen Rückbau der Straße	44	56	54	Abgelehnt
29.09.96	Gde. Oberammergau, Lkr GAP	Spielleiter der Passionsspiele	58,5	41,5	65,6	Angenommen
06.10.96	Gde. Pöcking, Lkr Sta	Gegen Bebauung von Possenhofen	49,0	51,0	41,0	Abgelehnt
06.10.96	Gde. Weibersbrunn. Lkr AB	Gegen Sanierung des Hallenbads	49,1	50,9	51,6	Abgelehnt
13.10.96	Gde. Bürgstadt, Lkr MIL	Für rechtsmainische Umgehungsstraße	58,7	41,3	75,9	Angenommen
13.10.96	Gde. Bürgstadt, Lkr MIL	Für linksmainische Umgehungsstraße	41,3	58,7	75,7	Abgelehnt
20.10.96	Gde. Mindelheim, Lkr UA	Bürgerbegehren: KFZ-freundlicher Umbau Oberes Tor	50,4	49,6	28,3	Nein in Stichfrage
20.10.96	Gde. Mindelheim, Lkr UA	Ratsbegehren: Verkehrsberuhigung am Oberen Tor	54,0	46,0	28,3	Ja in Stichfrage
27.10.96	Gde. Otterfing, Lkr MB	Für Zuschuß zu Altenheimsanierung	23,5	76,5	44,7	Abgelehnt
27.10.96	Gde. Traunreut. Lkr TS	Gegen Gewerbegebiet Schneckenberg	56,6	43,4	28,4	Angenommen

14. Die Kampagne zur bundesweiten Volksabstimmung

Viele Politiker und große Teile der Parteien vertreten weiterhin die Auffassung, die repräsentativen Demokratie sei etwas Fertiges, etwas, das keiner Veränderung mehr bedürfe.

Dabei stechen die Mängel dieser demokratischen Ordnung ins Auge. Im Streit um Parlamentssitze und Parteienfinanzierung sowie bei der Sicherung politischer Einflußkanäle geraten Politikinhalte immer mehr in den Hintergrund. Die Parteien bemühen sich um ihr Erscheinungsbild und vernachlässigen die Lösung politischer Probleme. Dies wird besonders in Wahlkämpfen deutlich, in denen konkrete Inhalte von Slogans und medienwirksamen Personen verdrängt werden. Nur die bekannten Gesichter der Politiker lassen erkennen, daß es sich nicht um Zigarettenwerbung handelt.

Eine politische Meinungsbildung, die von der Parteienmeinung abweicht, ist nicht erwünscht. Die Bürger/-innen sollen die Arbeitsteilung zwischen sich und den Parteien akzeptieren. Sie sollen alle vier Jahre zur Wahl gehen und die inhaltliche Ausgestaltung der Politik den Parteien überlassen.

Das muß sich ändern. Demokratie muß sich weiterentwickeln, damit sie stabil bleibt.

Gefahren der Machtkonzentration

Die Konzentration der Macht in den Parteien birgt zwei Gefahren: Erstens sind die Inhaber der Entscheidungsgewalt den gesellschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Ausländerfeindlichkeit, Verkehrsinfarkt etc. nicht gewachsen. Zweitens bewirkt die Arbeitsteilung eine politische Kultur, in der die Parteien in immer mehr Bereiche (Medien, Verbände, Bürokratie, Universitäten, Schulen, Vereine etc.) eindringen und die Bevölkerung die Verantwortung für unbewältigte Probleme auf die Parteien schiebt.

Direktdemokratische Entscheidungen beziehen auch die Meinungen und Ideen derer ein, die sich nicht in Parteien organisieren oder die in Einzelfragen von der Parteilinie abweichen. Die Bewältigung drängender Probleme wird wahrscheinlicher, da mehr Menschen an Lösungen arbeiten. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Verantwortung steigt, wenn die Menschen über die Konzepte selbst abstimmen können.

Fehlentwicklungen der repräsentativen Demokratie

Wer zu den Machtträgern auf parteipolitischer Ebene gehört, hat einen starken Einfluß auf die Gesellschaft. Hier treffen sich Menschen, die Lust auf Macht verspüren. Zudem bringt diese Machtstellung in der Politik auch einen finanziellen Vorteil.

Der Drang vieler Einzelpersonen nach finanzieller Absicherung in den Parteien birgt jedoch Selbstläuferprozesse in sich, so daß die Parteien gezwungen sind, an der Macht zu bleiben, damit sie die materiellen Forderungen ihrer Mitglieder erfüllen können.

Parteipolitische Macht beschränkt sich hier nicht auf die Regierungsmehrheit. Die Opposition ist ebenfalls bemüht und dazu in der Lage, für ihre Mitglieder Vorteile zu sichern.

Der Verlust an Politikinhalten geht mit einer parteienfixierten Berichterstattung der Medien einher. Den Medien sind parteiinterne Querelen, Skandale oder das Privatleben der Politiker häufig wichtiger als die Lösung konkreter Probleme. Die Politiker entsprechen dieser Art der Berichterstattung, indem sie bemüht sind, sich medienwirksam in Szene zu setzen. Dieses von parteipolitischem Kalkül bestimmte Medienspektakel verhindert sachorientierte Erörterungen, die zu Problemlösungen beitragen könnten.

Wenn diese Fehlentwicklung der repräsentativen Demokratie in Deutschland fortschreitet, wird sich die mangelnde Problemlösungskompetenz und die daraus resultierende Hilflosigkeit der Parteien verschärfen. Nur die Öffnung des politischen Systems verspricht langfristig einen sachorientierten Umgang mit Problemen und deren Behebung.

Unser Ziel ist daher die bundesweite Volksabstimmung!

Die Erfahrungen mit dem bayerischen Bürgerentscheid stimmen uns sehr zuversichtlich. Sie zeigen, daß die Bürger mitentscheiden wollen und können. Das ist ein wichtiges Signal für die Demokratie in Deutschland. Deshalb haben wir uns ein nächstes großes Ziel gesetzt: die Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene.

Die bundesweite Volksabstimmung soll nach Vorstellungen des dafür gebildeten Arbeitskreises in einem Dreischritt ablaufen. Erst werden 100.000 Unterschriften für einen Gesetzentwurf oder Antrag gesammelt. Mit diesem Volksantrag muß sich dann der Bundestag beschäftigen. So sind die Politiker von Anfang an einbezogen. Lehnt der Bundestag den Volksantrag ab, müssen im Volksbegehren 1 Million Unterschriften gesammelt werden. Wird diese Hürde genommen, findet die Volksabstimmung statt. Es entscheidet die Mehrheit der Abstimmenden.

So könnte die bundesweite Volksabstimmung aussehen:

Start

Volksantrag

Mit 100.000 Unterschriften wird ein Gesetzentwurf oder sonstiger Beschlußantrag dem Bundestag vorgelegt.

Der Bundestag berät und beschließt innerhalb von 6 Monaten über den Vorschlag.

Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, so ist die Initiative berechtigt, ein Volksbegehren einzuleiten.

Volksbegehren

Die Initiative muß 1 Million Unterschriften für ihren Vorschlag sammeln, damit ein Volksbegehren erfolgreich ist.

Vor dem Volksentscheid muß es genügend Zeit für eine ausgewogene öffentliche Diskussion geben. Alle Wahlberechtigten bekommen ein Heft mit den Pro- und Contra-Argumenten.

Der Bundestag kann einen eigenen Entwurf mit zur Volksabstimmung vorlegen.

Volksentscheid

Alle Wahlberechtigten sind aufgerufen, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen. Es entscheidet die Mehrheit der Abstimmenden.

Ziel

Mehr Demokratie durch Volksabstimmung

Wir brauchen auf Bundesebene die Volksabstimmung:

- damit neue Konzepte in der Öffentlichkeit diskutiert werden,
- damit es einen Wettbewerb der Ideen gibt,
- damit die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden und in wichtigen Sachfragen (z.B. europäische Währungsunion, ökologische Steuerreform) mitentscheiden können.

Eine verantwortliche Politik kann nicht von einer kleinen Gruppe getragen werden. Viele Entscheidungen bestimmen das Schicksal dieser und aller kommenden Generationen. Keine Regierung oder Partei kann dafür die Verantwortung allein übernehmen, das können nur alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam. Wir alle tragen schließlich auch die Folgen der politischen Weichenstellungen.

Eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen (IPOS) von 1995 belegt, daß über 70% der Bevölkerung bundesweite Volksabstimmungen haben wollen. Die Unterstützung geht quer über alle Parteigrenzen hinweg, denn der Volksentscheid hat keine politische Farbe. Er ist ein Instrument, das Menschen dazu ermutigt, sich zu engagieren.

Der Volksentscheid hat keine politische Farbe. Er ist ein Instrument für alle Bürgerinnen und Bürger.

Warum haben wir eigentlich keine Volksabstimmung auf Bundesebene?

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 20, daß das Volk die Staatsgewalt in „Wahlen und Abstimmung" ausübt. Obwohl die Verfassung also prinzipiell Volksabstimmungen vorsieht, weigerten sich die regierenden Parteien bislang, Regelungen zur Durchführung von Volksabstimmungen zu beschließen. Zuletzt lehnte im Februar 1993 die Gemeinsame Verfassungskommission mit den Stimmen von CDU/CSU und F.D.P. eine Regelung der Volksabstimmung ab. Bündnis 90/Die Grünen und die SPD hatten damals entsprechende Gesetzentwürfe eingebracht.

Zugleich umging die Regierungskoalition damals einen klaren Verfassungsauftrag. Laut Präambel und Artikel 146 des Grundgesetzes sollte es mit der Deutschen Einheit eine neue Verfassung geben, die vom Volk beschlossen wird. Bis 1989 war dies in den juristischen Kommentaren nachzulesen. Als es dann 1990 überraschend zur Einheit kam, wollten die Regierenden nichts mehr davon wissen. So wurde die gemeinsame Zukunft nicht auf die Grundlage einer von den Bürgerinnen und Bürgern per Volksentscheid beschlossenen Verfassung gestellt.

Die Volksabstimmung ist Sache der Bürger

Kein Mächtiger gibt gerne Macht ab. Deshalb wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Regierenden die Volksabstimmung von sich aus einführen. Es wäre auch schlecht, wenn sie das täten, denn die Regierungsparteien würden Hürden und Klauseln einbauen, die das Beteiligungsinstrument stumpf machten. Das zeigen alle Erfahrungen auf Landesebene.

Die Volksabstimmung ist allein Sache der Bürger. Warum sollten auch die Politiker bestimmen, wieviel wir Bürger zu sagen haben? Das müssen wir schon selbst entscheiden. Ob das Volk die Volksabstimmung will oder nicht, weiß nur das Volk.

In der nun anstehenden Kampagne „Mehr Demokratie in Deutschland" wenden wir uns nicht an die Bonner oder Berliner Regierungsparteien. Wir wenden uns direkt an die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen selbst entscheiden, ob Sie die bundesweite Volksabstimmung wollen oder nicht und wie diese geregelt sein soll.

Sicherlich, das ist ein ungewöhnlicher Ansatz. Normalerweise wendet man sich an Politiker, um etwas zu erreichen. Mehr Demokratie geht dagegen den direkten Weg, denn wir alle, die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam, sind der Souverän des Staates.

Das Ziel der Kampagne: Volksabstimmung über die Volksabstimmung

Das Ziel unserer Kampagne ist also die Durchführung einer ersten bundesweiten Volksabstimmung zur Frage, ob es in Zukunft generell Volksabstimmungen geben soll.

Wie kann es dazu kommen? Wir machen es genauso, wie wir bundesweite Volksabstimmungen geregelt haben wollen. Diese erste Volksabstimmung wird herbeigeführt durch ein Volksbegehren, das von 1 Million Stimmberechtigten unterstützt wird. Da es auf Bundesebene im Moment aber noch keine gesetzliche Grundlage für Volksbegehren gibt, führen wir ein selbstorganisiertes Volksbegehren durch.

Als Souverän des Staates können wir Bürgerinnen und Bürger die demokratischen Spielregeln selbst bestimmen. Die Regierenden geben vor, daß Volksbegehren auf Bundesebene nicht möglich seien und daß sich die Bürger immer an die Politiker wenden müssen, um politisch etwas zu erreichen. So haben die Regierenden bislang ihre zentrale Machtposition in unserem Staat gesichert. Das war aber nur möglich, weil wir Bürger diese Spielregeln einfach akzeptiert haben.

1989 haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgehört, die Spielregeln des SED-Regimes zu akzeptieren. „Wir sind das Volk!" war das Motto dieser großen demokratischen Revolution. Ihr Beispiel zeigt, welche Energien und Freiräume entstehen, wenn sich das Volk eigene Spielregeln gibt.

Um das Ziel der Volksabstimmung zu erreichen, gehen wir den Weg der Volksabstimmung. Unser Weg ist unser Ziel. Dadurch bekommt unsere Kampagne sehr viel politische Kraft, denn wir setzen Tatsachen, an denen niemand vorbeikommt. Die Volksabstimmung existiert schon dadurch, daß wir selbst den Weg der Volksabstimmung gehen. Jeder versteht sofort, was wir wollen - nämlich eine gesetzliche Regelung für das, was wir im Moment gerade tun.

Die Rechtsgrundlage dieser ersten Volksabstimmung

Bei diesen Überlegungen halten Skeptiker entgegen: „Euer selbstorganisiertes Volksbegehren hat keine Rechtsgrundlage, deshalb wird es zu keiner Volksabstimmung über die Volksabstimmung kommen."

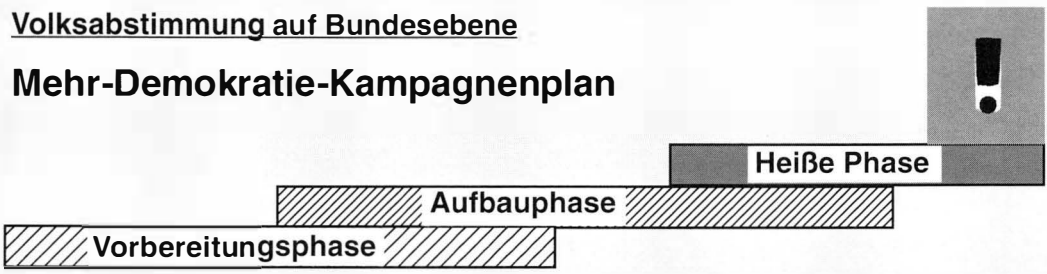
Sicherlich, ohne Rechtsgrundlage werden die Gemeinde- und Stadtverwaltungen weder Abstimmungsbenachrichtigungen versenden noch Stimmlokale einrichten. Damit die erste Volksabstimmung stattfindet, bedarf es also eines Beschlusses des Bundestages.

Dieses Problem haben wir in unserer Kampagne berücksichtigt. Denn durch die Kampagne schaffen wir eine politische Situation, in der sich

Stand: Nov. 1996

Volksabstimmung auf Bundesebene

Mehr-Demokratie-Kampagnenplan



(Die Zeitangaben können sich je nach Kampagnendynamik verschieben.)

Vorbereitungsphase

Hauptziel:

Schaffung der organisatorischen Grundlage und Vorbereitung der öffentlichen Diskussion.

Einzelziele:

- Gesetzentwurf zur Regelung der bundesweiten Volksabstimmung erstellen.
- Landesverbände gründen, die regionale Aktivitäten organisieren.
- Zehn regionale Mehr-Demokratie-Büros aufbauen, denn nur so ist eine flächendeckende Kampagnenorganisation möglich.
- 10.000 Mitglieder gewinnen, damit die laufenden Aktivitäten und Büros finanziert werden können.
- bundesweite Kontakte mit Verbänden, Parteien und Wissenschaft als Ausgangspunkt für ein großes Demokratienetz knüpfen .
- Bürgerbegehren in Gemeinden und Kreisen beraten. Je mehr die Direkte Demokratie dort alltäglich wird, um so größer wird das Verständnis für die Volksabstimmung auf Bundesebene.
- Presse regelmäßig informieren.

Aufbauphase

Hauptziel:

Aufbau eines großen Demokratie-Netzwerkes und Zuspitzung der öffentlichen Diskussion.

Einzelziele:

- Örtliche Aktionskreise gründen, die Träger der örtlichen Aktivitäten sind.
- Bundesweites Aktionsbündnis mit Verbänden, Vereinen und Parteien aufbauen, denn eine überparteiliche Bündelung aller Kräfte ist für den Erfolg der Kampagne notwendig.
- Volksabstimmungen in einigen Bundesländern zur Verbesserung der Volksabstimmungen auf Landes- und Gemeindeebene einleiten - zum Beispiel in Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Bayern.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden, ob sie mehr mitbestimmen wollen.

Heiße Phase

Hauptziel:

Herbeiführung einer Volksabstimmung über die Volksabstimmung auf Bundesebene.

Einzelziele:

- Selbstorganisierter Volksantrag: (100.000 Unterschriften), um den Bundestag mit unserem Gesetzentwurf für die Volksabstimmung auf Bundesebene zu befassen.
- Selbstorganisiertes Volksbegehren (1 Mio. Unterschriften), um eine Volksabstimmung über die Volksabstimmung zu erreichen.
- Landesweite Volksabstimmungen z.B. in Schleswig-Holstein und Brandenburg über unseren Gesetzentwurf zur bundesweiten Volksabstimmung, um einen möglichen letzten Widerstand der Regierungsparteien gegen die bundesweite Volksabstimmung über die Volksabstimmung zu brechen.
- Bundesweite Volksabstimmung über die Volksabstimmung, damit die Bürgerinnen und Bürger selbst über die Einführung der Volksabstimmung entscheiden können.

die Politiker nicht mehr gegen den Willen ihrer Wählerinnen und Wähler stemmen können. Unter dem öffentlichen Druck einer Million Bürgerinnen und Bürger wird der Bundestag die Durchführung dieser ersten denkwürdigen Volksabstimmung beschließen.

Rechtlich gesehen gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder beschließen Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit ein verfassungsänderndes Gesetz zur Durchführung dieser ersten Volksabstimmung. In diesem Fall wäre das Ergebnis der Volksabstimmung direkt rechtswirksam und die entsprechende Regelung in unser Grundgesetz würde eingefügt werden. Es wäre aber auch möglich, daß eine einfache Bundestagsmehrheit dieser ersten Volksabstimmung den Charakter einer Volksbefragung gibt. In diesem zweiten Fall wäre das Abstimmungsergebnis nicht direkt rechtsgültig, sondern müßte durch Bundestag und Bundesrat in einem nachfolgenden zweiten Schritt noch einmal beschlossen werden.

Wir bereiten unsere Kampagne so gründlich vor, daß sie erfolgreich ist. Fünf bis zehn Jahre wird sie je nach Kampagnendynamik dauern. In Bayern liefen die Vorbereitungen über drei Jahre, ein bundesweiter Erfolg ist schwieriger zu organisieren. Wir haben daher den Weg zur bundesweiten Volksabstimmung in drei Phasen gegliedert (siehe Kampagnenplan eien Seite zuvor).

Die Vorbereitungsphase

In der ersten Phase, der sogenannten Vorbereitungsphase, schaffen wir die Grundlage für das selbstorganisierte Volksbegehren. Landesverbände und Regionalbüros müssen aufgebaut und mindestens 10.000 Mitglieder gewonnen werden, damit wir diese Organisationsstruktur finanzieren können. Wir knüpfen also ein erstes Demokratienetz. Gleichzeitig werden die Verfasser von Bürgerbegehren in Gemeinden und Kreisen beraten, und die Presse wird regelmäßig informiert. In der Vorbereitungsphase erstellen wir auch unseren Gesetzentwurf zur Regelung der bundesweiten Volksabstimmung.

Die Aufbauphase

Die zweite Phase ist die sogenannten Aufbauphase. Mitglieder und Aktive gründen lokale Aktionskreise und gewinnen unterstützende Verbände und Parteien. Das Demokratienetz wird engmaschiger.

Gleichzeitig finden in einzelnen Bundesländern landesweite Volksbegehren zur Verbesserung des Rechts auf Volksabstimmung auf Landes- und Gemeindeebene statt. Solche Volksbegehren sind z.B. für Hamburg, Berlin und Niedersachsen geplant. In Bayern wollen wir das Volks-

begehren „Faire Volksentscheide", das vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof 1994 in der „schwarzen Novemberwoche" (siehe Kapitel 5) gekippt wurde,neu starten.

Diese Volksbegehren sind für die einzelnen Länder sehr wichtig. Sie sind aber auch Pilotprojekte für die bundesweite Volksabstimmung, ein Nährboden für unsere Kampagne. Dadurch wird das Prinzip der Volksabstimmung über die Volksabstimmung erlebbar. Die öffentliche Diskussion spitzt sich zu. Es bildet sich jeweils ein dichtes Netz von eingearbeiteten Aktiven.

Die heiße Phase: Ein Szenario

In der heißen Phase führt das Demokratienetz die erste bundesweite Volksabstimmung zur Einführung der Volksabstimmung herbei. Diese heiße Phase ist auch die kritische Phase. Wie sie genau ablaufen wird, kann heute noch niemand vorhersehen. Zu viele Faktoren sind unbekannt. Im folgenden eines der denkbaren Szenarien, damit Sie sich die heiße Phase vorstellen können. Dabei gehen wir davon aus, daß CDU und CSU an der Regierung bleiben oder sind.

• Zu Beginn der heißen Phase ist eine breite öffentliche Diskussion über Direkte Demokratie bereits in Gang. In den Bundesländern und Gemeinden haben die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren Erfahrungen mit Volksabstimmungen gesammelt. Gleichzeitig besteht ein dichtes De-

Die Grundgedanken der Kampagne

1. Wir wenden uns nicht an die Bonner Regierungsparteien. Wir wenden uns direkt an die Bürgerinnen und Bürger.

2. Als Souverän des Staates können die Bürgerinnen und Bürger die demokratischen Spielregeln selbst bestimmen.

3. Die Volksabstimmung existiert schon dadurch, daß wir selbst den Weg der Volksabstimmung gehen.

4. Durch unser selbstorganisiertes Volksbegehren schaffen wir eine politische Situation, in der der Bundestag die Durchführung der ersten Volksabstimmung über die Volksabstimmung nicht mehr verhindern wird.

5. Wir bereiten die Kampagne so gründlich und langfristig vor, daß sie erfolgreich ist.

6. Das Parlament wird am Entscheidungsprozeß beteiligt. Es kann einen eigenen Gesetzentwurf alternativ zu unserem zur Abstimmung stellen.

7. Die Forderung einer Volksabstimmung über die Volksabstimmung ist das größtmögliche Kampagnendach. Unter diesem können wir auch mit solchen Bündnispartnern zusammenarbeiten, denen unser Gesetzentwurf zu weit geht. Denn es geht darum, daß die Bürger entscheiden können.

mokratienetz aus örtlichen Aktionskreisen und unterstützenden Verbänden. Viele Prominente haben sich für die Kampagne ausgesprochen.

• Wir sammeln 100.000 Unterschriften für einen selbstorganisierten Volksantrag, um so unseren Gesetzentwurf zur Regelung der Volksabstimmung im Bundestag einzureichen. Die Mehrheit im Bundestag lehnt unseren Vorschlag ab. Dadurch nimmt der öffentliche Druck zu. Wir fordern die Regierungsparteien auf, dem Volk zumindest einen „Abfangentwurf" mit höheren Hürden zusammen mit unserem Entwurf zur Entscheidung vorzulegen.

• Da keine Reaktion kommt, starten wir das selbstorganisierte Volksbegehren. In ganz Deutschland werden Unterschriften gesammelt. Die Vertreter der Regierungsparteien verkünden, daß sie sich dem „Druck einer radikalen Minderheit" (dieses Argument hörten wir in Bayern immer wieder von der CSU) nicht beugen wollen. Im Bundestag geht es heiß her. Wir werden nun auch von den konservativen Teilen der SPD, der F.D.P. und einzelnen CDU/CSU-Politikern unterstützt. Diesen gefällt zwar unser Gesetzentwurf nicht, aber unsere Forderung nach einer Volksabstimmung über die Volksabstimmung finden sie richtig. Sie wollen der Bevölkerung einen Gegenentwurf mit zur Entscheidung vorlegen. Der öffentliche Druck nimmt weiter zu. Den Regierungsvertretern fällt es mit jeder Talk-Show und Podiumsdiskussion immer schwerer, zu vertreten, warum man den Bürgerinnen und Bürgern nicht vertrauen kann. Viele Bürgerinnen und Bürger wachen auf und werden aktiv für das Volksbegehren.

• Zeitgleich mit dem selbstorganisierten Volksbegehren initiieren wir in Schleswig-Holstein, Brandenburg und in Bayern ein landesweites Volksbegehren. In diesen Bundesländern sind Volksabstimmungen möglich, mit denen der jeweilige Ministerpräsident aufgefordert wird, unseren Gesetzentwurf und die Forderung nach einer ersten bundesweiten Volksabstimmung im Bundesrat einzubringen. Die landesweiten Volksabstimmungen finden nach erfolgreichen Volksbegehren automatisch statt, auf Bundesebene ist ein Beschluß des Bundestages nötig. Auf Landesebene hingegen kann die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung nur empfohlen und nicht rechtsgültig beschlossen werden. Das ist wiederum nur auf Bundesebene möglich.

• Wir reichen nun mindestens eine Million Unterschriften für das selbstorganisierte bundesweite Volksbegehren im Bundestag ein. Jetzt muß die Volksabstimmung über unseren Gesetzentwurf stattfinden! Währenddessen waren auch die landesweiten Volksbegehren erfolgreich. Der öffentliche Druck wird immer größer.

• Die Regierenden befinden sich in einer verzwickten Lage. Die Einführung der Volksabstimmung ist ein Hauptthema der öffentlichen Diskussion geworden, und die Politiker müssen sich ständig dazu äußern. Doch wie sollen sie ihre ablehnende Haltung begründen, ohne die Bürgerinnen und Bürger zu verärgern, die bei der nächsten Bundestagswahl für sie stimmen sollen? Egal, welche Worte sie wählen, letztlich kommt als Botschaft an, daß sie dem Volk mißtrauen. Alle Versuche, die Vertreter/-innen von „Mehr Demokratie" durch persönliche Angriffe in Mißkredit zu bringen, schlagen fehl, da diese immer freundlich und überzeugend auftreten.

• Im Regierungslager beginnt ein Strategiestreit. Viele sagen, eine weitere Blockadehaltung sei aussichtslos. Statt dessen solle man versuchen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und im Bundestag einfach eine eigene Regelung der Volksabstimmung verabschieden. Nur so könne man die Volksabstimmung über den „Mehr Demokratie"-Entwurf verhindern. Doch in Bundestag und Bundesrat fehlt die notwendige Zweidrittelmehrheit. Nach dem erfolgreichen Volksbegehren können Oppositionsstimmen nur gewonnen werden, wenn der Abfanggesetzentwurf zusammen mit dem Entwurf von „Mehr Demokratie" dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird. „Mehr Demokratie" unterstützt massiv das Einbringen eines Gegenentwurfs. Denn darin stimmen die Regierungsparteien Volksabstimmungen prinzipiell zu, und damit ist klar, daß die Bürger auch darüber entscheiden, wie die Volksabstimmung in Zukunft geregelt sein wird.

• Die Situation spitzt sich immer weiter zu. Denn in Schleswig-Holstein, Brandenburg und Bayern stehen in wenigen Wochen die landesweiten Volksabstimmungen an. Wenn sich hier die Mehrheit der Bürger für eine bundesweite Volksabstimmung über den „Mehr Demokratie"-Entwurf ausspricht, dann ist die bisherige Abwehrargumentation, es handele sich um die Forderung einer „kleinen Minderheit", hinfällig.

• Nach einer dramatischen Klausursitzung verkündet der Bundeskanzler, daß die denkwürdige erste Volksabstimmung über die Volksabstimmung nicht länger behindert wird.

Es kommt zur bundesweiten Volksabstimmung. Der Entwurf von „Mehr Demokratie" wird mit klarer Mehrheit angenommen. In einem Allparteien-Beschluß wird die Änderung des Grundgesetzes von Bundestag und Bundesrat umgesetzt. Ein Triumph der Bürger!

„Mehr Demokratie in Bayern“ Vorstände und Sprecher der regionalen Aktionskreise

Träger des Volksbegehrens war der Verein „Mehr Demokratie in Bayern e.V.“. Er wurde von sehr aktiven Vorständen betreut, die unten aufgelistet sind.

81241	München	Frank Weber
81241	München	Silvia Gauss
81241	München	Brigitte Krenkers
81241	München	Thomas Mayer
87700	Memmingen	Klaus Wassermann
90403	Nürnberg	Dr. Lienhard Barz
90419	Nürnberg	Dirk Mattmüller
91056	Erlangen	Dr. Theo Ebert
91217	Hersbruck	Rolf-Dieter Kuhn

Die Basis für die Arbeit vor Ort bildeten die fast 200 regionalen Aktionskreise. Sie übernahmen die lokale Pressearbeit, organisierten Veranstaltungen und Infostände und verteilten mehrere Millionen Flugblätter. In den Aktionskreisen waren schätzungsweise 10.000 Bürgerinnen und Bürger aktiv für das Volksbegehren. Stellvertretend für alle Aktiven listen wir im folgenden die Sprecherinnen und Sprecher der Aktionskreise. Falls wir jemanden vergessen und nicht vollständig sind, bitten wir dies zu entschuldigen.

(Stand 1. Oktober 1995)

63811	Stockstadt	Rudolf Lang
63863	Eschau	Christine und Evelyn Popp
63864	Glattbach	Jochen Krenz
63897	Miltenberg	Gert Riegel, Armin Mikosch
80803	München	Stefan Schmitt
81241	München	Silvia Gauss
82024	Taufkirchen	Christoph Nadler
82049	Pullach	Klaus Karwat
82054	Sauerlach	Rudolph und Daniel Schnitzenbaumer
82110	Germering	Waltraud Schmidt-Sibeth
82131	Gauting	Wolfgang Killinger, Ulrike Deeg
82166	Gräfelfing	Frank Sommer
82237	Wörthsee	Hermann Schweigert

82299	Türkenfeld	Georg Overbeck
82319	Starnberg	Dr. Hans-Peter Schmid
82347	Bernried	Josef und Gerda Janicek
82362	Weilheim	Erich Schmidt-Eeboom, Familie Drasdo
82377	Penzberg	Norbert Maack
82418	Murnau	Ralf Bues
82467	Garmisch-Partenkirchen	Ulrich Fingerhut, Renate Winkler
82538	Geretsried	Mike Schier
83052	Bruckmühl	Helmut Reitberger
83209	Prien	Helge und Wolfgang Holzer
83224	Grassau	Ingeborg Riefer
83278	Traunstein	Burgi Mörtl-Körner
83395	Freilassing	Margit Rüttinger
83410	Laufen	Agnes Thanbichler
83435	Bad Reichenhall	Frau Rettelbach
83527	Haag	Heide Schmidt-Schuh
83533	Edling	Peter Kammerl
83670	Bad Heilbrunn	Oliver Hinz
83714	Miesbach	Manfred Burger
84028	Landshut	Detlef Urbschat, Sonja Schneider
84061	Ergoldsbach	Albert Langgartner
84088	Neufahrn	Hans Höflsauer
84152	Hüttenkofen	Anton Vetterl
84174	Eching-Berghofen	Franz Reiter
84335	Mitterskirchen	Maximilian Friedrich
84341	Pfarrkirchen	Dr. Peter Häusl
84478	Waldkraiburg	Frau Reiter
84533	Haiming	Evelyn Sommer
84539	Ampfing	Peter Sehorz
84567	Erlbach	Charlotte Unsinn
85049	Ingolstadt	Wilhelm Rein jun.
85072	Eichstätt	Peter Kratzlauer
85137	Watting	Christoph Bittlmayer
85221	Dachau	Peter Heller
85276	Pfaffenhofen	Ulrich Wandersleb-Münst
85354	Freising	Guido Hoyer
85368	Moosburg	Wolfgang Willner
85435	Erding	Gisela Herrmann
85521	Ottobrunn	Familie Fiegert, Familie Semle
85661	Forstinning	Martin John
85716	Unterschleißheim	Harry Reis, Bernd Knatz
85748	Garching	Peter Bergmann
86152	Augsburg	Susanne Hofmann

86316	Friedberg	Hansjörg Krazeisen
86356	Neusäß	Johann Wolfgang Grönninger
86368	Gersthofen	Gertrud Jedelhauser
86420	Diedorf	Christopher Wolf
86488	Breitenthal	Ulrich Kost
86551	Aichach	Bernd Blümlein
86609	Donauwörth	Marianne und Jörg Ach
86633	Neuburg-Donau	Ulrich Mayer
86647	Pfaffenhofen	Josef Hofer
86660	Tapfheim	Hans Drüppel, Gabi Böse
86663	Bäumenheim	Werner Pecher
86675	Buchdorf	Josef Eder
86720	Nördlingen	Arnold Mielich
86807	Buchloe	Rosemarie Blümel, Familie Degenhartl
86916	Kaufering	Dagmar Kammerer
86922	Eresing	Georg Peter Bühler
86971	Peiting	Hans Schütz
87490	Börwang	Walter Hofmann
87509	Immenstadt	Barbara Holzmann
87527	Sonthofen	Josef Herz, Ingrid Fischer
87544	Blaichach	Karl und Ingrid Siebenlist
87561	Oberstdorf	Ralf Dr. Ecke
87616	Marktoberdorf	Axel Maaß, Anita Diebolder
87634	Obergünzburg	Bertram Schneeweiß
87659	Hopferau	Andreas Raab
87669	Rieden a.F.	Hubert Endhardt
87700	Memmingen	Reinhard Forster
87719	Mindelheim	Hellmut Frieder
87769	Oberrieden	Oswald und Herta Auerbacher
88131	Lindau	Matthias Kaiser
88161	Lindenberg	Wolfgang Kinzelmann
89278	Nersingen	Roland Eichmann
89312	Günzburg	Wolfgang Roeske, Angela Schaab
89407	Dillingen	Ulrich Lüttringhaus
89420	Höchstädt	Michael Wirth
89438	Holzheim	Martina Sporer
90427	Nürnberg	Christoph Ernst
90518	Altdorf	Gisela und Walter Mayrhofer
90542	Eckental	Heike Liedtke
90547	Stein	Helga Späth
90556	Cadolzburg	Gudrun Zwanziger-Bleifuß
90587	Obermichelbach	Heidi und Peter Hofmann
90765	Fürth	Mignon Sauer

91056	Erlangen	Olaf Holzapfel
91074	Herzogenaurach	Konrad Eitel
91080	Uttenreuth	Maria Hassler
91126	Schwabach	Heinz Trost, Familie Holluba-Rau
91154	Roth	Angelika Brandstätter, Renate Grädler
91186	Büchenbach	Siglinde Klooß
91275	Auerbach	Bernhard Krieger
91301	Forchheim	Rose Stark
91320	Ebermannstadt	Iris Weiss
91346	Muggendorf	Günter und Christa Wenk
91346	Wiesenttal	Andrea Stegmeyer
91541	Rothenburg	Ingrid Stubbe
91564	Neuendettelsau	Anne Jäger
91710	Gunzenhausen	Rudi Radnai, Angela Schmidt
91781	Weißenburg	Martin Beck
92224	Amberg	Michael Ullmann, Kurt Öller
92256	Hahnbach	Frank Eckstein
92334	Berching	Norbert Finsterer
92369	Sengenthal	Hans Tratz
92421	Schwandorf	Irene Maria Sturm
92449	Steinberg	Lucy Cliett
92708	Mantel	Maria Scharl
93049	Regensburg	Gabriele Vetter
93183	Kallmünz	Gerhard Lachmann
93309	Kelheim	Johanna Werner-Muggendorfer
93346	Ihrlerstein	Karin Prätori
93426	Roding	Gerhard Weiherer
93437	Furth im Wald	Johann u. Elisabeth Pohmer
94051	Hauzenberg	Josef Tiefenböck
94081	Fürstenzell	Ursula Pangratz
94143	Grainet	Hans Madl-Deinhart
94209	Regen	Horst Rösing
94315	Straubing	Familie Primbs, Familie Stauber
94469	Deggendorf	Florian Pronold
94486	Osterhofen	Doris Klinger
95183	Trogen	Alexander Ebert
95236	Stammbach	Ortrun Schödel
95326	Kulmbach	Christian Roid, Familie Zeitler, Axel Dick
95339	Neuenmarkt	Willi Görgen
95444	Bayreuth	Andreas Linsenmeyer, Carsten Scholvien
95466	Weidenberg	Sabine Urban, Raimund Rauch
95615	Marktredwitz	Brigitte Artmann
95666	Mitterteich	Thomas Hiller

95688	Friedenfels	Christian Rauh
95691	Hohenberg	Karl Paulus
96050	Bamberg	Christian Ruppert
96106	Ebern-Fischbach	Brunhilde Giegold
96199	Zapfendorf	Josefine Stober
96260	Weismain	Werner Schardt
96317	Kronach	Ruth Lippert
96450	Coburg	Wolfgang Koch
97070	Würzburg	Tommy Prudlo, Bernhard Goldmann
97204	Höchberg	Robert Ilg
97215	Uffenheim	Uwe Kekeritz
97222	Rimpar	Hans Ullrich
97318	Kitzingen	Herbert Schmidt
97437	Hassfurt	Gerhard Aigner
97437	Sailershausen	Christine Hildebrandt-Gerber
97450	Arnstein-Gänheim	Clemens Ziegler
97478	Knetzgau	Christoph Schneider
97505	Geldersheim	Horst Klement
97616	Bad Neustadt	Lothar Schulz
97618	Leutershausen	Ulli Drescher
97688	Bad Kissingen	Wolfgang Loos
97727	Fuchsstadt	Margit Pfisterer
97753	Karlstadt	Walter Gleichmann
97762	Hammelburg	Hans-Josef Fell
97775	Burgsinn	Klaus Hofmann
97816	Lohr-Pflochsbach	Steffen Heilgenthal

Bürgermeister und Landräte für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern"

102 bayerische Bürgermeister und Landräte sprachen sich öffentlich für das Volksbegehren aus und unterschrieben folgenden Aufruf: „Wir sind dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen in Sachfragen entscheiden können. Wir unterstützen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ‚Mehr Demokratie in Bayern' zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Gemeinden, Städten und Landkreisen."

Unterzeichner/-innen: (Stand: 9.August 1995)

63839	1. Bürgermeister	Klainwallstadt	Karlheinz Bein	SPD
63906	1. Bürgermeister	Erlenbach	Dieter Schütte	SPD
63924	1. Bürgermeister	Kleinheubach	Kurt Schüßler	SPD
80331	Bürgermeisterin	München	Sabine Csampai	B 90/Die Grünen
80331	Oberbürgermeister	München	Christian Ude	SPD
82008	1. Bürgermeister	Unterhaching	Walter Paetzmann	SPD
82054	1. Bürgermeister	Sauerlach	Gerald Bretfeld	SPD
82065	1. Bürgermeisterin	Baierbrunn	Christine Kammermeier	SPD
82110	1. Bürgermeister	Germering	Dr. Peter Braun	SPD
82152	1. Bürgermeister	Planegg	Alfred Pfeiffer	SPD
82178	1. Bürgermeister	Puchheim	Dr. Herbert Kränzlein	SPD
82256	Landrätin	Fürstenfeldbruck	Rosemarie Grützner	SPD
82256	1. Bürgermeisterin	Stadt Fürstenfeldbruck	Eva-Maria Schumacher	SPD
82377	1. Bürgermeister	Penzberg	Kurt Wessner	SPD
82377	2. Bürgermeister	Penzberg	Hans Mummert	SPD
83629	Bürgermeister	Weyarn	Michael Pelzer	SPD
84085	1. Bürgermeister	Langquaid	Josef Bergmann	SPD
84375	1. Bürgermeister	Kirchdorf	Frank Werner	SPD
84489	1. Bürgermeister	Burghausen	Hans Steindl	SPD
85049	Bürgermeister	Ingolstadt	Werner Pößl	SPD
85072	Oberbürgermeister	Eichstätt	Arnulf Neumayer	SPD
85095	1. Bürgermeister	Denkendorf	Alfons Weber	SPD
85098	1. Bürgermeister	Großmehring	Horst Volkmer	Unabhängig
85111	1. Bürgermeister	Adelschlag	Hermann Hochrein	SPD
85117	1. Bürgermeister	Eitensheim	Josef Funk	SPD

85113	1. Bürgermeister	Böhmfeld	Alfred Ostermeier	SPD
85250	1. Bürgermeister	Markt Altomünster	Konrad Wagner	Unabhängig
85386	1. Bürgermeister	Eching	Dr. Rolf Lösch	SPD
85521	1. Bürgermeisterin	Ottobrunn	Prof. Dr. Sabine Kudera	SPD
85540	1. Bürgermeister	Haar	Helmut Dworzak	SPD
85551	1. Bürgermeister	Kirchheim	Heinz Hilger	Unabhängig
85591	1. Bürgermeister	Vaterstetten	Peter Dingler	SPD
85614	1. Bürgermeisterin	Markt Kirchseeon	Ursula Bittner	SPD
86529	1. Bürgermeister	Schrobenhausen	Josef Höllbauer	Unabhängig
86637	1. Bürgermeister	Wertingen	Dietrich Riesebeck	SPD
86949	1. Bürgermeister	Windach	Erwin Kropf	Unabhängig
87493	1. Bürgermeister	Lauben/Heising	Hans Kerber	Unabhängig
89257	1. Bürgermeister	Illertissen	Karl-Heinz Brunner	SPD
89423	1. Bürgermeister	Gundelfingen	Peter Schweizer	SPD
90317	Bürgermeister	Nürnberg	Klaus-Peter Murawski	B 90/ Die Grünen
90403	Oberbürgermeister	Nürnberg	Dr. Peter Schönlein	SPD
90518	1. Bürgermeister	Altdorf b. Nürnb.	Rainer Pohl	SPD
90547	2. Bürgermeister	Stein	Bernhard Gottbehüt	F.D.P.
91052	2. Bürgermeisterin	Erlangen	Gisela Nicklas	SPD
91126	Bürgermeister	Schwabach	Kurt Kestler	SPD
91126	Oberbürgermeister	Schwabach	Hartwig Reimann	SPD
91154	1. Bürgermeister	Roth	Hans Weiß	SPD
91161	1. Bürgermeister	Hilpoltstein	Bernd Beringer	SPD
91413	1. Bürgermeister	Neustadt a. d. A.	Dr. Wolfgang Mück	SPD
91456	1. Bürgermeister	Diespeck	Hans Wiefel	SPD
91459	1. Bürgermeister	Markt Erlbach	Peter Rudolph	SPD
91481	1. Bürgermeisterin	Münchsteinach	Ursula Schenke	Unabhängig
91717	1. Bürgermeister	Wassertrüdingen	Helmut Vogel	SPD
92245	1. Bürgermeister	Kümmersbruck	Richard Gaßner	SPD
92670	1. Bürgermeister	Windischeschenb.	Kurt Döllinger	SPD
93309	1. Bürgermeister	Kelheim	Heinz Reiche	SPD
93345	1. Bürgermeister	Hausen	Franz Petschl	B 90/Die Grünen
93351	1. Bürgermeister	Markt Painten	Willi Dürr	SPD
93466	1. Bürgermeister	Chamerau	Klaus Irrgang	Unabhängig
93471	1. Bürgermeister	Arnbruck	Hermann Brandl	SPD
94140	1. Bürgermeister	Ering	Peter Hoffmann	SPD
94227	1. Bürgermeister	Zwiesel	Alois Feitz	SPD
94253	1. Bürgermeister	Bischofsmais	Josef Pledl	SPD
94264	1. Bürgermeister	Langdorf	Adolf Lippl	SPD
94447	1. Bürgermeister	Plattling	Siegfried Scholz	SPD
94569	1. Bürgermeister	Stephansposching	Jochen Richter	SPD
94577	1. Bürgermeister	Markt Winzer	Ludwig Podolsky	Unabhängig

95028	Oberbürgermeister	Hof	Dieter Döhla	SPD
95100	2. Bürgermeister	Selb	Hans-Joachim Goller	SPD
95100	Oberbürgermeister	Selb	Werner Schürer	SPD
95152	1. Bürgermeister	Selbitz	Klaus Adelt	SPD
95326	Oberbürgermeisterin	Kulmbach	Inge Aures	SPD
95339	1. Bürgermeister	Wirsberg	Hermann Anselstetter	SPD
95349	1. Bürgermeister	Thurnau	Rudi Hofmann	SPD
95500	1. Bürgermeister	Heinersreuth	Arnold Gebelein	Unabhängig
95514	1. Bürgermeister	Neustadt a. Kulm	Karl Pühl	F.D.P.
95706	1. Bürgermeister	Hohenberg	Albrecht Schläger	SPD
96117	1. Bürgermeister	Memmelsdorf	Alfons Scherbaum	Unabhängig
96179	1. Bürgermeister	Markt Rattelsdorf	Gerhard Jäger	SPD
96215	1. Bürgermeister	Lichtenfels	Winfred Bogdahn	SPD
96279	1. Bürgermeister	Weidhausen	Werner Platsch	SPD
96317	2. Bürgermeister	Kronach	Gerhard Senling	
96349	1. Bürgermeister	Markt Steinwiesen	Reinhold Renk	SPD
96364	1. Bürgermeister	Marktrodach	Siegfried Haderlein	SPD
96450	Stellvertr. Landrat	Coburg	Peter Jacobi	F.D.P.
97084	Bürgermeister	Würzburg	Gerhard Franke	SPD
97199	1. Bürgermeister	Ochsenfurt	Peter Wesselowsky	SPD
97215	1. Bürgermeister	Uffenheim	Klaus Weisensee	SPD
97234	1. Bürgermeister	Reichenberg	Walter Dosch	SPD
97246	1. Bürgermeister	Eibelstadt	Heinz Koch	SPD
97258	1. Bürgermeister	Gollhofen	Werner Pfadler	Unabhängig
97261	1. Bürgermeister	Güntersleben	Dr. Josef Ziegler	Unabhängig
97271	1. Bürgermeisterin	Kleinrinderfeld	Eva-Maria Linsenbreder	SPD
97276	1. Bürgermeister	Margetshöchheim	Günter Stock	SPD
97288	1. Bürgermeister	Theilheim	Erhard Endres	SPD
97350	1. Bürgermeister	Mainbernheim	Walter Baunach	SPD
97469	1. Bürgermeister	Gochsheim	Walter Korn	SPD
97505	1. Bürgermeisterin	Geldersheim	Ruth-Hanna Gube	Unabhängig
97525	1. Bürgermeister	Schwebheim	Hans Fischer	SPD
97816	1. Bürgermeister	Lohr	Siegfried Selinger	SPD
97846	1. Bürgermeister	Partenstein	Kurt Kunkel	SPD

Gesamt: 102 Unterzeichner/-innen

Wissenschaftler für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern"

95 WissenschaftlerInnen unterstützten mit dieser Erklärung das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern":

Münchner Manifest

Wir, die Unterzeichner, haben uns wissenschaftlich mit Demokratie und Bürgerbeteiligung beschäftigt.

Wir halten den Bürgerentscheid für ein wichtiges Instrument in der Kommunalpolitik und begrüßen, daß der Bürgerentscheid in Bayern per Volksentscheid eingeführt werden soll. Wir rufen dazu auf, die Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in den anderen Bundesländern sowie der Schweiz und den USA zu berücksichtigen.

Die meisten Bundesländer haben Regelungen über den Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene getroffen. Allerdings sind sie vielfach mit Hürden versehen, durch die Bürgermitbestimmung in der Praxis erheblich erschwert wird.

Die Erfahrungen zeigen: dort, wo es zu einem gültigen Bürgerentscheid kommt, wächst das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an politischen Fragen und damit die Bereitschaft, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Zudem entsteht bereits durch die bloße Existenz einer anwendbaren Regelung eine positive Wirkung: sie hält die Repräsentanten davon ab, über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu entscheiden.

Die Erfahrungen zeigen jedoch auch, daß diese ursprüngliche Verantwortungsbereitschaft in Enttäuschung umschlagen kann, wenn ein Recht auf Bürgerentscheid zwar theoretisch besteht, aufgrund von blokkierenden Regelungen in der Praxis aber scheitert.

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern" hat die Erfahrungen über Bürgerentscheide in den anderen Bundesländern, der Schweiz und den USA sorgfältig ausgewertet. In Bayern besteht nun die Möglichkeit, mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" eine vorbildliche Regelung auf den Weg zu bringen:

• Das Recht auf Bürgerentscheid besteht zu allen wichtigen Themen, ist eindeutig formuliert und wird nicht durch bürokratische Regelungen geschmälert. Zu oft sind in anderen Bundesländern Bürgerentscheide am Ausschlußkatalog und dessen Auslegung gescheitert.

• Beim Bürgerentscheid gilt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Bayerische Verfassung sagt deutlich: „Mehrheit entscheidet" (Art. 2, Abs. 2). Aus diesem Grund gibt es weder beim Volksentscheid auf Landesebene noch bei Wahlen ein Zustimmungsquorum. Konsequenterweise enthält auch der Gesetzentwurf des Volksbegehrens keine derartige 25%-Klausel. In der Praxis anderer Bundesländer hat sich das Zustimmungsquorum nicht bewährt: In Städten ab ca. 50.000 Einwohnern scheitern fast alle Bürgerentscheide an dieser Klausel. Enthaltungen werden faktisch den Neinstimmen zugerechnet.

Ohne ein Zustimmungsquorum müssen sich die Gegner eines anstehenden Bürgerentscheids mit dessen Inhalten auseinandersetzen, argumentieren und eine eigene Anhängerschaft mobilisieren. Das ist der Demokratie angemessener als die Taktik, Stillschweigen über ein Thema zu bewahren und so die Stimmbeteiligung niedrig zu halten.

Die Bürgerinnen und Bürger sind heute mündig genug, um bei wichtigen kommunalen Sachfragen selbst zu entscheiden. Daß Bürgerinnen und Bürger sich per Volksbegehren ihre demokratischen Rechte schrittweise erkämpfen, ist für den bewußten Umgang mit diesen Rechten eine günstige Ausgangsbasis. Wir verstehen deshalb das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" als Schritt zu einer politischen Kultur, in der sich Menschen vor Ort als Handelnde erfahren. Jede und jeder muß die Chance haben, sich an der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu beteiligen. Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" setzt ein wichtiges Signal für die Demokratie in Deutschland.

Unterzeichner/-innen:

Adam, Dr. Armin, Ludwig-Maximilians-Universität München
Alemann, Prof. Dr. Ulrich von, Fernuniversität Hagen
Albrecht, Prof. Dr. Ulrich, Freie Universität Berlin
Altenberger, Prof. Dr. Helmut, Universität Augsburg
Arndt, Prof. Dr. Hartmut, Universität Marburg
Atteslander, Prof. Dr. Peter, Universität Augsburg
Bachmann, Ulrich, vormals: Institut für Föderalismusforschung Hannover
Bahr, Prof. Dr. Egon, Universität Hamburg
Bauer, Prof. Dr. Josef, Universität Bamberg
Bauriedel, Dr. Thea, Institut für politische Psychoanalyse, München
Beck, Prof. Dr. Ulrich, Ludwig-Maximilians-Universität München
Berg-Schlosser, Prof. Dr. Dirk, Universität Marburg
Berger, Dr. jur. Wolfgang, Konstanz
Berger, Manfred, Dillingen a. d. Donau, Ida-Seele-Archiv
Billerbeck, Prof. Dr. Rudolf, Universität Bremen

Brox, Prof. Dr. Norbert, Universität Regensburg
Buro, Prof. Dr. Andreas, Universität Frankfurt am Main
Domke, Dr. Horst, Universität Augsburg
Ebert, Prof. Dr. Theo, Universität Erlangen-Nürnberg
Eichenberger, Dr. Reiner, Universität Zürich
Erne, Roland, Freie Universität Berlin
Evers, Dr. Tilman, Freie Universität Berlin
Faltermaier, Toni, Universität Augsburg
Forndran, Prof. Dr. Erhard, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Geitmann, Prof. Dr. Roland, FH Kehl, Hochschule für öffentl. Verwaltung
Graf, Prof. Dr. Pedro, Fachhochschule München
Gruner, Prof. Dr. Erich, Wabern / Bern, Schweiz
Günther, Dr. Klaus, Universität Bonn
Habermann, Dr. Gerd, Universität Bonn
Häberle, Prof. Dr. Heinz, Umweltakademie Herrsching
Häberle, Brigitte, Umweltakademie Herrsching
Hamm-Brücher, Dr. Hildegard, Staatsministerin a.D.
Helbig, Prof. Dr. Ludwig, Neu-Isenburg
Henrich, Prof. Dr. Dieter, Ludwig-Maximilians-Universität, München
Hoffmann, Prof. Dr. Paul, Universität Bamberg
Honegger, Prof. Dr. H.W., Tehcnische Universität München
Horn, Dr. Herbert, Hannover-Münden, Jurist und Leiter des Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein a.D.
Ipsen, Prof. Dr. Detlev, Gesamthochschule Kassel
Ismayr, Prof. Dr. Wolfgang, Universität Bamberg / TU Dresden
Jacobs, Prof. Dr. Wilhelm, Ludwig-Maximilians-Universität München
Jäckel, Prof. Dr. Hartmut, Freie Universität Berlin
Jakob, Prof. Dr. Wolfgang, Universität Augsburg
Jung, PD Dr. Otmar, Freie Universität Berlin
Kaufmann, Prof. Dr. Arthur Ludwig-Maximilians-Universität, München
König, Prof. Dr. Joachim, Evang. Fachhochschule Nürnberg
Kriesi, Prof. Dr. Hanspeter, Universität Genf
Lachmann, Prof. Dr. Rainer, Universität Bamberg
Lämmermann, Godwin, Universität Augsburg
Langer, Jaroslav, Bonn, Polit. Schriftsteller
Lanzinner, Prof. Dr. Maximil., Universität Passau
Lieberam, Prof. Ekkehard, Leipzig
Lietzmann, Dr. Hans J., Universität der Bundeswehr München
Maier, Dr. Walter, Augsburg
Maus, Prof. Dr. Ingeborg, Universität Frankfurt am Main
Mayer-Tasch, Prof. Dr. Peter Cornelius, Ludwig-Maximilians-Univ. München
Meyer, Prof. Dr. Hans, Universität Frankfurt

Mitulla, Claudia, Universität Augsburg
Narr, Prof. Dr. Wolf Dieter, Freie Universität Berlin
Niclauß, Prof. Dr. Karlheinz, Universität Bonn
Nieschmidt, Prof. Dr. Peter, Fachhochschule München
Obst, Dr. Claus Henning, Düsseldorf
Ostermann, Carl-Dieter, Hamm, Vorsitzender des Ausschusses „Demokratiereform" der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU)
Pfaff, Prof. Dr. Martin, Universität Augsburg
Raschke, Prof. Dr. Joachim, Universität Hamburg
Reinert, Dr. Adrian, Bornheim, Stiftung Mitarbeit
Richter, Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard, Frankfurt, Siegmund-Freud-Institut
Ridder Prof. Dr. Helmut, Justus-Liebig-Universität Gießen
Rosentritt-Brunn, Gisela, Universität Augsburg
Schaffner, Prof. Dr. Martin, Universität Basel, Schweiz
Schiller, Prof. Dr. Theo, Universität Marburg
Schliffka, Herbert, Düsseldorf
Schmidt-Jorzig, Prof. Dr. Edzard, Universität Kiel
Schneider, PD Dr. Norbert, Universität Bamberg
Schöneburg, Prof. Dr. Karl-Heinz, Potsdam
Schönknecht, Gudrun, Universität Augsburg
Schultze, Prof. Dr. Rainer-Olaf, Universität Augsburg
Schulz, Prof. Dr. Winfried, Universität Erlangen-Nürnberg
Staeck, Prof. Dr. Klaus, Universität Heidelberg
Tetzlaff, Prof. Dr. Rainer, Universität Hamburg
Ulich, Prof. Dr. Dieter, Universität Augsburg
Vilmar, Prof. Dr. Fritz, Freie Universität Berlin
Volland, Cordelia, Universität Augsburg
Wasser, Prof. Dr. Hartmut, Pädagog. Hochschule Weingarten
Wehling, Prof. Dr. Hans-Georg, Universität Tübingen
Weyer, Prof. Dr. Reinhold, Universität Bamberg
Wilhelm, Prof. Dr. Jan, Universität Passau
Wolf, Barbara, Universität Augsburg
Zahn, Prof. Dr. Volker, Straubing
Ziemer, Prof. Dr. Klaus, Universität Trier
Zürn, Prof. Dr. Michael, Universität Bremen

Aufruf zur Fairneß! 35 Prominente und Künstler kritisieren Angstmache

Angesichts der Kampagne zum Volksentscheid am 1. Oktober 1995 wandten sich 35 Künstler/-innen und bekannte Persönlichkeiten an die Öffentlichkeit. Sie appellierten mit dem Aufruf zur Fairneß an die politisch Aktiven, „mit einer fairen und sachlichen Diskussion den Bürgerinnen und Bürgern wieder Mut zu machen, sich politisch zu engagieren".

In dem Aufruf heißt es weiter: „Es geht bei diesem Volksentscheid um ein wichtiges, parteiübergreifendes Bürgeranliegen. Deshalb besteht die große Chance, einen fairen und sachlichen Stil in der politischen Auseinandersetzung zu prägen.

Für uns heißt fair und sachlich nicht, daß man versucht, den Bürgerinnen und Bürgern Angst vor sich selbst, Angst vor ihren eigenen Entscheidungen zu machen."

Unterzeichner des Aufrufs zur Fairneß:

Amery, Carl (Schriftsteller)
Alt, Franz (Journalist),
von Arnim, Prof. Dr. Hans Herbert (Staatsrechtler)
Arnold, Dr. Hans (Publizist, Botschafter a.D.)
Baumann, Beatrix (PR-Fachfrau)
Berger, Senta (Schauspielerin)
Bohley, Bärbel (Malerin)
Böll, René (Maler)
Bronnen, Dr. Barbara (Schriftstellerin)
Gottscheber, Pepsch (Karikaturist)
Grass, Günter (Schriftsteller)
Gulp, Eisi (Enterntainer/Schauspieler)
Haeberlein, Chris (PR-Fachfrau)
Hildebrandt, Dieter (Kabarettist)
Hint, Theo (Filmkameramann)
Heininger, Michael (Cartoonist)
Jens, Prof. Dr. Walter (Schriftsteller)
Kastl, Sybille (Journalistin)
Klier, Freya (Regisseurin/Autorin)
Krawczyk, Stefan (Künstler)
Kreuzer, Lisa (Schauspielerin)

Maffay, Peter (Sänger)
Messner, Reinhold (Bergsteiger)
Mäncher, Ulrike (Journalistin)
Parnass, Peggy (Autorin)
Paech, Prof. Dr. Norman (Jurist)
Richter, Horst-Eberhard (Psychoanalytiker)
Schöneburg Prof. Dr. Karl-Heinz (Verfassungsrichter)
Speidel, Jutta (Schauspielerin)
Staeck, Klaus (Grafiker)
Strasser, Hugo (Musiker)
Verhoeven, Michael (Regisseur)
Wiedemann, Herbert (Oberstleutnant a.D.).

Gesetzentwurf des Volksbegehrens

Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids

Anlaß und Ziel des Gesetzentwurfes:

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 20 Abs. 2, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt werden soll. In Artikel 28 schreibt das Grundgesetz für die Gemeinden die Möglichkeit der direkten Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger noch einmal gesondert fest: "In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten." Und die Verfassung des Freistaates Bayern bestimmt in Art. 2: "Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund."

Bislang lehnte es die CSU-Mehrheit des bayerischen Landtages jedoch ab, diese Grundnormen unserer Demokratie auf der kommunalen Ebene umzusetzen. Noch immer wird den Bürgerinnen und Bürgern das Recht vorenthalten, unmittelbar politische Sachentscheidungen in ihren Gemeinden und Kreisen zu treffen. Ihnen bleibt nur die indirekte Einflußnahme über die Wahlen. Dieses gravierende demokratische Defizit hat die allgemein verbreitete Auffassung bestärkt, als Bürger/-in ohnehin keinen Einfluß auf den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozeß nehmen zu können. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sehen sich in eine Zuschauerrolle gedrängt. Sie lehnen es zunehmend ab, als Steuer- und Beitragszahler die Entscheidungen der Politik zu verantworten, auf deren Zustandekommen aber keinen Einfluß nehmen zu können.

Mit dem Gesetzentwurf soll erreicht werden, daß die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde sowie eines Landkreises über bestimmte Angelegenheiten selber entscheiden können. An Stelle des Gemeinderates oder des Kreistages stimmen im Einzelfall die Bürgerinnen und Bürger selber ab.

Bayern hinkt in Sachen kommunaler Demokratie hinterher. Das zeigt eine Übersicht über die Situation in den Bundesländern.

- Baden-Württemberg führte 1956 als erstes Bundesland den kommunalen Bürgerentscheid. Die in Baden-Württemberg gewonnenen Erfahrungen (ca. 200 Bürgerentscheide) liegen unserem Gesetzesvorschlag zugrunde.
- Im März 1990 folgte Schleswig-Holstein im Rahmen der Kommunalverfassungsreform. Diese Beteiligungsmöglichkeit wurde sehr gut aufgenommen: Bis Mitte 1994 fanden ca. 100 Bürgerentscheide statt.
- Mittlerweile wurde der kommunale Bürgerentscheid auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geregelt.
- In Niedersachsen plant die parlamentarische Mehrheit die Einführung des kommunalen Bürgerentscheides.
- In Bayern scheiterten - beginnend 1951, als der Hoegner-Gesetzentwurf mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurde - alle parlamentarischen Vorstöße an der CSU-Landtagsfraktion.

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens

Art. 1
(Kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Landesverfassung)

Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 (BayRS 100-1-S), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juni 1984 (GVBl. S. 223), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 7 Absatz 2 erhält durch die Einfügung der Worte "Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden" folgenden Wortlaut:
"(2) Der Staatsbürger übt seine Rechte aus durch Teilnahme an Wahlen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sowie Volksbegehren und Volksentscheiden."

2. An Art. 12 wird angefügt:
"(3) Die Staatsbürger haben das Recht, Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden und Landkreise durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu regeln. Das Nähere regelt ein Gesetz."

Art. 2
(Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Gemeindeordnung)

Die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (GVBl. S. 65), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. August 1994 (GVBl. S. 761), wird wie folgt geändert:

1. Nach Art. 18 wird folgender Art. 18a eingefügt:

"Art. 18a
(Bürgerbegehren und Bürgerentscheid)

(1) Die Gemeindebürger können über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren).

(2) Der Gemeinderat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließen, daß über eine Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet.

Art. 3
(Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Landkreisordnung)

Die Landkreisordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. August 1994 (GVBl. S. 761), wird wie folgt geändert:

Nach Art. 25 wird folgender Art. 25 a eingefügt:

"Art. 25a
(Bürgerbegehren und Bürgerentscheid)

(1) Die Landkreisbürger können über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises des Landkreises einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren).

(2) Der Kreistag kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließen, daß über eine Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises der Landkreises ein Bürgerentscheid stattfindet.

Die Begründung

Zu Artikel 1 - Änderung der Verfassung
Das Recht auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheid soll in der Verfassung des Freistaates Bayern verankert werden. Dadurch ist sichergestellt, daß dieses Recht nicht durch ein vom Landtag beschlossenes Gesetz wieder abgeschafft werden kann, denn jede Änderung der Bayerischen Verfassung muß durch einen Volksentscheid bestätigt werden (Art. 75 Abs. 2 Satz 2).

Zu Artikel 2 und 3 - Änderung der Gemeinde- und der Landkreisordnung
(Da die Regelungen zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in der Gemeindeordnung sowie in der Landkreisordnung weitgehend parallel formuliert sind, beziehen sich diese Anmerkungen jeweils auf beide Artikel.)

Einleitung eines Bürgerentscheids
(zu GO Art. 18a Abs. 1, 2 und LKrO Art. 25a Abs. 1, 2) In diesen Absätzen werden die beiden Wege der Einleitung eines Bürgerentscheides bestimmt: entweder von den Bürgerinnen und Bürgern durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Zwei-Drittel-Mehrheits-Beschluß des Gemeinderates bzw. Kreistages. Ein Einleitungsrecht des Gemeinderates bzw. des Kreistages ist nur sinnvoll, wenn es wie in Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein an eine Zwei-Drittel-Mehrheit geknüpft ist. Da die Mehrheitsfraktion jeden Beschluß im Rat selbst fällen kann, würde sie einen Bürgerentscheid häufig nur dann einleiten, wenn sie sich strategische Vorteile davon verspricht.

Bürgerentscheide sind nur zu "Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises" möglich. In Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises handeln die Gemeinden und die Landkreise nach eigenem Ermessen (GO Art. 7 Abs. 2; LKrO Art. 5 Abs. 2). Hier sind sie nicht an Weisungen staatlicher Behörden gebunden, im Unterschied zu den übertragenen Angelegenheiten, bei denen sie im Auftrag des Staates handeln.

(3) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem ersten Bürgermeister obliegen, über Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, über die Rechtsverhältnisse der Gemeinderatsmitglieder, der Bürgermeister und der Gemeindebediensteten und über die Haushaltssatzung.

(4) Das Bürgerbegehren muß schriftlich beim ersten Bürgermeister eingereicht werden und eine mit Ja oder Nein zu entscheidende Fragestellung und eine Begründung enthalten sowie drei Vertreterinnen oder Vertreter benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.

(5) Das Bürgerbegehren kann nur von Personen unterzeichnet werden, die am Tage des Eingangs des Antrags Gemeindebürger sind. Für die Feststellung der Zahl der gültigen Unterschriften ist das Wählerverzeichnis vom Stande dieses Tages maßgebend.

(6) Ein Bürgerbegehren ist dann zustande gekommen, wenn es von der folgenden Anzahl von Gemeindebürgern, bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten (Quorum), unterstützt wird:

Einwohner der Gemeinde	Quorum des Bürgerbegehrens
bis 10.000	10%
bis 20.000	9%
bis 30.000	8%
bis 50.000	7%
bis 100.000	6%
bis 500.000	5%
über 500.000	3%

(3) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem Landrat obliegen, über Fragen der inneren Organisation der Landkreisverwaltung, über die Rechtsverhältnisse der Kreisräte, des Landrates und der Landkreisbediensteten und über die Haushaltssatzung.

(4) Das Bürgerbegehren muß schriftlich beim Landrat eingereicht werden und eine mit Ja oder Nein zu entscheidende Fragestellung und eine Begründung enthalten sowie drei Vertreterinnen oder Vertreter benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.

(5) Das Bürgerbegehren kann nur von Personen unterzeichnet werden, die am Tage des Eingangs des Antrags Kreisbürger sind. Für die Feststellung der Zahl der gültigen Unterschriften ist das Wählerverzeichnis vom Stande dieses Tages maßgebend.

(6) Ein Bürgerbegehren ist dann zustande gekommen, wenn es von der folgenden Anzahl von Landkreisbürgern, bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten (Quorum), unterstützt wird:

Einwohner des Landkreises	Quorum des Bürgerbegehrens
bis 30.000	8%
bis 50.000	7%
bis 100.000	6%
bis 500.000	5%
über 500.000	3%

Ausgeschlossene Gegenstände:
(zu GO Abs. 3 und LKrO Abs. 3) Diese Absätze schließen einige Gegenstände von Bürgerentscheiden aus. Die "Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem Bürgermeister obliegen" sind laut Gemeindeordnung Art. 37 Abs. 1 "die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Bevölkerung". Außerdem die "laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen" sowie "Angelegenheiten, die (...) geheimzuhalten sind". Gleichlautend regelt die Landkreisordnung in Art. 24 Abs. 1 die "eigenen Zuständigkeiten" des Landrates.

Dagegen sind die vom Gemeinderat dem Bürgermeister (bzw. vom Kreistag an den Landrat) durch die Geschäftsordnung übertragenen Angelegenheiten (siehe GO Art. 37 Abs. 2 und LKrO Art. 34 Abs. 2) nicht vom Bürgerentscheid ausgeschlossen. Der Gemeinderat darf über Angelegenheiten, die er dem Bürgermeister übertragen hat, im Einzelfall nicht entscheiden, sondern kann lediglich die übertragenen Kompetenzen allgemein widerrufen. Der Gemeindebürgerschaft als Souverän soll es möglich sein, über Angelegenheiten des Bürgermeisters, die ihm vom Gemeinderat übertragen wurden, abzustimmen.

Unterschriftenquorum beim Bürgerbegehren:
(zu GO Abs. 6 und LKrO Abs. 6) Diese Absätze bestimmen die für ein erfolgreiches Bürgerbegehren notwendige Unterschriftenzahl. Eine gleichmäßige prozentuale Festlegung des Quorums für alle Gemeinden, unabhängig von ihrer Größe, ist nicht zweckmäßig. Fünf Prozent der Stimmberechtigten bedeuten in einer 30.000-Einwohner-Stadt ca. 1.000 Unterschriften, in einer 600.000-Einwohner-Stadt ca. 20.000 Unterschriften. 1.000 Unterschriften zu sammeln ist, trotz der unterschiedlichen Einwohneranzahl, unverhältnismäßig einfacher als 20.000 Unterschriften. In kleineren Gemeinden besteht häufig eine geschlossenere Sozialstruktur (Vereine etc.), was Unterschriftensammlungen erleichtert.

Auf Grund dieser Überlegungen wurde in dem Gesetzentwurf ein nach der Gemeindegröße abgestuftes Unterschriftenquorum von 10% bis 3% gewählt. Diese Quoren gewährleisten, daß nur Fragen des allgemeinen Interesses zum Bürgerentscheid kommen. Andererseits sind sie von den meist ehrenamtlich arbeitenden Bürgerinitiativen mit akzeptablem Aufwand zu erreichen.

Baden-Württemberg sieht ein Quorum von 15%, Schleswig-Holstein von 10% vor. Im Ausland wird ein geringeres Quorum als ausreichend angesehen. In allen Gemeinden der Schweiz und der USA gibt es seit über hundert Jahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Die Quoren bewegen sich in den USA auf unsere Verhältnisse umgerechnet zwischen ca. 2%-8% (Kühne/Meissner, Züge unmittelbarer Demokratie in der Gemeindeverfassung, Göttingen 1977, Seite 28). In den Kantonen der Schweiz, die oft kleiner als Städte in der Bundesrepublik sind, liegt der Durchschnitt des Quorums bei 2,8%.

(7) Ist in einer Stadt, die nach Art. 60 Abs. 1 in Stadtbezirke einzuteilen ist, ein Stadtbezirk von einer Maßnahme der Gemeinde besonders betroffen, so kann ein Bürgerentscheid über diese Maßnahme auch von den Gemeindebürgern dieses Stadtbezirks beantragt werden. Dieses Bürgerbegehren muß von mindestens 25 vom Hundert der Gemeindebürger des Stadtbezirks unterzeichnet sein. Die Vorschriften der Absätze 1 bis 5 finden entsprechend Anwendung.

(7) Ist eine kreisangehörige Gemeinde von einer Maßnahme des Landkreises besonders betroffen, so kann ein Bürgerentscheid über diese Maßnahme auch von den Bürgern dieser Gemeinde beantragt werden. Dieses Bürgerbegehren muß von mindestens 25 vom Hundert der Gemeindebürger unterzeichnet sein. Die Vorschriften der Absätze 1 bis 5 finden entsprechend Anwendung.

Einleitung eines Bürgerentscheides durch einen Stadtbezirk / eine Landkreisgemeinde:
(zu GO Abs. 7 und LKrO Abs. 7) Für Großstädte (Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern) und für Landkreise ist eine besondere Möglichkeit der Einleitung eines Bürgerentscheides vorgesehen: wenn ein Stadtbezirk von einer Maßnahme der Gemeinde besonders betroffen ist, dann kann ein Bürgerbegehren auch von 25% der Bürger dieses Stadtbezirkes gestellt werden. Entsprechend können auch 25% der Bürger einer kreisangehörigen Gemeinde, die von einer Maßnahme des Landkreises besonders betroffen ist, ein Bürgerbegehren stellen. In beiden Fällen findet der Bürgerentscheid aber in der gesamten Stadt bzw. im Landkreis statt. Das Recht zur Entscheidung steht also auch in diesen Fällen nur der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger (der Stadt/ des Landkreises) zu.

(8) Nach Abgabe von einem Drittel der in Absatz 6 geforderten Unterschriften beim Bürgermeister darf für einen Zeitraum von zwei Monaten eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung begonnen werden, es sei denn, zum Zeitpunkt der Abgabe haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden. Diese Rechtswirkung gilt auch vom Zeitpunkt der Einreichung des Bürgerbegehrens bis zur Durchführung des Bürgerentscheids.

(8) Nach Abgabe von einem Drittel der in Absatz 6 geforderten Unterschriften beim Landrat darf für einen Zeitraum von zwei Monaten eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Landkreisorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung begonnen werden, es sei denn, zum Zeitpunkt der Abgabe haben rechtliche Verpflichtungen des Landkreises hierzu bestanden. Diese Rechtswirkung gilt auch vom Zeitpunkt der Einreichung des Bürgerbegehrens bis zur Durchführung des Bürgerentscheides.

Aufschiebende Wirkung eines Bürgerbegehrens:
(Zu GO Abs. 8 und LKrO Abs. 8) Die Erfahrungen in Baden-Württemberg zeigen, daß es nötig ist, eine aufschiebende Wirkung im Falle eines Bürgerbegehrens zu regeln. Das soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Ende Januar 1975 hatte der Mannheimer Stadtrat mit knapper Mehrheit das Bauprojekt Neckarufer-Nord beschlossen. Mitglieder der Jungen Union leiteten gegen diesen Beschluß im Februar 1975 ein Bürgerbegehren ein, das über 27.000 gültige Unterschriften erbrachte. Inzwischen hatte die Stadtverwaltung Mannheim jedoch mit dem Bauträger einen Generalbesorgungsvertrag abgeschlossen, der durch einen gegenteiligen Bürgerentscheid nicht mehr verletzt werden dürfte, wie das Regierungspräsidium Karlsruhe mitteilte. Durch den Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses wurde der Bürgerentscheid verhindert (vergl.: Thomas Mayer, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Bonn 1989, S. 14).

Für Baden-Württemberg zieht Dr. Günther Beilharz den Schluß: "(...) Vielmehr kann - wie dargelegt - § 21 der Gemeindeordnung (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) nur dann als Willensbildungskorrektiv fungieren, wenn die Initiierung des Bürgerbegehrens in einer so frühen Phase der Willensbildung erfolgt, daß die Rechtsnorm nicht durch die Kraft des Faktischen, d.h. vollzogene Tatsachen bzw. rechtliche Bindungen der Verwaltung, bedeutungslos wird. Allenfalls wäre zu erwägen, den § 21 Abs.4 GemO dahingehend zu ergänzen, daß ein angezeigtes und zulässiges Bürgerbegehren aufschiebende Wirkung hat." (Dr. Günther Beilharz in: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Hrsg. Pfizer/Wehling, Stuttgart 1985, Seite 122).

Eine aufschiebende Wirkung erst nach dem Erfolg eines Bürgerbegehrens ist nicht ausreichend. Vielmehr sollte sie schon während des Sammelns der Unterschriften für das Bürgerbegehren eintreten. Dr. Beilharz begründet dies so: "Über zwei Drittel der Bürgerbegehren in Planungsbereichen werden *in Reaktion* auf einen bereits gefaßten Gemeinderatsbeschluß eingeleitet. Der zunehmende Grad an Komplexität der Planungen und - damit verbunden - die hohen Informationskosten halten partizipationswillige Bürger davon ab, schon vor der Beratungsphase

		im Rat ein eigenständiges und bündiges Planungskonzept zu erstellen. Erst die Diskussion und die Behandlung der Planung in den Gemeindeorganen vermittelt das erforderliche Publizitäts- und Informationsniveau, das den Aktivbürger teilnahmefähig, d.h. planungsfähig macht." (Beilharz, Seite 121 ff.) Eine aufschiebende Wirkung erst beim Erfolg des Begehrens ist also zu spät. Allerdings darf sie auch nicht schon beim Beginn der Unterschriftensammlung eintreten, denn sie muß an eine gewisse demokratische Legitimierung gebunden sein. Der Gesetzentwurf sieht ein Drittel der für ein Bürgerbegehren nötigen Unterschriften vor. Die aufschiebende Wirkung kann nicht in Fällen eintreten, in denen rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu schon vor der Abgabe der Unterschriften bestanden. Auch muß eine aufschiebende Wirkung zeitlich begrenzt werden. Kann das Bürgerbegehren innerhalb von zwei Monaten nach der Einreichung von einem Drittel der Unterschriften nicht erfolgreich abgeschlossen werden, verfällt die aufschiebende Wirkung. Ist das Bürgerbegehren erfolgreich, hält sie bis zur Durchführung des Bürgerentscheides an.
(9) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags. Gegen die Zurückweisung eines Bürgerbegehrens können die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerbegehrens Klage erheben.	(9) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Kreistag innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags. Gegen die Zurückweisung eines Bürgerbegehrens können die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerbegehrens Klage erheben.	**Zulässigkeitsprüfung des Bürgerbegehrens:** (Zu GO Art. 18a Abs. 9 und LKrO Art. 25a Abs. 9) Die Zulässigkeitsprüfung des Bürgerbegehrens durch den Gemeinderat bezieht sich auf die formellen Anforderungen an ein Bürgerbegehren gemäß den Absätzen 1 bis 6. Im Falle einer Zurückweisung steht der Rechtsweg offen.
(10) Ist die Zulässigkeit gegeben, so ist innerhalb von drei Monaten der Bürgerentscheid durchzuführen. Die Kosten des Bürgerentscheids trägt die Gemeinde. Stimmberechtigt ist jeder Gemeindebürger. Die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung ist zu gewährleisten.	(10) Ist die Zulässigkeit gegeben, so ist innerhalb von drei Monaten der Bürgerentscheid durchzuführen. Die Kosten des Bürgerentscheids trägt der Landkreis. Stimmberechtigt ist jeder Landkreisbürger. Die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung ist zu gewährleisten.	
(11) Ist in einem Stadtbezirk ein Bezirksausschuß gebildet worden, so kann über Angelegenheiten, die diesem Bezirksausschuß zur Entscheidung übertragen sind, auch innerhalb des Stadtbezirks ein Bürgerentscheid stattfinden. Stimmberechtigt ist jeder im Stadtbezirk wohnhafte Gemeindebürger. Der Antrag ist schriftlich an den Bezirksausschuß zur Weiterleitung an den Stadtrat zu richten. Die Vorschriften der Absätze 2 bis 16 finden entsprechend Anwendung.		**Bürgerentscheide in Stadtbezirken:** (Zu GO Abs. 11) Ist eine Großstadt in Stadtbezirke aufgeteilt und sind Bezirksausschüsse gebildet, so können über die Angelegenheiten, die dem Bezirksausschuß zur Entscheidung obliegen, innerhalb des Stadtbezirkes Bürgerbegehren und Bürgerentscheide durchgeführt werden.

(12) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit nein beantwortet.	→	(11) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit nein beantwortet.	→	**Kein Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid:** (Zu GO Abs. 12 und LKrO Abs. 11) Beim Bürgerentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Damit sieht der Gesetzentwurf - genauso wie die Bayerische Verfassung für die Volksgesetzgebung auf Landesebene (siehe Art. 2 und Art. 74 BV) - kein "Zustimmungsquorum" beim Bürgerentscheid vor, wie es öfters in der politisch-rechtlichen Diskussion gefordert wird. Zustimmungsquorum heißt: Der Bürgerentscheid solle nur dann gültig sein, wenn mindestens 30% (oder 25%) der Stimmberechtigten zugestimmt hätten. Ein Zustimmungsquorum hätte zur Folge, daß diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht an der Abstimmung beteiligen, entscheidenden Einfluß auf die Rechtsgültigkeit des Abstimmungsergebnisses erhalten. Da eine Stimmenthaltung de facto als Nein-Stimme umgedeutet wird, haben immer die Gegner des Antrags den Nutzen davon. Das ist in der Regel die Mehrheit des Gemeinderates. Wenn ein Bürgerentscheid am Zustimmungsquorum scheitert, kann der Gemeinderat entscheiden und seine Position durchsetzen; doch dieser muß nicht nachweisen, daß 30% der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger seine Position unterstützen. Durch das Zustimmungsquorum würden also die Bürgerinnen und Bürger gegenüber den gewählten Politikern benachteiligt. In Städten über 50.000 Einwohnern würden Bürgerentscheide, wie die Erfahrungen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zeigen, durch ein Zustimmungsquorum völlig verhindert werden, da hier die Abstimmungsbeteiligung immer geringer ist als in kleineren Orten. Außerdem lädt ein Zustimmungsquorum zu Diskussionsverweigerungs- und Boykottstrategien der Gegner eines Bürgerbegehrens ein, um dadurch ein Scheitern des Bürgerentscheides am Zustimmungsquorum zu unterstützen. Solche Abstimmungsboykotte führen gerade in kleinen Gemeinden zur Gefährdung des Wahlgeheimnisses, denn die Befürworter können dadurch leicht identifiziert werden, da nur sie ins Abstimmungslokal gehen.
(13) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Gemeinderates. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.	→	(12) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Kreistages. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.	→	(Zu GO Abs. 13 und LKrO Abs. 12) Mit dieser Regelung soll verhindert werden, daß ein Gemeinderat bzw. ein Kreistag sich über eine im Bürgerentscheid gefällte Entscheidung hinwegsetzen kann.
(14) Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.	→	(13) Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Kreistag die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.	→	(Zu GO Art. 18a Abs. 14 und LKrO Art. 25a Abs. 13) Beschließt der Gemeinderat bzw. der Kreistag die in einem Bürgerbegehren geforderte Maßnahme, so erübrigt sich die Durchführung eines Bürgerentscheides.

(15) Die im Gemeinderat und die von den Vertreterinnen und Vertretern des Bürgerbegehrens vertretenen Auffassungen zum Gegenstand des Bürgerentscheids dürfen in Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Gemeinde nur in gleichem Umfang dargestellt werden. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger werden von der Gemeinde den Beteiligten die gleichen Möglichkeiten wie bei Gemeinderatswahlen eröffnet.

(16) Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist den Gemeindebürgern in der ortsüblichen Weise bekanntzumachen."

→

(14) Die im Kreistag und die von den Vertreterinnen und Vertretern des Bürgerbegehrens vertretenen Auffassungen zum Gegenstand des Bürgerentscheides dürfen in Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Landkreises nur in gleichem Umfang dargestellt werden. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger werden vom Landkreis den Beteiligten die gleichen Möglichkeiten wie bei Kreistagswahlen eröffnet.

(15) Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist den Landkreisbürgern in der ortsüblichen Weise bekanntzumachen."

→

Information vor dem Bürgerentscheid:
(Zu GO Abs. 15 und LKrO Abs. 14) Die Information der Bevölkerung über das Pro und Contra vor einem Bürgerentscheid ist die Grundlage für sachgerechte Entscheidungen und damit eine durch die öffentliche Hand zu unterstützende Aufgabe. Entsprechend diesem Grundsatz stellen die Gemeinden und Kreise bei Kommunalwahlkämpfen Werbe- und Informationsmöglichkeiten zur Verfügung. In gleichem ortsüblichen Umfange hat dies vor einem Bürgerentscheid zu geschehen. Die Gemeindeordnungen von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sehen vor, daß den Bürgerinnen und Bürgern die "innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung dargelegt werden" muß (GO BaWü § 21,5 und GO SchH § 16,6). Gewöhnlich wird in diesen beiden Bundesländern eine spezielle Informationsbroschüre an alle Haushalte zugestellt. Dabei wurden in mehreren Fällen die Bürgerinnen und Bürger einseitig und zu Ungunsten der Bürgerinitiative informiert. In Freiburg wurden z.B. in der offiziellen Informationsbroschüre zum Bürgerentscheid über den Bau einer Kongreßhalle 1988 auf 25 Seiten die Pro- und nur auf 1 Seite die Contraargumente aufgeführt (vergl.: Thomas Mayer, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Bonn 1989, S. 30 ff.).Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, daß die unterschiedlichen Auffassungen "nur in gleichem Rahmen dargestellt werden dürfen".

2. a) In Art. 60 Abs. 2 der Gemeindeordnung wird folgender Satz 2 eingefügt:
"Der Gemeinderat kann dabei den Bezirksausschüssen Angelegenheiten zur endgültigen Entscheidung unter Beachtung der Belange der gesamten Stadt übertragen."

b) Der bisherige Satz 2 des Artikel 60 Absatz 2 wird Satz 3.

3. Art. 60 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
"(3) Werden Bezirksausschüsse gebildet, so hat deren Zusammensetzung entsprechend dem Wahlergebnis der Stadtratswahlen im jeweiligen Stadtbezirk zu erfolgen. Sind den Bezirksausschüssen vom Stadtrat eigene Entscheidungsrechte übertragen, werden die Mitglieder der Bezirksausschüsse von den im Stadtbezirk wohnenden Gemeindebürgern gleichzeitig mit den Stadtratsmitgliedern für die Wahlzeit des Stadtrats gewählt. Geschieht die Übertragung eigener Entscheidungsrechte innerhalb der Amtszeit des Stadtrats, erfolgt die Wahl der Mitglieder der Bezirksausschüsse zum Zeitpunkt der Übertragung der Entscheidungsrechte. Für die Wahl gelten die Vorschriften über die Wahl der Gemeinderäte mit Ausnahme des Art. 31 Abs. 4 dieses Gesetzes sinngemäß mit der Maßgabe, daß die Wahlorgane für die Wahl der Gemeinderäte auch für die Wahl der Mitglieder der Bezirksausschüsse zuständig sind."

→

Übertragung von Kompetenzen an Bezirksausschüsse:
(Zu GO Art. 60 Abs. 2) In Großstädten (über 100.000 Einwohner) können Bezirksausschüsse gebildet werden. Dieser Artikel regelt die Übertragung von Entscheidungskompetenzen an die Bezirksausschüsse, was die Grundlage zur Durchführung von Bürgerentscheiden in Bezirken ist. Die Möglichkeit der Übertragung eigener Entscheidungsrechte an die Bezirksausschüsse als örtliche Vertretungen gibt es in fast allen Bundesländern und auch in den meisten Großstädten des Auslands. Sie gab es bis 1992 auch in der Bayerischen Gemeindeordnung. Sie wurde dann von der CSU-Mehrheit im Landtag durch Gesetzesänderung abgeschafft, nachdem der Stadtrat der Landeshauptstadt München diese Stärkung der Demokratie in den Stadtvierteln beschlossen hatte.

→

Wahl von Bezirksausschüssen:
(Zu GO Art. 60 Abs. 3) Besitzen Bezirksausschüsse eigene Entscheidungskompetenzen, so müssen sie demokratisch entsprechend legitimiert und direkt gewählt sein.

Art. 4 (Inkrafttreten)
Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft.

So arbeitet „Mehr Demokratie e.V."

Mitglieder

„Mehr Demokratie e.V." (früher Initiative DEmokratie Entwickeln e.V.) hat mit Stand vom 1.1.1997 850 Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet und einen zehnköpfigen Vorstand, der alle drei Monate tagt.

Finanzierung

Die Arbeit von „Mehr Demokratie e.V." finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Einnahmequellen wie z.B. Verkauf dieses Buches, Bürgerbegehrensberatung, Geldbußen, Benefizveranstaltungen.

Mitarbeiter

Die Hauptlast der Arbeit tragen Ehrenamtliche und Praktikanten: Michael Seipel und Thomas Mayer arbeiten auf Honorarbasis (3.000 Mark im Monat brutto). Zwei weitere Personen sollen 1997 dazukommen.

Struktur

Es gibt örtliche Aktionskreise und Landesverbände. Die einzelnen Gruppen arbeiten autonom und finanzieren sich selbst.

Verbandsarbeit

Die bundesweite Verbandsarbeit findet im Vorstand sowie in den Arbeitskreisen statt (z.B. AK Gesetzentwurf, AK Fundraising).

Im April 1997 wird ein Kuratorium gegründet, das als bundesweites Beratungs- und Repräsentationsgremium mit Wissenschaftlern und Prominenten besetzt ist.

Darüber hinaus kann jede und jeder „Mehr Demokratie e.V." mit eigenen Ideen und Projekten unterstützen und Know-how einbringen.

Interne Kommunikation

Zur internen Kommunikation gibt es die Zeitschrift für Direkte Demokratie und den Aktionsrundbrief. Auf Wunsch werden die Protokolle der Mitgliederversammlung oder der Arbeitskreise zugesandt. Darüber hinaus gibt es elektronische Mailinglisten.

Veranstaltungen

Wir organisieren einmal im Jahr eine Jahrestagung und eine Mitgliederversammlung. Nach Bedarf finden weitere Mitgliederversammlungen regionale Seminare und Treffen statt. Ein Weiterbildungskonzept zur internen Schulung ist in Vorbereitung.

Unsere Ziele für 1997

• Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Nach der deutschen Vereinigung hätte nach Art. 146 des Grundgesetzes ein Volksentscheid über die gesamtdeutsche Verfassung stattfinden müssen.

• Wir unterstützen das Volksbegehren für „Mehr Demokratie in Hamburg", das im Frühjahr 1997 starten wird.

• Wir bauen Regionalbüros auf.

• Wir stellen den Gesetzentwurf zur Regelung der bundesweiten Volksabstimmung fertig.

• Wir sichern die Finanzierung für die weitere Kampagne und planen den Aufbau einer Demokratiestiftung.

• Wir unterstützen die Gründung von Landesverbänden, die regionale Aktivitäten organisieren.

• Wir gewinnen weitere Mitglieder, damit die laufenden Aktivitäten und Büros getragen werden können.

• Wir knüpfen bundesweite Kontakte zu Verbänden, Parteien und Wissenschaft als Ausgangspunkt für ein großes Demokratienetz.

• Wir bauen mit Hilfe des Internets ein elektonisches Kommunikationsnetz auf.

• Wir beraten Bürgerbegehren in Gemeinden und Kreisen. Je mehr die Direkte Demokratie dort alltäglich wird, um so größer wird das Verständnis für die Volksabstimmung auf Bundesebene.

• Wir machen intensive Pressearbeit.

•W ir betreuen.wissenschaftliche Arbeiten. Ein „Jahrbuch für Direkte Demokratie", das erstmals im nächsten Jahr erscheinen soll, wird vorbereitet.

• Wir halten Kontakt zu europäischen Initiativen.

• Wir arbeiten als ein kleiner Verlag. Vierteljährlich erscheint die „Zeitschrift für Direkte Demokratie". Wir erstellen eigene Publikationen wie z.B. das Buch „Triumph der Bürger". Wir versenden wichtige und verständliche Bücher zum Thema „Direkte Demokratie".

Ansprechpartner in den Bundesländern (Stand 1.1.1997)

Baden-Württemberg:
Britta Kurz, Sandäckerstr. 74, 72070 Tübingen, Tel.: 07073-6156

Bayern:
Landesbüro „Mehr Demokratie", Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, Tel.: 089-821 1774, Fax: 089-821 11 76

Berlin:
Kurt Wilhelmi, Manteuffelstr. 106, 10997 Berlin, Tel./Fax: 030-618 85 92.

Bremen:
Ralph Kampwirth, Marcusallee 28, 28359 Bremen, Tel.:0421-24 21 78, Fax: 0421-24 21 72

Hamburg:
Michael Efler, Altonaer Poststr. 15, 22767 Hamburg, Tel.: 040-389 21 28, Fax: 040-374 34 12

Hessen:
Thomas Rupp, Humboldtstr. 76, 60318 Frankfurt, Tel.: 069-59 44 46, Fax: 069-25 23 63
Petra Kamps, Pommernstr. 2, 64297 Darmstadt, Tel.: 06151-53 77 63

Niedersachsen:
Hartmut Meyer, Scheunebergstr. 12, 27749 Delmenhorst, Tel.: 04221-179 74

Nordrhein-Westfalen:
Martin Rüttgers, Höninger Weg 59, 50969 Köln, Tel.: 0221-360 62 94

Rheinland-Pfalz:
Petra Paulus, Am Hundacker 1, 55257 Budenheim, Tel.: 06139-1869

Schleswig-Holstein
Thomas Brunner, Britzweg 51, 24111 Kiel, Tel.: 0431-69 00 73

Thüringen:
Bernd Burkhardt, Klosterstr. 2, 99831 Creuzburg, Tel.: 036926-902 54

Wenn Du mich
nicht begehrst,
verlasse ich Dich!
Deine Demokratie

Mehr Demokratie verbindet Menschen

Mehr Demokratie e.V. (früher IDEE e.V.) wurde 1988 gegründet und arbeitet bundesweit. Der Verein ist überparteilich und gemeinnützig. Ob jung oder alt, Ost oder West, ob progressiv oder konservativ - Mehr Demokratie verbindet Menschen durch den Dialog.

Die Direkte Demokratie führt dazu, daß Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Wir setzen uns dafür ein, daß wir in wichtigen Sachfragen selbst bestimmen können. Wir arbeiten für das Recht auf Volksentscheid im Bund, in den Ländern, Gemeinden und in der EU. Wir sind überzeugt, daß die Bürger zu vernünftigen Entscheidungen fähig sind.

Werden Sie Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.! Mit nur 10 Mark im Monat ermöglichen Sie eine erfolgreiche Kampagne zur bundesweiten Volksabstimmung. Als Mitglied von „Mehr Demokratie e.V." informieren wir Sie regelmäßig über die neuesten Entwicklungen. Sie erhalten:

- die vierteljährliche „Zeitschrift für Direkte Demokratie",
- regelmäßige Infobriefe.

Außerdem haben Sie Mitbestimmungsrechte auf den Mitgliederversammlungen. Darüber hinaus beraten wir Sie und helfen Ihnen:

- wenn Sie ein Bürger- oder Volksbegehren durchführen wollen,
- wenn Sie Informationsarbeit (Infostände, Seminare, Pressearbeit, Vorträge etc.) vor Ort leisten wollen.

Kontakt:
Mehr Demokratie e.V., Büro München
Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München
Tel.: 089-821 17 74, Fax: 089-821 11 76
E-mail: webmaster@mehr-demokratie.de
Internet: http://www.mehr-demokratie.de

Konto: 885 8105, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 20 500

Ja, ich will Mehr Demokratie!
Ja, ich möchte Mitglied werden!

Bitte Zurücksenden!
Per Telefax:
089-821 11 76
oder als Brief:

An
Mehr Demokratie e.V.
Büro München
z.Hd. Silvia Gauss
Fritz-Berne-Str. 1
81241 München

Ich zahle ☐ monatlich ☐ jährlich einen Mitgliedsbeitrag von DM ☐
(mindestens 10,- DM pro Monat bzw. 120,- pro Jahr).
Weil es Bankgebühren spart und einfacher ist, erteile ich Mehr Demokratie e.V. eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann: Ja ☐ Nein ☐
Konto: ☐ BLZ ☐ Bank ☐

Vorname, Name

Straße

Plz, Ort

Tel./Fax

E-mail

Datum, Unterschrift

Investieren Sie als Unternehmer in mehr Direkte Demokratie !

Unterstützen Sie uns:

- durch Ihre Spende
- durch Ihre Firmen-Mitgliedschaft (DM 80,-/ Monat)
- Beides können Sie als Betriebsausgaben geltend machen

Mitgliedsbeiträge sind für den organisatorischen Kernbereich von „Mehr Demokratie e.V." reserviert. Eine breite Mitgliederbasis ist für unsere solide und kontinuierliche Finanzierung Voraussetzung.

Betrachten Sie Ihre Unterstützung von „Mehr Demokratie" als eine langfristige Investition für die Verbesserung des Wirtschaftsraumes Deutschland.

Das bringt Ihnen eine Firmenmitgliedschaft:

- Sie leisten einen direkten Beitrag dafür, daß Sie und Ihre Mitarbeiter sich in Zukunft bei wichtigen Sachfragen engagieren können und profitieren von den Folgeeffekten.

- Sie zeigen gesellschaftspolitisches und soziales Engagement unabhängig von einer politischen Partei. Damit bieten Sie einen starken Identifikationspunkt für Ihre Mitarbeiter, Ihre Kunden und Lieferanten.

- Sie können die Mitgliedschaft und Ihr Engagement in Ihrer Außenwirkung positiv herausstellen. Über 70% der Bevölkerung ist laut Umfragen für mehr Mitbestimmungsrechte.

- Sie können in der Zeitschrift für Direkte Demokratie zu verbilligten Konditionen inserieren. (Auflage derzeit 1600, ca. 3000 motivierte Leser - mit stark steigender Tendenz).

- Sie haben Mitbestimmungsrechte auf allen Mitgliederversammlungen.

- Sie werden von uns kostenlos beraten, wenn Sie selbst ein Bürger- oder ein Volksbegehren durchführen wollen.

Ja, ich will Mehr Demokratie!
Ja, ich möchte Firmenmitglied werden!

Bitte Zurücksenden!
Per Telefax:
089-821 11 76
oder als Brief:

An
Mehr Demokratie e.V.
Büro München
z.Hd. Roman Huber
Fritz-Berne-Str. 1
81241 München

Ich werde Firmenmitglied bei „Mehr Demokratie e.V.".

Ich zahle ☐ monatlich ☐ jährlich einen Mitgliedsbeitrag von DM ☐
(empfohlen sind 80,- DM pro Monat bzw. 960,- pro Jahr).
Weil es Bankgebühren spart und einfacher ist, erteile ich Mehr Demokratie e.V. eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann: Ja ☐ Nein ☐

Konto: ☐ BLZ ☐ Bank ☐

Vorname, Name

Straße

Plz, Ort

Tel./Fax

E-mail

Datum, Unterschrift

Volksentscheid am 1. Oktober

Mehr Demokratie in Bayern

Ja zum Gesetzentwurf des Volksbegehrens!

TRIUMPH DER BÜRGER !
MEHR DEMOKRATIE IN BAYERN UND WIE ES WEITERGEHT.

Das Buch „Triumph der Bürger"
- erzählt die Erfolgsgeschichte des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern",
- zeigt, mit welchen Strategien wir als David den Goliath CSU beim Volksentscheid besiegt haben,
- beschreibt die Perspektive für „Mehr Demokratie in Deutschland".

Das Buch hat 207 Seiten mit über 100 Bildern, Grafiken, vielen Anekdoten und kostet DM 39,80. Die Einnahmen aus dem Buchverkauf kommen ausschließlich dem Verein „Mehr Demokratie e.V." zugute.

ISBN 3-9802682-6-8

9 783980 268264